



STUDIEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG (HRSG.)

NACH DER KOHLE

ALTERNATIVEN FÜR EINEN
STRUKTURWANDEL IN DER LAUSITZ

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG (HRSG.)

NACH DER KOHLE

**ALTERNATIVEN FÜR EINEN
STRUKTURWANDEL IN DER LAUSITZ**

IMPRESSUM

STUDIEN 4/2019, 1. Auflage

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Mai 2019

Redaktion: Axel Troost und Mario Candeias

Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

INHALT

Mario Candeias	
Vorwort: Sozial-ökologische Transformationskonflikte des 21. Jahrhunderts	5
Teil 1	
Martina Greib, Christine Wörten, Fabian Richter, Rainald Ötsch, Uwe Witt, Axel Troost (Projektleitung)	
Struktur- und industriepolitische Alternativen für die Lausitz	9
Teil 2	
Matthias Knuth	
Arbeitsmarktpolitische Flankierung des Braunkohleausstiegs	73
Teil 3	
Sophie Bose, Klaus Dörre, Jakob Köster, John Lütten, Nelson Dörre, Armin Szauer (FSU Jena)	
Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier	89
Sichtweisen von Beschäftigten	
Dokumentation	
Birgit Beese, Klaus Dörre, Bernd Röttger	
Von Seilschaften zu innovativen Netzwerken?	113
Strukturwandel, regionale Industriepolitik und die Gewerkschaften	
Verzeichnis der Autor*innen	136

VORWORT: SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATIONSKONFLIKTE DES 21. JAHRHUNDERTS

Der Strukturwandel ist möglich. Das zeigt die vorliegende Studie. Bei aller Kritik an einem zu späten Ausstieg: Der Kohlekompromiss, auf den sich die Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» im Januar 2019 geeinigt hat, setzt einen Rahmen, der es ermöglicht – und erzwingt –, dass nun ernsthafte Gespräche für einen Strukturwandel mit allen Beteiligten geführt werden. Auch in der Linken war es bisher schwergefallen, alle Akteure an einen Tisch zu bringen, um an gemeinsamen Vorstellungen zu arbeiten. Bisherige Versuche – zu PDS-Zeiten wurden bereits Konzepte angedacht – sind schnell in Vergessenheit geraten (vgl. Klein 2012a; 2012b). Dies ist vielleicht der erste Erfolg der vorliegenden Studie, im Prozess ihrer Erstellung die Gespräche (wieder) in Gang gebracht zu haben.

Strukturwandel hat auch Verlierer*innen, in der Regel die in der Branche Beschäftigten, davon abhängige Zulieferer- und Dienstleistungsbereiche sowie die auf Steuereinnahmen angewiesenen Kommunen. Für die in der Braunkohle Beschäftigten ist in diesem Fall gesorgt: Der Kompromiss der «Kohlekommission» und tarifvertragliche Regelungen zwischen LEAG und Gewerkschaft ermöglichen weitgehende Sicherheiten. Der zweite Teil der Studie zeigt, wie die vielfältigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente – und ihre Weiterentwicklung – genutzt werden können, damit diese Sicherheiten auch für die Beschäftigten bei den Zulieferern und Dienstleistungsunternehmen gelten.

Für die meisten Kommunen ist der Steuerausfall begrenzt. Schätzungen zufolge sind unter fünf Prozent des Steueraufkommens im Lausitzer Revier auf den Braunkohlesektor zurückzuführen. Gewerbe- und Körperschaftsteuer wurden aufgrund von Wertberichtigungen durch Entwertung von Förder- und Kraftwerksanlagen seit einigen Jahren kaum gezahlt, zuletzt mussten sogar Steuern zurückerstattet werden. Es bleibt das Problem finanzschwacher Kommunen in einem auch ansonsten meist strukturschwachen Wirtschaftsraum – ein Entwicklungshindernis, welches nicht nur die Lausitz betrifft. Durch die Bundesmittel können nun jedoch Investitionen in die physische und soziale Infrastruktur vorgenommen, Planungs- und Verwaltungskapazitäten verstärkt werden.

Entscheidend für einen gelingenden Strukturwandel sind Leitbilder für die zukünftigen Perspektiven für die Region. Die vorliegende Studie setzt sich mit den vielfältigen Überlegungen auseinander, die bereits entwickelt worden sind, unterbreitet weitere Vorschläge und weist vor allem auf die Bedeutung eines demokratischen und partizipativen Prozesses hin. Positive Vorstellungen von Zukunft können nicht von Verwaltungen und Regierungsstellen vorgegeben, sondern müssen von der Bevölkerung selbst entwickelt bzw. angeeignet werden und auf andere ausstrahlen, damit sie sich in der Region niederlassen. Voraussetzung für diese Pro-

zesse sind nicht nur entsprechende finanzielle Ressourcen, zum Beispiel über einen Fonds Zivilgesellschaft, sondern starke Beteiligungsrechte für die Bevölkerung, damit sie auch bei den großen Maßnahmen, die für die Zukunft der Region prägend sein werden, mitentscheiden kann. Bei der Entwicklung der Zukunftsperspektiven gilt es, endogene Potenziale der Region für den Aufbau moderner und zukunftsweisender Industrie- und Dienstleistungen ökologisch nachhaltig zu nutzen (etwa als Energieregion mit Produktionsstätten für die Batteriefertigung für E-Fahrzeuge, als Innovationsregion mit Erfahrung in der Automationstechnik oder einer Exportinitiative Hydrogeologie und Rekultivierungstechnik) und zugleich den Charakter einer ländlichen und naturverbundenen Region weiterzuentwickeln. Demokratische Beteiligung und wirklicher Einfluss der Lausitzer*innen scheinen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch alles andere als gegeben.

Die Studie benennt die zahlreichen Akteure in der Region, ihre Friktionen und mögliche Kooperationsformen. Aus linker Perspektive wäre es wichtig, weitgehend öffentliche Strukturen für den Prozess zu schaffen, etwa eine neu zu gründende Gesellschaft in öffentlicher Hand als Projektträger für die Auswahl und Umsetzung von Maßnahmen des Strukturwandels oder zumindest eine reformierte und demokratisierte Wirtschaftsregion Lausitz GmbH, die gegenwärtig ähnliche Aufgaben wahrnimmt. Unter ihrem Dach könnten sich alle zivilgesellschaftlichen und anderen Initiativen bündeln, Kommunen und Unternehmen hätten einen klaren Ansprechpartner, Einfluss und eine Stimme – eine Art regionaler Wirtschaftsrat. Die Gesellschaft für die umfangreiche Rekultivierung der Bergbauflächen könnte als Unternehmen ausgegliedert und – angesichts der zusätzlichen öffentlichen Mittel – zumindest teilweise in öffentliches Eigentum überführt werden. Das Unternehmen hätte eine für den Strukturwandel zentrale Funktion, nicht nur in der Renaturierung, sondern auch für die Weichenstellung künftiger Entwicklungen vor Ort, für die Beschäftigung, für die Wissensproduktion, ja sogar für den Export von Technologien und Wissen. Und schließlich könnte statt betrieblicher Transfergesellschaften für die Umsetzung von Beschäftigten eine regionale Trägerschaft einer Transfergesellschaft unter Beteiligung von Gebietskörperschaften dazu genutzt werden, den Beschäftigtertransfer mit anderen Aktivitäten der Regional- und Strukturentwicklung zu verzahnen. Die Vergabe der öffentlichen Fördermittel sollte und könnte nicht nur nach Gesichtspunkten der «Wirtschaftlichkeit» erfolgen, sondern an Tariflöhne sowie soziale und ökologische Kriterien gebunden werden (die EU-Vergaberichtlinie eröffnet hier weitere Spielräume). Kurz: Angesichts der erheblichen Aufwendung öffentlicher Mittel sollte der Strukturwandel nicht nur über die Vergabe von Geldern an Private

verlaufen, sondern weitestgehend öffentlich organisiert werden, um Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten langfristig zu sichern.

Wenn der Strukturwandel in der Lausitz gelingt, kann die Erfahrung beispielgebend für andere werden. Die Weitergabe von Erfahrung scheint jedoch nicht systematisch zu erfolgen, zumindest waren die Erfahrungen aus dem Ruhrgebiet in der Lausitz ebenso wenig bekannt wie etwa die vielfältigen Möglichkeiten arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Aus diesem Grund dokumentieren wir hier am Ende eine entsprechende Auswertung von unterschiedlichen Strukturwandelprozessen in anderen Regionen. Auch ist die Lausitz heute keineswegs die einzige strukturschwache Region, die von der Krise einer für sie bestimmenden Industrie betroffen ist. Hier stellt sich die weitergehende Frage einer neuen öffentlichen Regional-, Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik in der Bundesrepublik und in Europa.

Vor allem aber steht die Lausitz für den ersten sozial-ökologischen Transformationskonflikt des 21. Jahrhunderts, dem noch weitere und größere folgen werden. Die globale ökologische Krise erfordert es, dass Maßnahmen der Klimagerechtigkeit schneller erfolgen als bisher, viel schneller. Strukturwandel braucht – neben erheblichen finanziellen Mitteln – dagegen viel Zeit, denn es müssen gerechte Übergänge (just transition, vgl. LuXemburg 2011; Flemming 2011) für betroffene Beschäftigte und Regionen garantiert werden. Andernfalls werden immer wieder soziale gegen ökologische Interessen ausgespielt. Hier treffen unterschiedliche Zeitlogiken, Interessen und Widersprüche aufeinander. Im Falle der Lausitz wurde viel Zeit für den Übergang vereinbart, für den Klimaschutz zu viel. Ein gerechter Übergang sollte keineswegs als Ausrede für verzögerte Maßnahmen gegen den Klimawandel missbraucht werden. Doch kann man den damit verbundenen Mühen, Diskussionen und Konflikten auch nicht ausweichen. Ohne das Bemühen um gerechte Übergänge wird es keine beschleunigten Maßnahmen zur Klimagerechtigkeit geben. «Gerechtigkeit» muss global wie lokal sein.

Kriterien für einen solchen gerechten Übergang könnten sein: Alle zu treffenden Maßnahmen müssten daran gemessen werden, ob sie: 1. relevant zur Senkung von CO₂-Emissionen, 2. zur Reduzierung von Armut und Vulnerabilität (Verletzlichkeit), 3. zur Reduzierung von Einkommens- und anderen Ungleichheiten beitragen, 4. Beschäftigung und gute Arbeit befördern und 5. demokratische Partizipation der Einzelnen ermöglichen.

Die Stimmen der Betroffenen müssen gehört werden. Ihre Lebenswege und -leistungen sind anzuerken-

nen. Dies schien uns in den vielen Jahren der Beschäftigung mit dem Problem in der Lausitz gerade nicht gegeben. Auch uns als Rosa-Luxemburg-Stiftung ist es im Rahmen unseres Engagements für Klimagerechtigkeit und für einen beschleunigten Kohleausstieg schwergefallen, mit den Beschäftigten ins Gespräch zu kommen. Auch deswegen sind wir von ihnen teilweise eher als Gegner*innen denn als potenzielle Verbündete wahrgenommen worden. Daher haben wir im dritten Teil dieser Studie den Stimmen der Beschäftigten in der Kohleindustrie viel Raum gegeben, um ihre Sicht der Dinge zu schildern. Die Beschäftigten der LEAG repräsentieren natürlich nur einen (sehr wichtigen) Teil der Bevölkerung in der Lausitz. Zahlreiche Initiativen aus Dörfern, die vom Kohleabbau bedroht sind, und andere Umweltgruppen treten oft sehr differenziert für eine Zukunft der Lausitz jenseits der Kohle ein. Auch ihrer Sicht wollen wir im Rahmen dieser Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Strukturwandel mit weiteren Interviews demnächst mehr Sichtbarkeit verleihen. Insgesamt gilt, dass die Meinungen der Bevölkerung wie der Beschäftigten des Kohleabbaus vor Ort in der Debatte um das Ende der Kohleverstromung in der Lausitz kaum gehört werden, weil die bundespolitische Debatte alles überlagert.

Die Bedingungen für den Übergang in der Lausitz sind ansatzweise geschaffen, nun muss dieser tatsächlich gerecht und zügig erfolgen, die ein oder andere Abschaltung von Kraftwerken im Lausitzer Revier schneller erfolgen, als gegenwärtig vorgesehen. Und doch gibt der Transformationskonflikt beim Kohleausstieg nur einen Vorgeschmack auf zukünftige Konflikte: Stichwort Automobilproduktion mit Überproduktion, Dieselskandalen, Korruption, vor allem aber einer zerstörerischen Klimabilanz. Die Mobilität von morgen muss anders aussehen als der motorisierte Individualverkehr. Doch hängt die gesamte Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik nicht unerheblich an diesem Industriezweig. Zugleich gibt es ein legitimes Interesse von Beschäftigten, ihren Familien, den betreffenden Regionen und Kommunen und der Gewerkschaft am Erhalt ihrer Perspektiven und der Entwicklung zukünftiger, sozial-ökologischer Perspektiven. Und auch hier gibt es ein enormes Wissenspotenzial der unmittelbaren Produzenten, das für eine Konversion und den Strukturwandel eines so tragenden Sektors zu nutzen wäre (Candeias 2011; Candeias u. a. 2011; Schumann/Urban 2011). Insgesamt ein ungleich schwierigerer Prozess auf dem Weg in eine Zukunft, die vielleicht in der Lausitz begann.

Mario Candeias
Berlin, Mai 2019

LITERATUR

Candeias, Mario (2011): Strategische Probleme eines gerechten Übergangs, in: LuXemburg 1/2011, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/strategische-probleme-eines-gerechten-uebergangs/.

Candeias, Mario/Rilling, Rainer/Röttger, Bernd/Thimmel, Stefan (Hrsg.) (2011): Globale Ökonomie des Autos. Mobilität/Arbeit/Konversion, Hamburg.

Flemming, Jana (2011): «Just Transition», Mehriblog, unter: <https://ifg.rosalux.de/2011/01/14/just-transition/>.

Klein, Dieter (2012a): Energiewende in Brandenburg. Chance für eine sozialökologische Transformation?, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/6165/energiewende-in-brandenburg/.

Klein, Dieter (2012b): Die LINKE in Brandenburger Energiekämpfen, in: LuXemburg 1/2012, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/die-linke-in-brandenburger-energiekaempfen/.

LuXemburg (2011): «Gerechte Übergänge», Zeitschrift LuXemburg 1/2011, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/gerechte-uebergange-heft-12011-erscheint-in-kurze/.

Schumann, Harald/Urban, Hans-Jürgen (2011): Gespräch über Konversion und Mosaik-Linke, in: LuXemburg 1/2011, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2009/09/LUX_1101_komp.pdf#page=85.

TEIL 1

MARTINA GREIB (AREPO CONSULT),
CHRISTINE WÖRLEN (AREPO CONSULT),
FABIAN RICHTER (TU CHEMNITZ), RAINALD ÖTSCH,
UWE WITT, AXEL TROOST (PROJEKTLEITUNG)

STRUKTUR- UND INDUSTRIE- POLITISCHE ALTERNATIVEN FÜR DIE LAUSITZ

INHALT

Abkürzungen	12
1 Einleitung	13
2 Der Lausitzer Wirtschaftsraum	15
2.1 Basisindikatoren	16
2.1.1 Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner*in	16
2.1.2 Arbeitslosenquote	18
2.1.3 Niveau der Arbeitsentgelte	18
2.1.4 Arbeitsproduktivität	19
2.1.4.1 Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigenstunde	19
2.1.4.2 Sektorale Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätige*n	21
2.2 Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur	22
2.3 Entwicklung der Bevölkerungs- und Erwerbspersonenzahl	25
2.4 Infrastruktur	26
2.5 Shift-Share-Analyse	27
2.6 Stellenwert der Braunkohleindustrie	29
2.6.1 Direkte und indirekte Beschäftigung	29
2.6.2 Regionale Verteilung der sozialversicherungspflichtigen Braunkohlearbeitsplätze	31
2.6.3 Verbundene Wirtschaftsbereiche	31
2.6.4 Steueraufkommen	32
2.6.5 Zwischenfazit	32
3 Akteure in der Lausitz	33
3.1 Die Lausitzbeauftragten Brandenburgs und Sachsens	33
3.1.1 Der Brandenburger Lausitzkoordinator	33
3.1.2 Der Revierbeauftragte der Sächsischen Landesregierung	33
3.2 Kommunale Akteure	33
3.2.1 Die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH	33
3.2.2 Die Lausitzrunde	34
3.3 Akteure aus der Wirtschaft	34
3.3.1 IHK und HWK	34
3.3.2 Die Innovationsregion Lausitz GmbH	34
3.4 Zivilgesellschaft	35
3.4.1 Zentrum für Dialog und Wandel	35
3.4.2 Lausitzer Perspektiven e. V.	35
3.4.3 Grüne Liga e. V.	35
3.4.4 Gewerkschaften	35
3.4.5 Die Sorb*innen/Wend*innen	36
3.4.6 Exkurs: DIE LINKE in Brandenburg und Sachsen und der Prozess der gemeinsamen Positionsbestimmung	36
4 Beschäftigungseffekte eines Wegfalls der Braunkohle	38
4.1 Der Ausstiegsfahrplan der Kohlekommission	38
4.2 Quantitative Abschätzung der Beschäftigungswirkungen des Braunkohleausstiegs in der Lausitz	42
4.3 Arbeitsmarktpolitische Flankierung des Braunkohleausstiegs	42
4.4 Die Beschäftigten der LEAG	43
4.5 Die Zulieferer und Servicebetriebe	44
5 Bilder von der Zukunft – Leitbilder der Akteure	45
5.1 Die Lausitz als Energieregion	45
5.2 Die Lausitz als grüne Region der Seen	47
5.3 Vision der Kohlekommission: Innovative Industrie- und Dienstleistungsregion	48
5.3.1 Forschung, Bildung und Innovation	48
5.3.2 (Bundes-)Behörden	48
5.4 Was fehlt?	49

6 Entwicklungsstrategien	50
6.1 Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplatzsicherung	50
6.1.1 Leitbildentwicklung und strukturiertes Standortmarketing	51
6.1.2 Automatisierung	51
6.1.3 Weitergehende Vorschläge im Bereich Ingenieursgeologie, Bergbausanierung und -nachnutzung, Rekultivierung.	52
6.1.3.1 Rekultivierung	52
6.1.3.2 Gewässersanierung und Umwelttechnologien	52
6.1.3.3 (Auf-)Schwimmende Bauten	53
6.1.4 Industrie- und Gewerbeparks	53
6.2 Infrastruktur	54
6.2.1 Verkehrsinfrastruktur	54
6.2.2 Digitale Infrastruktur	54
6.2.3 Sonstige Infrastruktur	55
6.3 Zivilgesellschaft	55
6.3.1 Beteiligungsprozesse, parlamentarische Ausschüsse und Multi-Stakeholder-Dialoge	55
6.3.2 Kultur, Kreativwirtschaft und Kunsthandwerk	56
6.3.3 Breitensport, Spitzensport und Wassersport.	57
7 Implementierungsstrukturen	59
7.1 Zivilgesellschaft und Daseinsvorsorge	59
7.1.1 Fonds Zivilgesellschaft Lausitz	59
7.1.2 Investitionspauschale für Lausitzer Kommunen	60
7.2 Strukturwandelfinanzierung über Bundesmittel und nicht über Landesmittel	60
7.2.1 Zuweisung der Mittel ausschließlich über die WRL.	61
7.2.2 Die LMBV-Lösung	61
8 Kommentare zum aktuellen Stand der Umsetzung	63
9 Zusammenfassung	65
Literatur	67

ABKÜRZUNGEN

BASF	Badische Anilin- & Soda-Fabrik	IHU	Gesellschaft für Ingenieur-, Hydro und Umweltgeologie
BEWE	Bergbau, Energie, Wasser und Entsorgung	IÖR	Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung
BIP	Bruttoinlandsprodukt	IÖW	Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	iRL	Innovationsregion Lausitz
BTU	Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg	ISW	Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung
BWS	Bruttowertschöpfung	IWB	Institut für Wasser und Boden
CCS	Carbon (Dioxide) Capture and Storage	KEI	Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien
CO ₂	Kohlenstoffdioxid	KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
Debriv	Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein	KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund	LEAG	Lausitz Energie Kraftwerke AG/Lausitz Energie Bergbau AG
DGFZ	Dresdner Grundwasserforschungszentrum e. V.	LMBV	Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft
DLR	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt	LTE	Long Term Evolution
E3G	Third Generation Environmentalism	MW	Megawatt
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz	NGO	Nichtregierungsorganisation
EKBO	Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz	ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
EKF	Energie- und Klimafonds	PtX	Power-to-X
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz	PV	Photovoltaik
ET	Erwerbstätige	REA	Rauchgasentschwefelungsanlagen
F&E	Forschung und Entwicklung	RIK	Regionales Investitionskonzept
FIB	Forschungsinstitut für Bergbaufolgelandschaften e. V.	RWI	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
FSU	Friedrich-Schiller-Universität Jena	SIET	Institut für Energie- und Transformationsforschung
GRW	Gemeinschaftsaufgabe «Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur»	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
GW	Gigawatt	SV	sozialversicherungspflichtig
HWK	Handwerkskammer	UBA	Umweltbundesamt
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung	UVBB	Unternehmerverbände Berlin-Brandenburg
IBA	Internationale Bauausstellung	VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie	WiL	Wirtschaftsinitiative Lausitz
IGM	IG Metall	WRL	Wirtschaftsregion Lausitz
IHK	Industrie- und Handelskammer	ZDW	Zentrum für Dialog und Wandel

1 EINLEITUNG

Seit der Industrialisierung treibt die Menschheit durch die Emission von Treibhausgasen einen immer bedrohlicher werdenden Klimawandel an. Es drohen gigantische Schäden an den Ökosystemen, die auch auf die Menschen zurückschlagen werden und bereits jetzt spürbar sind. Die Abkehr von der Verbrennung fossiler Brennstoffe – die Hauptursache für den menschengemachten Klimawandel – ist eine zivilisatorische Pflicht und überfällig. Dazu muss vor allem die Stromerzeugung in den Blick genommen werden, da sie durch fossile Kraftwerke für hohe Emissionen verantwortlich ist und in diesem Sektor bereits emissionsarme oder -freie Alternativen zur Verfügung stehen.

Deutschland wird die selbstgesetzten Klimaschutzziele für 2020 verfehlen und läuft Gefahr, nach jahrelang auf hohem Niveau stagnierenden Treibhausgasemissionen auch die Klimaschutzziele für 2030 und 2050 nicht einzuhalten. Das ist ein fatales Signal an die internationale Gemeinschaft. Wenn das Ziel des UN-Klimaschutzabkommens von Paris aus dem Jahr 2015 erreicht werden soll – das Ausmaß der Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad und möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen –, muss das Reduktionstempo wieder deutlich beschleunigt werden. Die Abschaltung der Kohlekraftwerke und der Übergang zu einer weitestgehend auf erneuerbaren Energien basierenden Stromerzeugung ist daher eine Frage des Wie und nicht des Ob.

Im Jahr 2018 betrug laut Statistischem Bundesamt der Anteil der Stromproduktion aus Braunkohlekraftwerken 22,5 Prozent, auf Steinkohlekraftwerke entfielen 12,8 Prozent (Destatis 2018). Durch den geringeren Energiegehalt und niedrigere Wirkungsgrade verursachen Steinkohlekraftwerke durchschnittlich etwa das Doppelte, Braunkohlekraftwerke gar das Dreifache der CO₂-Emissionen von Gaskraftwerken (UBA 2018). Entsprechend entfiel 2016 etwa die Hälfte der CO₂-Gesamtemissionen aus der Stromerzeugung auf Braunkohlekraftwerke, 28 Prozent stammten aus Steinkohlekraftwerken (UBA 2017). Insgesamt entstehen in Deutschland somit fast 80 Prozent der CO₂-Emissionen der Stromerzeugung durch Kohleverstromung.

In der Wissenschaft besteht heute ein weitgehender Konsens, dass eine ambitionierte Energiewendepolitik nicht nur notwendig und machbar, sondern als Effizienz- und Modernisierungsstrategie sogar ökonomisch vorteilhaft ist (Öko-Institut u. a. 2018). Diese makroökonomische Sicht gilt jedoch nicht für den Einzelnen. Ein Kohleausstieg trifft nicht nur die Beschäftigten der Kohlekraftwerke und der Braunkohletagebaue und ihre Familien, sondern auch die indirekt von der Kohleverstromung abhängigen Betriebe und die Regionen insgesamt. Der Hinweis, dass im Erneuerbare-Energien-Sektor an anderer Stelle gleichwertige Wertschöpfung und Arbeitsplätze aufgebaut werden, bringt den Kohlebeschäftigten zunächst einmal we-

nig. Von ihnen wird Klimaschutz, der die Lebensbedingungen der kommenden Generationen erhalten soll, als Bedrohung der eigenen Lebensverhältnisse empfunden. Eine Energiepolitik, welche diese sozialen Folgen vollständig ausblendet, greift ebenso zu kurz wie eine Energiepolitik, die blind ist für die ökologischen Folgen. Die Energie- und Klimawende muss als sozial-ökologisches Transformationsprojekt daher sorgfältig und kleinteilig ausgestaltet werden, um die Chancen und Risiken gerecht zu verteilen. Die Tatsache, dass dabei nicht nur die Schicksale der Kohleregionen und -beschäftigten, sondern auch die Belange anderer strukturell benachteiligter Regionen und von Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit betroffener Menschen gleichrangig behandelt werden müssen, zeigt das Konfliktpotenzial dieses Themas und unterstreicht den von der Politik bisher nicht ausreichend erkannten Handlungsbedarf.

Der deutsche Kohleausstieg besitzt für die weltweite Klimapolitik und vor allem für die Länder, die bisher noch an der Kohleverstromung festhalten, einen wichtigen Signalcharakter. Umso entscheidender ist es, dass der mit der Energiewende zusammenhängende Strukturwandel als erfolgreich und der Kohleausstieg damit als nachahmenswert wahrgenommen wird. Zudem würde damit bewiesen, dass der Staat die Wirtschaft seines Landes aktiv umgestalten kann – diese Erfahrung wäre auch für andere Handlungsfelder bedeutsam.

In den Braunkohlegebieten wird das Spannungsverhältnis zwischen ökologischer und sozialer Frage besonders greifbar. Der Anfang des Jahres vorgelegte Abschlussbericht der Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» («Kohlekommission») sieht eine unwiderrufliche Stilllegung der deutschen Stein- und Braunkohlekraftwerke bis spätestens 2038 vor (Kohlekommission 2019). Während Steinkohlekraftwerke relativ breit über das Bundesgebiet verteilt sind, sind Braunkohlekraftwerke auf die Umgebung der Braunkohletagebaue konzentriert und in der Regel deutlich größer als Steinkohlekraftwerke, die ihren Brennstoff aus der Ferne beziehen. Die Braunkohle stellt somit regional einen nicht zu vernachlässigenden Wirtschaftsfaktor dar.

Unter den drei noch aktiven deutschen Braunkohlerevieren (Rheinisches Revier, Mitteldeutsches Revier, Lausitzer Revier – im Helmstedter Revier sind die Tagebaue bereits geschlossen und das zugehörige Kraftwerk in die Sicherheitsreserve überführt worden) nimmt das Lausitzer Revier mit seinen vier Tagebauen und drei Kraftwerksstandorten einen besonderen Stellenwert ein. Der Anteil der von der Braunkohle abhängig Beschäftigten ist größer als in den anderen Revieren und die Lausitz weist besonders schwache wirtschaftliche Strukturdaten auf. Dies ist der Grund, warum die Studie speziell die Lausitz und die dortige

struktur- und beschäftigungspolitische Flankierung des Kohleausstiegs in den Fokus nimmt.

Der Begriff Strukturwandel ist in der Lausitz wie in anderen Teilen Ostdeutschlands durch die Nachwende-Erfahrungen in den 1990er Jahren eher negativ besetzt. Zwar gab es infolge der Wende Verbesserungen, etwa bei der technischen Ausrüstung, den Arbeitsbedingungen und der Infrastruktur. Der Strukturwandel spielte sich in den Industriebetrieben aber in erster Linie als Niedergang ab. Gleichzeitig blieben das nicht eingelöste Versprechen von prosperierenden neuen Unternehmen und «blühenden Landschaften» sowie gescheiterte Leuchtturmprojekte in Erinnerung. Entsprechend dominiert die Skepsis gegenüber neuen Versprechungen von staatlich geförderten Industrieansiedlungen. Positivere Beispiele für Strukturwandel – etwa Erfahrungen im Ruhrgebiet, der ehemaligen Hochburg der Steinkohle- und Stahlindustrie, das verglichen mit anderen ehemaligen Schwerindustriezentren etwa in Großbritannien und den USA trotz aller heutigen Probleme vergleichsweise gut dasteht – sind in der Bevölkerung der Lausitz hingegen weniger bis gar nicht präsent.

Die Kohlekommission hat für die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen ein enormes Unterstützungspaket vorgeschlagen. Die Regionen sollen in den kommenden 20 Jahren aus dem Bundeshaushalt jährlich zwei Milliarden Euro Strukturhilfen erhalten, das heißt 40 Milliarden Euro insgesamt. Nach mündlichen Absprachen ist eine Lausitz-Quote vorgesehen: 45 Prozent der Bundesmittel sollen in die Lausitz fließen (rbb 2019). Aus den jährlichen zwei Milliarden Euro sollen 1,3 Milliarden Euro für Einzelprojekte in den vom Kohleausstieg betroffenen Bundesländern bereitgestellt werden. Zur Umsetzung soll es unter anderem ein Maßnahmengesetz und einen zugehörigen Staatsvertrag geben, welche die Bereiche Infrastrukturausbau, Wirtschafts- und Innovationsförderung sowie Ansiedlungen von Behörden und Forschungseinrichtungen regeln. Die von der Kohlekommission erwarteten weiteren jährlich zur Verfügung gestellten 700 Millionen Euro (insgesamt 14 Milliarden Euro) sollen den Ländern zur «mittel- und langfristigen Absicherung strukturpolitischer Maßnahmen» bereitgestellt werden (Kohlekommission 2019: 104). Im Bericht wird zudem

ein Sonderfinanzierungsprogramm für Verkehrsinfrastruktur vorgeschlagen. Darüber hinaus sollen Bundesmittel für beschäftigungspolitische Maßnahmen eingeplant werden.

Bereits im Koalitionsvertrag der aktuellen Legislaturperiode waren 1,5 Milliarden Euro für ein strukturpolitisches Sofortprogramm vorgesehen. Bis 2021 soll laut Ansicht der Kohlekommission zusätzlich ein Sofortprogramm für unternehmerische Investitionen ein «sichtbares Zeichen» setzen (ebd.: 104). Demnach mangelt es weniger an Geld als an sinnvollen Ideen zur Entwicklung der Kohleregionen.

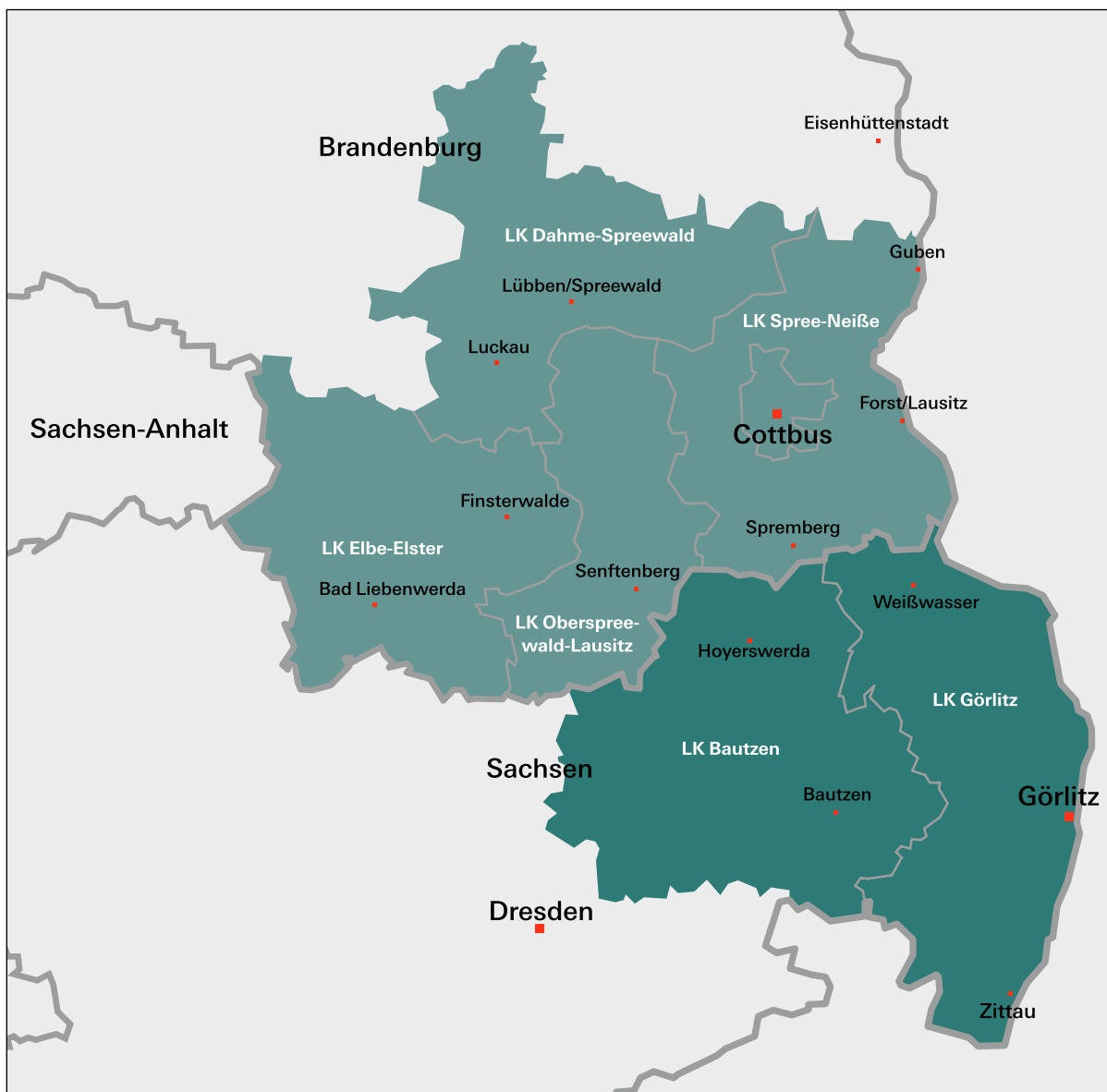
Die Wirtschaftsstruktur der Lausitz und der Stellenwert der Braunkohleindustrie für Wertschöpfung und Beschäftigung werden in Abschnitt 2 genauer herausgearbeitet. In Abschnitt 3 werden für die Entwicklung der Region maßgebliche Akteure dargestellt. Anschließend wird in Abschnitt 4 mithilfe eines aus den Empfehlungen der Kohlekommission abgeleiteten Abschaltszenarios untersucht, welche direkten und indirekten Beschäftigungseffekte der Region aus dem Ausstieg aus der Braunkohle entstehen und was dies für die Betroffenen bedeutet. Abschnitt 5 geht auf die Notwendigkeit, aber auch auf die Grenzen von Leitbildern für die Region ein, wie auf bereits diskutierte Leitbilder, die als komplementär betrachtet werden sollten. Abschnitt 6 widmet sich darauf aufbauend den Entwicklungsstrategien für die Region. Dabei geht es um weit mehr als Wirtschaftsförderung durch Ausbau der vorhandenen Potenziale der Lausitz und die Verbesserung der Infrastruktur. Vielmehr müssen auch «weiche» Standortfaktoren wie Kultur und Sport und die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft in den Blick genommen werden. In Abschnitt 7 wird auf die institutionelle Ebene der Gestaltung des Strukturwandels eingegangen. Dazu gehört die Forderung, eine ernsthafte und weitreichende Beteiligung der Zivilgesellschaft sicherzustellen und sowohl einen Fonds Zivilgesellschaft als auch eine Investitionspauschale für Kommunen zu schaffen. Eine wichtige Forderung ist außerdem, dass die Auswahl von Einzelprojekten und die Zuweisung der vom Bund bereitgestellten Mittel pluralistisch erfolgt. Zuletzt schließen sich in Abschnitt 8 einige Kommentare zum aktuellen Stand der Umsetzung an.

2 DER LAUSITZER WIRTSCHAFTSRAUM

Das Lausitzer Braunkohlerevier erstreckt sich über sechs Landkreise und eine kreisfreie Stadt (siehe Abbildung 1). Dabei liegen die Kreise Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße sowie die Stadt Cottbus vollständig in der Region. Von den restlichen Kreisen gehören jeweils die nördlichen (Görlitz und Bautzen), östlichen (Elbe-Elster) bzw. südlichen Teile (Dahme-Spreewald) zum Revier.

Da zahlreiche relevante Daten nur auf Kreisebene vorliegen, ist es nicht möglich, den Wirtschaftsraum Lausitzer Braunkohlerevier exakt statistisch abzubilden. Wenn im Folgenden regionale Statistiken für die Lausitz diskutiert werden, ist damit in der Regel die Summe der entsprechenden Werte aller sechs Kreise plus Cottbus gemeint. Diese unvermeidbaren Ungenauigkeiten führen unter Umständen dazu, dass die statistischen Wer-

Abbildung 1: Der Lausitzer Wirtschaftsraum



Quelle: Eigene Darstellung

Alle Braunkohletagebaue und -kraftwerke der Lausitz befinden sich in den Kreisen Görlitz und Spree-Neiße (siehe Tabelle 1 und Tabelle 2). Der Unternehmenssitz des betreibenden Bergbaukonzerns LEAG liegt in Cottbus.

te für die Lausitz durch Effekte beeinflusst sind, deren Ursachen außerhalb des Wirtschaftsraums Lausitzer Braunkohlerevier liegen. Besonders offensichtlich ist dies im Falle des Landkreises Dahme-Spreewald, dessen nördlicher Teil stark durch die Nähe zu Berlin ge-

prägt ist und überdies den Flughafen Schönefeld sowie den seit 2006 in Bau befindlichen neuen Flughafen Berlin Brandenburg beheimatet. Der südliche Teil gehört zum Lausitzer Braunkohlerevier, ist demgegenüber stark ländlich geprägt und weist große Unterschiede in der Wirtschafts- und Sozialstruktur auf.

Tabelle 1:
Daten der Kraftwerke des Lausitzer Reviers

Kraftwerksname	Landkreis	Bundesland	Leistung (MW)
Boxberg	Görlitz	Sachsen	2.427
Jänschwalde	Spree-Neiße	Brandenburg	2.790
Schwarze Pumpe	Spree-Neiße	Brandenburg	1.500

Quelle: Agora Energiewende 2017: 75 f.

Tabelle 2:
Daten der Tagebaue des Lausitzer Reviers

Tagebau	Landkreis	Bundesland	Fördermenge 2015 (Mio. t)
Jänschwalde	Spree-Neiße	Brandenburg	11,9
Nochten	Görlitz	Sachsen	17,8
Reichwalde	Görlitz	Sachsen	12,2
Welzow-Süd	Spree-Neiße	Brandenburg	18,2

Quelle: Agora Energiewende 2017: 48

2.1 BASISINDIKATOREN

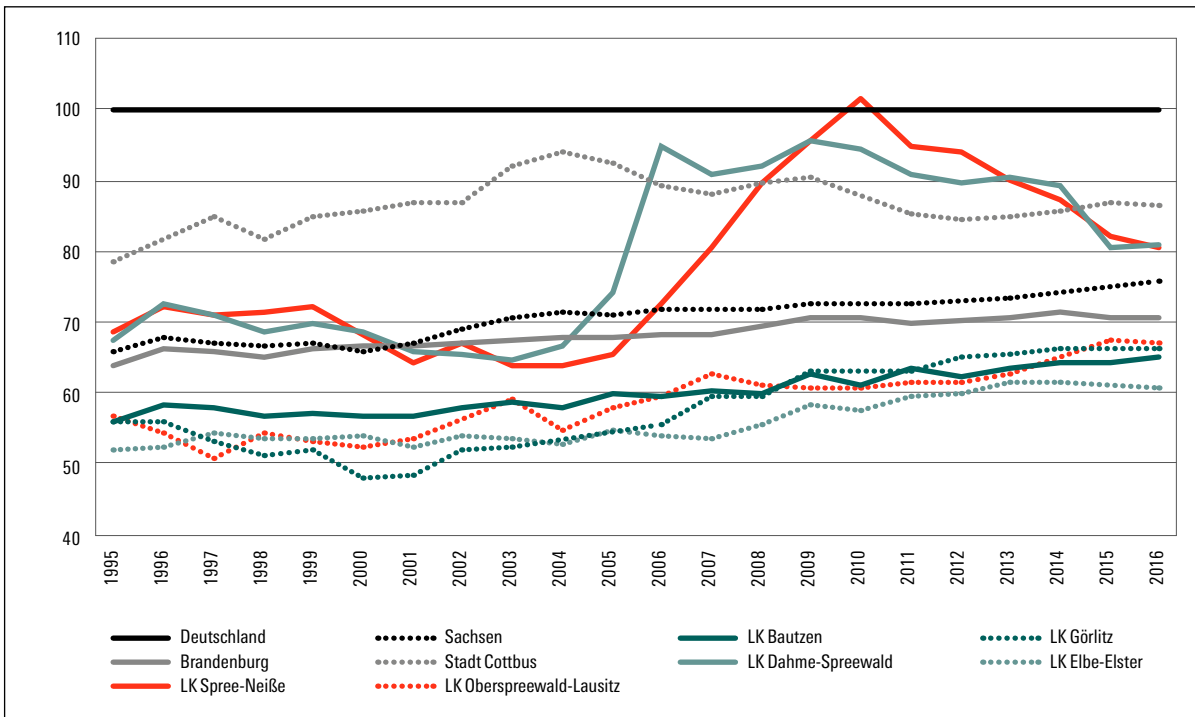
Die untersuchten Basisindikatoren weisen die Lausitz in Bezug auf die Bundesrepublik als einen unterdurchschnittlich erfolgreichen Wirtschaftsraum aus. Wählt man hingegen die betreffenden Bundesländer als Vergleichsraum, zeigen sich wichtige Unterschiede. Verallgemeinernd lässt sich sagen, dass die ökonomische Bedeutung des Brandenburger Teils für das eigene Bundesland höher ist.

2.1.1 Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner*in

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner*in lag im gesamten betrachteten Zeitraum 1995 bis 2016 in allen Kreisen – mit Ausnahme des Spree-Neiße-Kreises im Jahr 2010 – ausnahmslos deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts (siehe Abbildung 2). In vier der sieben Lausitzkreise – den zwei sächsischen (Bautzen und Görlitz) sowie in Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz – lagen die Werte zudem dauerhaft unter dem Durchschnitt des eigenen Bundeslandes.¹ Nicht der Fall ist dies lediglich in Cottbus und seit 2005 bzw. 2006 in den Kreisen Dahme-Spreewald und Spree-Neiße.

Die Entwicklung der Kenngröße verlief in den einzelnen Kreisen recht unterschiedlich. Vier der sieben Kreise (Bautzen, Görlitz, Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz) wiesen – wie die beiden Bundesländer – ein konstant leicht überdurchschnittliches Wachstum auf.

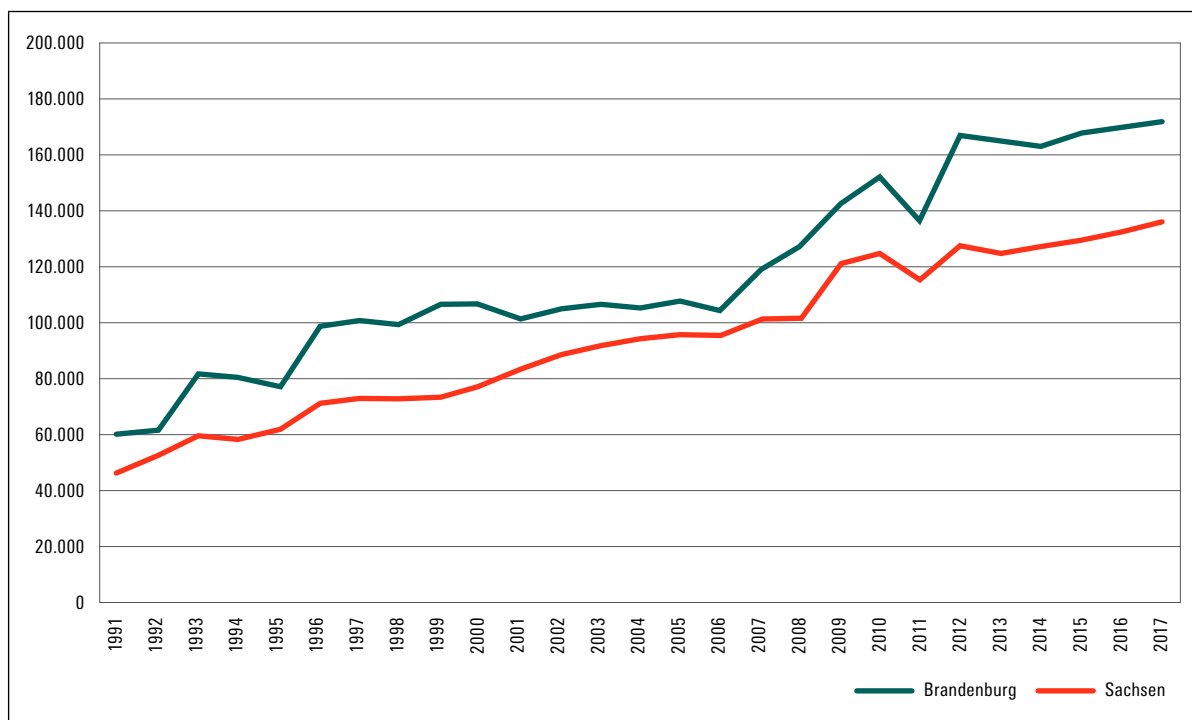
Abbildung 2: Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner*in (in % vom nationalen Durchschnitt)



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder o. J.; eigene Berechnungen

¹ Der sprachlichen Einfachheit halber werden im Folgenden die sechs Landkreise und die kreisfreie Stadt Cottbus in ihrer Gesamtheit als die sieben Lausitzkreise bezeichnet.

Abbildung 3: Reale Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätige*in im Sektor «Bergbau, Energie, Wasser und Entsorgung» in Brandenburg und Sachsen (in EUR und Preisen von 2010)



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder o. J.; eigene Berechnungen

Dies führte dazu, dass deren Werte von 50 bis 60 Prozent auf 60 bis 70 Prozent des Bundesniveaus stiegen. Einen ähnlichen langfristigen Verlauf, wenn auch auf einem etwas höheren Niveau und mit etwas größeren Schwankungen, nahm das BIP pro Kopf in der kreisfreien Stadt Cottbus. Hier wuchs der Wert von 78,4 Prozent im Jahr 1995 auf 86,6 Prozent im Jahr 2016, nachdem er 2004 bereits 94,1 Prozent betragen hatte.

Eine völlig andere Entwicklung zeigen die Landkreise Dahme-Spreewald und Spree-Neiße. Nachdem hier das BIP pro Kopf etwa zehn Jahre leicht unterdurchschnittlich wuchs und sogar unter das Brandenburger BIP pro Kopf fiel, stieg es 2005 bzw. 2006 in beiden Landkreisen rapide an. Etwa seit 2010 wächst die Wirtschaft in diesen Kreisen wieder deutlich langsamer. 2016 betrug das BIP pro Kopf in beiden Kreisen etwa 81 Prozent des Bundesdurchschnitts.

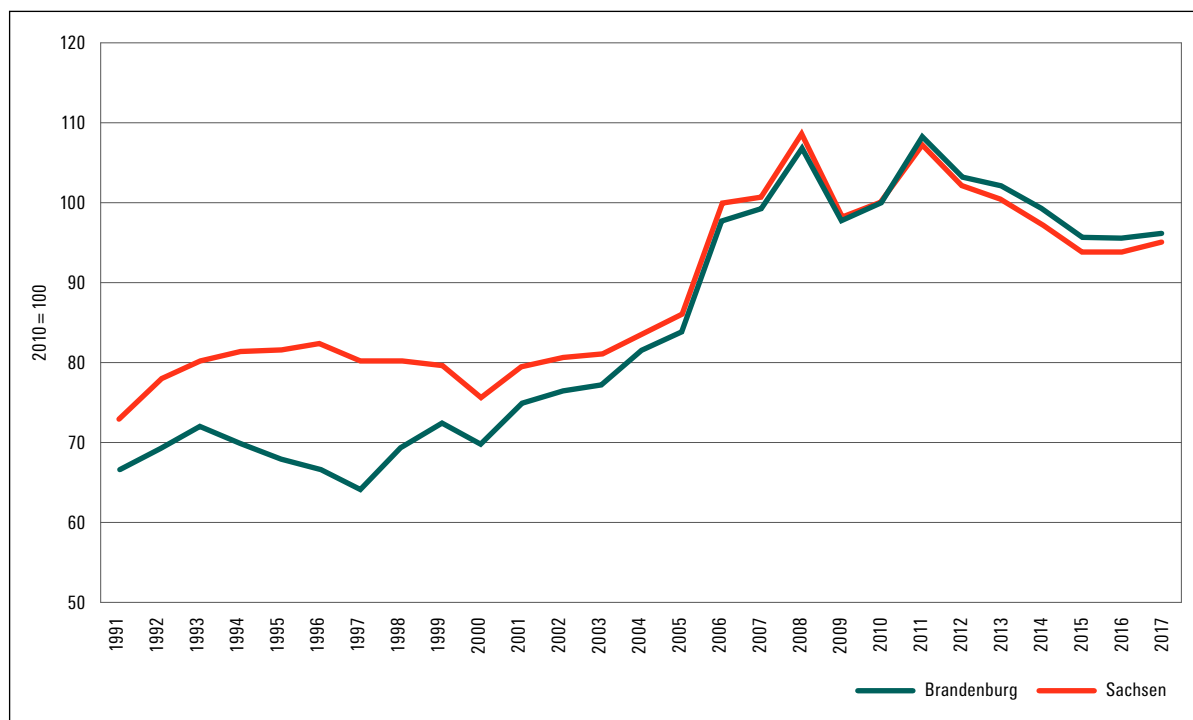
Dieser Entwicklung liegen unterschiedliche Ursachen zugrunde. Der Anstieg in Dahme-Spreewald dürfte mit der Nähe zum städtischen Ballungsraum Berlin und dem Bau des Hauptstadtflughafens, der 2006 offiziell begann, in Zusammenhang stehen. Im Dahme-Spreewald-Kreis stieg die Bruttowertschöpfung (BWS)

von 2005 auf 2006 von 3,1 auf 4,1 Milliarden Euro an. Der Hauptteil dieses Zuwachses wurde im Sektor «Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstück- und Wohnungswesen» erwirtschaftet, der 2006 um circa 800 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr wuchs und bis mindestens 2014 auf vergleichbarem Niveau verblieb.

Der Anstieg in Spree-Neiße dürfte hauptsächlich auf die dortigen Braunkohleaktivitäten zurückzuführen sein. Unsere Berechnungen zeigen andauernde Produktivitätssteigerungen im Sektor «Bergbau, Energie, Wasser und Entsorgung» (BEWE), die 2006 noch an Tempo gewannen (siehe Abbildung 3).² Zusammen mit dem im Jahr 2000 einsetzenden und sich 2005 stark beschleunigenden Anstieg der Preise in diesem Sektor (siehe Abbildung 4) führte dies bis 2010 zu einem Anstieg des BIP pro Einwohner*in, welches in jenem Jahr leicht über dem Bundesdurchschnitt lag. Seitdem der Produktivitätsanstieg infolge zurückhaltender Investitionen in den letzten Jahren deutlich langsamer erfolgt und die Preise wieder sinken (2011–2016 etwa -11%), geht auch das BIP pro Kopf relativ zum Bundesdurchschnitt wieder zurück.

² Der Sektor BEWE umfasst diejenigen Wirtschaftszweige des produzierenden Gewerbes, die nicht zum Baugewerbe oder verarbeitenden Gewerbe gehören.

Abbildung 4: Bruttoinlandsprodukt-Deflator im Sektor BEWE in Brandenburg und Sachsen³



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder o. J.; eigene Berechnungen

2.1.2 Arbeitslosenquote

Auch die Arbeitslosenzahlen belegen die wirtschaftliche Schwäche der Lausitz (siehe Abbildung 5). Nur im Dahme-Spreewald-Kreis lag die Arbeitslosenquote 2017 mit 4,7 Prozent unterhalb des Bundesdurchschnitts (5,7%). In fünf der sieben Kreise (Görlitz, Cottbus, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße) ist die Arbeitslosenquote zudem höher als im jeweiligen Bundesland insgesamt.

2.1.3 Niveau der Arbeitsentgelte

Das Medianeinkommen teilt alle Einkommensbezieher*innen in zwei gleich große Gruppen: Die eine Hälfte erzielt ein niedrigeres, die andere Hälfte ein höheres Einkommen. Es wird zur Kennzeichnung des Einkommensniveaus häufig dem durchschnittlichen Einkommen vorgezogen, weil es unempfindlich gegenüber Ausreißern ist und daher eine bessere Vorstellung vom «Normaleinkommen» einer Region vermittelt.

Die Median-Bruttoarbeitsentgelte sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigter sind in den Kreisen und Städten der neuen Bundesländer im Allgemeinen deutlich niedriger als im Rest der Republik (siehe Abbildung 6). Dies trifft auch auf die Lausitz zu. Zudem gehören Görlitz, Bautzen und Elbe-Elster zu den Kreisen mit den niedrigsten mittleren Einkommen überhaupt. Von den 401 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland hat der Landkreis Görlitz mit 2.183 Euro das geringste Medianarbeitseinkommen (siehe Tabelle 3). Der Elbe-Elster-Kreis belegt mit 2.215 Euro den viertletzten Rang. Auch in Bautzen (Platz 385) liegt das mittlere Einkommen unter 2.300 Euro.

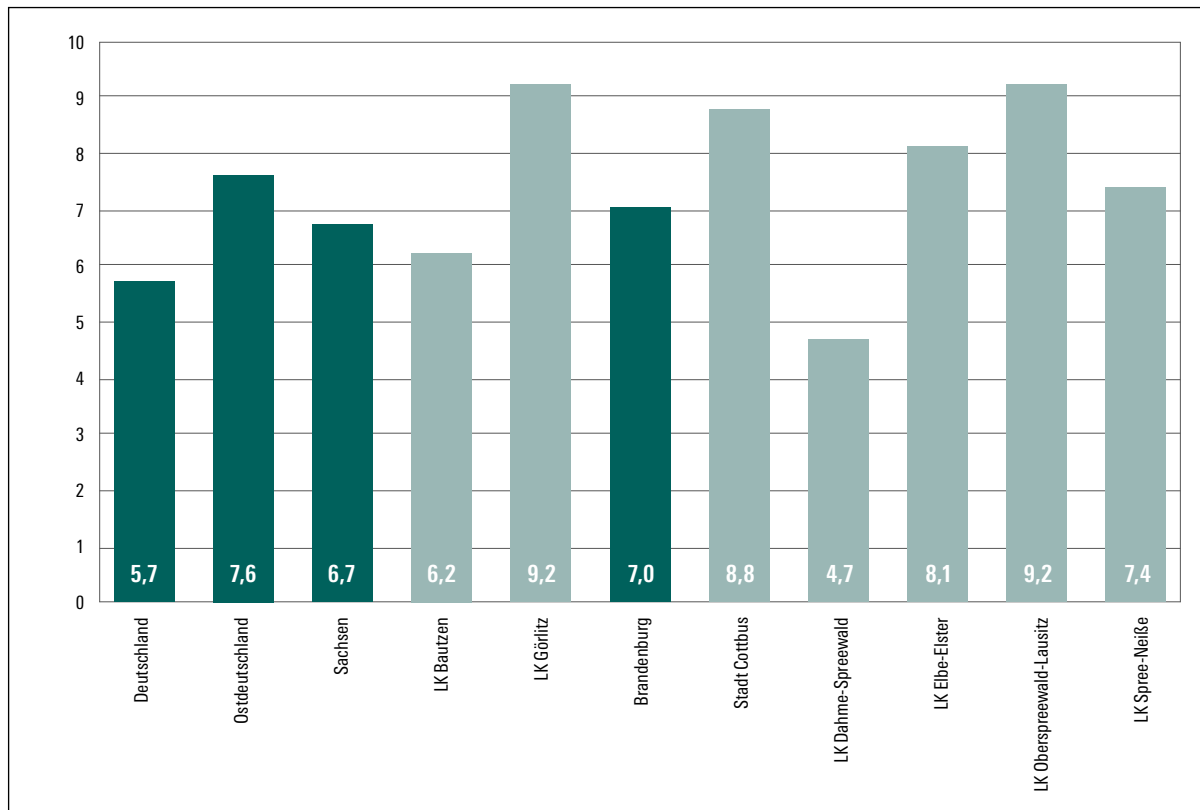
Tabelle 3: Median der sozialversicherungs-pflichtigen Bruttoarbeitsentgelte am Arbeitsort (Stichtag: 31.12.2017)

Land/Region	Landkreis	Median des Bruttoentgelts (Platzierung)
Deutschland		3.209
Ostdeutschland (inklusive Berlin)		2.600
Brandenburg		2.493
	Elbe-Elster	2.215 (398)
	Oberspreewald-Lausitz	2.490 (352)
	Dahme-Spreewald	2.518 (347)
	Spree-Neiße	2.532 (344)
	Cottbus	2.653 (337)
Sachsen		2.479
	Bautzen	2.283 (385)
	Görlitz	2.183 (401)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2018

Für die im Land Brandenburg gelegenen Kreise liegen außerdem die durchschnittlichen Arbeitsentgelte pro Stunde vor (siehe Tabelle 4). Diese liegen deutlich unter dem deutschen Durchschnittslohn. In Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz liegt das Stundenentgelt zudem unter dem Durchschnitt des Bundeslandes. In Spree-Neiße, Dahme-Spreewald und Cottbus werden hingegen im Mittel Stundenlöhne gezahlt, die über

³ Der BIP-Deflator ist ein Preisindex, der als Quotient aus nominalem und realem BIP berechnet wird.

Abbildung 5: Arbeitslosenquoten 2017 bezogen auf die zivilen Erwerbspersonen (in %)


Quelle: Bundesanstalt für Arbeit o. J.

dem Brandenburger Durchschnitt liegen. Die Rangfolge der Brandenburger Landkreise in Bezug auf das Medianeinkommen entspricht der Rangfolge in Bezug auf den durchschnittlichen Stundenlohn.

Tabelle 4: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde

	2006 (EUR/h)	in % vom dt. Ø	2016 (EUR/h)	in % vom dt. Ø
Cottbus	18,9	77	26,2	83
Dahme-Spreewald	18,7	76	25,4	81
Elbe-Elster	17,2	70	23,1	73
Oberspreewald-Lausitz	18,0	73	24,6	78
Spree-Neiße	18,2	74	25,5	81
Brandenburger Lausitz	18,3	74	25,1	80
Brandenburg	18,3	74	25,1	80
Deutschland	24,7	100	31,5	100

Quelle: Landesregierung Brandenburg 2019: 12

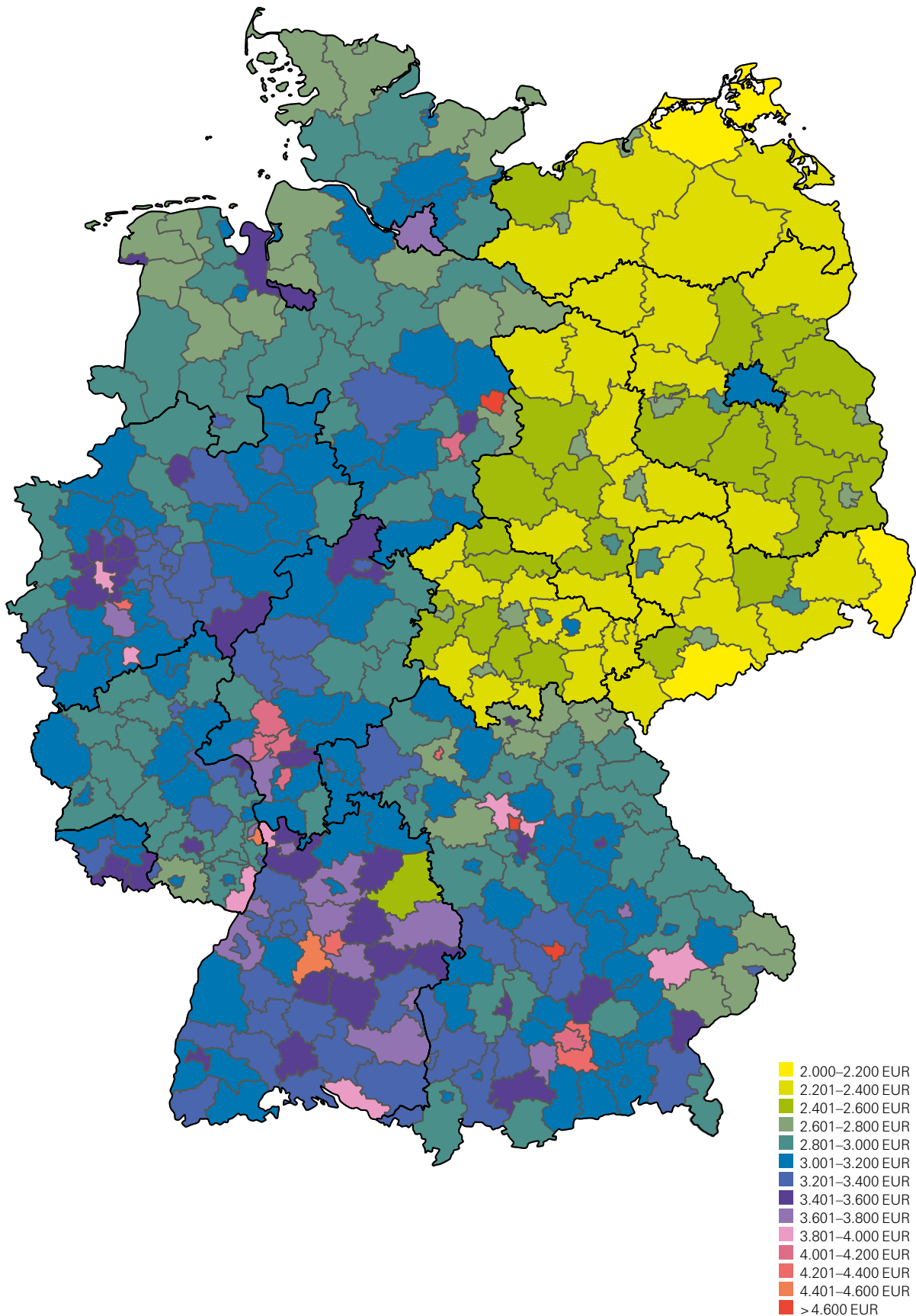
2.1.4 Arbeitsproduktivität

Die Lausitzer Wirtschaft weist im Vergleich zum nationalen Durchschnitt in den meisten Kreisen und Wirtschaftssektoren eine unterdurchschnittliche Arbeitsproduktivität auf. Die Ausnahmen bilden hier die Kreise Dahme-Spreewald und Spree-Neiße sowie der Sektor BEWE.

2.1.4.1 Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigenstunde

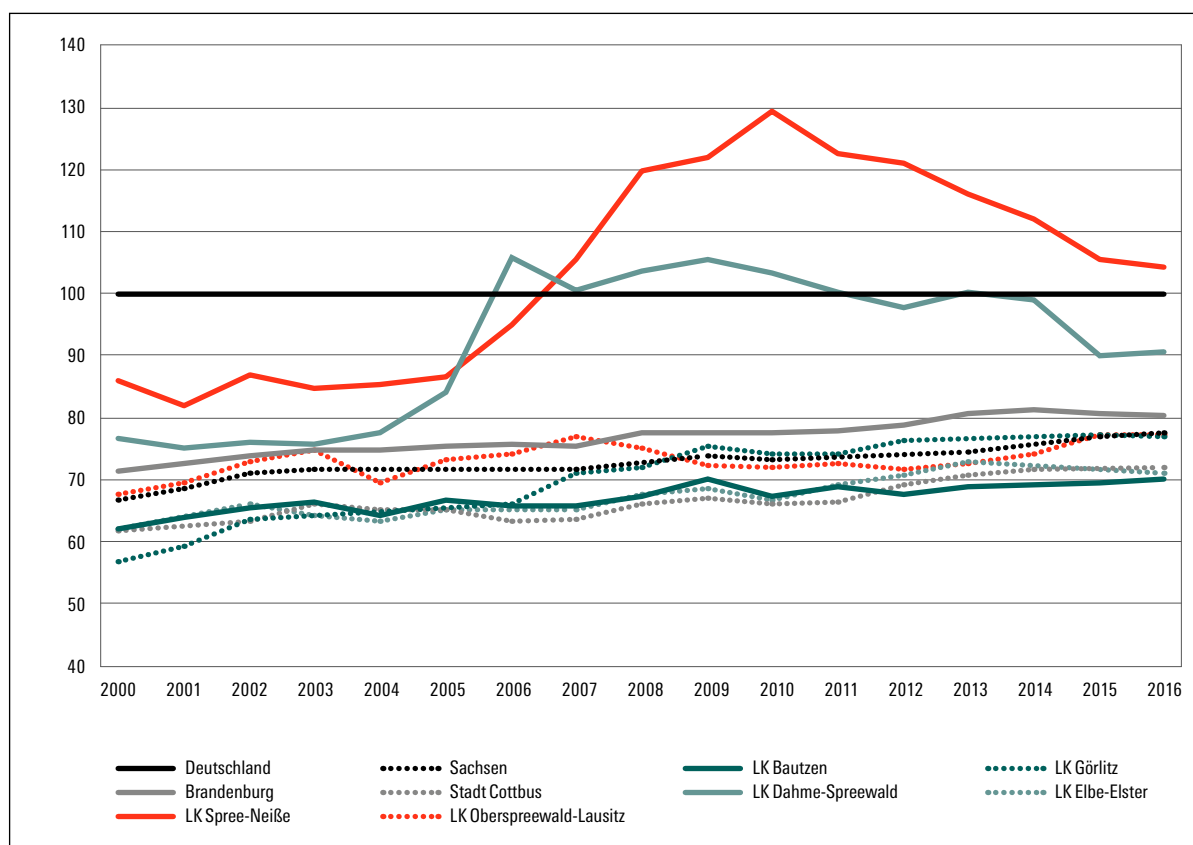
In fünf der sieben Lausitzkreise (Görlitz, Bautzen, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Cottbus) betrug das BIP pro Erwerbstätigenstunde 2016 etwa 70 Prozent bis 80 Prozent des nationalen Vergleichswerts. Dies ist das Ergebnis eines leicht überdurchschnittlichen Wachstums im Zeitraum 2000 bis 2016, in dem sich das BIP pro Kopf im Verhältnis zum nationalen Durchschnitt in diesen Kreisen um etwa zehn Prozentpunkte erhöhte (siehe Abbildung 7).

Abbildung 6: Median der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte (Stichtag: 31.12.2017)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2018

Abbildung 7: Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigenstunde (in % vom nationalen Durchschnitt)



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder o. J.; eigene Berechnungen

In den zwei übrigen Kreisen, Dahme-Spree und Spree-Neiße, liegt das BIP pro Erwerbstätigenstunde 2016 mit 91 Prozent und 104 Prozent deutlich höher. Die Entwicklung der Kenngröße folgte hier im Wesentlichen dem Verlauf des BIP pro Einwohner*in (siehe Abbildung 7), was darauf zurückzuführen ist, dass die 2005 bzw. 2006 einsetzenden hohen Umsatzsteigerungen in den Sektoren «Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen; Grundstück- und Wohnungswesen» im Landkreis Dahme-Spreewald bzw. BEWE im Landkreis Spree-Neiße vor allem auf Preis- und Produktivitätssteigerungen zurückzuführen waren und ihnen keine entsprechende Arbeitskräftenachfrage gegenüberstand.

2.1.4.2 Sektorale Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätige*n

Die Bruttowertschöpfung (BWS) pro Erwerbstätige*n (ET) der Lausitz ist in fast allen Sektoren deutlich unterdurchschnittlich (siehe Tabelle 5). Besonders groß ist der Abstand zum nationalen Durchschnitt im wichtigen verarbeitenden Gewerbe, wo ein*e Erwerbstätige*r nur rund 58 Prozent der durchschnittlichen BWS erwirtschaftet. Überdurchschnittlich ist die Bruttowertschöpfung pro ET lediglich im Sektor BEWE.

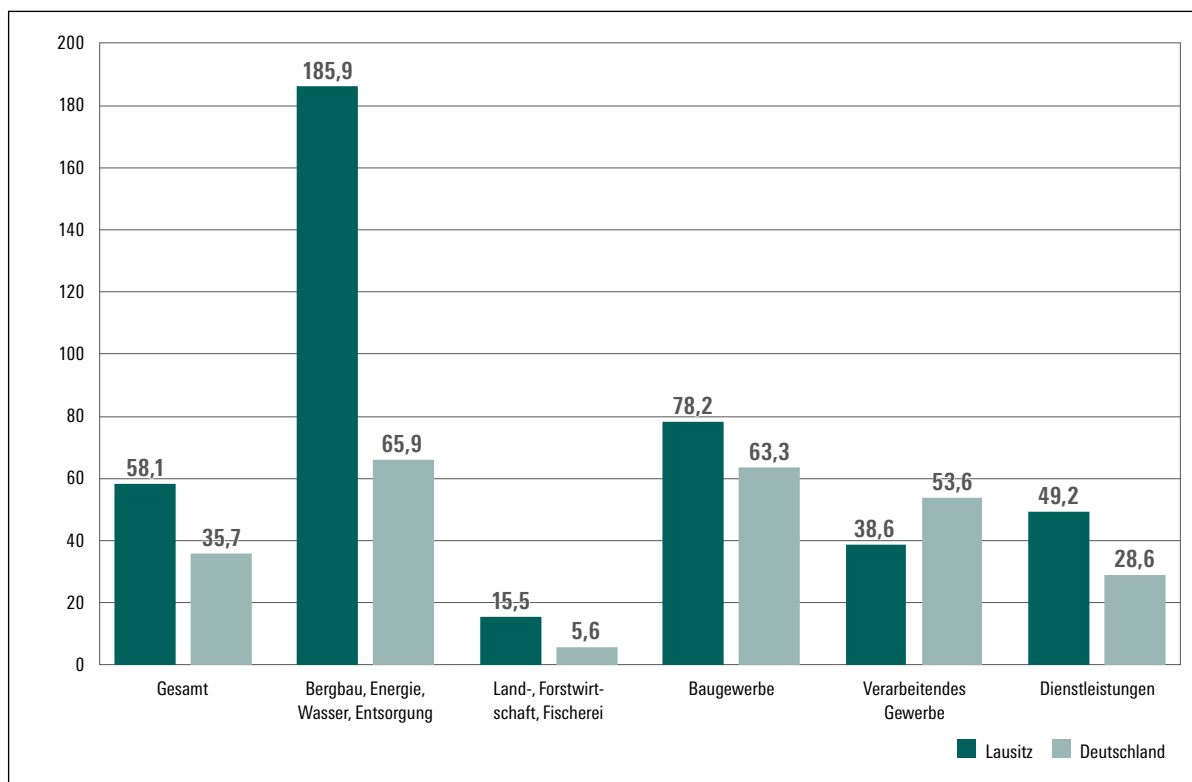
Tabelle 5:
Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätige*n 2016

	2016		
	Lausitz		Deutschland
	EUR pro Jahr	in % vom dt. Ø	EUR pro Jahr
Gesamtwirtschaft	52.968	81,6	64.896
Bergbau, Energie, Wasser, Entsorgung	204.503	145,8	140.272
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	22.988	81,8	28.097
Baugewerbe	40.935	74,3	55.078
verarbeitendes Gewerbe	50.214	58,3	86.058
Dienstleistungen	50.214	83,5	60.103

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder o. J.

Allerdings stieg die Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätige*n in den meisten Sektoren im Zeitraum 2000 bis 2016 in der Lausitz schneller als im Bundesdurchschnitt, sodass die Lücke in den letzten Jahren kleiner geworden ist. Der Angleichungsprozess betrifft jedoch nicht das verarbeitende Gewerbe, wo diese Kenngröße um lediglich 38,6 Prozent im Vergleich zu 53,6 Prozent im bundesweiten Durchschnitt wuchs (siehe Abbildung 8).

Abbildung 8: Steigerungen der Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätige*in 2000–2016 (in %)



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder o. J.; eigene Berechnungen

2.2 WIRTSCHAFTS- UND BESCHÄFTIGUNGSSTRUKTUR

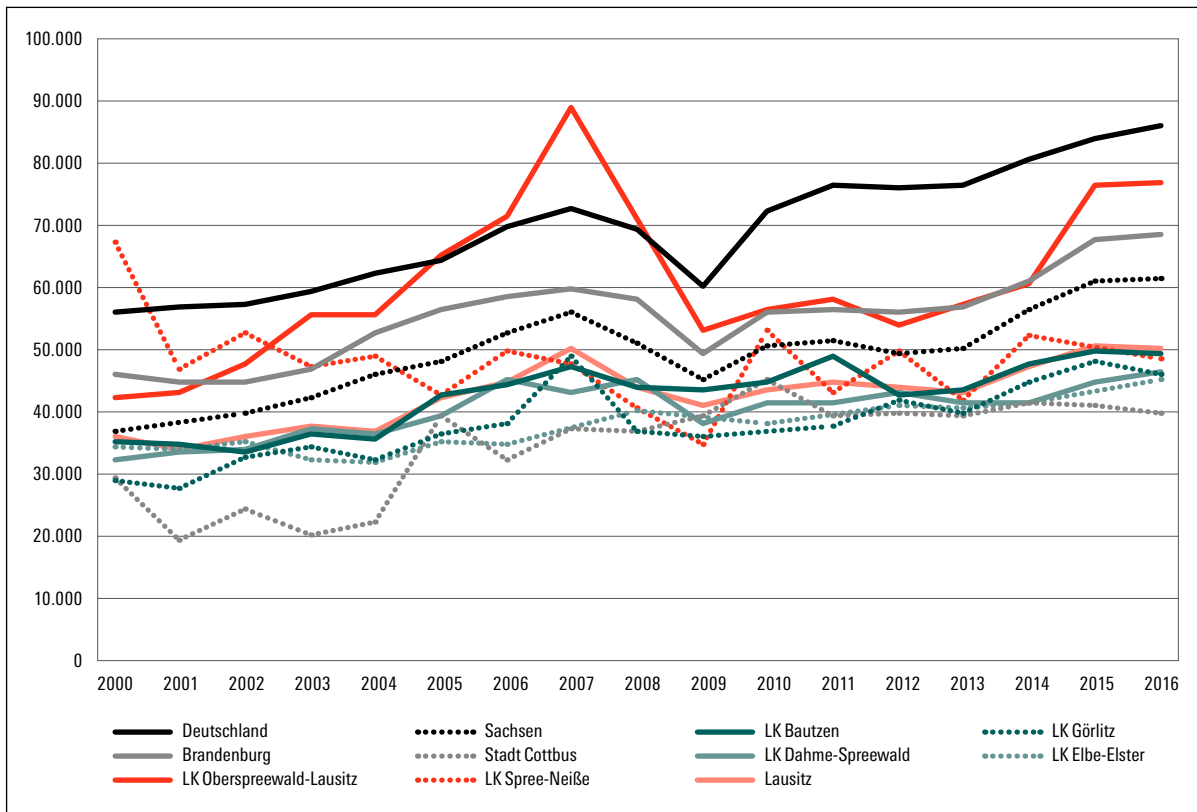
Die Wirtschaft der Lausitz zeichnet sich im Vergleich zur deutschen Gesamtwirtschaft durch eine höhere Bedeutung der Sektoren «Bergbau, Energie, Wasser und Entsorgung», «Land-, Forstwirtschaft und Fischerei» sowie «Baugewerbe» aus. Der Dienstleistungssektor und insbesondere das verarbeitende Gewerbe besitzen hingegen ein vergleichsweise geringes Gewicht. Dies trifft für die Region Lausitz sowohl im Hinblick auf die sektoralen Beiträge zur Bruttowertschöpfung als auch auf die Erwerbstätigenzahlen zu (siehe Tabelle 6).

Die Wirtschaftsstrukturen der einzelnen Landkreise unterscheiden sich zum Teil erheblich. Die Stadt Cottbus ist vor allem geprägt durch ihre Rolle als einziges Oberzentrum der Region. Hier besitzt der Dienstleistungssektor den bei Weitem größten Stellenwert in Bezug auf die Bruttowertschöpfung und die Zahl der Erwerbstätigen. Ähnliches gilt für den Landkreis Dahme-Spreewald, wo ebenfalls über 80 Prozent der BWS auf den Dienstleistungssektor entfallen, was vermut-

lich auf die Nähe zum städtischen Ballungsraum und zu den Flughäfen Schönefeld und Berlin Brandenburg zurückzuführen ist. Zugleich besitzt auch der Sektor «Land-, Forstwirtschaft und Fischerei» mit 3,2 Prozent der Erwerbstätigen ein deutlich überdurchschnittliches Gewicht, was wiederum den sehr ländlichen Charakter des südlichen, zum Braunkohlerevier zählenden Teils des Dahme-Spreewald-Kreises widerspiegelt. Ebenfalls sehr land- und forstwirtschaftlich geprägt sind die Landkreise Spree-Neiße mit einem Erwerbstätigenanteil von vier Prozent und Elbe-Elster mit 4,7 Prozent.

Das verarbeitende Gewerbe ist insbesondere in den Landkreisen Görlitz, Bautzen und Elbe-Elster ein wichtiger Arbeitgeber. In Oberspreewald-Lausitz ist zwar fast ein Viertel der Wertschöpfung auf das verarbeitende Gewerbe zurückzuführen. Zugleich bietet dieser Sektor nur etwa 16 Prozent der Erwerbstätigen ein Auskommen, worin die vergleichsweise hohe BWS pro Erwerbstätige*in zum Ausdruck kommt, die 2016 nahezu dem deutschen Durchschnittswert entsprach (siehe Abbildung 9).

Abbildung 9: Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätige*n im verarbeitenden Gewerbe (in EUR)



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder o. J.; eigene Berechnungen

Tabelle 6: Sektorale Anteile an Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigenzahl 2016 (in %)

	Deutschland		Lausitz		LK Görlitz		LK Bautzen		LK Spree-Neiße		LK Oberspreewald-Lausitz		LK Elbe-Elster		LK Dahme-Spreewald		Stadt Cottbus	
	BWS	ET	BWS	ET	BWS	ET	BWS	ET	BWS	ET	BWS	ET	BWS	ET	BWS	ET	BWS	ET
Bergbau, Energie, Wasser, Entsorgung	2,8	1,3	10,6	2,7	14,3	3,1	2,8	1,4	41,8	10,4	5,6	2,4	7,0	2,2	3,3	1,3	5,6	2,0
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	0,6	1,4	1,1	2,4	1,1	2,2	1,0	2,0	1,1	4,0	1,1	2,4	2,4	4,7	1,1	3,2	0,4	0,3
Baugewerbe	4,8	5,6	6,9	8,9	6,2	8,2	8,5	9,1	7,0	12,2	7,7	10,4	7,2	10,1	6,5	9,1	3,7	4,7
verarbeitendes Gewerbe	22,9	17,3	15,2	16,0	16,6	18,5	23,3	22,3	10,4	15,2	23,6	16,1	16,4	17,8	7,3	9,8	2,8	3,3
Dienstleistungen	68,9	74,4	66,3	70,0	61,8	68,0	64,4	65,2	39,6	58,2	62,0	68,7	67,0	65,2	81,9	76,6	87,8	89,7

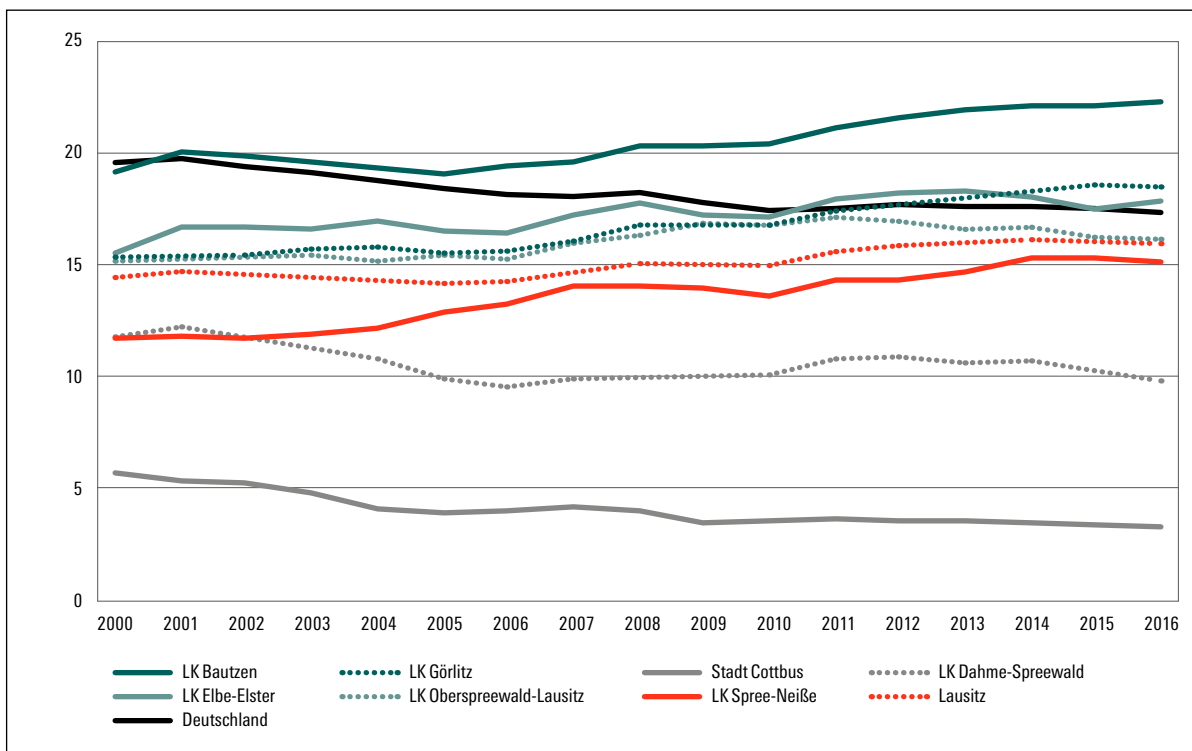
Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder o. J.; eigene Berechnungen

Abbildung 10: Erwerbstätige im verarbeitenden Gewerbe (in Tausend)



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder o. J.

Abbildung 11: Anteil der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe (in %)



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder o. J.; eigene Berechnungen

Im verarbeitenden Gewerbe der gesamten Region sind seit 2005 etwa 12.000 neue Arbeitsplätze entstanden (siehe Abbildung 10), der größte Teil davon in den Landkreisen Bautzen (ca. 5.600) und Görlitz (ca. 3.600). Der Spree-Neiße-Kreis, der mutmaßlich am stärksten durch den Braunkohleausstieg betroffen sein wird, verzeichnete im selben Zeitraum etwa 1.100 neue Arbeitsplätze in diesem Sektor. Auch in Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz stieg die Zahl der Industriearbeitsplätze an. Die Zunahme in absoluten Zahlen bewirkte in der Lausitz und den genannten Landkreisen einen Anstieg des prozentualen Anteils der im verarbeitenden Gewerbe beschäftigten Erwerbstätigen (siehe Abbildung 11), während dieser in der deutschen Volkswirtschaft im selben Zeitraum sank.

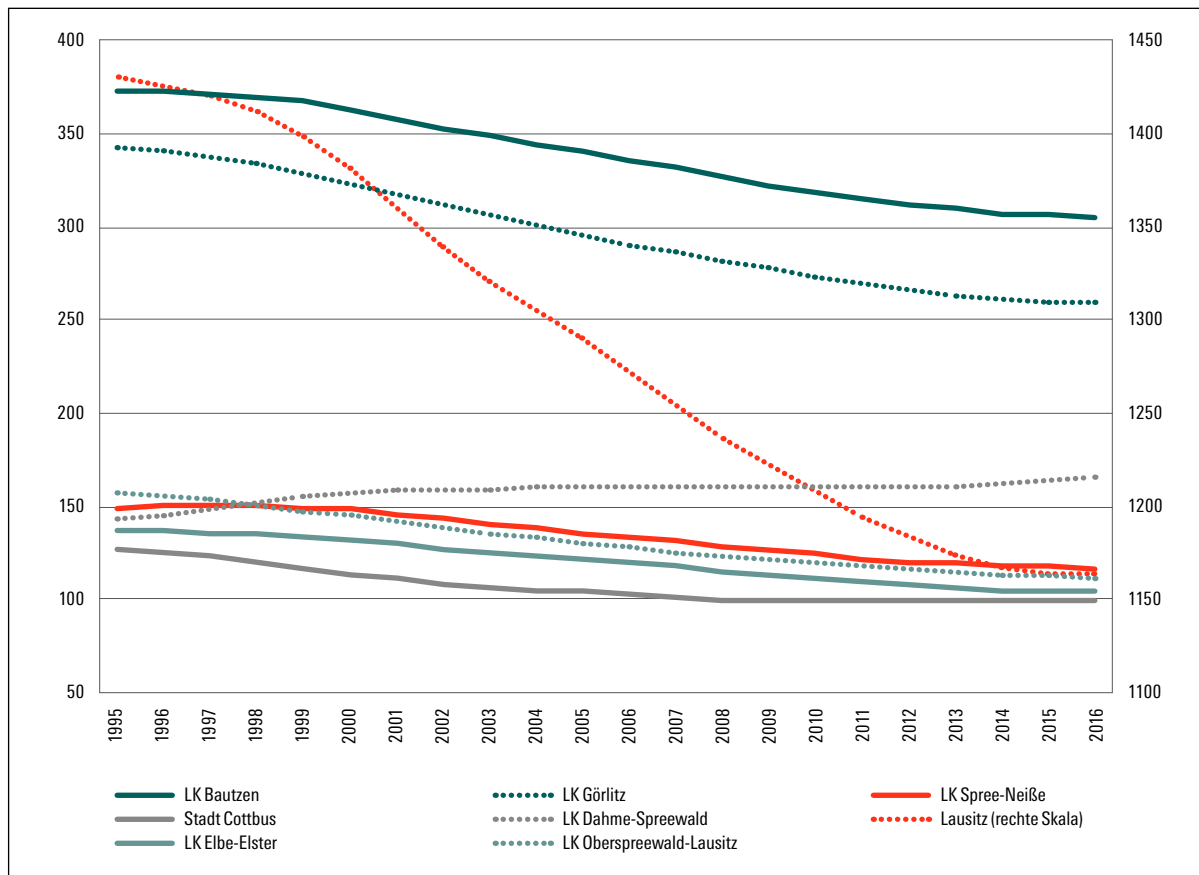
Der Sektor «Bergbau, Energie, Wasser und Entsorgung» prägt insbesondere den Landkreis Görlitz und Spree-Neiße, in denen sich alle aktiven Braunkohleletagebaue und -kraftwerke des Lausitzer Reviers befinden. Dort entfallen 14,1 Prozent bzw. 41,8 Prozent der Bruttowertschöpfung und 3,1 bzw. 10,4 Prozent der Erwerbstätigen auf den Sektor BEWE.

2.3 ENTWICKLUNG DER BEVÖLKERUNGS- UND ERWERBSPERSONENZAHL

Die Bevölkerung der Lausitzkreise ist zwischen 1995 und 2016 von 1,430 Millionen auf 1,164 Millionen, das heißt um circa 266.000 Personen oder 18,6 Prozent geschrumpft. Der Rückgang betraf dabei alle Landkreise bis auf den durch die Nähe zu Berlin geprägten Dahme-Spreewald-Kreis (siehe Abbildung 12). Auch für die Zukunft ist für die Gesamtausitz ein Bevölkerungsschwund zu erwarten. Zudem wird eine zunehmende Alterung prognostiziert (siehe Abbildung 13).

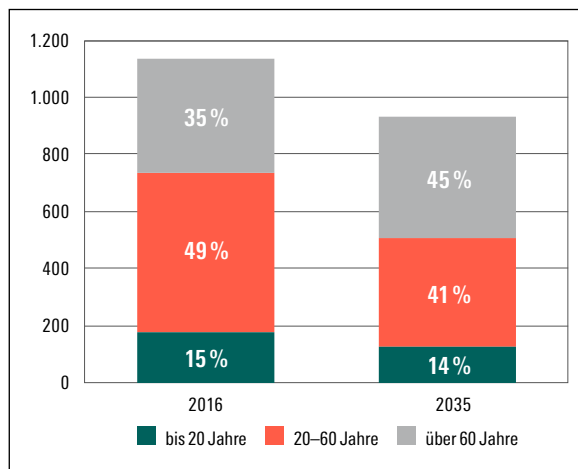
Die Erwerbspersonenzahl in der Lausitz sinkt bis 2030 voraussichtlich um circa 210.000 Personen oder 36 Prozent im Vergleich zu 2010, wobei die Anzahl jüngerer Erwerbspersonen stärker zurückgehen wird (siehe Tabelle 7). Auch die Altersstruktur der Braunkohlebeschäftigten verstärkt bestehende Trends: 2011 waren bereits 40 Prozent der im Bergbau Tätigen über 50 Jahre alt. Diese werden bis 2021 weitgehend sozialverträglich in Rente gehen (AREPO Consult 2017: 4). Insgesamt fällt der zu erwartende Rückgang der Erwerbspersonen deutlich stärker aus als in Brandenburg, Sachsen und dem Bund (Kluge u. a. 2014: 96).

Abbildung 12: Anzahl der Einwohner*innen (in Tausend)



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder o.J.; eigene Berechnungen

Abbildung 13: Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in der Lausitz (in Tausend)



Quelle: Dehio/Schmidt 2019: Tabelle 9

Tabelle 7: Erwartete Veränderungen der Erwerbspersonenzahl in der Lausitz 2010–2030

	Veränderungen in %
alle Erwerbspersonen	-36
15–29 Jahre	-41
30–44 Jahre	-41
45–69 Jahre	-31

Quelle: Kluge u. a. 2014: 94

Für die Region ergeben sich aus dieser Entwicklung insbesondere drei Wirkungen:

1. Aufgrund der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung sind in der Lausitz steigende Kosten für die Aufrechterhaltung (und ggf. den Ausbau) der öffentlichen Infrastruktur zu erwarten. Insbesondere der Erhalt eines flächendeckenden Schulangebots macht bei sinkender Bevölkerungsdichte den Betrieb von Schulen mit geringeren Schülerzahlen notwendig, was die Bereitstellungskosten pro Schüler*in sowie pro Steuerzahler*in erhöhen wird.
2. Die sinkende Erwerbspersonenzahl erschwert die Fachkräftegewinnung für Unternehmen und verschlechtert damit die Standortbedingungen. Bisher gestaltet sich die Suche geeigneter Bewerber*innen für die Gesamtheit der Lausitzer Unternehmen in etwa so schwierig wie im bundesdeutschen Durchschnitt. Allerdings gibt es bereits heute Fachkräfteengpässe, insbesondere in einigen Branchen des verarbeitenden Gewerbes und in nicht-medizinischen Heilberufen (Seibert u. a. 2018: 36).
3. Gleichzeitig wird die sinkende Erwerbspersonenzahl in der Lausitz die negativen Wirkungen des Braunkohleausstiegs im Hinblick auf die Beschäftigung deutlich abmildern.

2.4 INFRASTRUKTUR

Das RWI (2018: 48) schätzt alle Lausitzkreise bis auf Dahme-Spreewald als peripher ein aufgrund der relativ langen Fahrtauern zu den nächstgelegenen Oberzentren und wichtigen Verkehrseinrichtungen (siehe Tabelle 8). Zudem werden alle Kreise als ländlich eingeordnet, unter anderem aufgrund ihrer Siedlungsdichte, der Anteile land- und forstwirtschaftlicher Flächen sowie der Erreichbarkeit großer Zentren.

Tabelle 8: Verkehrliche Anbindung der Lausitzkreise

Landkreis/Region	durchschnittliche Fahrzeit (in Min.) mit dem Auto zum/zur nächsten:			
	Autobahnauffahrt	Flughafen	ICE/IC-Bahnhof	Oberzentrum
Elbe-Elster	37	66	44	72
Oberspreewald-Lausitz	8	43	27	34
Spree-Neiße	19	78	26	25
Cottbus	10	68	0 ⁴	0
Dahme-Spreewald	16	40	24	44
Bautzen	17	40	43	18
Görlitz	24	68	62	31
Sachsen	19			
Brandenburg	20			
Ostdeutschland mit Berlin	21			
Westdeutschland	16			

Quelle: RWI 2018: 48; Kluge u. a. 2014: 19

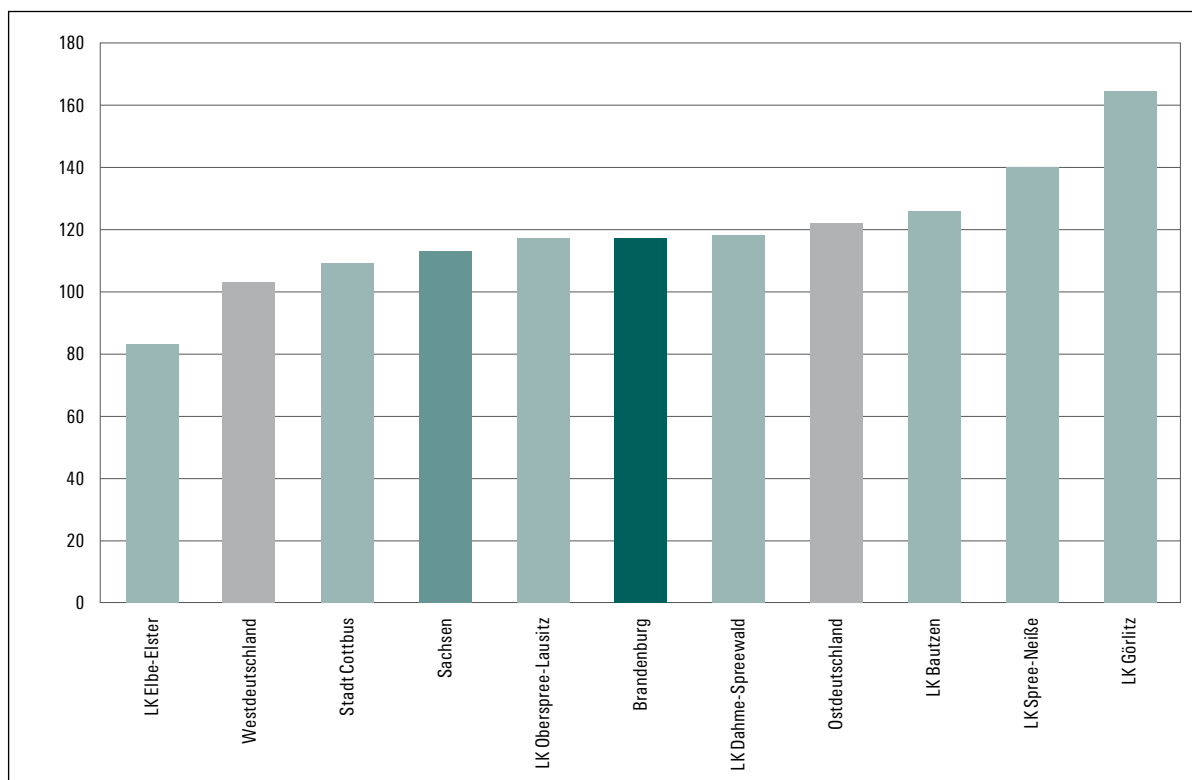
Die nächstgelegenen Güterverkehrszentren liegen in Frankfurt (Oder), Berlin und Dresden, sodass insbesondere die nördlichen Lausitzkreise sowie der Landkreis Bautzen einen relativ guten Zugang zum Güterfernverkehr aufweisen dürften. Der Landkreis Görlitz dürfte am schlechtesten angebunden sein (Kluge u. a. 2014: 20).

Die drei nächstgelegenen Agglomerationszentren lassen sich per Bahn am schnellsten von Elbe-Elster aus erreichen. Hier liegt die durchschnittliche Reisezeit sogar weit unter dem Durchschnitt Westdeutschlands. Am schlechtesten ist die Bahnanbindung in den Kreisen Bautzen, Spree-Neiße und vor allem Görlitz (siehe Abbildung 14).

Die digitale Infrastruktur ist in den meisten Lausitzkreisen unterdurchschnittlich ausgebaut (siehe Tabelle 9). Die Ausnahme bildet hier Cottbus, wo Ende 2016 95 Prozent der Haushalte über einen Breitband-Internetanschluss mit mindestens 50 Mbit/s verfügten. In Oberspreewald-Lausitz waren es 67 Prozent, was zwar über dem Durchschnitt von Brandenburg (63 %) und Sachsen (57 %), aber immer noch deutlich unter dem nationalen Durchschnitt (75 %) lag. In Spree-Neiße, Bautzen und Görlitz lag der Anteil bei unter 50 Prozent. In Elbe-Elster verfügte nur etwa ein Viertel der Haushalte über einen schnellen Internetanschluss (RWI 2018: 75).

⁴ Von Cottbus aus verkehrt kein ICE und nur ein IC. Der IC56 (Cottbus–Berlin–Magdeburg–Hannover–Erdem–Norddeich) hält und fährt je einmal täglich. Ohne diesen Zug wären einige der in der Tabelle ausgewiesenen Autofahrzeiten noch länger.

Abbildung 14:
Durchschnittliche Bahnreisezeiten zu den nächsten drei Agglomerationszentren 2007 (in Min.)



Quelle: Kluge u. a. 2014: 22

Tabelle 9: Anteil der Haushalte mit Zugang zu einem Internetanschluss mit mind. 50 Mbit/s (in %)

	Anteil in %
Elbe-Elster	26
Oberspreewald-Lausitz	67
Spree-Neiße	49
Cottbus	95
Dahme-Spreewald	62
Bautzen	41
Görlitz	47
Lausitzkreise	52
Brandenburg	63
Sachsen	57
Deutschland	75

Quelle: RWI 2018: 75

2.5 SHIFT-SHARE-ANALYSE

Das RWI (ebd.: 79 ff.) hat eine Shift-Share-Analyse für die Lausitzkreise durchgeführt. Die Autoren untersuchen dabei unter anderem die Änderungen der Erwerbstätigenzahlen im Zeitraum 2004 bis 2018 sowohl im Vergleich zum Bund als auch im Vergleich zu den Bundesländern Brandenburg bzw. Sachsen. Es zeigt sich, dass in allen Lausitzkreisen mit Ausnahme des Dahme-Spreewald-Kreises eine negative Standortkomponente vorliegt, sodass man annehmen darf, dass die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl durch negative Standortfaktoren gehemmt wurde. Dies trifft sowohl im Vergleich zum Bund (siehe Abbildung 15) als auch im Vergleich zum jeweiligen Bundesland (siehe Abbildung 16) zu.⁵

⁵ In den Abbildungen auf Seite 28 und 29 gibt der grüne Balken die Veränderung der Erwerbstätigenzahl an, die sich im Untersuchungszeitraum im jeweiligen Kreis gezeigt hätte, wenn die Wachstumsrate der des Bundes (Abbildung 15) bzw. des jeweiligen Bundeslandes (Abbildung 16) entsprochen hätte. Der rote Balken gibt den Einfluss der Wirtschaftsstruktur an. Der graue Balken zeigt den Einfluss des Standortes. Er entspricht der Differenz zwischen der beobachteten Änderung, die im Diagramm als schwarzer Kasten mit der Bezeichnung «gesamt» verzeichnet ist, und der Summe aus Konjunktur- und Strukturkomponente. In Abbildung 15 erkennt man, dass die Erwerbstätigenzahl in Cottbus um etwa 9.000 gestiegen wäre, wenn sie sich entsprechend der durchschnittlichen Wachstumsrate des Bundes entwickelt hätte. Die im Vergleich zum Bund «günstige» Cottbuser Wirtschaftsstruktur hätte ihrerseits für 2.000 zusätzliche Erwerbstätige gesorgt, wenn die einzelnen Wirtschaftszweige in Cottbus gemäß der jeweiligen branchenspezifischen Wachstumsrate im Bund gewachsen wären. Tatsächlich ließ sich aber ein Schrumpfen der Erwerbstätigenzahl um etwa 8.000 beobachten, was auf einen negativen Standortfaktor in Höhe von circa 19.000 zurückzuführen ist.

DIE SHIFT-SHARE-ANALYSE

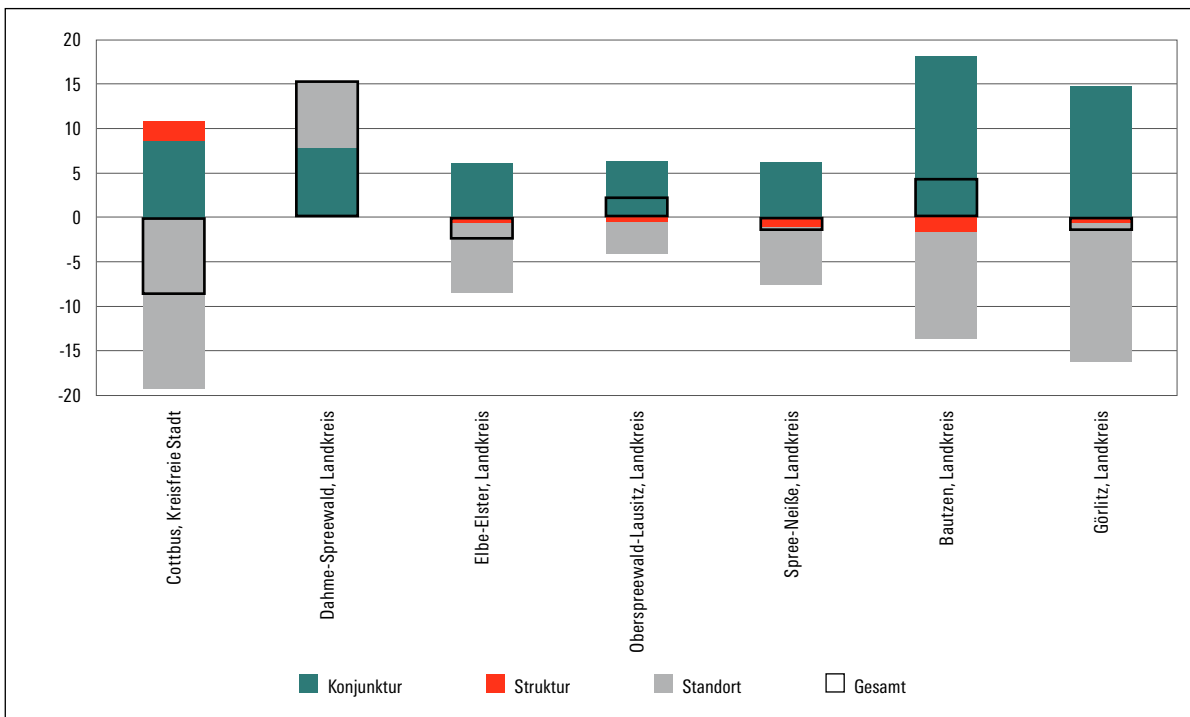
Die Shift-Share-Analyse ist ein Instrument zur Bestimmung von regionalen Entwicklungsdynamiken. Sie vergleicht die Änderung einer ökonomischen Kenngröße in einer Region, zum Beispiel der Lausitz, mit der Änderung derselben Größe in einer übergeordneten Raumeinheit, zum Beispiel dem Bund, und untersucht, welchen Anteil die Konjunktur, die regionale Wirtschaftsstruktur sowie die allgemeinen Standortbedingungen in der Region an der beobachteten Differenz haben.⁶ Die regionale Änderung, etwa der Erwerbstätigenzahl oder der Bruttowertschöpfung, wird dabei in drei theoretische Komponenten zerlegt:

Die Konjunkturkomponente gibt an, wie stark die Kenngröße in der Region gewachsen wäre, wenn das Wachstum dem in der übergeordneten Region (das als Indikator für die Konjunktur interpretiert wird) entsprochen hätte. Die Strukturkomponente gibt an, wie stark die regionale Wachstumsrate von der nationalen Wachstumsrate aufgrund des spezifischen Branchenmixes in der Region abweicht. Dazu werden die Anteile der einzelnen Wirtschaftssektoren in der Region mit der Differenz aus der branchenspezifischen und der durchschnittlichen Wach-

tumsrate des Bundes gewichtet, und anschließend aufaddiert. Eine positive Strukturkomponente entsteht dann, wenn der mit den regionalen Sektorgrößen gewichtete Durchschnitt der branchenspezifischen Wachstumsraten der übergeordneten Raumeinheit die durchschnittliche Wachstumsrate derselben übersteigt.

Die Standortkomponente ergibt sich als Restgröße. Sie umfasst den Teil der Wachstumsabweichung zwischen Region und übergeordneter Raumeinheit, der sich nicht durch die allgemeine Wirtschaftskonjunktur oder die spezifischen regionalen Gewichte der einzelnen Wirtschaftssektoren erklären lässt. In ihr kommt daher der kumulierte Einfluss aller anderen relevanten Faktoren (wie Infrastruktur, Wirtschaftspolitik, Fachkräfteverfügbarkeit, räumliche Lage etc.) zum Ausdruck. Die Standortkomponente lässt sich daher als ein Maß der Wettbewerbsfähigkeit der Region interpretieren. Ist sie positiv, so war das regionale Wachstum im betrachteten Zeitraum höher, als sich mit Konjunktur und Branchenmix erklären lässt. Ist sie negativ, so lag das Wachstum unter dem aufgrund von Konjunktur und Wirtschaftsstruktur zu erwartenden Wert.

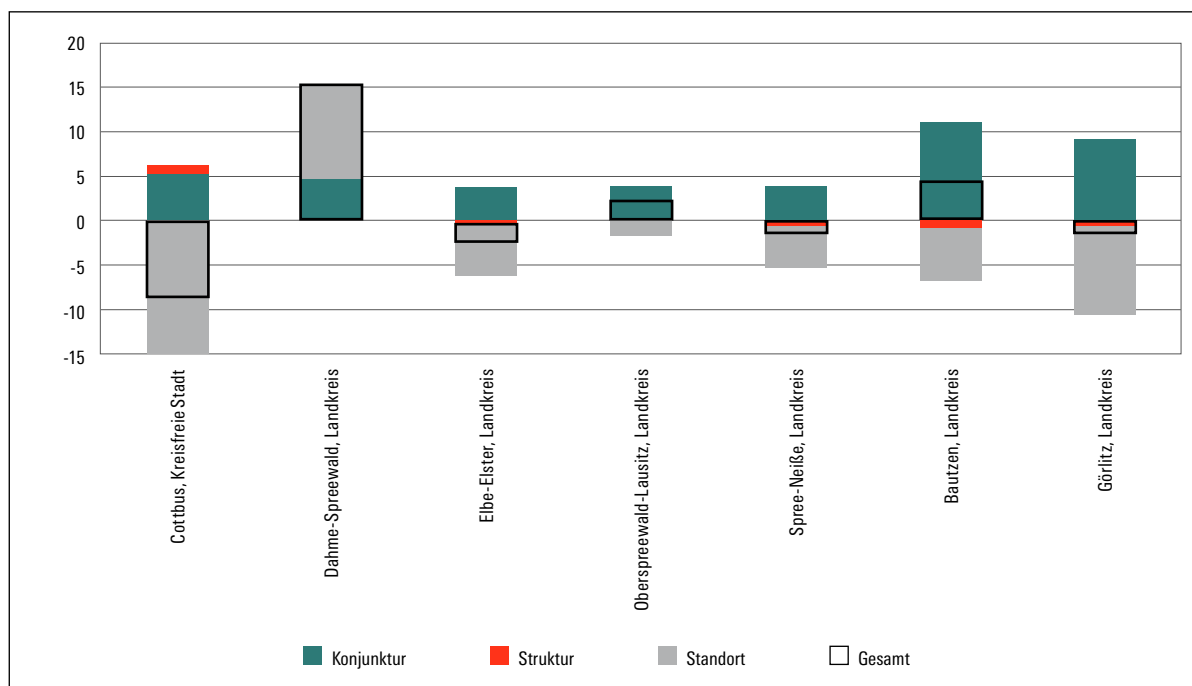
Abbildung 15: Ergebnisse der Shift-Share-Analyse in Bezug auf die Erwerbstätigen für das Lausitzer Revier im Vergleich zum Bund 2004–2018 (in Tausend)



Quelle: RWI 2018: 80

⁶ Zur Erläuterung der Shift-Share-Analyse siehe RWI (2018: 48) und Farhauer/Kröll (2009).

Abbildung 16: Ergebnisse der Shift-Share-Analyse in Bezug auf die Erwerbstätigen für das Lausitzer Revier im Vergleich zu den Bundesländern Brandenburg bzw. Sachsen 2004–2018 (in Tausend)



Quelle: RWI 2018: 82

2.6 STELLENWERT DER BRAUNKOHLE-INDUSTRIE

2.6.1 Direkte und indirekte Beschäftigung

Bereits in den 1990er Jahren fand ein rapider Rückgang der Braunkohlebeschäftigung in der Lausitz statt. Die Zahl der Arbeitnehmer*innen im Lausitzer Braunkohlebergbau sank im Zeitraum 1989 bis Ende 1999 von rund 79.000 auf unter 8.000 und nahm in der Folge weiter allmählich ab (Kohlenwirtschaft e. V. o. J.). Zurzeit sind in den Lausitzer Braunkohletagebauen und -kraftwerken zusammen vermutlich noch etwa 7.000 Arbeitnehmer*innen beschäftigt. Genaue Werte sind aufgrund der Informationspolitik der LEAG nicht zu ermitteln.

Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein (Debriv) gibt 8.227 LEAG-Beschäftigte für Ende Dezember 2017 und 7.961 für Ende Dezember 2018 an.⁷ Allerdings ergeben sich Zweifel an der Verlässlichkeit dieser Angaben. Die Jahresabschlussberichte 2017 der Lausitz Energie Bergbau AG und der Lausitz Energie Kraftwerke AG, die alle Lausitzer Braunkohletagebaue und -kraftwerke eigenständig betreiben, weisen für Ende 2017 einschließlich Auszubildender nur 7.285 Beschäftigte aus.⁸ Eine Erklärung für die sich ergebende Differenz zwischen den Angaben des Debriv für Ende 2017 und den Angaben der LEAG für denselben Zeitpunkt von knapp 1.000 Arbeitsplätzen konnte nicht ermittelt werden.

Allerdings ergab die Nachfrage bei der LEAG, dass beide Zahlen die Beschäftigten des Kraftwerks Lippendorf enthalten. Dieses wird zwar ebenfalls von der LEAG betrieben, liegt aber nicht im Lausitzer, sondern

im Mitteldeutschen Revier. Eine Angabe über die Anzahl der dort Beschäftigten wollte die LEAG jedoch nicht machen. Berkner (2014) geht von 320 Lippendorfer Kraftwerker*innen aus, unsere eigene (sehr grobe) Schätzung von 540. Folgt man den Angaben der Jahresabschlussberichte, muss man davon ausgehen, dass Ende 2017 in den Tagebauen und Kraftwerken des Lausitzer Reviers knapp 7.000 Mitarbeiter*innen beschäftigt waren. Dass der Debriv für Dezember 2018 einen Beschäftigungsrückgang gegenüber dem Vorjahr von knapp 250 Arbeitsplätzen angibt, lässt die Vermutung zu, dass der aktuelle Wert deutlich unter 7.000 liegt.

Von dieser direkten Beschäftigung hängt durch die Nachfrage nach Vorleistungs- und Investitionsgütern die Existenz weiterer Arbeitsplätze ab. Der Beschäftigungsmultiplikator gibt das Verhältnis von gesamter (d.h. direkter und indirekter) zur direkten Beschäftigung an.⁹ Aus den vorliegenden Studien lassen sich für diese Größe die in Tabelle 10 angegebenen Werte ent-

⁷ Für das Lausitzer Revier gibt der Debriv höhere Beschäftigtenzahlen an. Allerdings umfassen diese auch die etwa 400 Angestellten der LMBV, die sich vor allem um die Sanierung und Nachnutzung ehemaliger Bergbaulandschaften kümmern. Da diese Aufgaben noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen werden, sind die in der LMBV Beschäftigten von einem Braunkohleausstieg nicht unmittelbar betroffen. ⁸ Die Lausitz Energie Kraftwerke AG hatte demnach zum Ende 2017 2.174 Mitarbeiter*innen und 312 Auszubildende, die Lausitz Energie Bergbau AG 4.437 Mitarbeiter*innen und 362 Auszubildende. ⁹ Einige Studien berechnen zusätzlich zu dieser indirekten Beschäftigung noch die von den lohnfinanzierten Konsumausgaben abhängigen Arbeitsplätze. Da diese induzierte Beschäftigung jedoch unabhängig von der Herkunft der Einkommen ist, ist ihre genaue Höhe für die Abschätzung des regionalökonomischen Stellenwertes der Braunkohle nicht interessant. Zudem ist die Größenordnung der induzierten Beschäftigung eher gering. Das RWI (2018: 40) geht davon aus, dass die induzierte Beschäftigung etwa zehn Prozent der direkten Braunkohlebeschäftigung ausmacht. Der an entsprechender Stelle in Tabelle 10 angegebene Multiplikator würde sich demnach durch die Berücksichtigung der induzierten Beschäftigung von 1,5 auf 1,6 erhöhen.

nehmen bzw. unmittelbar berechnen. Dass die jeweils ausgewiesenen Multiplikatoren zum Teil stark voneinander abweichen, ist vor allem auf die Wahl unterschiedlicher Bezugsräume zurückzuführen. Je kleiner dieser ist, desto geringer sind die in diesem Gebiet hervorgerufenen multiplikativen Prozesse. Die hier interessierende Frage nach der indirekten Beschäftigungswirkung der Braunkohle innerhalb der Lausitz wird von zwei Studien, des ifo-Instituts (Kluge u. a. 2014) und des RWI (2018), beantwortet.

Dem ifo-Institut (Kluge u. a. 2014) zufolge kommt auf jeden Lausitzer Braunkohlearbeitsplatz ungefähr ein zusätzlicher Arbeitsplatz in der Region. Dies entspricht näherungsweise dem von ISW/IHU (2015) für das Mitteldeutsche Revier geschätzten Wert. Die Genauigkeit dieser Schätzungen ist allerdings unklar.¹⁰ Die LEAG selbst spricht – ohne weitere Begründung – von 8.000 bis 12.000 indirekten Arbeitsplätzen in der Region, was (bei 7.000 direkten Arbeitsplätzen) einem Multiplikator von 2,1 bis 2,7 entspricht (Niederlausitz aktuell 2017).

Neuere Überlegungen veranschlagen demgegenüber einen deutlich niedrigeren Wert von 1,5. Das RWI überträgt die Daten von 2009 auf das Jahr 2016 anhand von Plausibilitätsannahmen, die «auf Literaturangaben, Informationen von Braunkohleunternehmen und der Berücksichtigung veränderter Struktu-

gestiegene Produktivität in den Vorleistungsunternehmen – führen zu einer niedrigeren Schätzung der indirekten Beschäftigung pro Erwerbstätige*n und somit zu einem niedrigeren Beschäftigungsmultiplikator.

Die Studienlage lässt demnach den Schluss zu, dass in der Lausitz insgesamt zwischen etwa 10.000 (6.700 direkte Arbeitsplätze, Multiplikator 1,5) und maximal 16.000 Arbeitsplätzen (8.000 direkte Arbeitsplätze, Multiplikator 2,0) von der Braunkohle abhängen.

Um eine ungefähre Vorstellung von den Anforderungen zu entwickeln, die das Ziel eines für die Lausitz zumindest arbeitsplatzneutralen Braunkohleausstiegs stellt, ist der Vergleich des Braunkohle-Beschäftigungsmultiplikators mit regionalen Beschäftigungsmultiplikatoren alternativer Beschäftigungsfelder nützlich. Das ifo-Institut (Kluge u. a. 2014: 71) berechnet (allerdings auf Grundlage der veralteten Input-Output-Tabelle von 2009) die Beschäftigungsmultiplikatoren aller Lausitzer Industriezweige. Im Durchschnitt weisen diese einen regionalen Beschäftigungsmultiplikator von 1,7 auf, während dieselbe Größe für nicht-industrielle Branchen im Durchschnitt 1,3 beträgt.

Demnach würde die Substitution von 10.000 Braunkohlearbeitsplätzen im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg die Entstehung von etwa 5.900 neuen originären Arbeitsplätzen in der Lausitzer Industrie

Tabelle 10: Beschäftigungsmultiplikatoren der Braunkohleförderung und -verstromung

Studie	direkte Beschäftigung	Bezugsraum	Multiplikator	Fundort	Daten
EEFA (Buttermann/Baten 2011)	Lausitzer Braunkohlesektor	Deutschland	4,3	S. 30; eigene Berechnungen	2006
Prognos (Hobohm u. a. 2011)	ostdeutscher Braunkohle-sektor	Ostdeutschland	2,5	S. 29; eigene Berechnungen	2007
Prognos (Hobohm u. a. 2012)	Brandenburger Braunkohle-sektor	Land Brandenburg	1,7	S. 52–54; eigene Berechnungen	2007
ifo-Institut (Kluge u. a. 2014)	Sektor BEWE in der Lausitz	Lausitz	1,6	S. 71	2009
		Deutschland	2,1	S. 67; eigene Berechnungen	2009
ifo-Institut (Kluge u. a. 2014)	Sektor Energieversorgung in der Lausitz	Lausitz	2,4	S. 71	2009
ifo-Institut (Kluge u. a. 2014)	Vattenfall Europe Mining AG, Vattenfall Europe Generation AG (heute LEAG)	Lausitz	2,0	S. 71	2009
ISW/IHU (2015)	Mitteldeutsches Revier (Mibrag, Romonta, übrige Kraftwerke)	Mitteldeutsches Revier	2,1	S. 39; eigene Berechnungen	(vermutlich) 2009
Hans-Böckler-Stiftung (Hillebrand 2016)	Braunkohlegewinnung in Deutschland	Deutschland	3,0	S. 83	Ø 2008–2013
RWI (2018)	Lausitzer Braunkohlesektor	Lausitz	1,5 ¹¹	S. 40; eigene Berechnungen	2009 (modifiziert)

Quelle: eigene Darstellung

ren» (RWI 2018: 39) basieren. Dabei konstatieren die Autoren im Zeitraum 2009 bis 2016 stark gesunkene Investitionen pro Erwerbstätige*n bei der LEAG und vermuten auf dieser Grundlage, dass sich der Produktivitätsfortschritt im Vergleich zu den Vorleistungslieferanten verlangsamt hat. Beide Modifikationen – der Rückgang der Investitionsnachfrage und die relativ

¹⁰ Außer der veralteten Datenbasis werden auch Doppelzählungen beanstandet, die dadurch entstehen, dass in einigen Studien die Arbeitsplätze im Bergbau als Vorleistungen der Kraftwerke und die Kraftwerke als Vorleistungen des Bergbausektors gezählt werden (AREPO Consult 2017: 15). Überhaupt ist davon auszugehen, dass das Interesse der Braunkohlewirtschaft, ihre eigene ökonomische Bedeutung im Zweifel eher zu hoch als zu gering anzusetzen, die Ergebnisse der von ihr unmittelbar finanzierten Studien (Buttermann/Baten 2011; Hobohm u. a. 2011) nicht gänzlich unbeeinflusst gelassen hat. Auch aus diesem Grund ist anzunehmen, dass die tatsächlichen Multiplikatoren eher unter den in diesen Studien angegebenen Werten liegen dürften. ¹¹ Siehe Fußnote 6.

Tabelle 11: Anteil der sozialversicherungspflichtigen Braunkohlebeschäftigten

Land/Region	Landkreis	SV-Braunkohlebeschäftigte am Wohnort	Anteil an allen SV-Beschäftigten am Wohnort (in %)
Brandenburg			
	Elbe-Elster	183	0,5
	Oberspreewald-Lausitz	762	1,8
	Dahme-Spreewald	240	0,4
	Spree-Neiße	2.434	5,5
Sachsen	Cottbus	1.591	4,3
Sachsen	Bautzen	1.699	1,4
	Görlitz	1.697	1,8
Lausitzkreise			1,9

Quelle: Seibert u. a. 2018: 26; eigene Berechnungen

(5.900 × 1,7 ≈ 10.000) oder etwa 7.700 neuen Arbeitsplätzen außerhalb der Industrie (7.700 × 1,3 ≈ 10.000) erfordern. Die Substitution von 16.000 Arbeitsplätzen hingegen würde die Schaffung von 9.400 originären Industrie- und 12.300 Nicht-Industrie-Arbeitsplätzen notwendig machen.

Um diese Zahlen richtig einzuordnen, seien folgende Zahlen genannt: 16.000 direkt und indirekt von der Braunkohle abhängige Erwerbstätige entsprechen rund drei Prozent aller Erwerbstätigen in der Lausitz, 10.000 entsprechen einem Anteil von 1,9 Prozent. Im Industriepark Schwarze Pumpe arbeiten zurzeit etwa 4.300 Beschäftigte. Das IÖW schätzt, dass durch den Ausbau von Photovoltaik- und Windenergieanlagen in der Lausitz bis 2030 bis zu 822 direkte Arbeitsplätze entstehen könnten (Heinbach u. a. 2017).¹²

2.6.2 Regionale Verteilung der sozialversicherungspflichtigen Braunkohlearbeitsplätze

Das IAB (Seibert u. a. 2018: 26) berichtet auf Basis von Daten der Bundesagentur für Arbeit, dass im Jahr 2017 in den Lausitzkreisen insgesamt 3.453 Menschen im Sektor Kohlenbergbau und 3.145 Menschen im Sektor Elektrizitätserzeugung sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Zu diesen 6.598 Arbeitsplätzen kommen noch 2.227 SV-Beschäftigte im Sektor «Dienstleistungen für den sonstigen Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden» hinzu.¹³

Diese 8.825 Beschäftigten verteilen sich recht unterschiedlich auf die Lausitzkreise (siehe Tabelle 11). Die größte Bedeutung kommt ihnen in Spree-Neiße und Cottbus zu, wo 5,5 Prozent bzw. 4,3 Prozent aller dort wohnenden SV-Beschäftigten in einem der drei Braunkohlesektoren beschäftigt waren. In Oberspreewald-Lausitz und den beiden sächsischen Kreisen trifft dies auf ein bis zwei Prozent der SV-Beschäftigten zu. In Elbe-Elster und Dahme-Spreewald ist der Anteil mit jeweils circa 0,5 Prozent am geringsten.

2.6.3 Verbundene Wirtschaftsbereiche

Andere Wirtschaftsbereiche profitieren von der Braunkohleindustrie durch die Nachfrage von Vorleistungs- und Investitionsgütern und, vermutlich in weit geringerem Maße, als Abnehmer von Gips, der bei der Verstromung als Nebenprodukt anfällt. Über die Bedeutung des REA-Gipses aus den Braunkohlekraftwerken für die Lausitzer Gipsindustrie liegen keine Daten vor. Da die Gipsindustrie aber vor allem Naturgips und in zunehmendem Maße recycelten Gips verarbeitet (Lenders 2017), dürften sich die negativen Auswirkungen des allmählichen Wegfalls von REA-Gips in Grenzen halten.

Über den Stellenwert des Braunkohlesektors für andere Lausitzer Wirtschaftsbereiche lassen die verfügbaren Daten hingegen begründete Spekulationen zu. Prognos (Hobohm u. a. 2011: 19) berechnet, dass jeweils rund 23 Prozent der Beschäftigung, die der Bezug von Vorleistungen und typischen Ersatzinvestitionen durch die *ostdeutsche* Braunkohleindustrie in *Ostdeutschland* hervorruft, in den Wirtschaftsbereichen «Bauarbeiten» sowie «Dienstleistungen der Kreditinstitute und Versicherungen, Dienstleistungen des Wohnungswesens, unternehmensbezogene Dienstleistungen» auftreten. Danach folgen die Bereiche «Handelsleistungen, Verkehrs- und Nachrichtenüber-

¹² Die Schätzung von 822 direkten Arbeitsplätzen umfasst nicht die positiven Beschäftigungswirkungen, die durch einen Ausbau der Kapazitäten zur Produktion von Erneuerbare-Energie-Anlagen und die Nutzung anderer erneuerbarer Energien zu erwarten wären. ¹³ Das IAB (Seibert u. a. 2018: 26) zählt die 2.227 SV-Beschäftigten des Wirtschaftszweiges «Dienstleistungen für den sonstigen Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden» ohne weitere Begründung vollständig zum Braunkohlesektor, obwohl in der Lausitz neben den 3.453 im Sektor Kohlenbergbau auch 732 Menschen im Sektor «Gewinnung von Steinen und Erden und sonstiger Bergbau» sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren und es daher wahrscheinlich ist, dass zumindest ein Teil der Dienstleistungen nicht dem Braunkohleabbau zuzurechnen ist. Die braunkohleabhängige Beschäftigtenzahl in den genannten Sektoren dürfte daher etwas niedriger liegen als die im Folgenden genannten 8.825. Um Missverständnisse auszuschließen, sei darauf hingewiesen, dass es sich hier nicht um die direkte Braunkohlebeschäftigung im Sinne des vorherigen Abschnitts handelt. Insbesondere die im Sektor «Dienstleistungen für den sonstigen Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden» Beschäftigten dürften Teil der indirekten Beschäftigung sein.

Tabelle 12:
Hypothetische indirekte Beschäftigungswirkung in wichtigen Wirtschaftsbereichen der Lausitz

wichtige Wirtschaftszweige	Anteil an indirekter Beschäftigung (in %)	Erwerbstätige
Maschinen, Fahrzeuge, Datenverarbeitungsgeräte, elektronische Geräte	14,7	736
Bauarbeiten	23,3	1.164
Handelsleistungen, Verkehrs- und Nachrichtenübermittlungsdienstleistungen, Gaststättendienstleistungen	16,2	811
Dienstleistungen der Kreditinstitute und Versicherungen, Dienstleistungen des Wohnungswesens, unternehmensbezogene Dienstleistungen	23,1	1.157
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Erziehung und Unterricht, Entsorgung	10,9	546

Quelle: Hobohm u. a. 2011: 19; eigene Berechnungen

mittlungsdienstleistungen, Gaststättendienstleistungen» (16,2%), «Maschinen, Fahrzeuge, Datenverarbeitungsgeräte, elektronische Geräte» (14,7%) und «Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Erziehung und Unterricht, Entsorgung» (10,9%). Tabelle 12 zeigt die Beschäftigungswirkungen in der Lausitz, die sich ergäbe, wenn die in etwa zu erwartende indirekte Beschäftigung von 5.000 Arbeitsplätzen sich in gleicher Weise auf die Wirtschaftsbereiche verteilen würde.

2.6.4 Steueraufkommen

Der Stellenwert der Braunkohle für das Steueraufkommen der Gemeinden und jeweiligen Bundesländer ist nicht umfassend erforscht. Hier ergibt die Studienlage ein sehr lückenhaftes Bild. Prognos (ebd.: 81–86) berechnet für die Brandenburger Lausitzkreise, dass 2010 aus Löhnen und Einkommen der direkten Beschäftigung insgesamt 28,1 Millionen Euro und aus Löhnen, Einkommen und Gewinnen der indirekten Beschäftigung noch einmal 11,3 Millionen Euro Steuern gezahlt wurden. Die insgesamt 39,4 Millionen Euro entsprechen einem Anteil von rund 0,9 Prozent der in diesem Jahr im Land Brandenburg insgesamt festgesetzten Einkommensteuer.

Das RWI (2018: 17) schätzt, dass etwa 4,6 Prozent des Einkommensteueraufkommens im Lausitzer Revier auf den Braunkohlektor zurückzuführen sind. Gewerbe- und Körperschaftsteuer haben die Braunkohleunternehmen in den letzten Jahren nicht gezahlt. Wegen Verlustausweisungen, die unter anderem auf Wertberichtigungen auf Förder- und Kraftwerksanlagen zurückzuführen sind, wurden ihnen zuletzt sogar

Steuern zurückerstattet. Das RWI (ebd.: 18) geht davon aus, dass diese Rückerstattungen die durch Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter nachfrage hervorgerufenen Steuerzahlungen übersteigen, so dass der Beitrag des Braunkohlektors zum Unternehmenssteueraufkommen per saldo derzeit negativ sein dürfte.

2.6.5 Zwischenfazit

Obgleich die Braunkohle einen nennenswerten Beitrag zur derzeitigen Wirtschaftskraft der Lausitz leistet, sollte ihr Stellenwert nicht überschätzt werden. Dass knapp zwei Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und etwa 4,6 Prozent des Einkommensteueraufkommens von diesem Sektor abhängen, bedeutet im Umkehrschluss, dass über 95 Prozent dieser Größen von anderen Wirtschaftszweigen getragen werden. Allerdings ist die Bedeutung der Braunkohle regional sehr unterschiedlich. Insbesondere in Spree-Neiße, Görlitz und Cottbus hängen größere Teile der Wertschöpfung und Beschäftigung von diesem Wirtschaftszweig ab. Es ist davon auszugehen, dass die wirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle auch auf kommunaler Ebene stark variiert und die einzelnen Kommunen in sehr unterschiedlichem Maße vom Kohleausstieg betroffen sein werden. Die größte Herausforderung, die sich aus dem Kohleausstieg für die Lausitz insgesamt ergibt, dürfte im adäquaten Ersatz der gut bezahlten und mitbestimmten Braunkohlearbeitsplätze bestehen sowie im Umgang mit den akuten Wirkungen des Braunkohleausstiegs auf regionale Zulieferer und Dienstleister.

3 AKTEURE IN DER LAUSITZ

Dass sich die Lausitz über zwei Bundesländer und mehrere Landkreise erstreckt, hinterlässt ihre Spuren in der Struktur der Akteure und der Qualität ihrer Zusammenarbeit. Die sächsische Oberlausitz ist die ärmste Region innerhalb Sachsens und liegt aus Sicht des Rests der Bundesrepublik weit im Osten «hinter Dresden». Die Niederlausitz ist dagegen innerhalb von Brandenburg eine der wenigen Industrieregionen und der Bergbau ist als Wirtschaftszweig bedeutender als für Sachsen (RWI 2018: 78). In Sachsen hingegen ist der Anteil des verarbeitenden Gewerbes deutlich höher als in Brandenburg.¹⁴

3.1 DIE LAUSITZBEAUFTRAGTEN BRANDENBURGS UND SACHSENS

Neben den bestehenden Parlamenten auf Stadt-, Kreis- und Landesebene und dem 2018 erstmals in Görlitz konstituierten Sorbischen Parlament, dem Serbski Sejm, haben sich im Lausitzer Revier in den letzten Jahren eine Reihe von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammengeschlossen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, den Strukturwandel in der Lausitz aktiv zu begleiten. Daneben gibt es von den beiden Landesregierungen ernannte Lausitzbeauftragte, die «die Strukturentwicklung der Lausitz aus der Region begleiten sollen» (Staatskanzlei Brandenburg 2018).

3.1.1 Der Brandenburger Lausitzkoordinator

Klaus Freytag, der ehemalige Leiter des Landesbergbauamts und Abteilungsleiter «Energie und Rohstoffe» im Brandenburger Wirtschaftsministerium, ist als Mitarbeiter der Staatskanzlei und als Lausitzbeauftragter der Landesregierung mit einem kleinen Team in Cottbus ansässig und direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt (Pro Lausitzer Braunkohle 2018). Es ist seine Aufgabe, «auf ständiger Tuchfühlung mit allen wichtigen Partnern der Region» zu sein (Interview Freytag 2019b). Er soll in enger Abstimmung mit dem Ministerpräsidenten die Tätigkeit aller Brandenburger Landesministerien zur Weiterentwicklung der Lausitz steuern, ordnen, koordinieren und beschleunigen.

Im Interview wies Klaus Freytag darauf hin, dass der Strukturwandel nicht einer einzigen Kraft überlassen werden könne. Nach seiner Ansicht soll die Wirtschaftsregion Lausitz eine «vernünftige neue Basis» aufbauen und ihr Hauptprojekt, die Zukunftswerkstatt Lausitz (siehe Abschnitt 3.2.1), zum Erfolg bringen (ebd.).

3.1.2 Der Revierbeauftragte der Sächsischen Landesregierung

In Sachsen ist Stephan Rohde seit dem 1. Februar 2019 als Revier- und Lausitzbeauftragter der Sächsischen Staatsregierung im Amt. Er leitet die neu eingerichtete Abteilung 5 der Sächsischen Staatskanzlei, die die Strukturentwicklung in den sächsischen Braun-

kohlerevieren fachübergreifend bündelt und koordiniert (Staatskanzlei Sachsen 2019). Stephan Rohde war schon einmal Abteilungsleiter in der Staatskanzlei und damals zuständig für die Ressortkoordination. Danach wechselte er und wurde Abteilungsleiter bei der Sächsischen Aufbaubank. Die noch im Entstehen begriffene neue Abteilung soll am Ende 21 Mitarbeiter*innen zählen, die aus allen Ministerien dorthin entsandt werden (Sächsische Zeitung 2019).

3.2 KOMMUNALE AKTEURE

Aufgrund der fehlenden Bezirksstruktur in beiden Bundesländern haben die Landkreise deutlich mehr Verwaltungs- und Lenkungsaufgaben als die vieler westlicher Bundesländer. Dies führt, zusammen mit der Größe der Landkreise und den spezifischen Herausforderungen, die der demografische Wandel und die dünne Besiedlung für die Aufgaben der Daseinsvorsorge bedeuten, nicht selten zu hohen Herausforderungen für die Landkreise. Sie müssen Aufgaben bis hin zur Wirtschaftsförderung und dem Regionalmarketing übernehmen. Dennoch haben sich die Landkreise und Kommunen in verschiedenen Vereinigungen organisiert, die jeweils klar abgetrennte Zwecke haben. Im Folgenden werden die Wirtschaftsregion Lausitz, die sogenannte Lausitzrunde und die in der Lausitz befindlichen regionalen Planungsgemeinschaften diskutiert.

3.2.1 Die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH

Die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) ist im Jahr 2017 aus der 2009 gegründeten Energieregion Lausitz hervorgegangen. Sie ist eine Kooperationsgemeinschaft der Landkreise der sächsischen und brandenburgischen Lausitz sowie der kreisfreien Stadt Cottbus. Der WRL obliegt die strategische Koordinierung und Begleitung des Strukturwandels und die Koordinierung der länderübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich der Struktur- und Regionalentwicklung (WRL o. J. a).

Die Wirtschaftsregion Lausitz führt wichtige Projekte und Programme durch: Das GRW-Projekt Zukunftswerkstatt Lausitz will im Leitbildprozess als Ergebnis bis 2020 eine klare Entwicklungsstrategie für die Lausitz aufzeigen. Die Auswahl und Umsetzung von strukturbestimmenden Projekten erfolgt derzeit über drei Projekte: Das Bundesmodellvorhaben Unternehmen Revier wird aus dem Energie- und Klimafonds (EKF) im Rahmen des Regionalen Investitionskonzepts (RIK) Lausitz als modellhafte Ansätze finanziert. Im letzten Call konnten bis zum 22. März 2019 Skizzen für Innovationsprojekte eingereicht werden, die «möglichst verbunden mit einhergehender Geschäftsfelderwei-

¹⁴ Beim verarbeitenden Gewerbe liegt der Standortkoeffizient in Sachsen bei 0,94, und in Brandenburg bei 0,64.

terung oder Neugründung von Unternehmen in der Wirtschaftsregion Lausitz. Pro Projektträger können 200.000 Euro für modellhafte Ansätze ausbezahlt werden» (WRL o. J. b).

Darüber hinaus verwaltet die WRL einen sächsischen Landesfonds. Der Mitmach-Fonds Sachsen sieht vor, dass jeweils 1,5 Millionen Euro an Akteure in den sächsischen Landkreisen Görlitz und Bautzen in den Jahren 2019 und 2020 ausgeschüttet werden können. Antragsberechtigt sind «Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände, Kammern, Stiftungen, soziale Träger, Schulen sowie kommunale und wissenschaftliche Einrichtungen» (WRL o. J. c). Projektskizzen konnten noch bis zum 15. April 2019 eingereicht werden. Unterstützt wird aktuell 1) das Engagement der Bürger*innen und zivilgesellschaftlicher Akteure; 2) Bildungsprojekte und 3) zukunftsweisende Mobilitätskonzepte. Zusätzlich gibt es noch den mit insgesamt 200.000 Euro ausgestatteten «Fonds für Lužica/Lausitz – žywa dwurěčnosć/lebendige Zweisprachigkeit». «Dabei sollen Ansätze prämiert werden, die die Anwendungen der sorbischen Sprache und die Stärkung der sorbischen Identität fördern und dazu beitragen, die sorbischsprachige Gemeinschaft zu stärken» (ebd.).

Das Projekt Zukunftswerkstatt Lausitz ist vor einem Jahr gestartet. Es hat zwei Publikationen erarbeitet: Die Broschüre «Die Lausitz: Zahlen & Fakten» (2018a) sowie die «Zukunftswerkstatt Lausitz: Zukunftsatlas, Potenziale. Perspektiven» (2018b). Die Zukunftswerkstatt konnte jedoch bislang keine maßgeblichen Impulse für die Diskussion eines die Ober- und Niederlausitz betreffenden gemeinsamen Lausitzer Leitbilds in die Öffentlichkeit tragen (Interview Schmidt 2019). Wenngleich der Geschäftsführer der WRL, Torsten Bork, betont, dass es sich um einen offenen mehrjährigen Leitbildprozess für die ganze Lausitz handeln soll, der «umsetzbare Konzepte mit konkreten Projekten, praktische und wissenschaftliche Empfehlungen für die zukünftige Ausrichtung der regionalen Strukturpolitik auf Bundes- und EU-Ebene» (WRL o. J. d) erarbeitet, befürchten Kritiker*innen, dass der Prozess nicht nur zu langsam, sondern auch unvollständig umgesetzt wird, und kritisieren die geringen Möglichkeiten zur Beteiligung der Zivilgesellschaft. Diese Kritik weist der Geschäftsführer der WRL zurück, der die Zivilgesellschaft in ausreichendem Maße durch Repräsentant*innen der Parlamente vertreten sieht (Interview Bork 2019).

3.2.2 Die Lausitzrunde

Die Lausitzrunde ist ein freiwilliges Bündnis aus (Ober-)Bürgermeister*innen und Amtsdirektor*innen aus der brandenburgischen und sächsischen Lausitz. Prominente Vertreter*innen sind unter anderem die Bürgermeisterin von Spremberg, Christine Herntier, ein Mitglied der sogenannten Kohlekommission, und Torsten Pötzsch, der Bürgermeister von Weißwasser. Die Lausitzrunde sieht sich als Bindeglied zwischen den Lau-

sitzer Bürger*innen und den regionalen Gesellschaften (WRL und iRL) und als ein Sprachrohr zur Landes- und Bundespolitik für die kommunalen Belange. Sie soll «jederzeit die Vorhaben und Konzepte der regionalen Gesellschaften für die Bürgerinnen und Bürger transparent gestalten und so die Teilhabe an der Strukturentwicklung der Lausitz als demokratischen Prozess gestalten, der alle Bewohner der Region erreicht» (Lausitzrunde o. J. a). Ihr «zentrales Ziel» ist es, «für die Lausitz einen Sonderstatus als «Europäische Modellregion für den Strukturwandel» zu erreichen» (Lausitzrunde o. J. b). Sie tritt für einen Strukturfonds ein, der es den Lausitzer Kommunen ermöglicht, Infrastruktur-, soziale und kulturelle Projekte und die Aufgaben der Daseinsvorsorge abzusichern.

Von außen wird die Lausitzrunde bisweilen als die politische Stimme der Lausitzer Kommunen aufgefasst, wobei sie nicht formell als Sprachrohr aller Lausitzer Kommunen legitimiert ist. Zudem gibt es einige, die der Lausitzrunde bislang ablehnend gegenüberstanden, da sie sich seit ihrer Gründung im November 2016 klar zur Braunkohle bekennt (DUH/E3G 2016: 11).

3.3 AKTEURE AUS DER WIRTSCHAFT

3.3.1 IHK und HWK

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Cottbus vertritt derzeit rund 34.000 Unternehmer*innen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen, die IHK Dresden rund 96.000 (IHK Dresden o. J.; IHK Cottbus o. J.). Beide sind in der Lausitz durch weitere Geschäftsstellen vertreten. Das Lausitzer Handwerk ist in den Handwerkskammern in Cottbus und Dresden organisiert.

3.3.2 Die Innovationsregion Lausitz GmbH

Die Innovationsregion Lausitz GmbH (iRL) wurde von der regionalen Wirtschaft und der BTU als Reaktion auf die klimapolitischen Beschlüsse der Bundesregierung aus dem Jahr 2016 (zur Überführung von zwei 500-MW-Blöcken in die sogenannte Sicherheitsbereitschaft¹⁵ am Kraftwerksstandort Jänschwalde) gegründet. Ihre Aufgabe ist es, Ideen und Strategien zu entwickeln, wie Unternehmen auf den Strukturwandel reagieren könnten. Die iRL unterstützt betroffene Betriebe bei der Erarbeitung neuer Geschäftsfelder und entwickelt Wachstumsprojekte (iRL o. J. a).

Gesellschafter sind die IHK Cottbus, die HWK Cottbus, die BTU, die Wirtschaftsinitiative Lausitz (WiL)¹⁶ und die Vereinigung der Unternehmerverbände Berlin-Brandenburg (UVBB). Dem Beirat gehören zum Beispiel die Spremberger Bürgermeisterin und der Senftenberger Bürgermeister an, ferner Gewerkschaften wie die IG BCE oder IG Metall, der Verein Pro Lausitzer Braunkohle, der Bundesverband erneuerbarer Energien,

¹⁵ Nach § 13g EnWG: Die Blöcke wurden/werden am 1. Oktober 2018 und 1. Oktober 2019 vorläufig stillgelegt und nach jeweils vier Jahren in der Sicherheitsbereitschaft endgültig stillgelegt. ¹⁶ Die Wirtschaftsinitiative Lausitz e. V. ist eine 2009 gegründete regionale Aktions- und Netzwerkplattform in der Lausitz. Die WiL arbeitet branchen- und länderübergreifend in der brandenburgischen und sächsischen Lausitz mit dem Ziel, den Wirtschaftsstandort Lausitz nachhaltig zu stärken.

aber auch Unternehmen wie LEAG, BASF oder die EnviaM.

Die Innovationsregion Lausitz sieht sich als «Kooperationsplattform zur Erschließung endogener Potenziale» bei beispielsweise der Industrieautomatisierung, im Bereich der urbanen Energiewende oder für neue Mobilitätssysteme für regionale Forschungsinstitutionen, Produktionsbetriebe und Dienstleister (Interview Lange 2019). Es ist ihr Ziel, ein oder mehrere neue Wertschöpfungsnetzwerke in der (Nieder-)Lausitz aufzubauen (iRL o. J. b).

3.4 ZIVILGESELLSCHAFT

3.4.1 Zentrum für Dialog und Wandel

Mit dem Zentrum für Dialog und Wandel (ZDW) möchte die Evangelische Kirche von Berlin, Brandenburg und der schlesischen Oberlausitz (EKBO) den gesellschaftlichen Dialog in der aktuellen Phase des Strukturwandels in der Lausitz unterstützen. Gedacht als «eine Plattform zur Verständigung von Akteuren in den vielfältigen Bereichen, die zu einem ›guten Leben in der Lausitz‹ einen eigenen Beitrag leisten können» (EKBO o. J.), bietet sie unterschiedliche Dialogformen und Möglichkeiten an, die Situation zu reflektieren und zu diskutieren sowie Ideen für die Gestaltung der Zukunft zu entwickeln.

Dem ehemaligen Leiter des Zentrums, Burkhard Behr, ist es gelungen in seiner Funktion als Seelsorger einen guten Draht zu Menschen und Entscheidungsträger*innen in der Lausitz aufzubauen. Darüber hinaus trat er auch aktiv für Belange der Zivilgesellschaft ein und unterstützte zum Beispiel den Fonds Zivilgesellschaft Lausitz (ZDW 2019).

3.4.2 Lausitzer Perspektiven e. V.

Der Verein Lausitzer Perspektiven versteht sich als organisierter «Thinktank, der unterschiedliche Perspektiven auf den Strukturwandel in der Lausitz öffnet» (Lausitzer Perspektiven e. V. o. J. a). Sein Ziel ist es, die Zivilgesellschaft im Kohleausstiegsdialog zu unterstützen, zum Beispiel dadurch, dass sie in die sich bildenden neuen (Förder-)Strukturen eingebunden wird. Diesen Fokus trägt der Verein unter anderem mit Argumentationspapieren, wie dem gemeinsam mit dem ZDW entwickelten Fonds Zivilgesellschaft (siehe Abschnitt 7.1.1), an Entscheider*innen auf Landes- und kommunaler Ebene, die Parlamente, NGOs unter anderen zivilgesellschaftliche Institutionen sowie die lokale Bevölkerung gleichermaßen heran (ebd.).

Der Verein Lausitzer Perspektiven versteht sich zum einen als «Plattform des Austauschs und der Verständigung darüber, wie die Zukunft der Region aussehen kann» (Lausitzer Perspektiven e. V. o. J. b), und zum anderen als Akteur für die Umsetzung kleinerer gemeinsamer Projekte beim Übergang zu einer postfossilen Wirtschaft. Auch wenn die Mitglieder sowohl gebürtige als auch zugezogene Lausitzer*innen sind, werden sie doch teilweise von «Alteingesessenen» mit Skepsis betrachtet, die mit dem Wort «Thinktank» nichts

anfangen können und auch das Selbstverständnis des Vereins als «kritische Beobachter» (ebd.) und zivilgesellschaftliche Akteure des Strukturwandels nicht nachvollziehen können oder wollen. Bei manchem liegt für diese Skepsis ein Verständnis zugrunde, nach dem «die da oben es schon richten/regeln werden» (Forum Zivilgesellschaft 2019).

3.4.3 Grüne Liga e. V.

Die Grüne Liga Brandenburg ist derzeit die einflussreichste Umweltgruppe für einen beschleunigten Kohleausstieg in der Lausitz. Die Bundeskontaktstelle Braunkohle der Grünen Liga e. V. berät, vernetzt und unterstützt diejenigen, die sich gegen neue Tagebaupläne wehren. Hauptansprechpartner und Initiator vieler Veranstaltungen und Demonstrationen sowie Hauptautor des regelmäßig erscheinenden «Lausitzer Kohlerundbriefs» ist René Schuster.

3.4.4 Gewerkschaften

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaft IG BCE wurden in der Kohlekommission durch den IG-BCE-Vorsitzenden Michael Vassiliadis und DGB-Vorstand Stefan Körzell vertreten. DGB und IG BCE bewerten das Kommissionsergebnis als ein «Ergebnis, aus dem man etwas machen kann» (DGB 2019), denn die Kommission spricht sich unter anderem für folgende arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen aus:

- «Betriebsbedingte Kündigungen in Kraftwerken und Tagebauen sind ausgeschlossen.
 - Fällt ein Arbeitsplatz weg, werden die Betroffenen in neue gute Arbeit vermittelt – unter Ausgleich etwaiger Gehaltseinbußen.
 - Ältere Beschäftigte können, wenn es zu Personalauswirkungen kommt, in den vorzeitigen Ruhestand wechseln – unter Ausgleich von Rentenabschlägen.
 - Der Bund schafft ein staatliches Anpassungsgeld, mit dem Jahre bis zum vorzeitigen Renteneintritt überbrückt werden können.
 - Gewerkschaften und Unternehmen regeln in Tarifverträgen ergänzende Ausgleichszahlungen.
 - Der Staat sichert die sozialen Verpflichtungen der Unternehmen ab.
 - Das Gesamtpaket gilt für die gesamte Auslaufphase der Kohle, einschließlich der Rekultivierung.» (Ebd.)
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass «Just Transition» zum Leitprinzip des Strukturwandels wird, in welcher «gute Arbeit, Tarifbestimmung und Mitbestimmung in bestehenden Branchen gestärkt werden sollen» und «die Chancen für den Aufbau und Erhalt hochwertiger Arbeitsplätze zu nutzen sind» (DGB 2018).

Für die IG BCE und Vertreter*innen der IG Metall ist klar, dass auch nach der Kohle «die Lausitz Energieregion bleiben muss» (Interview Eisele/Hahn/Rothe 2019). Sie haben den Anspruch, die Politik in der nun einsetzenden Phase der Entwicklung und Auswahl von Projektideen mit eigenen Ideen anzutreiben, um neue,

nach Tariflohn bezahlte Industriearbeitsplätze in der Region zu schaffen, zum Beispiel durch die Ansiedlung eines Batterierecyclingwerkes (ebd.).

Die IG Metall selbst war nur indirekt über den DGB in die Arbeit der Kohlekommission eingebunden. In der Strukturwandeldebatte in den Regionen vertritt sie über die bestehenden Betriebsräte die Interessen der vielen Metallbaubetriebe auch aus dem Lausitzer Revier, welche direkt oder indirekt vom Auslaufen der Braunkohlewirtschaft betroffen sind. An der Zukunftswerkstatt der WRL ist die IGM nicht beteiligt. Damit war und ist eine Gruppe von Hauptbetroffenen nicht direkt am Dialog um die Zukunft der Lausitz beteiligt. Vor allem in den Landkreisen Elbe-Elster, Görlitz und Oberspreewald-Lausitz sind überdurchschnittlich viele verarbeitende Betriebe im Bereich Metallbau tätig. Viele der vollständig von Braunkohle abhängigen Betriebe sind kleine Niederlassungen oder Vertretungen von westdeutschen oder internationalen Konzernen, die ohne Braunkohleabbau nicht dort verbleiben werden. Dies betrifft – zusätzlich zu den circa 7.000 Beschäftigten der LEAG – bis zu 3.000 Arbeitnehmer*innen (siehe Abschnitt 2.6.1).

3.4.5 Die Sorb*innen/Wend*innen

Sorb*innen (in der Oberlausitz) und Wend*innen (in der Niederlausitz) sind eine Minderheit mit eigener, slawischer Sprache und kulturellen Traditionen, die sich zwischen den Sorb*innen und Wend*innen leicht unterscheiden. Im Jahr 1949 wurde die Domowina, der Dachverband sorbisch/wendischer Vereine und Vereinigungen, nach der Auflösung in Nazi-Deutschland in der DDR wieder zugelassen. Er vertritt seither ihre politischen und kulturellen Interessen und fördert ihre Sprache und Kultur. Im Jahr 1998 wurde ein Staatsvertrag zwischen Brandenburg und Sachsen über die Errichtung der Stiftung für das sorbische Volk geschlossen. Das Land Brandenburg unterstützt diese jährlich mit 3,1 Millionen Euro (MWFK 2019), Sachsen mit 6,2 Millionen Euro und der Bund mit 9,3 Millionen Euro (Stiftung Sorben o. J.).

Darüber hinaus werden Sorb*innen/Wend*innen im Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten in beiden Landesparlamenten vertreten, mit der Aufgabe, deren Interessen in den Landtagen zu wahren.

Erstmals in der 1.400-jährigen Geschichte der Sorb*innen und Wend*innen haben sie seit Ende letzten Jahres ein eigenes Parlament, den Serbski Sejm, gewählt und verhandeln derzeit mit den beiden Landesregierungen Brandenburg und Sachsen über einen Staatsvertrag. Im Gegensatz zu den oben genannten Räten strebt der Sejm nicht nur eine beratende Funktion an, sondern beansprucht auch die Kultur- und Bildungskompetenz über alle Fragen, die die Sorb*innen/Wend*innen betreffen. Bei der Bevölkerung ist die Gründung des Sejms – zum Erstaunen vieler – auf ein überwiegend positives Echo gestoßen, gemischt mit einem plötzlich einsetzenden Stolz auf eine fast vergessene Kultur. Auch die Stadt Cottbus begrüßt «jeden

Schritt, der die Demokratie vor Ort stärkt, und der sorbischen/wendischen Stimme für unsere gemeinsame Lausitzer Heimat mehr Gewicht verleiht» (Kelch 2018)

3.4.6 Exkurs: DIE LINKE in Brandenburg und Sachsen und der Prozess der gemeinsamen Positionsbestimmung

In Brandenburg ist die Partei DIE LINKE in einer Koalition mit der SPD an der Regierung und hat über die letzten Jahre die Strategie verfolgt, den Kohleabbau als «Brückentechnologie» bis 2040 zu befürworten. Sie unterstützt uneingeschränkt die Projektvorschläge der beiden Landesregierungen für den Ausbau der Infrastruktur und «insbesondere die Stärkung der Schieneninfrastruktur» (DIE LINKE 2019). Die Brandenburger LINKE bekennt sich zum Braunkohleausstieg sowie zu einer «Energeregion Lausitz», die durch den Einsatz von Sonnen- und Windenergie sowie von Zukunftstechnologien, wie Power-to-X-Anlagen, ein neues Gesicht erhalten soll.¹⁷

DIE LINKE ist in Sachsen in der Opposition. Zum einen kann sie daher freier und ohne Koalitionszwang agieren, zum anderen steht sie vor der permanenten Herausforderung, sich in den Medien und bei der Regierung Gehör für die eigenen Positionen verschaffen zu müssen. Dies führt dazu, dass in eigenen Thesenpapieren auch deutlicher Kritik an bestehenden (Miss-)Verhältnissen geäußert werden kann, wie beispielsweise der Art und Weise, wie «alte Beziehungsgeflechte und erfahrene betriebliche Strukturen Zugänge zu Fördermitteln erleichtern» und daher «junge kreative Projekte diesen Wettlauf verlieren» (Kagelmann u. a. 2018). Deshalb wird gefordert, dass diese Akteur*innen besondere Unterstützung und niederschwellige Zugänge zu speziellen Förderfonds, wie dem Fonds Zivilgesellschaft Lausitz brauchen. Zudem sehen sie die Chance, mit dem Strukturwandel neben den etablierten Strukturen auch «alternative Wirtschafts-, Lebens- und Wohnformen» (ebd.) zu stärken und somit neuartige und individuelle Lösungsansätze zuzulassen.

Dieser Kurzstudie geht eine seit dem Herbst 2018 andauernde Phase eines sehr intensiven Meinungsaustausches zwischen Berater*innen, der LINKEN und den handelnden Akteuren in der Lausitz voraus. Die Treffen in der Lausitz und die Interviews mit den Vertreter*innen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft haben dazu beigetragen, dass die Fraktionen der LINKEN aus Brandenburg und Sachsen nach einer langen Abstinenz wieder in einen inhaltlichen Diskurs über die Lausitz und ihre Zukunft nach der Braunkohle eingetreten sind. Beide Landtagsfraktionen haben in diesem Prozess Positions- und Diskussionspapiere zum Strukturwandel erarbeitet, in denen bestehende, auch divergierende Positionen zu

¹⁷ DIE LINKE fordert eine Befreiung von Stromsteuer und Erstattung der EEG-Umlage für Reallabors-Projekte, in welchen temporär überschüssiger Ökostrom in andere Energieformen überführt werden soll.

einzelnen Themenfeldern detailliert skizziert wurden. Diese Positionen wurden in weiteren gemeinsamen Diskussionen geschärft und es wurden wechselseitige Empfehlungen ausgesprochen. Dies betrifft auch die Vorsorgevereinbarungen für die Rekultivierung der Braunkohletagebaue in Brandenburg. Während in Sachsen die Vereinbarungen über die Sicherheitsleistungen für die später zu rekultivierenden Tagebaue Reichwalde und Nochten zwischen Betreiber und Landesregierung bereits abgeschlossen sind (Ackerbauer 2019), sind in Brandenburg solche Vereinbarungen zu den Tagebauen Jänschwalde und Welzow Süd noch nicht unterzeichnet. Daher empfiehlt DIE LINKE Sachsen den Brandenburger Kolleg*innen, innerhalb der Regierung darauf Einfluss zu nehmen, dass die öffentliche Hand nicht die Sanierungskosten für den Fall trägt, dass die Betreiber Insolvenz anmelden und die eingestellten bilanziellen Rückstellungen entweder nicht insolvenzfest und/oder nicht so werthaltig sind, dass die Wiederherstellung der jeweiligen Landschaften damit gesichert werden kann. In Abhängigkeit davon bleibt zu prüfen, welche Forderungen an die Betreiber im Hinblick auf die Zeitspanne der weiteren Auskohlung der Tagebaue zusätzlich zu richten wären (DIE LINKE 2019).

Am Ende des Diskussionsprozesses liegt eine gemeinsame politische Festlegung beider Landtagsfraktionen auf folgende Eckpunkte eines Strukturwandels in Ober- und Niederlausitz vor: Die Beschäftigung von Industriearbeitsplätzen in den vorhandenen industriellen Kernen soll gewährleistet und die Schaffung neu-

er sozialversicherungspflichtiger und gut bezahlter Arbeitsplätze gefördert werden, ohne dass eine Kopplung an einen bestimmten Sektor gefordert wird (DIE LINKE Brandenburg 2019). Dazu gehören eine Ansiedlungspolitik und das gezielte Anwerben von Fachkräften. Die demografische Entwicklung wird gestaltet. Eine gut funktionierende und gesicherte Grundversorgung ist die Voraussetzung, um Arbeitsplätze in ländlichen Räumen zu schaffen. Gemeinsam ist bei allen das Bekenntnis zur Energieregion Lausitz und die Ablehnung der Neuaufschlüsse weiterer Tagebaue (Welzow II in Brandenburg und Nochten in Sachsen). Die Sanierung der Tagebaue ist eine wichtige Grundlage für die nachbergbauliche Entwicklung der Lausitz (ebd.).

Die Partei DIE LINKE ist der Auffassung, dass der Strukturwandelprozess in der Lausitz in Form eines partizipativen, demokratisch und nachhaltig gestalteten Prozesses dem Wesen nach «von unten zu gestalten ist». Sie fordert, dass die neu entstehenden Flächen in der Bergbaufolgelandschaft den Lausitzer Landwirt*innen gehören und von ihnen bewirtschaftet werden sollten (Kagelmann u. a. 2018; DIE LINKE Brandenburg 2019). Neben der Wirtschaftsförderung sollte gleichberechtigt auch die Zivilgesellschaft gefördert werden. Um die Attraktivität der Region zu steigern, sollte eine aktive Willkommenskultur für in- und ausländische Neubürger*innen eingeführt werden, die möglichst viele unterschiedliche Bevölkerungsgruppen anspricht: «Träumer, Visionäre, Macher» (DIE LINKE Brandenburg 2019).

4 BESCHÄFTIGUNGSEFFEKTE EINES WEGFALLS DER BRAUNKOHLE

4.1 DER AUSSTIEGSFAHRPLAN DER KOHLEKOMMISSION

Mit dem Anfang des Jahres 2019 vorgelegten Abschlussbericht der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung («Kohlekommission») dürfte der Ausstieg aus der Kohleverstromung unwiderruflich geworden sein. Zwar hat das Gremium keinerlei gesetzgeberische Kompetenz und war auch nicht wirklich demokratisch besetzt. Infolge des Arguments, der Bericht sei ein ausbalancierter Kompromiss, der durch das Aufschnüren einzelner Punkte zunichtegemacht würde, scheint jedoch keine der involvierten Interessengruppen – von Industrieverbänden über Gewerkschaften und Umweltverbände bis hin zu den betroffenen Bundesländern – in ihren Reihen Mehrheiten dafür zu finden, die Ergebnisse der Kommission ernsthaft infrage zu stellen. Daran ändern auch die vier Sondervoten, in denen unter anderem die Vertreter*innen von Umweltschutzorganisationen den Abschaltpfad als unvereinbar mit den Pariser Klimaschutzziele bezeichnen, und die eine Gegenstimme unter den 28 Kommissionsmitgliedern nichts. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint es wahrscheinlich, dass der Abschlussbericht in den nächsten Monaten tatsächlich im Kern unverändert den Weg in bindende Vereinbarungen finden wird.

Laut Abschlussbericht empfiehlt die Kommission, keine Genehmigungen für den Bau neuer Kohlekraftwerke mehr zu erteilen. Bei den sich am Netz befindlichen Kraftwerken soll der Kohleausstieg bis 2038 schrittweise vollzogen werden. Die Betreiber sollen für die Abschaltung entschädigt werden, wobei die Entschädigung umso höher ausfallen soll, je früher das Kraftwerk stillgelegt wird. Im Jahr 2032 soll in Verhandlungen mit den Betreibern geprüft werden, ob der endgültige Abschalttermin vorgezogen werden kann, allerdings nicht vor 2035 (Kohlekommission 2019: 46).

Bis 2022 sollen bundesweit 7,7 Gigawatt (GW) an Steinkohlekapazitäten und fünf GW an Braunkohlekapazitäten stillgelegt oder mit Unterstützung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) in Gaskraftwerke umgerüstet werden (ebd.: 62). Dabei sind allerdings bereits jene Kraftwerke eingerechnet, die bis dahin ohnehin vom Netz gehen sollen, das heißt laut früheren Planungen stillgelegt oder in die sogenannte Sicherheitsreserve überführt werden sollen. Zieht man diese Kapazitäten ab, bleibt eine zusätzliche Stilllegung von drei GW Braunkohle im Rheinischen Revier (was hinsichtlich des Reviers nur mündlich vereinbart wurde) und bundesweit vier GW an Steinkohlekraftwerken.

Bis 2030 sollen netto weitere sechs GW Braunkohle und sieben GW Steinkohle abgeschaltet werden. Insgesamt wären zu diesem Zeitpunkt dann noch Kohlekraftwerke mit einer Kapazität von 17 GW am Netz,

was in Bezug auf die Kraftwerke am Markt (also ohne Reserven etc.) eine Reduzierung um 60 Prozent zum heutigen Bestand darstellen würde (ebd.: 63).

Konkrete Empfehlungen zu Zwischenzielen, das heißt wann genau in diesem Zeitraum die Stilllegung einzelner Kraftwerke zu erfolgen hat, wurden nicht getroffen. Laut Abschlussbericht hat die Verringerung der Emissionen im Zeitraum 2023 bis 2030 allerdings «möglichst stetig» zu erfolgen. Genauer soll zwischen Bundesregierung und den Betreibern einvernehmlich in einem Vertrag vereinbart werden. Falls bis zum 30. Juni 2020 keine solche Vereinbarung erzielt werden kann, sollen Braunkohlekraftwerke ordnungsrechtlich unter Zahlung von Entschädigungen stillgelegt werden. In den Jahren 2023, 2026 und 2029 sollen die Abschaltungen mit Hinblick auf die Aspekte «Versorgungssicherheit, Strompreinsniveau, Klimaschutz, Weiterentwicklung des EU-Beihilferechts und Strukturentwicklung» evaluiert werden (ebd.: 63 f.).

Für 2025 wurde ein ominöses Innovationsprojekt vereinbart, dass eine Emissionsminderung um zehn Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid erbringen soll (ebd.). Berichten zufolge soll es sich dabei um eine Intervention des ehemaligen brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck zur Vermeidung der Abschaltung von Kraftwerksblöcken im Braunkohlekraftwerk Jänschwalde handeln (Staupe 2019). Dort sollten Blöcke in ein Wärmespeicherkraftwerk umgewandelt werden. Allerdings bestehen erhebliche Zweifel, ob derartige Pläne tatsächlich am Standort Jänschwalde realisiert werden sollen (das DLR hat als Forschungszentrum des Bundes dafür einen Standort im Rheinland im Visier) oder in diesem Stadium bereits auf Kraftwerksblöcke in der Größenordnung von 500 MW angewandt werden können. Durch die Überführung in die Sicherheitsbereitschaft zweier Kraftwerksblöcke in den Jahren 2018 und 2019 würden im Jahr 2025 in Jänschwalde noch vier Blöcke am Netz sein. Eine Emissionsminderung um zehn Millionen Tonnen entspräche rechnerisch den jährlichen Emissionen von mehr als zwei Kraftwerksblöcken, die vollständig dekarbonisiert werden müssten.

Insofern besteht über die Abschalttermine der Blöcke der Lausitzer Braunkohlekraftwerke weiterhin einige Unsicherheit. Da die Emissionsreduktion im Zeitraum 2023 bis 2030 möglichst stetig erfolgen soll, wäre ausgeschlossen, dass Abschaltungen erst 2029 vorgenommen werden, sofern diese Empfehlung umgesetzt wird. Es müsste eine gestaffelte Abschaltung über alle Braunkohlereviere hinweg erfolgen. Für den Zeitraum 2023 bis 2030 entspricht eine Stilllegung von insgesamt sechs GW Braunkohlekapazitäten am Markt einer durchschnittlichen jährlichen Stilllegung von 750 MW. Es liegt nahe, dass sich die zeitliche Abfolge der Stilllegungen annähernd am Alter der Anlagen orientieren

wird, weil das auch mit tendenziell niedrigeren Wirkungsgraden und somit höheren Emissionen und Betriebskosten korreliert. Aus diesen Überlegungen heraus können anhand des Alters und der erforderlichen Emissionsminderungen grob die Ausstiegszeitpunkte für die Lausitzer Kraftwerke abgeschätzt werden (siehe Tabelle 13; die Lausitzer Kraftwerke sind rot hervorgehoben). Für eine exaktere Einschätzung wären allerdings technische Restriktionen und wirtschaftliche Zusammenhänge mit Tagebauen zu berücksichtigen.

Infolge dieser Abschätzung wäre die erste Abschaltung in der Lausitz kein Ergebnis der Kohlekommission, sondern der Regelungen zur Überführung von Kraftwerken in die Sicherheitsbereitschaft nach § 13g EnWG. Nach der Abschaltung des Blocks F im Kraftwerk Jänschwalde im Oktober 2018 würde Block E am 1. Oktober 2019 folgen. Die Beschäftigungswirkung wäre im Kraftwerk nicht die einer Abschaltung, da auch für die vierjährige Sicherheitsbereitschaft Beschäftigte (wenngleich weniger) benötigt werden. Da die Blöcke absehbar nicht zum Einsatz kommen werden oder nur äußerst selten, kann mit Blick auf den Lieferbedarf des Tagebaus Jänschwalde an die beiden Blöcke aber von einer Totalabschaltung ausgegangen werden.

Der nächste Eingriff in die Kraftwerkslandschaft der Lausitz wäre im Jahr 2025 im Kraftwerk Jänschwalde über das «Innovationsprojekt» zu erwarten (sofern dieses überhaupt zustande kommt). Die daraus resultierende Beschäftigungswirkung im Kraftwerk selbst ist nicht abschätzbar. Je nach technologischer Ausgestaltung hätte die damit verbundene Dekarbonisierung allerdings Auswirkung auf den Kohlebedarf aus dem Tagebau Welzow und dessen Beschäftigte, die möglicherweise mit der Stilllegung von zweieinhalb 500-MW-Blöcken vergleichbar wäre.

Erst in den Jahren 2027 und 2028 würden die nächsten beiden Meiler in der Lausitz, die Blöcke N und P in

Boxberg, betroffen sein. Anschließen würden sich im Jahr 2029 die beiden verbliebenen Blöcke C und D in Jänschwalde – sofern sie nicht auch bereits vorher im Rahmen des ominösen «Innovationsprojekts» dekarbonisiert würden.

Ab 2030 müssten zur Erfüllung der Vorgaben der Kohlekommission bei einer weiter angenommenen stetigen Minderung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2038 jährlich 1,1 GW Kraftwerksleistungen abgeschaltet werden, bis zum frühestmöglichen alternativen Enddatum der Kohleverstromung im Jahr 2035 sogar 1,5 GW. Für die dann noch übrigen Lausitzer Blöcke Schwarze Pumpe A und B sowie Boxberg Q und R ergäben sich in der Logik einer altersabhängigen Abschaltung, dass Schwarze Pumpe 2031/32 und Boxberg Mitte der 2030er Jahre komplett vom Netz gehen müssten.

Insgesamt würden bei dieser Betrachtung in der Lausitz (einschließlich des Blocks E Jänschwalde, der im Oktober 2019 in die Sicherheitsbereitschaft überführt wird) bis 2030 Kraftwerksblöcke mit einer Einspeisewirkleistung von 3,26 GW und nach dem Jahr 2030 von drei GW vom Netz gehen (bzw. als «Innovationsprojekt» in ein Wärmespeicherkraftwerk umgewandelt werden).

Auf mittlere Sicht ist unklar, ob aus wirtschaftlichen Gründen frühere Abschaltungen erforderlich werden könnten. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn der Preis für CO₂-Zertifikate im Europäischen Emissionshandelssystem deutlich ansteigen würde und Braunkohlekraftwerke zugunsten emissionsärmerer Kraftwerke aus der Strombereitstellungsreihenfolge (Merit-Order) gedrängt würden. Wie sich die Braunkohle wettbewerbsmäßig entwickelt, hängt jedoch nicht nur von den CO₂-Preisen, sondern maßgeblich auch von den Brennstoffpreisen für Importsteinkohle und Erdgas ab.

Tabelle 13:
Abschätzung der Abschalttermine der Braunkohlekraftwerke in Deutschland anhand ihres Anlagentalers und den Vorgaben der Kohlekommission

Unternehmen	Kraftwerksname	Blockname	Ort		Bundesland	Aufnahme kommerz. Stromerzeugung		mögliche Abschaltung	Netto-Nennleistung (elektrische Wirkleistung) in MW	kumulativ nach Alter (elektrische Wirkleistung) in MW	Bemerkungen
			(Standort Kraftwerk)			(Jahr)					
1	LEAG	KW Jänschwalde	E	Peitz	Brandenburg	1987		1.10.2019	465	465	Sicherheitsbereitschaft nach § 13g EnWG ab 1.10.2018
2	RWE	Neurath	C	Grevenbroich-Neurath	Nordrhein-Westfalen	1973		2.10.2019	292	757	Sicherheitsbereitschaft nach § 13g EnWG ab 1.10.2019
3	RWE	Niederaußem	C	Bergheim	Nordrhein-Westfalen	27.6.1965		bis Ende 2022	295	295	
4	RWE	Niederaußem	D	Bergheim	Nordrhein-Westfalen	31.5.1968		bis Ende 2022	297	592	
5	RWE	Neurath	B	Grevenbroich-Neurath	Nordrhein-Westfalen	30.6.1972		bis Ende 2022	294	886	
6	RWE	Neurath	A	Grevenbroich-Neurath	Nordrhein-Westfalen	14.10.1972		bis Ende 2022	294	1.180	
7	RWE	Niederaußem	G	Bergheim	Nordrhein-Westfalen	23.10.1974		bis Ende 2022	628	1.808	
8	RWE	Neurath	D	Grevenbroich-Neurath	Nordrhein-Westfalen	24.6.1975		bis Ende 2022	607	2.415	
9	RWE	Neurath	E	Grevenbroich-Neurath	Nordrhein-Westfalen	22.2.1976		bis Ende 2022	604	3.019	
10	RWE	Weisweiler	E	Eschweiler-Weisweiler	Nordrhein-Westfalen	2.12.1965		2023	321	321	
11	RWE	Weisweiler	F	Eschweiler-Weisweiler	Nordrhein-Westfalen	4.9.1967		2023	321	642	
12	RWE	Weisweiler	G	Eschweiler-Weisweiler	Nordrhein-Westfalen	14.2.1974		2024	663	1.305	

13	RWE	Niederaußem	H	Bergheim	Nordrhein-Westfalen	16.9.1974	2024	648	1.953	
14	LEAG	KW Jänschwalde	A	Petz	Brandenburg	1.10.1981	2025	465	2.418	
15	LEAG	KW Jänschwalde	B	Petz	Brandenburg	29.11.1982	2025	465	2.883	
16	RWE	Weisweiler	H	Eschweiler-Weisweiler	Nordrhein-Westfalen	18.1.1975	2026	656	3.539	
17	LEAG	Boxberg	N	Boxberg	Sachsen	1.1.1979	2027	465	4.004	
18	LEAG	Boxberg	P	Boxberg	Sachsen	1.7.1980	2028	465	4.469	
19	LEAG	KW Jänschwalde	C	Petz	Brandenburg	1.2.1984	2029	465	4.934	
20	LEAG	KW Jänschwalde	D	Petz	Brandenburg	6.10.1985	2029	465	5.399	
21	UNIPER	Schkopau	A	Schkopau	Sachsen-Anhalt	1.1.1996	2030	450	5.849	
22	UNIPER	Schkopau	B	Schkopau	Sachsen-Anhalt	1.1.1996	2030	450	6.299	
23	RWE	Frechen/Wachtberg		Frechen/Wachtberg	Nordrhein-Westfalen	1.1.1959	2031	176	176	später wg. Kohleveredlungswerk
24	LEAG	Schwarze Pumpe	A	Spremberg	Brandenburg	15.12.1997	2031	750	926	
25	LEAG	Schwarze Pumpe	B	Spremberg	Brandenburg	25.5.1998	2032	750	1.676	
26	EnBW	BKK Lippendorf	LIP S	Böhlen	Sachsen	1.12.1999	2033	875	2.551	
27	LEAG	Lippendorf	R	Böhlen	Sachsen	20.6.2000	2033	875	3.426	
28	RWE	Niederaußem	K	Bergheim	Nordrhein-Westfalen	30.8.2002	2034	944	4.370	wg. Boxberg Q ein Jahr vorgezogen
29	LEAG	Boxberg	Q	Boxberg	Sachsen	1.10.2000	2035	857	5.227	
30	LEAG	Boxberg	R	Boxberg	Sachsen	20.6.2012	2035	640	5.867	
31	RWE	BoA 2	Neurath F	Grevenbroich-Neurath	Nordrhein-Westfalen	8.7.2012	2036	1.060	6.927	
32	RWE	BoA 3	Neurath G	Grevenbroich-Neurath	Nordrhein-Westfalen	3.8.2012	2037	1.060	7.987	

Quelle: auf Grundlage der BNetzA-Kraftwerksliste, eigene Berechnung und Darstellung

4.2 QUANTITATIVE ABSCHÄTZUNG DER BESCHÄFTIGUNGSWIRKUNGEN DES BRAUNKOHLEAUSSTIEGS IN DER LAUSITZ

Im Folgenden wird eine sehr grobe Abschätzung der negativen Beschäftigungswirkungen des geschilderten Ausstiegsszenarios vorgenommen, die es ermöglicht, eine erste Vorstellung von der Größenordnung des bevorstehenden Beschäftigungswegfalls zu erlangen, den der Kohleausstieg in der Lausitz verursachen wird.

die derzeitige Lausitzer Wirtschaft sollten die negativen Auswirkungen des Kohleausstiegs auf die Beschäftigungssituation in der Lausitz nicht überschätzt werden.

4.3 ARBEITSMARKTPOLITISCHE FLANKIERUNG DES BRAUNKOHLEAUSSTIEGS

Auf kurze Sicht bleibt die Lausitz nach dem Stand der Dinge weitgehend von Kraftwerksstilllegungen verschont. Nach den Überführungen von zwei Blöcken in

Tabelle 14: Geschätzter Rückgang der direkten Braunkohlebeschäftigung

Jahr	Kraftwerksblock	Netto-Nennleistung in MW	im Kraftwerk	im Tagebau	zusammen	Bemerkung
2018	Jänschwalde F	465		332	332	vierjährige Sicherheitsbereitschaft, keine Beschäftigungswirkung im Kraftwerk
2019	Jänschwalde E	465		332	332	vierjährige Sicherheitsbereitschaft, keine Beschäftigungswirkung im Kraftwerk
2022	Jänschwalde F		135		135	Ende der Sicherheitsbereitschaft, Beschäftigungswirkung im Kraftwerk
2023	Jänschwalde E		135		135	Ende der Sicherheitsbereitschaft, Beschäftigungswirkung im Kraftwerk
2025	Jänschwalde A, B	930		664	664	«Innovationsprojekt», keine Beschäftigungswirkung im Kraftwerk
2027	Boxberg N	465	135	332	467	
2028	Boxberg P	465	135	332	467	
2029	Jänschwalde C, D	930	269	664	933	
2031	Schwarze Pumpe A	750	217	536	753	
2032	Schwarze Pumpe B	750	217	536	753	
2035	Boxberg Q, R	1.497	434	1.070	1.504	

Quelle: eigene Schätzung

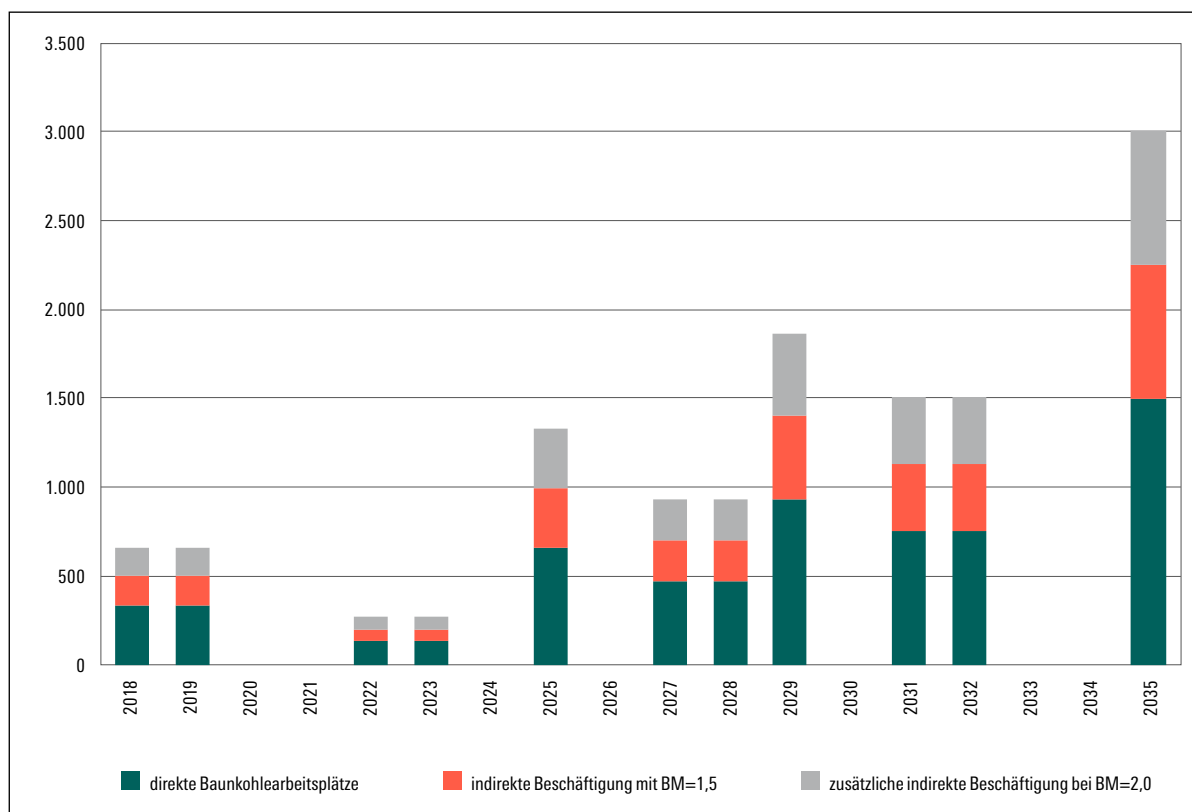
In Ermangelung verlässlicher Informationen über die Beschäftigtenzahlen der einzelnen Kraftwerke und der dazugehörigen Tagebauarbeitsplätze gehen wir davon aus, dass sich die Zahl der Beschäftigten sowohl der Lausitz Energie Bergbau AG als auch der Lausitz Energie Kraftwerke AG proportional zur Leistung des jeweils abgeschalteten Kraftwerks verringern wird. Zudem nehmen wir vereinfachend an, dass infolge der Versetzung in die Sicherheitsbereitschaft die entsprechenden Tagebauarbeitsplätze sofort und die Kraftwerksarbeitsplätze erst nach Ende der vierjährigen Bereitschaftszeit verschwinden. Es wird außerdem angenommen, dass das geplante «Innovationsprojekt» die Arbeitsplätze der Kraftwerksblöcke Jänschwalde A und B dauerhaft sichert, während die dazugehörigen Tagebauarbeitsplätze 2025 vollständig wegfallen. Aus diesen Annahmen resultieren die in Tabelle 14 und Abbildung 17 aufgeführten Schätzungen.

Unsere Schätzung legt nahe, dass der Großteil der Lausitzer Braunkohlearbeitsplätze erst zwischen 2029 und 2035 verschwinden wird. Angesichts des recht großen Zeitfensters, das sich somit für eine aktive regionale Industriepolitik ergeben würde, und vor dem Hintergrund der Altersstruktur der LEAG-Beschäftigten, des zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs und der moderaten Bedeutung der Braunkohleindustrie für

die Sicherheitsbereitschaft im Kraftwerk Jänschwalde 2018 und 2019 kämen erst gegen Ende der 2020er und im Lauf der 2030er Jahre Kraftwerksstilllegungen auf die Region zu. Da laut bisheriger Planungen der Braunkohleausstieg ohnehin in den 2040er Jahren bevorzogen hätte, sieht der Kohlekompromiss für die Lausitz einen um wenige Jahre vorgezogenen Ausstieg vor, der dafür aber mit immensen staatlichen Zuwendungen für die Region vergolten wird. Aufgrund des hohen Durchschnittsalters in den LEAG-Betrieben dürfte ein Großteil der Beschäftigten bei den voraussichtlichen Restlaufzeiten unter Inanspruchnahme von Sonderregelungen für Bergleute (und eventuell zu vereinbarenden Ergänzungsleistungen) direkt in den Ruhestand wechseln können. Schwieriger stellt sich die Situation für jüngere Beschäftigte und indirekt von der Braunkohle abhängige Beschäftigte dar. Teils werden sie aber auch im Bereich der bergbaulichen Nachsorge beschäftigt werden können, der auf absehbare Zeit viele Arbeitskräfte binden wird.

Hinzuweisen ist zudem darauf, dass laut Endbericht der Kohlekommission die Braunkohlewirtschaft lediglich zu 4,3 Prozent der Wertschöpfung der Lausitz beiträgt, zu zwei Prozent der Beschäftigung sowie zu 4,6 Prozent des Steueraufkommens (Kohlekommission 2019: 52; 53; 74). Das heißt im Umkehrschluss,

Abbildung 17: Geschätzter Rückgang der Gesamtbeschäftigung bei einem Beschäftigungsmultiplikator von 1,5 bzw. 2,0



Quelle: eigene Schätzung

die anderen Wirtschaftsbereiche tragen zu jeweils über 95 Prozent zu den genannten Größen bei (siehe Abschnitt 2.6.5).

Die eigentliche Herausforderung für die Lausitz besteht demnach im adäquaten Ersatz der regionalen Wertschöpfung, die durch den Braunkohleausstieg wegfallen wird (was vor allem gut bezahlte und mitbestimmte Arbeitsplätze für nächste Generationen beinhaltet, also weniger die Masse der jetzt beschäftigten Bergleute betrifft), sowie im Umgang mit den akuten Wirkungen des Braunkohleausstiegs auf regionale Zulieferer und Dienstleister.

Flexibilitäten beim Stilllegungspfad, insbesondere das mögliche Vorziehen des finalen Ausstiegsdatums oder die alle drei Jahre stattfindenden Evaluierungen zu Versorgungssicherheit, Strompreinsniveau, Klimaschutz, Strukturentwicklung etc. und das Infragestellen des Gesamtkompromisses zeigen, dass der Ausstiegspfad strittig bleiben wird. Das ist schädlich: «Ein kürzerer und mit konkreteren Terminen unterlegter Ausstiegspfad wäre [...] nicht nur für die Erreichung der Klimaziele und die Konversion der Reviere, sondern auch für die sozialverträgliche und Fachkräftepotenziale erhaltende Arbeitsmarktstrategie günstiger als die jetzt zu konstatierende Ausgangslage» (siehe Teil 2 der Studie, Abschnitt 1: 75).

Der lang gestreckte Ausstiegspfad stellt für den Betreiber auch insofern ein Problem dar, als dass er zwi-

schzeitig durch Verrentung oder Weggang frei werdende Arbeitsplätze nachbesetzen muss, wobei Ausbildungen und Anwerbungen durch die fehlende Langfristperspektive erschwert werden. Dies wird «nur zu bewältigen sein, wenn Anschlussverwendungen in einer Nach-Bergbau-Ära plausibel und glaubwürdig absehbar sind und wenn Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Übergang in derartige Anschlussverwendungen absichern» (ebd.).

Zur Förderung des Übergangs von Arbeitskräften in neue Beschäftigungsverhältnisse stehen den Akteuren eine ganze Reihe von Maßnahmen und Instrumenten zur Verfügung. Dies gilt für Förderungen von Weiterbildungen und der beruflichen Mobilität sowie für Beschäftigtertransfers als auch für Brücken in die Rente. Diese Instrumente weisen aber auch Reformbedarf auf. Die Aspekte werden in Teil 2 «Arbeitsmarktpolitische Flankierung des Braunkohleausstiegs» adressiert. In den folgenden Abschnitten wenden wir uns zunächst den Betroffenen, den Beschäftigten der LEAG und den Zulieferern zu.

4.4 DIE BESCHÄFTIGTEN DER LEAG

Bei den Empfehlungen der Kohlekommission und in der allgemeinen Diskussion stehen die derzeit bei der LEAG Beschäftigten im Fokus der Diskussion um eine mögliche Beschäftigungssicherung. Für die gesamte Auslaufphase der Kohle bis 2038 und die sich daran

anschließende Phase der Rekultivierung werden diese ohnehin schon überdurchschnittlich besoldeten Beschäftigten sehr gut abgesichert (siehe Teil 3 der Studie, Abschnitt 2). Ältere Beschäftigte werden unter Ausgleich von Rentenabschlägen in den Ruhestand wechseln können. Sollte noch kein Renteneintrittsalter vorliegen, so soll ein staatliches Anpassungsgeld die Jahre bis zum vorzeitigen Renteneintritt überbrücken. Im Falle des Bergbauunternehmens und regionalen Energieversorgers sichert der Staat die sozialen Verpflichtungen der Unternehmen ab (DGB 2019: 2).

Dabei ist jedoch auch anzuführen, dass das Ende des Braunkohleabbaus nur etwa sieben Jahre früher erfolgt, als es das Revierkonzept sowieso vorsah (siehe Teil 3 der Studie, Abschnitt 1). Wie der Vorsitzende des Vereins Pro Lausitzer Braunkohle, Wolfgang Rupieper, im Deutschlandfunk betonte, ist es allgemein verständlich, dass die Braunkohleförderung eine «Brückentechnologie» ist, die irgendwann zu Ende geht (zit. in: May 2018). Das Unternehmen sowie die gesamte Region hätten also früher oder später ohnehin mit dem sozialverträglichen Strukturwandel beginnen müssen.

Betriebsbedingte Kündigungen sind voraussichtlich ausgeschlossen. Darüber hinaus werden die oben erwähnten Rekultivierungsausgaben, die Renaturierung, die Beseitigung von Altlasten und die Wiederherrichtung von Verkehrs- und Kraftwerksflächen für gewerbliche Neuansiedlung und touristische Nutzung ohnehin noch viele Jahre in Anspruch nehmen. An diesen werden voraussichtlich auch die LEAG oder ihre Tochterunternehmen beteiligt sein, gemäß den gesetzlichen Gewährleistungspflichten der LEAG, der regionalen Entwicklungsplanung und den von den Initiativen betroffenen Gebietskörperschaften. Vermutlich werden etwa 25 Prozent der aktuell im Tagebau arbeitenden Kumpel für diese Arbeit gebraucht werden. Weitere Entwicklungsperspektiven, zum Beispiel in exportfähigen Branchen, die direkt auf Kompetenzen aus Tagebau und Kraftwerk aufbauen, werden im Abschnitt 5 diskutiert.

Die aktuelle Stimmung bei der LEAG als größtem Arbeitgeber und «Rückgrat der Lausitz» wird im dritten Teil der Studiensammlung diskutiert, der parallel zu dieser Studie entstanden ist und sich aus soziologischer Perspektive mit der Sichtweise der Beschäftigten beim Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier auseinandersetzt.

4.5 DIE ZULIEFERER UND SERVICEBETRIEBE

Insgesamt arbeiten in der Lausitz circa 85.500 Beschäftigte des verarbeitenden Gewerbes, viele davon in metallverarbeitenden Betrieben. Die Kohlekommission gibt an, dass es für alle Braunkohlereviere rund 500 Unternehmen gibt, die mit bundesweit circa 16.000 Beschäftigten als Service- und Zuliefererbetriebe unmittelbar und mittelbar von der Braunkohle abhängen.

Eine Diskussion mit Stakeholdern in der Lausitz identifizierte rund ein Dutzend größerer Betriebe mit knapp 2.000 Mitarbeiter*innen, die überwiegend als Elektrodienstleister, Kraftwerksdienstleister, Wärmeversorger oder Fördertechnikhersteller teilweise oder hauptsächlich von der LEAG abhängig sind. Für einige der Betriebe sind bereits alternative Geschäftsfelder erkennbar, für andere dagegen gegenwärtig nicht.

Die Zulieferer sind in den oben beschriebenen Aufanglösungen für direkt Beschäftigte der Braunkohleindustrie nicht angesprochen. Dennoch ist es gerade für sie wichtig, dass sie – sofern sie heute im großen Umfang Lieferungen und Leistungen für den Braunkohlebetreiber erbringen – in die Lage versetzt werden, neue Aufträge oder Jobs zu erhalten. Dies könnte zum Beispiel durch die Gründung einer regionalen Entwicklungsgesellschaft mit mehrheitlich öffentlichen Anteilseignern gewährleistet werden. Auch für sie sollte gelten, dass «bei Bedarf ein Wechsel des Arbeitgebers innerhalb eines zu schaffenden «Konversions-Verbundes» unter Wahrung erworbener Ansprüche ermöglicht wird», was «eher zu erreichen sein wird durch die Gründung von Gesellschaften, die von öffentlichen Händen oder den Braunkohleunternehmen kontrolliert werden und Teil eines verhandelten regionalen Gesamtkonzeptes sind, als wenn eine rein marktvermittelte Auftragsvergabe erfolgt» (siehe Teil 2 der Studie, Abschnitt 2: 77). Im Einklang damit steht die am 1. März 2019 in Weißwasser beim Workshop der Berater*innen, der LINKEN, und Lausitzer Akteure gemeinsam entwickelte Idee, zu unterstützen, dass die gegenwärtig freien Arbeitsplätze bei Lausitzer Handwerker*innen mit ehemaligen Zulieferern besetzt werden können.

Allein auf die zu schaffenden, noch nicht definierten neuen Industrien, Technologie- und Forschungscluster zu vertrauen, die vom Aufbau hochwertiger Arbeitsplätze profitieren sollen, ist nicht nur nicht ausreichend. Einer solchen Strategie würden viele Menschen in der Region – die seit 1990 schon viele folgenlose Versprechen gehört haben – zu Recht nicht vertrauen. Es bedarf deshalb des Aufbaus einer regionalen Entwicklungsgesellschaft, die auch Beschäftigte aus dem Zuliefererbereich aufnimmt, um sozialversicherungspflichtige, gut bezahlte Arbeitsplätze zu erhalten oder neu zu schaffen.

Dies soll nicht heißen, dass die vorhandenen Zulieferer nicht auch zusätzlich von geplanten «Förderprogrammen mit besonderem Fokus auf die Zulieferer der Braunkohlewirtschaft» (Kohlekommission 2019: 86) und den geplanten Neuansiedlungen profitieren können, wie zum Beispiel dem Aufbau einer Batteriefabrik mit den hochverdichteten Hightech-Akkus der Zukunft. Für diesen Bereich existieren bereits Zulieferstrukturen, die von der Firma Accumotive in Kamenz aufgebaut wurden, welche eine konventionelle Lithium-Ionen-Batteriefabrik betreibt.

5 BILDER VON DER ZUKUNFT – LEITBILDER DER AKTEURE

Trotz einiger Bemühungen zur Entwicklung von Leitbildern gab es bisher doch keine Verständigung auf ein einheitliches Bild von einer von der Braunkohle unabhängigen Lausitz. Oft wurden diese Prozesse dadurch gestört, dass sich die Diskussionen an der Frage der Kohlenutzung festbissen und im Laufe der Jahre sich die Kohlebefürworter*innen und die Kohlegegner*innen immer unversöhnlicher gegenüberstanden.

Mit der grundsätzlichen Entscheidung über den Kohleausstieg im Lausitzer Revier ergibt sich für die Region nun die Chance, ein Leitbild zu erarbeiten, an dem alle Lausitzer*innen mitarbeiten können. Ob dies tatsächlich die Intention des offiziellen Zukunftsdialogs der Lausitz ist, darf mit Recht kritisch hinterfragt werden. Diese neu gewonnene Freiheit sollte aber zu einer wirklichen, auf Dialogen zwischen Politik, Kommunen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft beruhenden, konstruktiven Auseinandersetzung um ein gemeinsames Leitbild der Lausitz genutzt werden.

Problematisch ist und bleibt dabei, dass für die Lausitz bislang – im Gegensatz zum Rheinland – keinerlei verpflichtende Abschaltpläne für einzelne Meiler vorliegen (siehe Abschnitt 4). Damit bleibt immer noch offen, wann welche Braunkohlekraftwerksblöcke nun schlussendlich abgeschaltet werden. Dies erhöht nicht nur die Unsicherheit für diejenigen, deren Arbeitsplätze konkret betroffen sind, und erschwert die Arbeit der Planungsregionen, sondern kann auch die Skizzierung von Leitbildern für die Gesamtregion und/oder die Teilregionen um die Kraftwerke beeinträchtigen. «Wir brauchen einen Fahrplan für den Kohleausstieg und ein umfassendes Strukturwandelpaket, damit in Jänschwalde und den anderen Kraftwerksstandorten endlich Klarheit herrscht. Nur so kann die Region vorankommen und Zukunftsperspektiven aufbauen» (Klima-Allianz Deutschland 2018).

Leider wird ein partizipativer Prozess nun auch von einer anderen Seite beeinträchtigt. Die Eile, mit der die Ministerpräsidenten von Sachsen und Brandenburg mit ihren Staatskanzleien und der Kanzlerin bei der Formulierung des «Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen» vorgehen und dabei bis dato die demokratisch gewählten Landesparlamente außen vor lassen, lässt demokratische Beteiligungsprozesse nicht zu. Ein Gesetz mit fertigen Teilkonzepten und -projekten kann den Leitbildprozess beschädigen. Denn hier wäre zu Recht die Frage nach der Legitimierung der eingereichten Projektvorschläge zu stellen und mangelnde demokratische Transparenz zu kritisieren.

Die drei wichtigsten, aktuell im Raum stehenden Leitbilder werden im Folgenden beschrieben: die Lausitz als Energieregion, die Lausitz als grüne Region der Seen und die Lausitz als moderne Innovations- und Dienstleistungsregion.

5.1 DIE LAUSITZ ALS ENERGIEREGION

Die Lausitz versteht sich als Energieregion, wie viele der Interviewten betonen, ohne dabei näher darauf einzugehen, was dies bedeutet. Dieser Begriff baut auf der langen Bergbautradition der Lausitz auf. 1789 wurde in Lauchhammer die erste Braunkohle gefunden. Aber erst seit zum Ende der 1850er Jahre Braunkohle hier brikettiert wurde, konnte sich die Lausitzer Braunkohle auf dem deutschen Brennstoffmarkt gegen die Steinkohle aus Schlesien und dem Ruhrrevier durchsetzen. Nach 1870 nahm die Braunkohlegewinnung strukturbestimmende Ausmaße an. So entstand 1911 bei Hirschfelde (Zittau) das erste deutsche Braunkohle-großkraftwerk (Heitmann u. a. 2010).

Viele Stakeholder denken beim Stichwort Energieregion daher mehr oder weniger automatisch an die Braunkohle, aber die Weiterentwicklung der betroffenen Reviere zu zukunftsfähigen Energieregionen, wie sie auch die Kohlekommission fordert (Kohlekommission 2019: 71), wird inzwischen ebenfalls unter dieses Stichwort gefasst. Viele Unternehmen nicht nur der konventionellen, sondern auch der erneuerbaren Energiewirtschaft sind in der Lausitz angesiedelt, was durch die gute Energieinfrastruktur (u. a. Stromnetze) begünstigt wird.

Die Verfügbarkeit von Tagebaufolgelandschaften bietet ein hohes Flächenpotenzial für den Ausbau erneuerbarer Energien. Auch besteht eine hohe Identifikation in der Region mit der Energiewirtschaft. Ziel sollte daher sein, die Entwicklung der Energieregion Lausitz zu einem Innovationszentrum für nachhaltige Energietechnik (erneuerbare Energien und Speicher) durch die Förderung bereits vorhandener Forschungseinrichtungen voranzutreiben sowie durch die Förderung der Vernetzung von Universitäten, Schulen und Unternehmen, die Ansiedlung neuer (außer-)universitärer Forschungseinrichtungen und die Förderung der Ansiedlung von einschlägigen Unternehmen.

In der Lausitz befinden sich drei der größten Solarparks Deutschlands: Der Solarpark Finsterwalde mit 82 MW, der Solarpark Lieberose mit 52 MW und der Solarpark Senftenberg mit 78 MW (LMBV o. J.). Letzterer war zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der größte zusammenhängende Solarkomplex der Welt mit 636.000 Modulen auf 1.000 Hektar und entstand auf den Kippenflächen des ehemaligen Braunkohletagebaus Meuro. Betrieben wird die Anlage von Phönix Solar AG aus Bayern, der Saferay GmbH und der GP Joule GmbH aus Berlin. Projektiert wurde die Anlage von unlimited energy GmbH ebenfalls aus Berlin. Alle Betreiberfirmen sind nicht in der Lausitz angesiedelt.

In der Region wurden auch zahlreiche Windenergieprojekte umgesetzt. Die Windkraftanlage Laasow der Firma Fuhrländer (2,5 MW Nennleistung) war mit einer Nabenhöhe von 160 Metern von 2006 bis 2012 die höchste Windkraftanlage der Welt. Sie wird betrieben

von der Firma EFI Wind GmbH aus Nordrhein-Westfalen. Die Windparks in Schipkau mit einer Gesamtnennleistung von 137 MW stehen auf der Fläche der ehemaligen Braunkohletagebaue Klettwitz und Klettwitz-Nord. Die Gemeinde Schipkau versteht sich als innovativer Energieort (Gemeinde Schipkau o. J.).

Die Lausitz bietet als Standort für Speicher einige Vorteile, unter anderem die hohe Verfügbarkeit von Flächen mit guter Netzanbindung. Viele Projektideen wurden bereits lokal ausgearbeitet. Das Förderprogramm «1.000 Speicher» sollte es zum Beispiel Privathaushalten noch im Jahr 2018 mit einer 50-prozentigen Anschaffungssumme und bis zu 7.000 Euro ermöglichen, kleinere Stromspeicher zu erwerben und zu installieren, um PV-Strom zu speichern (Investitionsbank des Landes Brandenburg o. J.). Die Nachfrage nach den Zuschüssen war so stark, sodass die Investitionsbank des Landes Brandenburg derzeit keine neuen Förderanträge mehr annimmt (Foerderdata 2018). Darüber hinaus gibt es Planungen für ein über 60-MW-Batteriespeicherprojekt sowie Überlegungen zu einem Rotationsspeicher in der Lausitz.¹⁸ Auch eine Batteriezellenproduktionsstätte könnte sich in der Lausitz ansiedeln. Im Zuge dessen setzt sich das Land dafür ein, dass ein Fraunhofer-Institut zur Forschung an Speichertechnologien durch den Bund in der Lausitz angesiedelt wird (Niederlausitz aktuell 2018a).

Der Vorstandsvorsitzende der LEAG, Helmar Rendez, kündigte an, gemeinsam mit Siemens ein Großspeicherprojekt unter dem Namen BigBattery Lausitz mit einer Leistung von 40 bis 50 MW an einem Kraftwerksstandort realisieren zu wollen. Gelingt das Projekt, könne sich das Unternehmen auch perspektivisch vorstellen, Großspeicher zu steuern und zu vermarkten und die Lausitz damit zu einem «innovativen Energie-Drehkreuz zu machen» (Wendler 2017).

Angekündigt wurde auch der Bau eines Speicherkraftwerks Jänschwalde (siehe Abschnitt 4.1). Kraftwerksblöcke im Braunkohlekraftwerk Jänschwalde sollen in ein Wärmespeicherkraftwerk umgewandelt werden. Allerdings bestehen erhebliche Zweifel, ob derartige Pläne tatsächlich am Standort Jänschwalde realisiert werden sollen, denn das DLR hat als Forschungszentrum des Bundes dafür einen Standort im Rheinland im Visier. Zudem ist fraglich, ob diese Technologie dann bereits auf Kraftwerksblöcke in der Größenordnung von 500 MW angewendet werden kann (Stäude 2019). Durch die Überführung in die Sicherheitsbereitschaft zweier Kraftwerksblöcke in den Jahren 2018 und 2019 würden im Jahr 2025 in Jänschwalde noch vier Blöcke am Netz sein. Eine Emissionsminderung um zehn Millionen Tonnen entspräche rechnerisch den jährlichen Emissionen von mehr als zwei Kraftwerksblöcken, die vollständig dekarbonisiert werden müssten.

Im Industriepark Schwarze Pumpe ist unter der Mitarbeit von Hochschullehrer*innen der BTU Cottbus-Senftenberg die Idee für ein wasserstoffbasiertes Speicherkraftwerk mit zehn MW entstanden. Die

Idee wurde im Februar 2018 in Brüssel bei der «Coal Regions in Transition Platform» vorgestellt.

Für ortsansässige Unternehmen wie BASF könne das Speicherkraftwerk Synergien bergen. Das Unternehmen Energiequelle aus Kallinchen bei Berlin bezugte Interesse an einer Projektpartnerschaft (Berkel 2018).

Kleinere Unternehmen der Batteriebranche haben sich bislang in der Lausitz noch nicht angesiedelt. Dabei gibt es in der Umgebung junge Unternehmen mit vorbildhaftem Charakter wie beispielsweise das Unternehmen Tesvolt aus Lutherstadt Wittenberg, gefördert durch Sachsen-Anhalt und die EU. Das Unternehmen produziert und vertreibt Batteriespeicher für Gewerbebetriebe weltweit. Es wurde mit mehreren Auszeichnungen wie dem Deutschen Gründerpreis und dem Smarter E Award für seine einzigartige Speichertechnologie ausgezeichnet.

Seit 2002 werden in Lauchhammer Rotorblätter für Vestas-Windenergieanlagen gefertigt. Der Standort ist einer von zwei Produktionsstandorten von Vestas in Deutschland. Hier werden von rund 540 Mitarbeiter*innen und 30 Auszubildenden sowohl Blätter für den Onshore- als auch für den Offshore-Einsatz gefertigt (WRL o. J. e).

Die Kommission setzt auf Power-to-Gas/Power-to-X-Technologien, die es ermöglichen, erneuerbaren Strom umzuwandeln, zu transportieren, zu speichern und für verschiedene Energieverbrauchssektoren nutzbar zu machen, und die somit einen Beitrag zur Flexibilisierung des Energiesystems leisten (Kohlekommission 2019: 69). Viele Firmen sind allerdings noch nicht in die großtechnische Entwicklung von Power-to-Gas-Anlagen gegangen, da sie erst die Ergebnisse der Kohlekommission abwarten wollten. Eines dieser Konsortien sind die drei ostdeutschen Netzbetreiber Mitnetz Strom, Ontras Gastransport und Enso Netz, die bereits vor anderthalb Jahren ankündigten, Sektorenkopplung von Gas, Strom, Verkehr und Wärme in einem konkreten Projekt erproben zu wollen (Energie und Management 2017). Diesbezügliche Projektvorschläge zum Beispiel von PtX im Rahmen integrierter Öko-Biotechnologie finden sich in der dem Bericht angehängten Einzelmaßnahmenliste, unter anderem seitens des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst (Kohlekommission 2019: 92).

Allerdings muss im Sinne des Auftrags der Kohlekommission unbedingt vermieden werden, dass Kohlestrom in Großbatterien fließt oder zur Wasserstoffelektrolyse (PtX) verwendet wird. Bevor die verschiedenen in der Region (aber auch bundesweit) vorgeschlagenen PtX-Projekte Realität werden, wäre zudem zu prüfen, ob überhaupt bzw. in welchem Umfang regelmäßig regenerativer Überschussstrom in dieser Phase der Energiewende zur Verfügung steht.

¹⁸ Rotationsspeicher und Kondensatoren könnten zusammen mit bestehenden krafttechnischen Anlagen und Leistungselektronik in ausgedienten thermischen Kraftwerken der Netzstabilisierung dienen.

Langzeitspeicher werden erst bei einem Ökostromanteil von über 70 Prozent, also frühestens gegen Ende der 2020er Jahre, zwingend notwendig für das Energiesystem. Aufwendig hergestellter Ökostrom sollte darum zunächst Braunkohleverstromung ablösen und nicht weit weniger CO₂-intensives Gas verdrängen oder für synthetische Kraftstoffe verwendet werden, die gegenüber Elektromobilität weitaus ineffizienter eingesetzt würden. Wird PtX – jenseits von Pilot- und Demonstrationsprojekten – zu schnell hochgefahren, so würde enormes CO₂-Einsparpotenzial verschenkt. Zudem würde damit indirekt der Einspeisevorrang für Ökostrom unterlaufen. Vergleichbares gilt für Power-to-Heat (PtH), also für das Verheizen von Strom über schon jetzt sinnvolle Wärmepumpen hinaus.

5.2 DIE LAUSITZ ALS GRÜNE REGION DER SEEN

In der Lausitz findet sich auf spannende Weise scheinbar Widersprüchliches: «nach der Kohle» neu nutzbare Flächen, wie der neu entstehende Cottbuser Ostsee, oder durch Natur gewachsene Strukturen, wie die Calauer Schweiz oder der sagenhafte und sagenreiche Spreewald. Kahn, Leinöl und die Spreewälder Gurke fungieren als Marken. Der Spreewald ist bereits seit über 130 Jahren eine Tourismusdestination mit vielen Angebotssegmenten wie Rad-, Wasser-, Wander- und (Industrie-)Kulturtourismus.

Neu hinzugekommen ist die Tourismusdestination Lausitzer Seenland, die größte zusammenhängende Seenlandschaft Europas mit insgesamt 23 größeren Seen, Überbleibseln des Braunkohletagebaus. Zukünftig werden zehn Seen im Kerngebiet durch schiffbare Kanäle miteinander zu einer Gesamtwasserfläche von 7.000 Hektar verbunden. Von den 13 geplanten Kanälen sind vier bereits fertiggestellt. Ein echtes Markenzeichen des Lausitzer Seenlandes, neben den schiffbaren Kanälen, ist die schwimmende Architektur mit den schwimmenden Häusern auf dem Geierswalder See und dem Partwitzer See – eine der Hinterlassenschaften der IBA Fürst-Pückler-Land 2000–2010 (Senftenberg o. J.).

Die Infrastruktur an Land und auf dem Wasser wird zum Großteil durch die beiden Zweckverbände im Lausitzer Seenland in Abstimmung mit den Landkreisen und den Verbandskommunen entwickelt. Für die basistouristische Entwicklung des sächsischen Teils des Lausitzer Seenlandes ist neben den Verbandskommunen der Zweckverband Lausitzer Seenland Sachsen zuständig, während der brandenburgische Teil durch den Zweckverband Lausitzer Seenland Brandenburg entwickelt wird. Die touristische Vermarktung der Gesamtregion erfolgt durch den länderübergreifenden Tourismusverband Lausitzer Seenland e. V. Dieser befindet sich seit Gründung des Tourismusverbandes 2012 in einem länderübergreifenden Destinationsbildungsprozess (Lausitzer Seenland 2017). Die Erfolge in der touristischen Weiterentwicklung in den vergangenen Jahren dürfen aber nicht darüber hinwegtäu-

schen, dass es noch ein langer Weg bis zur endgültigen Transformation von einer Tagebaulandschaft zu einer voll entwickelten Tourismusregion ist. Böschungsrutschungen im Senftenberger See haben nicht nur einen erheblichen Imageschaden für das Lausitzer Seenland bewirkt, sondern auch zu einer Verzögerung des Entwicklungs- und Ansiedlungsprozesses an den neuen Gewässern und Nutzungseinschränkungen an bereits touristisch entwickelten Seen geführt.

Mit dem Biosphärenreservat Spreewald, dem Muskauer Faltenbogen und vielen anderen besonderen ökologischen Rückzugsgebieten verfügt die Lausitz über besondere Naturräume, in denen Wölfe und Seeadler, wilde Orchideen und Moorveilchen sich ausbreiten und vermehren können. Dieser Rückzugsraum wird auch von der Partei DIE LINKE in Sachsen propagiert, als eine Facette der Lausitz, die es neben anderen Bereichen zu bewahren gilt. «Weite lärmfreie Bereiche, nächtliche (totale) Dunkelzonen [...] und bewusst empfangsfrei gehaltene Bereiche» bieten ein touristisches Potenzial der Naherholung für gestresste Städter*innen (Kagelmann u. a. 2018: 18).¹⁹

Die Lausitz ist besonders geprägt durch die Kultur der dort beheimateten Sorb*innen/Wend*innen. Ihre Traditionen, wie zum Beispiel die Görlitzer Osterreiter und Lausitzer Adventsbräuche, sind beliebte Attraktionen.

In ihrer Zukunftsstrategie Spreewald 2030 sehen die Touristiker*innen die Entwicklung wertschöpfender Produkte als Schlüsselaufgaben an. Dazu gehört die noch stärkere Entwicklung des Kulturtourismus mit Kultur- und Handwerksförderung (Spreewald o. J.). Tourist*innen reisen in den Spreewald, um Entspannung und Erholung zu finden. Die Stadt Cottbus bietet ihnen Events, Sportveranstaltungen und Stadtkultur. Zum Beispiel gibt es in Cottbus Großveranstaltungen wie das internationale Springer-Meeting in der Leichtathletik, das Turnier der Meister im Geräteturnen oder den Großen Preis von Deutschland im Bahnradsport. Das Festival des osteuropäischen Films findet 2019 zum 19. Mal statt. Neue Wassersportmöglichkeiten jenseits des Spreewaldkahnfahrens und des Paddelns auf den Fließeln wird auch der Cottbusser Ostsee bieten, der in Kürze geflutet werden soll. Dafür plant die Stadt Cottbus allein für Vorplanung und Vorlauf circa 120 Millionen Euro ein (Kompalla 2019). Darin sind die Kosten für den Bau von Hafenanlagen etwa des Stadthafens oder des Sporthafens Teichland noch gar nicht enthalten. Diese sind als Einzelmaßnahmen Bestandteil der Anlagen des Endberichtes der Kohlekommis-

¹⁹ Das Thesenpapier der sächsischen Fraktion würde missverstanden, wenn es hier lediglich um Tourismusförderung und einen Erhalt von Dunkelzonen und lärmfreien Bereichen ginge. Es geht im Kern darum, Wirtschaft/Gewerbe, eine ökologisch ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft sowie Tourismus als prägende Wirtschaftsbereiche zu erhalten und zu fördern. Sie sind durch Wirtschaftsfördermaßnahmen zu ergänzen, die nicht nur auf Großindustrie setzen, sondern auch die Ansiedlungsbemühungen von KMU und Gründerförderung insbesondere aus Erneuerbaren-Energien-Bereichen verstärkt. Es geht auch darum, Menschen in der Lausitz anzusiedeln, die sich hier kreativ ausleben können, sei es als (bildende) Künstler*innen, Gewerbetreibende, Handwerker*innen, Gastronom*innen etc. (siehe Abschnitt 2.4.5).

sion (Kohlekommission 2019: 177). Der Lausitzbeauftragte Freytag erklärte dazu im März 2019: «Es wird eine Art Sprint-Programm geben, über das in den nächsten zwei Jahren schätzungsweise anderthalb bis zwei Millionen Euro in die Umfeldentwicklung des Ostsees fließen werden.» Auch eine Förderung für die nächsten fünf bis zehn Jahre sei möglich. «Das Geld liegt zwar schon auf dem Konto. Allerdings kennen wir den PIN-Code noch nicht» (zit. in Kompalla 2019).

5.3 VISION DER KOHLEKOMMISSION: INNOVATIVE INDUSTRIE- UND DIENSTLEISTUNGSREGION

Die Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» beschreibt in ihrem Bericht eine gegenüber der «Energierregion» – wie oben dargestellt – deutlich erweiterte Vision. Hier werden nicht nur Vorschläge zur Stromproduktion, sondern insbesondere auch zur Entwicklung der Forschungs- und Bildungslandschaft sowie zur Verkehrstechnologie diskutiert. Dazu kommen Maßnahmenvorschläge und Arbeitsplatzansiedlungsoptionen aus anderen Bereichen, insbesondere der Verwaltung. Insgesamt ergibt sich eine Vision von einer freundlichen, weltoffenen, modernen, innovativen Industrie- und Dienstleistungsregion.

5.3.1 Forschung, Bildung und Innovation

Viele der im Kommissionsbericht formulierten Vorschläge beziehen sich auf die Forschungsförderung. An der Hochschule Zittau/Görlitz soll ein Institut für Energie- und Transformationsforschung (SIET) geschaffen werden, welches die wissenschaftliche Begleitung des Strukturwandels absichern soll (Kohlekommission 2019: 96). Im Landkreis Dahme-Spreewald wurde bereits im Jahr 2018 das Fraunhofer-Institut für Angewandte Polymerforschung im Zukunftsfeld Leichtbau angesiedelt (Schlütter 2016). Die Bundesregierung hat 500 Millionen Euro für den Aufbau von zwei Forschungseinrichtungen vorgesehen: das Fraunhofer-Institut für Energieinfrastruktur und Geothermie sowie ein Institut des DLR mit Schwerpunkt CO₂-armer Industrieprozesse und «regelbarer Energiebereitstellung». Beide sollen einen Standort an der BTU Cottbus-Senftenberg und einen an der Hochschule Zittau/Görlitz haben (Niederlausitz aktuell 2018b).

Der Kommissionsbericht beschreibt weiterhin drei forschungsbezogene Modellregionskonzepte, das Lausitzcluster Mobilität als Modellregion für klimafreundliche, moderne Mobilität, das Lausitzcluster Bioökonomie und Ressourceneffizienz und den Lausitz Campus künstliche Intelligenz (Kohlekommission 2019: 75 f.). Die oben beschriebenen F&E-Institutionen sollen zu Treibern dieser Modellregionen werden.

5.3.2 (Bundes-)Behörden

Arbeitsplätze in der Verwaltung sollen in Form einer Selbstverpflichtung von Bund und Ländern auch in neu anzusiedelnden (Bundes-)Behörden geschaf-

fen werden. Die Kommission empfiehlt klare Zielgrößen für die Zahl der anzusiedelnden Arbeitsplätze und nennt als Zielgröße eine Zahl von 5.000 neuen Arbeitsplätzen über alle Reviere bis 2028 (Kohlekommission 2019: 97). Dies ist kein neuer Vorschlag. Bereits seit mindestens 2002 wird die Ansiedlung einer Bundesbehörde in Cottbus als Maßnahme der aktiven Wirtschaftsförderung diskutiert (dpa 2002), zuletzt im November 2017 in einem Positionspapier von fünf betroffenen Landräten und dem Oberbürgermeister von Cottbus (Kreis Görlitz 2017). Bis jetzt findet sich jedoch – abgesehen von den lokalen Repräsentanten der Bundesverwaltung, die sich in den meisten Kreisstädten oder Oberzentren finden – nur die zentrale Einzugs- und Meldestelle für Minijobs der Knappschaft in Cottbus (Schulze 2018). Diese bietet aktuell 800 Arbeitsplätze. Neu eingerichtet werden soll eine Außenstelle der Regionalstelle der Bundesautobahngesellschaft (Göldner 2018).

Als erste Bundesbehörde hat die Zukunft-Umwelt-Gesellschaft gGmbH (ZUG) im Auftrag des Bundesumweltministeriums mit dem Aufbau des Kompetenzzentrums Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI) begonnen. Die Auftaktsitzung für das Kompetenzzentrum fand am 7. März 2019 in Cottbus statt. Das KEI wird im Laufe des Jahres 2019 den Betrieb aufnehmen und unter fachlicher Einbindung des Umweltbundesamtes (UBA) für die Umsetzung des geplanten BMU-Förderprogramms zur Dekarbonisierung in der Industrie verantwortlich sein. Das Förderprogramm wird Projekte von Forschung und Entwicklung bis zur breiten Markteinführung innovativer Klimaschutztechnologien unterstützen (ZUG 2019).

Neben Neugründungen wie dem KEI könnten noch weitere Bundesämter und -anstalten entweder in ihrer Gänze oder in Teilen in die Lausitz verlagert werden. Diesbezüglich bieten sich vor allem diejenigen an, die aufgrund von stetigem Wachstum oder besonders großer Bürgernähe nach einem Standort in Ostdeutschland suchen, also zum Beispiel solche mit Aufgaben in der Verwaltung von öffentlichen Förder- oder Forschungsprogrammen oder aus der Verwaltung der Arbeits- und Sozialsysteme. Vergleichbare Landesbehörden sollten ebenfalls in Betracht gezogen werden. Gleichzeitig können Bundesbehörden und -ämter mit einbezogen werden, die die technischen oder naturwissenschaftlichen Qualifikationen, die an den lokalen Hochschulen angeboten werden, in ihrem Personalbestand benötigen. Hierfür kommen zum Beispiel umweltbezogene oder bergbaubezogene Ämter infrage.

Die Ansiedlung von Bundesbehörden sollte mit anderen Maßnahmen flankiert werden. Dazu gehört primär die Verbesserung der Schienen- und Fernverkehrsverbindungen sowie sekundär die Bereitstellung bzw. Ausweisung entsprechender Bau- und Wohnflächen, schulischer und anderer Infrastruktur etc.

Je nach Auswahl der Behörde sollte überprüft werden, ob die notwendigen (Verwaltungs-)Fachkräfte be-

reits in der Region vorhanden sind und entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten existieren. Falls dies für einen Großteil der Planstellen nicht der Fall sein sollte, sollten sie geschaffen werden. Für «Umsiedler*innen» sollten die attraktiven Aspekte der niedrigen Lebenshaltungskosten, Bau- und Wohnflächen, schulischer und anderer Infrastruktur hervorgehoben werden.

5.4 WAS FEHLT?

Wie eingangs diskutiert, ist die Ausgangslage der Lausitz durch eine überproportionale Abhängigkeit von einem einzelnen großen Wirtschaftsakteur und ihr industrielles Selbstverständnis auf der einen Seite, aber auch durch ihre Ländlichkeit, periphere Lage und eine nicht ausreichend ausgebaute (digitale) Infrastruktur auf der anderen Seite geprägt. Landschaftlich reizvolle Elemente und eine funktionierende Land- und Forstwirtschaft stehen in einem starken Kontrast zum massiven Eingriff der Braunkohle in Landschaft, Konnektivität von Ökosystemen sowie Siedlungsstrukturen und Wasserhaushalt. Eine weitere Facette der Lausitz sind die Rekultivierungsflächen. Von den circa 900 Quadratkilometern ursprünglicher Kulturlandschaft wurden bislang 550 Quadratkilometer saniert (Forbio 2018: 3).

Die LEAG ist der größte private Arbeitgeber in der Lausitz. Die Braunkohle ist auch ein Teil der Lausitzer Identität, von dem nun Abschied genommen werden muss. Diese Herausforderung wird in der Diskussion oft darauf reduziert, dass es um die Arbeitsplätze geht. Wie die nachfolgende Diskussion zeigt, ist die quantitative Dimension an Beschäftigungsverlusten durchaus bewältigbar, wenn sie auch nicht kleingeredet werden darf. Eine große aber ebenfalls bewältigbare Herausforderung besteht darin, diese Arbeitsplätze durch ähnlich gut bezahlte Arbeitsplätze zu ersetzen. Dies muss durch die Förderbedingungen und andere rechtliche Konstrukte soweit möglich sichergestellt werden. Die Vehemenz, mit der die Diskussion um die Arbeitsplätze geführt wird, zeigt jedoch, dass es in Wirklichkeit um die Frage von Identitäten, Selbstverständnis und der Wertschätzung für Menschen geht. Lausitzer Braunkohlebriketts trugen den stolzen Aufdruck «Flamme des Sozialismus» und wärmten ein ganzes Land. Nach der Wende wurden schon einmal 80 Prozent derer, die so die Energieversorgung im Land am Laufen gehalten hatten, in die Arbeitslosigkeit entlassen – ihre Arbeit wurde entwertet, sie wurden nicht mehr gebraucht. Nun droht dies aus ihrer Sicht ihren Kindern – soweit diese die Region nicht bereits verlassen haben. Der Kern der Auseinandersetzung ist hier nicht die Frage eines Brennstoffes, sondern eine Frage der Würde.

Mit einigen der im Raum stehenden Ideen kann die Lausitz auch überfordert sein. Das innovative Potenzial der Lausitz kann vielleicht eher in funktionaler Arbeitsteilung mit anderen Regionen entwickelt werden als

von den Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen der Region allein (Markwardt/Zudel 2017). Unter dieser Voraussetzung sind überregionale Kooperation und Spezialisierung geboten, aber es muss auch an Querverbindungen zu Ballungsräumen und industriellen oder universitären Zentren jenseits der Lausitz gedacht werden, die es zu stärken und neu zu entwickeln gilt. Die (Wieder-)Entdeckung, dass sich die Lausitz eigentlich in einer zentralen Lage in Mitteleuropa und an einer höchst relevanten Schnittstelle zu Polen und Tschechien befindet, zwei Ländern, in denen zukünftige Märkte entstehen, sollte dabei helfen.

In vielen Bereichen, wie zum Beispiel der Automatisierungstechnik, gibt es in der Lausitz vorhandenes, hochspezifisches, räumlich gebundenes Wissen. Es ist wichtig, dieses spezifische, an die Beschäftigten in der Lausitz gebundene Wissen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Um ein wissensintensives Cluster wie den Bereich Industrieautomatisierung herauszubilden, müssen qualifizierte Arbeitskräfte in der Lausitz gehalten und neue dazugewonnen werden, darunter sowohl Facharbeiter*innen als auch Ingenieur*innen und hoch qualifiziertes wissenschaftliches Personal.

Den formulierten Visionen ist gemein, dass sie jeweils eine klare Perspektive für wirtschaftlichen Wohlstand formulieren. Diese Perspektiven sind nicht gleich oder gleichwertig und werden auch nicht von denselben Entwicklungsvisionen getragen. Sie sind unterschiedlich plausibel und realistisch bzw. haben Realisierungspotenziale auf klar unterschiedlichen Zeithorizonten. Ihnen ist aber auch gemeinsam, dass wichtige Aspekte und aktuelle Standortfaktoren in den Betrachtungen ausgeklammert bzw. nur wenig betont werden. Dazu gehören:

- wichtige sektorale Kompetenzen der aktuellen Wirtschaftsakteure, insbesondere in den Bereichen Automation, große Maschinen, Rekultivierung, Ingenieursgeologie und Wasserhaushaltsmanagement;
- Tourismus als Wirtschaftsfaktor, Vermarktung der spezifischen Identität als anthropogene Landschaft der Industriekultur, Events als Ausdruck der Lebensfreude und Attraktivität;
- Maßnahmen, die die soziale Kohäsion fördern und die Beschäftigung mit dem spezifischen kulturellen und soziopolitischen Hintergrund der Region.

Weiterhin werden diese Visionen leider noch nicht von einem Selbstverständnis geprägt, das beinhaltet und sich darauf bezieht, dass die Lausitz sich geografisch an einer Schlüssellage zwischen West- und Osteuropa befindet. Die ausschließliche Orientierung auf Berlin und Dresden und im Weiteren auf Westdeutschland verstellt den Blick auf wichtige wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklungsperspektiven, die eine Einbindung dieses massiven Standortvorteils im Herzen Europas in die Vision und eine strategische Nutzung der damit verbundenen Chancen ermöglichen würde.

6 ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN

Die vorstehenden Visionen für die Entwicklung der Lausitz stehen nicht unbedingt in einem ausgeprägten Widerspruch zueinander. Die Schnittmengen und Überlappungen sind groß und ihre Beschreibung dient dazu, «no-regret»-Maßnahmen zu identifizieren, also Maßnahmen, die höchstwahrscheinlich bei jedem Entwicklungspfad sinnvoll sein werden. Diese werden im Folgenden diskutiert. Dass es eine Schnittmenge gibt, sollte die Akteure aber nicht davon ablenken, sondern im Gegenteil dazu ermutigen, sich weiterhin auf ein gemeinsames Entwicklungsleitbild zu verständigen.

Alle Leitbilder beinhalten zumindest die (weitere) Steigerung der Attraktivität der Lausitz als Lebensraum. Um die Region attraktiv für qualifizierte Arbeitskräfte und Unternehmer*innen zu halten, ist es nicht nur wichtig, dass eine Vielzahl weicher Standortfaktoren erfüllt sind: gute Verkehrsanbindungen (speziell Bahn und ÖPNV), kulturelle und Freizeitangebote, Bildungseinrichtungen mit hoher Qualität (auch Schulen), attraktive Versorgungsinfrastruktur für Familien (z. B. Kitas), nahe gelegene Einkaufsmöglichkeiten etc. Allerdings führt die massive Schrumpfung der letzten Jahrzehnte und die insgesamt geringe Besiedlungsdichte zu großen Schwierigkeiten, notwendige Infrastrukturen flächendeckend bereitzustellen. Die konkreten Maßnahmen werden im Abschnitt 6.2 «Infrastruktur» diskutiert.

Abseits der geplanten Infrastruktur- und Wirtschaftsförderungsprojekte sind aber insbesondere Maßnahmen wichtig, die die soziale Infrastruktur, die Zivilgesellschaft und die gesellschaftliche Kohäsion betreffen. Diese sind zum einen notwendig, um neue Fachkräfte (auch aus dem Ausland) anzulocken. Zum anderen muss die Region ihren aktuellen Bewohner*innen wieder eine positivere Stimmung vermitteln und ihnen Anlass für Freude an ihrer Heimat geben.

In diesem Zusammenhang stellen Umtriebe der radikalen Rechten – auch das haben viele Dialoge im Rahmen dieser Studiererstellung gezeigt – ein enormes Hemmnis für junge Menschen dar, in der Region zu bleiben, etwa für Studierende in Cottbus (Köhdtitz 2019).

In der Lausitz muss man sich zu Hause und willkommen fühlen. Dafür braucht es die Zivilgesellschaft: sie sollte sich nicht nur lautstark zu einer pluralistischen und weltoffenen Lausitz bekennen, sondern sollte auch die Mittel und Möglichkeiten bekommen, diese zu gestalten. Konkrete Vorschläge werden in Abschnitt 6.3 «Zivilgesellschaft» diskutiert.

Auch die Wirtschaftsförderung sollte sich von diesem Leitbild tragen lassen. Projekte zur Veränderung von Lebensformen im ländlichen Raum, wie zum Beispiel jene, die neue Selbstversorgungsstrukturen und regionale Nahrungsmittelproduktion fördern, können auch dazu dienen, die vorhandene Lebensqualität zu erhöhen. Die industrieorientierte und kommunale Wirtschaftsförderung kann sich am Leitbild der regionalen Wertschöpfungsketten orientieren und sich auf die kul-

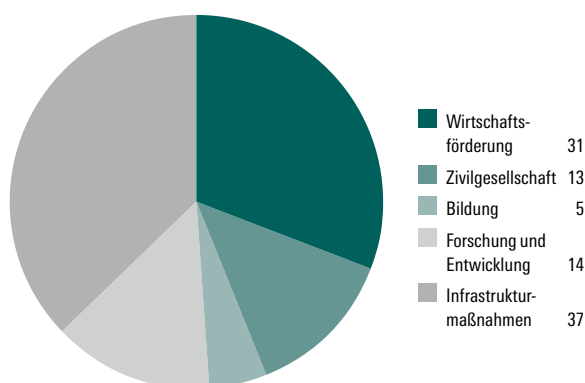
turellen und geografischen Standortfaktoren außerhalb der Braunkohle konzentrieren (wie das bereits im Rheinischen Revier seit Langem gemacht wird).²⁰

Bei der Inwertsetzung des immateriellen Kulturerbes von Sorb*innen/Wend*innen geht es darum, ihre Identität weiter zu stärken und dort – wo angebracht und mit Augenmaß – touristisch zu vermarkten. Dies kann beispielsweise durch die Unterstützung aus der Handwerkerschaft in einem Zukunftscluster Lausitzer Handwerk oder Lausitzer Holz geschehen. Die Umgebendehäuser sind in der Oberlausitz nicht nur landschaftsprägend, sie vereinen auch typische Elemente, die deutsche und slawische Siedler*innen mitgebracht haben, wie etwa die Blockstube (Wohnbereich) und das spezielle hölzerne Stützsysteem von Obergeschoss und Dach von den Slaw*innen, das mit der Fachwerksbauweise der Franken kombiniert wurde (Oberlausitz o. J.).

6.1 WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG UND ARBEITSPLATZSICHERUNG

Die Vorschläge der Kohlekommission bzw. der Länder zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die im Bericht der Kohlekommission dargestellt werden, werden aktuell von der Bundesregierung auf Förderfähigkeit geprüft. Dazu gehören auch die Listen mit Projektvorschlägen, die als Anhänge der Länder in den Bericht der Kohlekommission aufgenommen wurden. Wie Abbildung 18 zeigt, sind die meisten dieser Vorschläge aus dem Bereich der Infrastruktur, und dies sowohl im Zwischenbericht als auch im Endbericht der Kommission. Den ersten knapp 100 Projekten in einem Umfang von 260 Millionen Euro wurde Anfang April 2019 die grundsätzliche Förderbarkeit attestiert (WirtschaftsWoche 2019).

Abbildung 18: Thematische Zusammensetzung der im Anhang des Kommissionsberichtes befindlichen Einzelmaßnahmen (in %)



Quelle: Arepo Consult 2019: 2

²⁰ Eine Analyse von Arepo Consult ergab, dass die IHK-Bezirke Mittlerer Niederrhein, Aachen und Köln, die das Rheinische Revier umschließen, die Braunkohle als Standortfaktor nicht bzw. fast nicht in ihren Publikationen erwähnen (Arepo Consult 2017: 19).

Die vorgeschlagenen Projekte werden jenseits einiger Infrastrukturmaßnahmen eher langfristig wirken. Sie scheinen von der Idee geprägt, Arbeitsplätze vor allem von technologischen Innovatoren und Forschungsinstitutionen schaffen zu lassen. Dies ist in mehrerlei Hinsicht eine riskante Strategie:

- Generell sind diese Arbeitsplätze zwar gut bezahlt, aber es werden sehr hoch qualifizierte und spezialisierte Wissensarbeiter*innen benötigt, die sich aktuell nicht in der Lausitz finden.
- Es ist zu erwarten, dass die Mehrzahl dieser Arbeitsplätze direkt in Cottbus oder im Speckgürtel von Berlin (z. B. Wildau) geschaffen werden.
- Viele der Wissensarbeiter*innen werden aus Dresden und Berlin in die Region einpendeln, statt ihren Hauptwohnsitz dorthin zu verlegen.
- Beide Aspekte führen dazu, dass dem demografischen Wandel und den Schwächen in der finanzwirtschaftlichen (Steuer-)Struktur der Lausitzer Gemeinden nur unzureichend Einhalt geboten wird.
- Universitäre Arbeitsplätze sind von hoher Prekarität (z. B. Fünfjahresregel, die eine dauerhafte Beschäftigung in einem Bundesland meist eher verhindert).
- Bei Wegfall der Förderung fallen Forschungsarbeitsplätze grundsätzlich auch weg.
- Innovation und Start-ups sind von hohem technologischem Risiko belastet.
- Clusterstrategien wie die, die angedacht werden, können zumeist nur funktionieren, wenn Ankerunternehmen vor Ort sind. Damit ist der Anschluss in der Lausitz als schwierig zu beurteilen. Die Erfahrungen vergleichbarer Standorte im Westen (z. B. Birkenfeld, Lüneburg, Bayreuth) zeugen nicht davon, dass zwangsläufig mit der Förderung von Universitäten und Forschungsunternehmen Arbeitsplätze in der Wirtschaft entstehen.

Die Sammlung von Vorschlägen im Kommissionsbericht macht auf den ersten Blick nicht den Eindruck, dass sie Ergebnisse einer kohärenten Strategie zur Regionalentwicklung sind. Die Recherche der Autor*innen in dieser Hinsicht war ebenfalls nicht erfolgreich. Der Brandenburger Lausitzbeauftragte bestätigte diesen Eindruck im Großen und Ganzen (Interview Freytag 2019a). Auch diese Beobachtung deutet daraufhin, wie wichtig es wäre (auch für das Regionalmarketing) ein kohärentes Leitbild zu entwickeln.

Aus Sicht der Forschergruppe ignorieren die Vorschläge, die im Bericht der Kohlekommission aufgezählt werden, wichtige Kernkompetenzen, die unter anderem auch Exportpotenzial aufweisen. Diese sollten unbedingt in der wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie mitberücksichtigt werden, weshalb sie im Folgenden diskutiert werden.

6.1.1 Leitbildentwicklung und strukturiertes Standortmarketing

Gutes Standortmarketing ist wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen Wirtschaftsförderung. Das Standortmarketing entwickelt das Bild einer Region,

kommuniziert Alleinstellungsmerkmale und erhöht den Bekanntheitsgrad. Jenseits der Entwicklung von Konzepten der bestehenden Tourismusdestinationen sollte das zu entwickelnde Leitbild für Ober- und Niederlausitz gleichermaßen identitätsstiftend sein.

Zu empfehlen ist ein Regionalmarketing, dass die Via Regia wieder aufleben lässt. Die Via Regia war ein mittelalterlicher Handelsweg, welcher früher die Menschen von Moskau bzw. Kiew nach Santiago de Compostela führte. Er führt über Breslau, Görlitz, Leipzig und war die bedeutendste Ost-West-Verbindung in Osteuropa des mittelalterlichen westslawischen Siedlungsgebietes. Die Straße hatte große wirtschaftliche Bedeutung für den überregionalen Handel und Warenaustausch. Aus dem Westen kamen die Tuche Flanderns, aus dem Osten Holz, Felle, Wachs und Honig und die Mitte steuerte den Färberwaid des Thüringer Beckens sowie die Bergbauprodukte Obersachsens bei. Die Via Regia stellte auch die direkte Verbindung zwischen den beiden großen deutschen Messestädten Frankfurt am Main und Leipzig her.

Neben gezieltem Standortmarketing sind weitere, investive Maßnahmen in die «weichen» Standortfaktoren nötig, um die Attraktivität der Region zu steigern und damit zur Abfederung des demografischen Wandels durch die Ansiedlung neuer, gut ausgebildeter Fachkräfte beizutragen. Nur wenn dieser Aspekt genügend berücksichtigt wird, wird es der Lausitz gelingen, im Wettbewerb um die besten Köpfe zu bestehen.

6.1.2 Automatisierung

Der deutsche Braunkohlebergbau nimmt im internationalen Vergleich eine Technologieführerschaft ein und verfügt über einen hohen Mechanisierungs- bzw. Automatisierungsgrad der Abbaubetriebe und Energieerzeuger, der das Ergebnis einer intensiven Forschungs- und Entwicklungstätigkeit ist (Interview Freytag 2019a). Eine Analyse für die Brandenburger Lausitz zeigt, dass die ansässigen Bergbauzulieferer die gesamte Breite der Tagebautechnik in Braunkohle sowie die Bereiche der Aufbereitungstechnik und der Energieerzeugung abdecken (Loos u. a. 2017). Die Unternehmen bieten Systemlösungen für Bergwerksanlagen von der Exploration über Gewinnung und Aufbereitung bis hin zur Tagebauschließung, Sanierung und Rekultivierung an.

Darüber hinaus werden in der Lausitz außerhalb der Bergbau- und Kraftwerkstechnik Automatisierungskomponenten hergestellt. So entwickelt und produziert die Trumpf Sachsen GmbH am Standort Neukirch Automatisierungskomponenten für Laserschneid-, Stanz- und Kombimaschinen. Diese Systeme sind ein wichtiger Baustein für die Fabrikautomatisierung und damit für die Fertigungssysteme der Zukunft, die einen Hauptbestandteil der Industrie 4.0 darstellen. Mit rund 450 Mitarbeiter*innen zählt das Unternehmen zu einem der größeren Arbeitgeber in der Lausitz.

Bestehende Einrichtungen der Wissenschaft im Themenfeld Automatisierung in der Lausitz sind

- der Lehrstuhl für Automatisierungstechnik an der BTU Cottbus-Senftenberg;
- das Institut für Prozeßtechnik, Prozeßautomatisierung und Meßtechnik (IPM) an der Hochschule Zittau/Görlitz;
- die beiden von der BTU Cottbus-Senftenberg betriebenen Zentren Innovationszentrum Moderne Industrie Brandenburg (IMI) und das Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Cottbus

Die beiden Zentren an der BTU Cottbus-Senftenberg unterstützen Unternehmen bei der Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus der zunehmenden Automatisierung und Digitalisierung der Unternehmensprozesse ergeben. Es werden eine Modellfabrik, Workshops und Veranstaltungen angeboten sowie Handlungsstrategien und Qualifizierungskonzepte für Unternehmen entwickelt.

Insgesamt ist das Forschungsfeld Automatisierung ein sehr dicht besetztes, das in vielfältiger Art und Weise bereits von einer Vielzahl an Forschungseinrichtungen mit regionalem, nationalem oder internationalem Bezug bearbeitet wird (Berger/Schnellenbach 2017). Der Wissenschaftsrat (2016) hält es für notwendig, einen Prozess der weiteren Präzisierung der Forschungsaktivitäten und Spezialisierung anzustoßen. Daher sind folgende Maßnahmen anzustreben:

- Verbesserung der Mittelausstattung der Hochschulen der Lausitz;
- Stärkung der Vernetzung zwischen Hochschulen und Unternehmen;
- Einrichtung eines Technologieparks;
- Ansiedlung einer Fraunhofer-Forschungseinrichtung.

6.1.3 Weitergehende Vorschläge im Bereich Ingenieursgeologie, Bergbausanierung und -nachnutzung, Rekultivierung

Die Bergbaufolgelandschaft in der Lausitz ist bereits ein Wirtschaftsfaktor. Sie wird sich künftig mehr und mehr zum charakteristischen Aushängeschild und attraktivem Standortfaktor entwickeln. Der Prozess der bergbaulichen Wiederherstellung ist ein einzigartiges Reallabor, in dem das Zusammenwirken vieler Geschäftsfelder nicht vollständig am Reißbrett vorab entworfen werden kann, sondern Menschen in der Arbeitswelt tagtäglich problemorientierte Lösungen entwickeln müssen. Diese Problemlösungskompetenz muss für den gesamten Strukturwandel genutzt werden.

Die damit befassten Unternehmen, insbesondere die LEAG und die LMBV, haben kreative und innovative Lösungen für die Bewältigung der Bergbaufolgen, Rekultivierung, Standortentwicklung und Flächenvermarktung entwickelt, die national und international führend sind. Sie bilden damit einen Kompetenzkern, dessen Wissen vermarktungsfähig ist. Die Unternehmen sollten nicht zur Abwicklung gezwungen, son-

dern in Wirtschaftsunternehmen mit lang anhaltender Zukunfts- und gegebenenfalls auch Exportorientierung verwandelt werden.

Dazu sollte die entsprechende Forschungs- und Weiterbildungsinfrastruktur zur Unterstützung geschaffen werden bzw. die entsprechenden Kompetenzen der Region näher an diese Unternehmen herangebracht werden.

Um nachhaltig Arbeitsplätze und regionale Kompetenz zu erhalten und auszubauen, sollten die Wirtschaftsfaktoren Bergbausanierung und Flächenwiedernutzbarmachung in ihrem wirtschaftlichen Potenzial weiterentwickelt und national wie international vermarktet werden. Eine verstärkte internationale Ausrichtung der existierenden Unternehmen in der Branche könnte intensiviert werden durch ein Netzwerk Bergbausanierung, Rekultivierung, Umwelttechnik, in welchem neben bestehenden Unternehmen, unter anderem die oben genannten Forschungsinstitute, IHK und Handwerkskammern, kommunale Institutionen sowie Landes- und Bundesbehörden vernetzt sind.

6.1.3.1 Rekultivierung

Zum Thema Rekultivierung erarbeitet das Forschungsinstitut für Bergbaufolgelandschaften e. V. (FIB) in Finsterwalde naturwissenschaftliche Grundlagen und Lösungen für eine Revitalisierung der durch Rohstoffabbau geprägten Landschaften, insbesondere im Lausitzer Braunkohlerevier.

Viele Länder dieser Erde haben Tagebaue oder erschließen gar noch neue Reviere. Sie alle fragen nicht nur Bergbautechnik nach, sondern sind insbesondere auch an Erkenntnissen aus der Bergbausanierung, -nachnutzung und Rekultivierung interessiert. Allein ein Land wie Burundi gibt derzeit 50 Millionen US-Dollar für ein Projekt in der Bodenaufbereitung und -rekultivierung aus (GTAI o. J. a).

Auch inländische Industrien haben bereits erstes Interesse an rekultivierten Böden angezeigt. So hat beispielsweise die Babynahrungsindustrie schon Interesse an der landwirtschaftlichen Nutzung der Böden und dem Aufbau von neuen Wertschöpfungsketten gezeigt, denn hier können landwirtschaftliche Produkte erzeugt werden, die eine geringe Belastung mit Umweltgiften aufweisen.

6.1.3.2 Gewässersanierung und Umwelttechnologien

Sanierungsziele für Bergbaufolgelandschaften sind unter anderem ein mengenmäßig ausgeglichener Landschaftswasserhaushalt sowie die gute Wasserqualität. Gerade in den Braunkohlerevieren mit ihren oft stark sauren Abraumkippen spielt die Einhaltung verbindlicher Gütekriterien eine Schlüsselrolle. So lassen sich beispielsweise schon im Grundwasserleiter vorhandene Bakterien aktivieren, um das transportierte Eisensulfat auszufällen und die Oberflächengewässer zu schützen.

Um das Wassermanagement für die Spree bei Drosselung und Ausstieg aus der Braunkohleförderung abzusichern, arbeitet das FIB in Fragen der Boden- und Gewässersanierung bereits aktuell eng mit dem Dresdner Grundwasserforschungszentrum e. V. (DGFZ) und dem Institut für Wasser und Boden (IWB) Dresden zusammen. Im Industriepark Schwarze Pumpe befindet sich das erste Kompetenzzentrum für Industriewasserwirtschaft vor Ort.

Was den Instituten fehlt, ist die Vernetzung und internationale Aufstellung, auch um eine internationale Nachfrage bedienen zu können. Diese entsteht schon innerhalb der EU daraus, dass viele Mitgliedsstaaten noch großen Nachholbedarf im Rahmen von Umwelttechnologien haben, zum Beispiel in den Bereichen Wasser- und Abwasserbehandlung sowie Klärtechnik, wie die im März 2017 veröffentlichten Umwelt-Länderberichte der EU-Kommission beschreiben. Auch über die EU hinaus dürfte es entsprechende Bedarfe geben. Hieraus lassen sich zahlreiche Geschäftsmöglichkeiten für die Klärspezialisten aus der Lausitz ableiten (GTAL o. J. b).

6.1.3.3 (Auf-)Schwimmende Bauten

Im Rahmen der IBA 2010 wurden einige innovative und interessante Projekte erdacht und erprobt. Einige dieser Modelle und Ideen aus anderen Zusammenhängen können sich nachhaltig zu Exportschlagnern entwickeln.

Die (auf-)schwimmenden Bauten sind bereits jetzt national und international ein Exportschlager (siehe Abschnitt 5.2). Aktuell soll die BTU in Vietnam Vorschläge entwickeln, wie die bei Tourist*innen beliebten schwimmenden Märkte und Häuser in der Halong-Bucht so umgestaltet werden können, dass Hygiene- und Umweltstandards besser als bisher entsprochen werden kann. Weltweit sind viele Länder besonders hart vom Klimawandel betroffen. Vor allem auch für die kleinen Inselstaaten dieser Welt (Small Island Developing States) ist die Frage, wie sie ihre Inselinfrastruktur und ihre Häuser dem steigenden Meeresspiegel anpassen können (Errichtung, Ver- und Entsorgung/Verankerung), von überlebenswichtiger Bedeutung (Hilscher 2018).

Um dieses Exportpotenzial zu erschließen, könnten daher die Akteure in der Lausitz

- die LMBV als Kompetenzträger aufbauen und verstetigen;
- innovative Nachnutzungsmöglichkeiten der IBA testen und optimieren;
- das Branchenfeld durch Aufbau eines Helmholtz-Instituts für Bergbausanie rung, -nachnutzung und Rekultivierung stärken;
- ein Kompetenzzentrum im Bereich Post-Mining und Transformationsforschung aufbauen;
- eine Exportinitiative Hydrogeologie und Rekultivierungstechnik nach dem Vorbild der Exportinitiative erneuerbare Energien und Energieeffizienz entwickeln.

Durch die hier beschriebenen Maßnahmen könnten die geschätzt bis zu 3.000 Beschäftigten, die in der Lausitz in Arbeitsbereichen wie der Rekultivierung, dem Grundwassermanagement, der Hangstabilisierung oder anderen Dienstleistungen arbeiten, auch nach dem Ende des Abbaus von Braunkohle weiterbeschäftigt werden. Durch eine Verstetigung der Tätigkeiten von LEAG und LMBV in diesem Bereich sowie eine Exportorientierung können eine Vielzahl dieser Arbeitsplätze dauerhaft gesichert werden. Jedoch wird auch dieser Beschäftigungszweig unter dem demografischen Wandel leiden, dem mit einer aktiven Fachkräftestrategie begegnet werden muss.

6.1.4 Industrie- und Gewerbeparks

Die existierenden Industrie- und Gewerbeparks bieten eine zumeist gute Infrastruktur für die Ansiedlung von Unternehmen. Große Hemmnisse sind jedoch oft die nicht optimale Verkehrsanbindung und die vielfach fehlenden Zielformulierungen für Ansiedlung und Beschäftigtenzahlen sowie deren Monitoring.

Die Suche nach neuen Investoren in bestehende Industrieparks, wie den Industriegebieten Jänschwalde oder Schwarze Pumpe, sollte eine zentrale Stellung in der Entwicklung der Region einnehmen. Bislang ist die Mehrzahl der dort angesiedelten Firmen von der Braunkohleproduktion abhängig. Der Aufbau einer Gipskartonfabrik könnte hier helfen, den dort auf Halde liegenden REA-Gips zu verarbeiten. Neben Jänschwalde befinden sich noch zwei der Kraftwerke und alle Tagebaue in unmittelbarer Nähe von Industrieparks, sodass die aus der Braunkohle freiwerdenden Arbeitskräfte direkt in der Nähe zur Verfügung stehen werden. Durch eine gezielte Arbeitskräftestrategie, die jedem Park eine Beschäftigungszielvorgabe und entsprechende Mittel zuweist, könnten die Arbeitsplätze an diesen Orten direkt und überprüfbar bilanziell erhalten oder aufgebaut werden. Die Zielstellung, nach dem Ausstieg aus der Braunkohle genau die 7.500 Arbeitsplätze hier geschaffen bzw. erhalten zu haben, die mit dem Ausstieg verloren gehen, ist mehr als realistisch. Da alle Parks noch über etliche freie Flächen verfügen, könnte die Industrieansiedlung unter bestimmten Umständen beschleunigt werden. Hierzu sollten die Anbindungen der Parks verbessert und standortspezifische Arbeitsplatzstrategien in Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftsregion Lausitz e. V. und dem Standortmanagement erarbeitet und umgesetzt werden.

In diesen Parks gibt es etliche Firmen, die von der Braunkohle in Wärme- und Produktkaskaden abhängen. Dampfauskopplung und Gipsgewinnung werden hier als Abfallprodukte der Braunkohleverfeuerung genutzt. Da dies in chemie- und kraftwerksnahen Industrieparks eine typische Situation ist, bietet es sich an, aktive Forschung und Entwicklung zu betreiben, um diese Wärme- und Produktkaskaden von der Braunkohle unabhängig zu machen und zu dekarbonisieren (z. B. mit regenerativen Wärme- und Kältetechnologien, einer lokalen Wasserstoffproduktion). Damit wä-

ren nicht nur die Arbeitsplätze erhalten, sondern wegweisende Entwicklungschancen mit nationalem und internationalem Modellcharakter geschaffen. Dafür sind gezielt Dekarbonisierungsstrategien für die Energie- und Wärmekaskaden in Industrieparks an Kraftwerksstandorten zu suchen. Diese Aspekte sollten in den Strategien zu «Energie und Batterie» sowie «chemische Industrie» integriert werden. Mit geeigneten Testanlagen und Forschungsinvestitionen können sich die «zukünftig ehemaligen» Kraftwerksstandorte damit zu Modellprojekten für die CO₂-freie Zukunft der Industrie entwickeln.

Besondere Kompetenzen bestehen auch in Bezug auf die Klärung von Berg- und Industriebässern (siehe Abschnitt 6.1.3).

Im Einzelnen werden folgende Handlungsempfehlungen gegeben:

Zur Standortverbesserung:

- aktive Vermarktung der von der Braunkohle unabhängigen Standortfaktoren;
- zügige Umsetzung der verkehrlichen Anbindungen (Straße und Schiene) der Industrieparks;
- Aktualisierung der Ausbauziele der Industrieparks und ihrer Arbeitsplatzziele, Formulierung einer Strategie zu ihrem Erreichen;
- entsprechende europaweite Öffentlichkeitsarbeit zur Bewerbung des Standortes und der hierfür entwickelten Technologien.

Zur Förderung von CO₂-freien Wärme- und Energiekaskaden:²¹

- Sicherstellung der regenerativen Versorgung der Fernwärmenetze;
- Forschungsprogramm zu CO₂-freien industriellen Stoff- und Energiekaskaden;
- strukturierte Planung und Umsetzung der Übernahme der Wärme- und Stofflieferaufgaben der Kraftwerke und Tagebaue durch die Zweckverbände (ggf. durch Technologiewettbewerbe).

Für die hierzu notwendige Ausbildung, Bindung und Gewinnung von Fachkräften an die und in der Region ist zu empfehlen:

- eine gezielte Beratung von KMU zur Personalentwicklung und zum Fachkräfte-Monitoring;
- der Ausbau entsprechender Vertiefungsrichtungen in vorhandenen Studiengängen in der Lausitz und Schaffung von mehr Masterstudienplätzen;
- die Förderung von Familienfreundlichkeit in Unternehmen;
- eine verbesserte Kooperation zwischen Schule und Hochschule;
- das Schaffen sozialer Anknüpfungspunkte für ausländische Fachkräfte und Studierende.

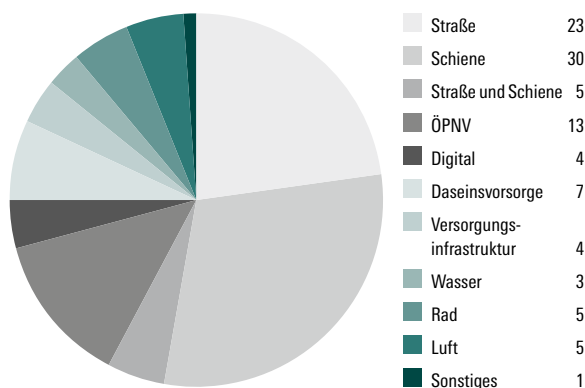
6.2 INFRASTRUKTUR

6.2.1 Verkehrsinfrastruktur

Infrastrukturmaßnahmen machen den größten Anteil an den im Bericht der Kohlekommission enthaltenen Projektvorschlägen aus. Die vorgeschlagenen (Einzel-)Maßnahmen lassen allerdings klar erkennen, dass

ein zusammenhängendes Infrastrukturkonzept für die Lausitz fehlt. Einzelmaßnahmen dominieren allenthalben auf der Basis bestehender Logistik-Drehscheiben/Konzepte. Besondere Bedeutung haben die Verkehrswege Straßen, Schienenwege, Binnenwasserstraßen und Seewege, wie Abbildung 19 zeigt.

Abbildung 19: Aufteilung der Infrastrukturmaßnahmen nach Bereichen (in %)



Quelle: Arepo Consult 2019: 4

6.2.2 Digitale Infrastruktur

Vor allem für die Automation industrieller Prozesse spielt der Breitbandausbau eine besonders große Rolle, da eine leistungsstarke digitale Infrastruktur essenziell für die Entwicklung digitaler Produkte und Prozesse ist. Das Land Brandenburg hat hierzu das Landesförderprogramm «Brandenburg Glasfaser 2020» ins Leben gerufen, damit auch alle ländlichen Räume Zugang zu einem Anschluss von mindestens 30 Mbit/s (Fornefeld/Windolph 2012) haben. Hieran beteiligen sich aktuell alle brandenburgischen Landkreise und Städte. Darüber hinaus verfolgt das BMWi das Ziel, flächendeckend bis 2025 in den Gebieten auszubauen, die oberhalb von 30 Mbit/s, aber unter 1 Gbit/s liegen.

Die Verbesserung der Mobilfunkabdeckung durch den Ausbau mit dem neuen Mobilfunkstandard 5G zielt daher auf die gesamte Lausitz ab. Eine signifikante Diskussion erzeugte die von Bundesbildungsministerin Karliczek aufgeworfene Frage, ob man «jede Milchkanne» mit 5G versorgen muss. Auch wenn hierauf in den Gesprächen bisweilen die Antwort «aber ja!» gegeben wurde, wird sich hier (auch aufgrund der für 5G notwendigen Engmaschigkeit) sicher ein Mittelweg finden.

Im Bereich der mobilen Netzabdeckung werden die meisten Flächen in der Lausitz noch nicht einmal mit dem 2G- oder 3G-Mobilfunkstandard versorgt. LTE wird lediglich entlang den Autobahnen, den Schienen-

²¹ Der Studie «Ansiedlungsbedingungen in Industrieparks der Energieregion Lausitz» (Cebra 2014) ist zu entnehmen, dass gerade im traditionsreichen kraftwerksnahen Industriepark Schwarze Pumpe die lokale Auskopplung nur noch die Braunkohleveredlung («Brikettfabrik») versorgt. Die Papierherstellung wird inzwischen von einer eigenen Kraft- und Wärmeerzeugung versorgt. Ironischerweise war im Ostteil auch die Stromversorgung von Netz und Kraftwerk unabhängig mit einem separaten Gasturbinenkraftwerk gesichert. Nach dem Konkurs des Kraftwerksbetreibers wurde der Ostteil jedoch mit ausreichender Übertragungskapazität an das Netz der allgemeinen Versorgung angeschlossen.

strecken und noch einigen, wenigen Landesstraßen empfangen.

Da die Lausitz ein ländlicher Raum ist und der 5G-Standard auch auf mittlere Sicht nur für spezielle Industrieanwendungen sinnvoll sein wird und zudem für eine gute 5G-Versorgung ein enormer Aufwand betrieben werden muss (große Zahl von neuen Funkmasten etc.), bleibt äußerst fragwürdig, ob die Forderung nach einer flächendeckenden Abdeckung mit 5G überhaupt zielführend ist. Für eine gute Versorgung von Haushalten und Firmen würde bereits eine flächendeckende Abdeckung mit LTE genügen, die aber möglichst rasch aufgebaut werden sollte.

6.2.3 Sonstige Infrastruktur

Auffällig wenige Projekte befassen sich mit dem Ausbau von (Strom-/Gas-)Leitungsnetzen sowie der Wasserver- und -entsorgung. Wenige Projekte gibt es im Bereich der Investitionen in Sportstätten und Bäder, Informationsinfrastruktur, Kinderbetreuung und Abfallwirtschaft. Maßnahmen zum Auf-/Aus-/Umbau von Bildungs- und Verwaltungsgebäuden, Kulturstätten sowie für die Daseinsvorsorge (Krankenhäuser, Seniorenwohnheime) sind ebenfalls von geringer Anzahl.

6.3 ZIVILGESELLSCHAFT

Die Zivilgesellschaft und Mitglieder der Parteien selbst kritisieren, dass der Entwurf des «Strukturstärkungsgesetzes Kohlereionen» nicht nur unter Ausschluss der Zivilgesellschaft, sondern auch unter Ausschluss der demokratischen Parteien im Bundestag und in den sächsischen und brandenburgischen Landtagen zustande gekommen ist. Dies ist unter anderem nachzulesen in der Antwort der Sächsischen Staatskanzlei auf die kleine Anfrage der LINKEN-Abgeordneten Jana Pinka (Sächsische Staatskanzlei 2019).

Dieses Gesetz (auch «Maßnahmengesetz» genannt), welches ursprünglich für Ostern 2019 geplant war, aber Anfang Mai 2019 noch nicht vorlag, sowie die Eckpunkte dafür, werden ausschließlich auf Ebene der Staatskanzleien mit Vertreter*innen der zuständigen Bundesministerien ausgehandelt.²² Anfang April gingen die Eckpunkte in die Ressortabstimmung. Andere Institutionen oder Vereine und Initiativen in der Lausitz sind derzeit aktuell weder an Zu- und Vorarbeiten noch an den Beratungen zum Maßnahmengesetz beteiligt.

Damit scheinen die schlimmsten Ahnungen all jener wahr zu werden, die vorhersagten, dass das Strukturstärkungsgesetz ausgehandelt werden wird

- unter Ausschluss aller demokratisch legitimierten Körperschaften mittels «Hinterzimmerdiplomatie» – weder sind Parlamente auf Bundes- oder Landesebene noch Kreistage oder Stadtverordnetenversammlungen involviert;
- ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft;
- ohne weitere Expertendiskussion von institutionellen Alternativen und Szenarien zur Ausgestaltung der Art der Verteilung der zugesagten Strukturhilfen (Köhler 2019).

Auch wenn Kommission und Bundeswirtschaftsministerium die «Einbindung der Bevölkerung und der lokalen Akteure [...] bei der Umsetzung von zukünftigen Vorhaben [als] zentral» einschätzen (BMWi 2019), wird doch der nun folgende Abschnitt zeigen, dass die Ansichten über die Art dieser Beteiligung weit auseinandergehen.

Ohne einschneidende Änderungen im Verfahren ist zu vermuten, dass der Bundesregierung und den Ministerpräsident*innen im anstehenden Gesetzesprozess weiterhin die Konsultationen mit den bestehenden Strukturen in den Ländern sowie mit den seit eh und je beteiligten Verbänden ausreichen wird, während die Vertreter*innen der Zivilgesellschaft folgenlos neue Beteiligungsmodelle fordern.

Es bleibt weiterhin zu hinterfragen, ob das von der Kohlekommission vorgeschlagene (und noch zu schaffende) Aufsichtsgremium aus Vertreter*innen des Bundes, der Länder und Kommunen unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen tatsächlich geeignet sein wird, um die zugesagten Strukturhilfen sinnvoll zu verteilen – sofern es überhaupt eingerichtet wird. Es kann bezweifelt werden, ob die Kommunen «die Kraft haben werden, sich dort durchzusetzen» (Köhler 2019), zumal auch diese Treffen intensiv vorbereitet werden müssten und viele Kommunen bereits derzeit unter fehlendem Personal und Eigenmitteln für die Betreuung bestehender Projekte leiden. Die Stadt Weißwasser hat derzeit nur eine halbe Stelle für Wirtschaftsförderung im Rathaus. Ein zielführendes Agieren würde also einer Aufstockung entsprechend qualifizierten Personals bedürfen.

Ferner bleibt bislang im Nebel, ob die von der Kohlekommission ebenfalls vorgeschlagenen ergänzenden «revierspezifischen Institutionen» wie zum Beispiel Revierbegleitausschüsse tatsächlich eingerichtet werden. Sie sollten die Beteiligung von Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sicherstellen.

6.3.1 Beteiligungsprozesse, parlamentarische Ausschüsse und Multi-Stakeholder-Dialoge

Nach Ansicht vieler – auch aus der Partei DIE LINKE – dürfte bereits das «Strukturstärkungsgesetz Kohlereionen» nicht allein durch die Staatskanzleien verhandelt werden, sondern wäre im Falle der Lausitz zusätzlich zumindest in einem gemeinsamen parlamentarischen Ausschuss der beiden Landtage zu beraten (Forum Zivilgesellschaft 2019). Andere Akteure der Zivilgesellschaft – wie die Lausitzer Perspektiven e. V. – gehen davon aus, dass selbst das nicht ausreicht. Die Zivilgesellschaft müsse vielmehr in einem weit umfangreicheren Maße beteiligt werden, zumal es keine Transparenz bei der Erarbeitung der Maßnahmenkataloge für die Kommission gab. Studien von beispielsweise E3G, der Deutschen Umwelthilfe und den Lau-

²² Bis Ende März 2019 gab es dazu auch zwei Gespräche mit den Chefs der Staatskanzleien in den betroffenen Ländern (Staatskanzlei Sachsen 2019).

sitzer Perspektiven fordern explizit die Einrichtung von Multi-Stakeholder-Dialogen (DUH/E3G 2016: 7).

Stakeholder-Dialoge in Abstimmung bzw. sogar mit Unterstützung durch die Landesregierungen fördern die Legitimation von Beteiligungsprozessen. Hier könnte idealerweise zwischen ausgewählten Hauptakteuren diskutiert werden, welche institutionelle Lösung aus Sicht der Betroffenen zu bevorzugen ist. Dies bedeutet, dass solche Foren bereits im Bereich der Rahmengesetzgebung (Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen) Sinn machen würden. Es würde nicht nur das politische Buy-in erhöhen, sondern könnte gegebenenfalls auch zu finanziellen Beteiligungen aus der Bürgerschaft beitragen.

6.3.2 Kultur, Kreativwirtschaft und Kunsthandwerk

Die Kultur- und Kreativwirtschaft kann einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen leisten. Sie kann und sollte mit anderen Strategien (z. B. Tourismus, Zivilgesellschaft) verzahnt werden und insbesondere eine Revitalisierung alter Kulturtechniken und andere Lokalspezifika mit einbeziehen.

Wichtig bei dem erneuten Strukturwandel in der Lausitz wäre, die Menschen mitzunehmen und ihnen neue Identifikationsmöglichkeiten zu geben. Schließlich trägt die Identifikation mit dem Bergbau in unserer sich dekarbonisierenden Gesellschaft immer weniger. Traditionelle Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und des Arbeitsmarktes wie zum Beispiel Umschulungsmaßnahmen werden allein nicht reichen, um den Wirtschaftsraum Lausitz beleben zu können. Hierbei könnten die Rückbesinnung und die bewusste Wiederetablierung der lokalen Identität jenseits der Braunkohle helfen, die ihren Ausdruck in einer verstärkten und aktiven Re-etablierung von Kunsthandwerk und anderen Kulturtechniken sowie ihrer Verbreitung dieser positiven Re-identifikation über die Zivilgesellschaft findet.

In Sachsen übertrifft derzeit die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Kultur- und Kreativwirtschaft mit Wachstumsraten von 4,2 Prozent den Beschäftigungszuwachs in der sächsischen Gesamtwirtschaft, der bei jährlichen 1,4 Prozent liegt (SMWA 2018: 6). In beiden Bundesländern existiert eine Kreativwirtschaft unter anderem in Form von Software- und Games-Industrie, gefolgt von Pressemarkt, Designwirtschaft und Werbemarkt (LEAG o. J.).

Ergänzt wird dieses Spektrum durch das historisch gewachsene Kunsthandwerk (SMWA 2018: 6). In der Oberlausitz gibt es hier bereits gute Ansatzpunkte. So haben sich einige Initiativen bereits im «Kiwi-Lab – Labor für Rurale Kreativität und Innovation in der Oberlausitz» zusammengeschlossen (Zukunft Oberlausitz o. J.). Und um die traditionelle Bauform des Umgebendehauses hat sich eine zivilgesellschaftliche Bewegung zu seiner Erhaltung und Dokumentation entwickelt (Scharfe 2017).

Ähnliche Ideen gibt es in der Niederlausitz. Diese bieten die Möglichkeit, nicht nur eine zivilgesellschaftliche lokale Identifikation jenseits des Bergbaus zu schaffen, sondern auch neue Wirtschaftsunternehmen zu etablieren. Hier gründete zum Beispiel die Unternehmerin Sarah Gwiszcz ihr Modelabel «Wurlawy», in welchem sie traditionell sorbische Spreewaldtrachten neu gestaltet. Die Touren der IBA haben bis 2010 den Wandel der Landschaft in der Lausitz begleitet und Touren zu Fuß, per Jeep, Bus, Fahrrad oder Floß – individuell oder in der Gruppe – angeboten. Im Anschluss wurden die Touren durch unterschiedliche Reiseveranstalter weiterhin angeboten.

Nicht nur die sorbisch-wendische Minderheit verfügt über eine einzigartige Identität und Kultur, die es zu bewahren gilt. Alte Kulturtechniken aus der Landwirtschaft oder Baukultur sind ebenso wiederzuentdecken wie die kulturgeschichtlichen und transnationalen Bande innerhalb der Region und zu den Nachbarregionen, insbesondere zu Polen. So wurde zum Beispiel mit Förderung der KfW ein Unternehmen zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt auf Reaktivierungsflächen gegründet, das in Kooperation mit lokalen Landwirt*innen heimisches Saatgut zur Verfügung stellt (Vallero 2017).

Die gegenwärtige Förderlandschaft von EU, Bund, Bundesländern und Kommunen unterstützt die Freischaffenden auf vielen Ebenen. So wurde Anfang 2017 auch das Sächsische Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft «Kreatives Sachsen» mit Beratungs- und Vernetzungsangeboten eingerichtet (Kreatives Sachsen o. J.). Das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung aus Dresden ermöglicht Kreativen und Selbstständigen aus Bundesmitteln einen kostenlosen «Probemonat» in Görlitz. Das Ziel ist, diese als Neubürger*innen zu gewinnen, damit sie ihren Wohnsitz und ihre wirtschaftliche Tätigkeit dorthin verlegen (IÖR 2018).

Übersehen werden darf bei diesen Themen nicht das Arbeitskräftepotenzial der Zivilgesellschaft und der Kreativwirtschaft. Die für das Lausitzer Seenland quasi unabdingbare Entwicklung des Tourismuspotenzials, die zum Beispiel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier schon deutlich weiter fortgeschritten ist (z. B. Ferropolis), kann durch die Kreativwirtschaft optimal ergänzt werden. Kultur sollte dabei weit gefasst werden und neben der lokalen Kreativwirtschaft mit Festivals und Märkten die richtige Mischung von Zielgruppen ansprechen. Eine entsprechende Zielgruppenstrategie sollte auf der Basis einer soliden Abschätzung des Markt- und Standortpotenzials ausgearbeitet werden.

Mittel- und langfristig sollte hier ein Kulturfonds Lausitz, etwa aus Mitteln des vielfach eingeforderten Fonds Zivilgesellschaft Lausitz, eingerichtet und über Jahrzehnte mit Mitteln ausgestattet werden, und zwar zur

- Finanzierung von Festivals, Kulturwochen und Ausstellungen, bevorzugt in alten, leer stehende Industriedenkmäler und in alten Bahnhöfen;

- Sicherung von Arbeitsplätzen in Kultur- und Kunstvereinen, Stiftungen, den kleinen dörflichen Museen etc.;
- Unterstützung der Aktivitäten der sorbisch-wendischen Minderheit und deren Kulturtradition;
- Förderung von Kunsthandwerk und gezielter Ansiedlung von Kreativwirtschaft.

Typische Gewohnheiten der Lausitzer*innen rund um Feiern und Essen fördern ein aktives Gemeinschaftsleben. Dazu gehört das «Angrillen» am Wochenende, sobald sich im Frühjahr der erste Sonnenstrahl zeigt. Auch Feuerwerke, die bei keiner größeren Veranstaltung fehlen dürfen, sorgen für gemeinschaftliche Erlebnisse. Außerdem haben einige Gemeinden wieder Brotbacköfen auf zentralen Plätzen installiert, die sich immer größerer Beliebtheit erfreuen.

Sorbische Osterfeuer und Dorffeste, oft von der Freiwilligen Feuerwehr des Ortes initiiert, sind wichtige Anker für das Sozialleben und stärken die Dorfgemeinschaft. Dort, wo sorbisch/wendische Bräuche existieren, sind daraus mittlerweile einträgliche touristische Veranstaltungen geworden. Als Beispiele sind hier die Spreewälder Sagenacht in Burg im Juni oder das Internationale Folklorefestival Lausitz zu nennen. Nicht übersehen werden darf hier die gemeinschaftsstiftende Wirkung gemeinsamen kreativen Schaffens, sei es bei Aktionen zum gemeinsamen Bemalen von Ostereiern nach sorbisch/wendischer Technik oder bei gemeinsamen Aktionen wie dem Rudelsingen. Hier finden sich Menschen zusammen, die ohne Verpflichtung und ohne einander zu kennen, gemeinsam Lieder singen und danach einfach wieder auseinandergehen. Inzwischen haben sich ganze Gruppen von Gesangslustigen gebildet, die regelmäßig in den einzelnen Städten zum Rudelsingen zusammenfinden.

6.3.3 Breitensport, Spitzensport und Wassersport

Sport trägt aufgrund seiner sozialen und integrativen Kraft entscheidend zur Stärkung der Zivilgesellschaft in der Lausitz und zur Lösung gesellschaftlicher Probleme bei. Sport ist nicht nur eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, weil er eine gesunde Lebensführung fördert und Gemeinschaft stiftet, er vermittelt auch jenseits von Schule und Berufe Werte wie Engagement, Verlässlichkeit, Teamgeist, Fair Play und Toleranz. Sport bringt über die Generationen und gesellschaftlichen Milieus hinweg soziale Integration, Anerkennung und Solidarität. Sport trägt somit zum Ausgleich von Benachteiligungen in anderen Lebensbereichen bei, fördert die gesamtgesellschaftliche Teilhabe von Personen, die an den Rändern der Gesellschaft leben, und wirkt identitätsstiftend für eine Gemeinde und/oder Region.

Mit dem Niedergang der DDR ging weitestgehend auch die Kultur des Betriebssportes verloren. Eine Tatsache, die von vielen Lausitzer*innen immer wieder als eine Art Verlust bemängelt wird, obwohl die Landessportbünde Brandenburg und Sachsen nach der Wende erfolgreich aufgebaut wurden und aktu-

ell die größten zivilgesellschaftlichen Personenvereinigungen in den Ländern darstellen (LSB Brandenburg 2014: 2). Nach der Wende unterstützten lediglich einzelne größere Firmen wie BASF Schwarzheide die Gründung von gemeinnützigen Vereinen. Der Zweck des Sportclubs BASF Schwarzheide e. V. besteht vornehmlich darin, Trainingsangebote für Kolleg*innen untereinander zu unterbreiten. Der Verein ist auch offen für Gäste und bietet allen aktuellen und ehemaligen Mitarbeiter*innen und deren Angehörigen «eine sportliche Heimat» (BASF o. J.).

Neben dem Breitensport erfolgt auch eine Leistungssportförderung an der Lausitzer Sportschule in Cottbus und Zielona Góra (Polen). In der Nieder- und Oberlausitz gibt es bislang lediglich den Standort Cottbus des Olympiastützpunktes Brandenburg für Radsport (DOSB o. J.). Er ist auch Bundesstützpunkt für Nachwuchs- und Hochleistungssportler*innen in den Sportarten Radsport (Bahn, Straße, BMX), Geräteturnen Männer und Paralympische Leichtathletik (DOSB 2016). Zu den regionalen Schwerpunktsportarten zählen Trampolinturnen, Paracycling und Leichtathletik. Landesstützpunkte in der Oberlausitz umfassen die Sportarten Gewichtheben (Görlitz/Zittau/Eibau) und Sportakrobatik in Hoyerswerda (Sport für Sachsen 2018).

Ein besonderer Integrationsfaktor und Sympathieträger der Lausitz ist der Fußballclub Energie Cottbus. Mit ihm identifizieren sich die meisten Lausitzer*innen in besonderer Weise. Im Männerfußball ist der Club kürzlich aber wieder in die Regionalliga abgestiegen, hat also den Profifußball verlassen. Dies korrespondiert mit einem «Trauma» der «neuen» Bundesländer: der unterdurchschnittlichen Vertretung im Profifußball.²³ Mit Sponsoring der LEAG betreibt der FC Energie Cottbus neben dem Drittligabetrieb auch professionelle Nachwuchsförderung. Immer wieder muss sich der Verein allerdings auch rechtsradikaler Fans erwehren.

Seit kurzer Zeit erfreuen sich verschiedene elektronische (Computer-)Sportdisziplinen in der Lausitz immer größerer Beliebtheit. So hat sich im Juli 2018 der Cottbusser eSports e. V. gegründet, dessen Anhänger*innen meist junge Menschen zwischen 16 und 35 Jahren sind, die lokal größtenteils noch um Aufmerksamkeit und Akzeptanz in der Gesellschaft ringen, aber international bestens vernetzt sind.

Zur aktiven Nutzung des touristischen Potenzials des Lausitzer Seenlandes sind professionelle Sportlehrer*innen und -vereine sowie eine entsprechende Hafeninfrastruktur notwendig. Große Pläne für die Zukunft hat zum Beispiel der Cottbusser Ostsee Sportverein, welcher den (Lauf- und Rad-)Rundweg für den in der Flutung befindlichen Cottbusser

²³ In der vergangenen Saison spielte nur der – nicht als Traditionsclub empfundene – Club RB Leipzig in der 1. Bundesliga. In der 2. Bundesliga fand sich kein Verein aus Brandenburg (auch wenn hier immerhin vier Vereine aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin vertreten waren). Zur neuen Saison ist der FC Union von der zweiten in die erste Bundesliga aufgestiegen.

Ostsee mitentwickeln will sowie unter anderem Lauf-
treffs avisiert. Diese müssen jedoch entsprechend
landschaftsplanerisch und investiv unterstützt wer-
den. Die LMBV leistet hier bereits einiges, zusätzli-
che Gelder sollten jedoch frühzeitig bereitgestellt
werden.

Um die Arbeitsplatzwirkungen des Sektors Sport voll
auszunutzen, sind folgende Ansatzpunkte denkbar:

- systematische Förderung des Fußballs als Breiten-
und Profisport;
- fortgesetzte Unterstützung der auf Spitzenniveau
betriebenen Sportarten Turnen und Radsport;
- Aufbau einer Wassersportkultur mit entsprechender
Vereins- und Personalstruktur.

Durch die Umsetzung einer Breiten- und Profisportstra-
tegie können neben positiven gesellschaftlichen und
gesundheitlichen Wirkungen auch Arbeitsplätze ge-
schaffen werden. Eine Lausitzer Sportstiftung sollte
dafür Breitensport sowie einen Zweitliga-Fußballverein

finanzieren, nicht zuletzt, um diesen wichtigen Aspekt
nicht den politischen Unwägbarkeiten des Kohleaus-
stieges auszusetzen, sondern unabhängig vom Spon-
soring durch LEAG weiter zu sichern.

Das neue Lausitzer Seenland wird zahlreiche Optio-
nen für Wassersport bieten, die nur (touristisch sowie
für die Lausitzer*innen) genutzt werden können, wenn
die notwendige Infrastruktur und die notwendigen
Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Für den Ausbau des Profi-, Breiten- und Freizeit/
Wassersportbereiches sind neue Fachkräfte und Qua-
lifikationsprofile notwendig. Hier sollten die bestehen-
den Angebote überprüft und ergänzt werden. Zudem
sollte erwogen werden, eine nationale und internatio-
nale Anwerbekampagne durchzuführen. Für neu ange-
worbene Fachkräfte, aber auch für den Nachwuchs im
Profibereich und gegebenenfalls für die Eltern könnte
erwogen werden, entsprechende Wohnangebote auf-
zubereiten.

7 IMPLEMENTIERUNGSTRUKTUREN

Wer in welcher Form über die Auswahl von Projekten und die Zuteilung von Finanzmitteln entscheidet, ist für einen gelingenden Strukturwandel von erheblicher Bedeutung. Die Schaffung bzw. Veränderung von Entscheidungsstrukturen ist daher eine wichtige anstehende Aufgabe. Die lokalen Akteure müssen dabei ihren Fähigkeiten und Voraussetzungen gemäß in künftige Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

7.1 ZIVILGESELLSCHAFT UND DASEINSVORSORGE

Die Zivilgesellschaft in der Lausitz wird von vielen als schwach angesehen: relativ wenige Initiativen, die auf politische Veränderung setzen, kaum ziviler Ungehorsam und bisweilen zu wenig kreativer Geist. Ein eigener Fonds für die Zivilgesellschaft wird als zwingend notwendig erachtet. Zivilgesellschaftliche Initiativen dürfen nicht – wie bei den Euroregionalen Fonds oft geschehen – als Klein(st)projekte in einem minikleinen eigenen Kleinprojektfonds landen und somit lediglich eine Alibifunktion für die ohnehin beschlossenen Wirtschaftsförder- und Infrastrukturmaßnahmen darstellen.

Zwingend notwendig erscheinen Multi-Stakeholder-Dialoge spätestens dann, wenn es darum geht, die Zivilgesellschaft beim Zugang zu den Fördermitteln und der Auswahl von Einzelvorhaben zu beteiligen. Voraussetzung hierfür ist die konkrete Festschreibung eines zivilgesellschaftlichen Fonds im Rahmengesetz, welcher «das Engagement und soziales Unternehmertum adressiert» (Kohlekommission 2019: 101), ganz wie es die Kommission fordert, um in den Strukturwandelprozess von unten eingebracht werden zu können.

Eine Form, die Zivilgesellschaft zu fördern, wäre, ihr mehr direkte Einflussmöglichkeiten zu geben. Etwa über Beteiligungsformen, die die Akteure dazu zwingen, sich auch Gedanken um den Einsatz von Fördermitteln zu machen. Es gibt Beispiele, in denen Steuermittel durch Regionalparlamente und lokale Einwohnervertretungen verwaltet werden (bspw. Skandinavien, Belgien, Aosta-Tal). In der Lausitz ist zu beachten, dass Städte mit ausgeprägtem Gemeinsinn einen Zuwachs an Bevölkerung und Beschäftigung verzeichnen können. So wächst der Ort Nebelschütz, während Kamenz schrumpft (Forum Zivilgesellschaft 2019).

Weitere Formate könnten Initiativen sein, die die Bürgergesellschaft aufbauen. Eine Pionierleistung wurde hier von Karin Rohnstock erbracht, die mit dem von ihr geschaffenen Format des «Erzählalons» einen Nerv getroffen hat. Hier können Dorfbewohner*innen in geschützten Räumen Gemeinsamkeiten finden und sich zu Hause fühlen, alte Ängste abschütteln und eigene Ideen und Initiativen entwickeln. Das schafft nicht nur

Nähe und Anerkennung, sondern lässt auch neue soziale Strukturen entstehen. Mit ihrer Hilfe ist es in der Vergangenheit bei verschiedenen Gelegenheiten gelungen, dazu beizutragen, existierende Traumata in der Bevölkerung zu verarbeiten, Ängste abzubauen und in positivere Gestaltungsmöglichkeiten zu übersetzen. Gelungene Beispiele hierfür sind a) die Gründung eines Bürgervereins und Entwicklung eines Bürgerhauses in der Gartenstadt Marga in Senftenberg; b) die Wiederbelebung der Dorfgemeinschaft Sedlitz; c) die partizipative Ortsgestaltung in Geierswalde sowie d) das derzeitige Projekt einer Stadtoper an den Biotürmen in Lauchhammer (Rohnstock-Biografien 2019).

7.1.1 Fonds Zivilgesellschaft Lausitz

Am 16. Januar 2019 wurde vom Zentrum für Dialog und Wandel der EKBO und dem Verein Lausitzer Perspektiven das Konzept eines Fonds Zivilgesellschaft vorgestellt, das beide Organisationen zusammen entwickelt haben (Fonds Zivilgesellschaft Lausitz 2018).

Mit diesem Fonds würden idealerweise a) organisatorische Kapazitäten geschaffen, b) der Zugang zu den Fördermitteln erleichtert und c) garantiert werden, dass nicht nur in der Vergangenheit geförderte Vereine und Verbände, sondern auch neue Zusammenschlüsse engagierter Bürger*innen Förderprogramme beantragen könnten.

Förderscouts unterstützen in diesem Modell Projekte in der Entstehung und informieren die Mitarbeiter*innen der zehn bis 15 Regionalbüros darüber. Themen der Bioökonomie, Landwirtschaft, Jugend- und Sportförderung, attraktive Programme für zukünftige Arbeitskräfte, Fördermittelzuweisung für freie Theater und vieles mehr würden hier verhandelt. Dabei müsste darauf geachtet werden, dass nur minimale Anforderungen an die Antragsteller*innen in Form von Nachweisen gestellt werden, damit möglichst viele an den Programmen partizipieren können.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Kohlekommission ausdrücklich empfohlen hat, einen «noch festzulegenden Anteil der Mittel» dafür zu verwenden, «um zivilgesellschaftliche Aktivitäten, Lebensqualität und weiche Standortfaktoren zu stärken und weiterzuentwickeln» (Kohlekommission 2019: 84).

Sollte ein solcher Fonds dennoch nicht eingerichtet werden (was eine vertane Chance wäre), so müssten gesetzlich mindestens alternative Wege aufgezeigt werden, wie die Zivilgesellschaft Zugang zu den Strukturfördermitteln erhalten kann. An dem Dialog der Wirtschaftsregion Lausitz sind viele Bürger*innen und Initiativen, wie die Lausitzer Perspektiven, derzeit noch nicht beteiligt – und offenbar auch nicht erwünscht (Interview Schmidt 2019).

Sollte es zur Kanalisierung der Fördermittel ausschließlich über die Wirtschaftsregion Lausitz kommen, so sind mindestens folgende Formen der Beteiligung der Zivilgesellschaft zu fordern:

- Entsendung von Vertreter*innen der Zivilgesellschaft in ein entsprechendes Auswahlgremium der WRL;
- Beteiligung bei der Auswahl aller Projekte (nicht nur der der Zivilgesellschaft);
- sollten Projekte seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen abgelehnt werden, sind diese auch für alle anderen Bereiche nicht förderwürdig und müssen abgelehnt werden;
- Transparenz für die Zivilgesellschaft durch Monitoring und Zuweisung der Mittel ausschließlich über die Wirtschaftsregion Lausitz;
- Einführung von Katalogen oder Verzeichnissen auf Ebene der Landkreise, die eine Übersicht über die interessierten Gruppen geben, die Mittel an die Zivilgesellschaft weiterreichen können/sollen;
- Einführung abgestufter Vergabekriterien: an die Kommunen müssen andere Kriterien als an kleine Initiativen gestellt werden;
- die Fördermittel müssen vor allem bei den relevanten, notleidenden Kommunen ankommen und dürfen nicht im Speckgürtel von Berlin oder Dresden verteilt werden;
- Kofinanzierungen sind – je nach Themenfeld – entweder auszuschließen oder zu reduzieren.

7.1.2 Investitionspauschale für Lausitzer Kommunen

Eine lebens- und liebenswerte Lausitz lebt auch von der ausgewogenen Finanzierung der Maßnahmen der Daseinsvorsorge und der Kommunalfinanzierung.

Die Sprecher*innen der Lausitzrunde haben unlängst die Forderung nach einer Investitionspauschale für Lausitzer Kommunen erhoben. Die «Städte und Kommunen brauchen ein eigenes Steuerinstrument für den Kohleausstieg», so die Sprecherin Christine Herntier (zit. in: Interview Pagel 2019). Ihr Kollege, der Oberbürgermeister der Stadt Weißwasser, Torsten Pötzsch, ergänzte, dass seine Stadt mit einer halben Stelle für Wirtschaftsförderung die zusätzlichen Herausforderungen, wie zum Beispiel bei der Ideengenerierung und Beantragung neuer Förderprogramme, nicht leisten können. Zumal den Kommunen auch dort, wo sie vakante Stellen neu finanzieren können immer öfter die geeigneten Bewerber*innen fehlen, wie zum Beispiel bei der Position des Beigeordneten in den Landkreisen (ebd.).

Mit einer Investitionspauschale sollen neue Fachkräfte eingestellt werden, die Förderanträge stellen. Eine Kooperation von zwei Kommunen, die sich die Anstellung einer neuen Fachkraft teilen, wäre ebenfalls denkbar.

Die Investitionspauschale für Lausitzer Kommunen könnte auch genutzt werden, um durch neu eingestellte Fachkräfte die Kommunen zu stärken, sie fit für ihre Mitgliedschaft im oben genannten Aufsichtsgremium

zu machen und als Planungsstab und/oder Kontrollorgan oberhalb der Ebene der Landkreise zu etablieren.

Eine solche finanzielle Unterstützung ist umso wichtiger, als sich viele Gemeinden in der Lausitz in der Haushaltssicherung befinden. Sie sind derzeit nicht in der Lage, bestehende Förderprogramme anzuzapfen, da ihnen die Möglichkeit zur Kofinanzierung fehlt.

Hinzu kommt, dass die Haushalte der Kommunen Peitz, Cottbus, Welzow oder Spremberg immer noch und auch über weitere Jahre hinaus aufgrund der Steuerrückforderungen von Vattenfall aus den Jahren 2014 und 2015 auf eine Kürzungspolitik festgelegt werden. Vor dem Hintergrund sinkender Strompreise hatte das Unternehmen bilanzielle Wertberichtigungen vorgenommen und teilweise (für das Jahr 2015) oder vollständig (2014) im Voraus an die Kommunen gezahlte Gewerbesteuern zurückgefordert (Energate Messenger 2015; rbb 2016). Dies führte dazu, dass diese Kommunen keine Finanzmittel für längst geplante Investitionen haben und diese zurückstellen müssen; das gilt auch für die geplante Kofinanzierung von Förderprogrammen.

Es darf daher nicht sein, dass – wie angeblich derzeit durch das BMWi geschehen – nur Finanzwege für Strukturmaßnahmen vorgeschlagen wurden, die einen Länderanteil beinhalten wie die Bundeshilfen nach Artikel 104 Grundgesetz oder die bestehenden Förderprogramme. Die Länder könnten hier geneigt sein, sich ihrer Kofinanzierung von EU-Programmen zu entledigen, indem sie den Kofinanzierungsanteil wie gehabt an die Kommunen abwälzen.

Die ausschließliche Mittelvergabe über die «etablierten Player» würde die bestehenden Differenzen zwischen den Akteuren verstetigen. Somit würden sich innovative und transformative Ideen nicht zwingend durchsetzen, sondern es würde eher ein «weiter so» verfolgt. Beispielsweise könnten sich alte Eliten bei den Infrastrukturmaßnahmen weiter mit dem etablierten Vorrang Auto vor Schiene durchsetzen. Neue umweltfreundliche Mobilitätsideen und geschlossene Mobilitätskonzepte hätten das Nachsehen.

7.2 STRUKTURWANDELFINANZIERUNG ÜBER BUNDESMITTEL UND NICHT ÜBER LANDESMITTEL

Zukünftige Förderprogramme müssten auch der Tatsache Rechnung tragen, dass der Strukturwandel allein aus Bundesmitteln finanziert werden sollte. Ausgeschlossen werden sollte, dass der Bund die finanziellen Belastungen aus den Strukturmitteln einfach auf die Länder abwälzt. Dafür muss ein (neuer) Transferweg gefunden werden. Laut den Beschlüssen der Kohlekommission sollen die vom Strukturwandel betroffenen Länder in den kommenden 20 Jahren jährlich zwei Milliarden Euro Hilfen erhalten, 700 Millionen Euro davon sollen den Ländern über eine separate, «von der Haushaltslage unabhängige Finanzierungsmöglichkeit» für strukturpolitische Maßnahmen bereitgestellt werden (Zaremba/Schlandt 2019).

Laut Kohlekommission soll auf eine Mitfinanzierung durch Länder und Kommunen verzichtet werden (Kohlekommission 2019: 84). Selbst Kofinanzierungsanteile in EU-geförderten Maßnahmen sollen aus Bundesmitteln erbracht werden. Die Empfehlung zur ausschließlichen Bundesfinanzierung wird jedoch an anderen Stellen des Berichts wieder etwas relativiert (ebd.: 101). Inwieweit den Ländern und Kommunen letztlich eine gewisse Mitfinanzierung abverlangt wird, geht aus dem Bericht der Kohlekommission daher nicht eindeutig hervor und ist Kern der gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen dem Kanzleramt und den Ministerpräsident*innen.

Eine Kofinanzierung der Länder sei nicht verabredet worden, betonen die Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU), Rainer Haseloff (CDU) und Dietmar Woidke (SPD) in ihrem Schreiben vom 29. März 2019 (Wiedemann 2019). Die Position der drei ostdeutschen Ministerpräsidenten, dass die Strukturhilfen bis ins Jahr 2038 durch einen Staatsvertrag geregelt werden sollten und die Finanzierung über den Bund nicht infrage gestellt wird, ist daher zu unterstützen.

Dieser Staatsvertrag könnte aber auch alternative institutionelle Wege zur Verteilung der Strukturhilfen – jenseits des oben genannten Aufsichtsgremiums – aufzeigen.

7.2.1 Zuweisung der Mittel ausschließlich über die WRL

Das von den Staatskanzleien favorisierte Modell der Ausreichung von Fördermitteln sieht die Schaffung eines Aufsichtsgremiums aus Vertreter*innen von Bund, Ländern und Kommunen vor. Die Auswahl der Einzelprojekte, sofern nicht im «Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen» bereits enthalten, soll dann durch und über die WRL erfolgen nach einer Beteiligungsformel, die in der Zukunftswerkstatt Lausitz erarbeitet werden soll. Allerdings hat die Zukunftswerkstatt Lausitz derzeit keine konkreten Vorschläge diesbezüglich vorzuweisen. Sie steht zudem in der Kritik, zivilgesellschaftliche Initiativen und deren Ideen aus dem Dialog auszuschließen. Auch auf dieser Ebene bleibt also zu befürchten, dass die institutionelle Strukturierung der Ausreichung der Finanzmittel in politischen Hinterzimmern ausgeklungelt wird.

Die WRL versteht sich als arbeitsbereite Plattform, die künftige Entwicklungen im Auftrag und unter Mitwirkung der beiden Landesregierungen und der tragenden Landkreise strukturiert und so den Wandel gestaltet (WRL 2018; Interview Bork 2019). Nach Auffassung der Hausspitze artikuliert sie die Interessen der Bürgerschaft, da gewählte Parlamente ihr dazu den Auftrag gegeben haben. Angesichts dieser Linie mag so manche*r an alternative Formen der Bürgerbeteiligung, wie oben beschrieben, gar nicht glauben. Nicht zuletzt die Lausitzrunde lehnt den formulierten Alleinvertretungsanspruch der WRL ab. Die Kritiker*innen der WRL sehen in ihr nicht jene Kraft, die eine Transformation stemmen kann.

Es bleibt zu befürchten, dass die bisherige Funktion der WRL im Rahmen bestehender Förderprogramme einfach nur auf die Ebene der Gesamtlausitz skaliert wird. Die Wirtschaftsförderer der WRL suchen über Ideen- und Projektaufrufe konkrete teilregionale Ansätze und Projekte für neu eingerichtete «Strukturfördermittel Lausitz». Nach einem Auswahlprozess wird die WRL die Geschäftsführung des regionalen Empfehlungsgremiums übernehmen, ebenso das Projektmanagement des Förderprogramms wie auch die Beratung der Akteure. Die finanzielle Abwicklung würde dann wahrscheinlich über einen Landkreis erfolgen.

Bei einer ausschließlichen Auswahl von Einzelprojekten durch die WRL sollten die Vertreter*innen der Zivilgesellschaft über Mitglieder jener Landkreise, die Gesellschafter der WRL sind, sowie über Landtagsabgeordnete und Medien Druck machen, damit die eine oder andere der im vorherigen Abschnitt genannten Forderungen zur Verbesserung der Beteiligung der Zivilgesellschaft umgesetzt wird.

Ein Muss ist dabei die Forderung, ein Gremium zu schaffen, in welchem nicht nur Abgeordnete sitzen, sondern auch relevante Vertreter*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Diese sind an der Einzelmaßnahmenvergabe zu beteiligen und sollten darüber hinaus auch eine Kontrollfunktion ausüben. So soll zum einen die Bildung von «Beutegemeinschaften» verhindert werden und zum anderen die Einreichung unausgereifter Projekte.

7.2.2 Die LMBV-Lösung

Von einigen wird die «LMBV-Lösung» als operative Leistelle der Strukturmittelvergabe als Alternative zur WRL favorisiert. Bei der LMBV handelt es sich um die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungsgesellschaft. Sie ist gegenwärtig mit der Sanierung der Tagebaue und ihrer Hinterlassenschaften beauftragt, die nach 1990 nicht privatisiert werden konnten und dann stillgelegt wurden. Die LMBV könnte als eine ingenieurtechnische Projektmanagementgesellschaft bezeichnet werden. Eine Qualifikation, die sie in den Augen mancher dazu befähigt, auch Projekte im Strukturwandel der Lausitz insgesamt zu stemmen. Dabei würde die öffentliche Hand eine neue oder erweiterte LMBV gründen, die für den gesamten Strukturwandelprozess in der Funktion als Projektträger zuständig sein soll: von der Entwicklung des identitätsstiftenden Leitbilds über die Auswahl von Projektmaßnahmen bis hin zu deren Umsetzung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Tatsächlich hat die LMBV langjährige Erfahrung im Umgang mit großen Förderprogrammen und -summen. Sie könnte unter ihrem Dach alle (zivilgesellschaftlichen) Initiativen und Institutionen bündeln. Ihr könnte die WRL unterstellt sein und sie könnte die Auswahl der Projekte vornehmen. Die LMBV-Lösung soll gewährleisten, dass neue, transformative Strukturen und impulsgebende Einheiten mit unkonventionellem Zugang zu Ressourcen gefunden werden.

Dagegen spricht für etliche andere Akteure, dass die LMBV aufs Engste mit der alten Welt der Braunkohle verbandelt ist. Für die meisten LMBV-Angestellten, so wurde in Gesprächen deutlich, scheint eine Lausitz ohne Braunkohleverstromung kaum vorstellbar. Im Unternehmen selbst hält sich die Begeisterung für das

LMBV-Modell ohnehin in Grenzen. Die beiden Lausitzbeauftragten scheinen sich dagegen eine LMBV-Lösung vorstellen zu können und halten diese beim aktuellen Pokern um die Rahmengesetzgebungsverfahren im Spiel (LR 2019). Der Ausgang ist derzeit noch ungewiss.

8 KOMMENTARE ZUM AKTUELLEN STAND DER UMSETZUNG

Die Kohlekommission hatte empfohlen, die Eckpunkte für das Maßnahmenengesetz zur strukturpolitischen Flankierung des Kohleausstiegs, das in einem Staatsvertrag zwischen dem Bund sowie den betroffenen Ländern und Kommunen umgesetzt werden soll, in Abstimmung mit den Ländern bis zum 30. April 2019 vorzulegen. Anfang April hat das BMWi der Presse zufolge diese Eckpunkte tatsächlich zur Abstimmung mit den Bundesländern und den anderen Ressorts verschickt. Bis zur Sommerpause soll das entsprechende «Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen» beschlossen werden. In der zweiten Jahreshälfte soll ein Gesetz zur Regelung der Abschaltung der Kraftwerke und Tagebaue folgen (Traufetter 2019). Die Vorbereitungen des Gesetzes werden – was die Lausitz angeht – durch das BMWi und die sächsischen und brandenburgischen Staatskanzleien geführt (Sächsische Staatskanzlei 2019). Ähnlich wie die Länder hat das BMWi auch ein neues Referat Strukturwandel in den Kohleregionen geschaffen, welches mit sechs Vollzeitstellen besetzt werden wird (BMWi 2019: Frage 3).

Einige Publikationen lassen erahnen, dass sich das ursprünglich für den 30. April 2019 vorgesehene Strukturstärkungsgesetz noch bis zur Sommerpause verzögern könnte. Mit der notwendigen Gesetzgebung im Energiebereich wurde auch im April 2019 erst bis zum Ende des Jahres 2019 gerechnet (ebd.).

Im Abschnitt 5.1 wurde neben den Aussichten für die Region auch auf die Geschichte der Lausitz als Energieregion eingegangen und dargestellt, dass neben der Braunkohle Firmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien wie Vestas und der Fahrzeugtechnologie wie Bombardier und Accumotive sich in der Nieder- und der Oberlausitz angesiedelt haben. Insofern ist für die Lausitz der Begriff «Energieregion» in Bezug auf die Vergangenheit, aber durchaus auch für die Zukunft angebracht und verwendbar. Doch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Strom eben bisher vor allem aus den fossilen Braunkohlereserven stammt. In einem einmaligen Pilotvorhaben will nun BASF Schwarzheide, gemeinsam mit der Mitteldeutschen Netzgesellschaft Strom, regional erzeugten Strom in einer Größenordnung von 350 MW installierter Leistung aus den erneuerbaren Energien im unmittelbaren Umfeld des Werkes durch den Neubau einer Hochspannungsleitung direkt nutzen. Die Leistungen aus den regionalen Wind- und Solaranlagen werden direkt an die Erstnutzer im Industriepark Schwarzheide geleitet und parallel dazu der Stromanteil aus den konventionellen Kraftwerken reduziert. Durch die Flexibilität soll der Strom günstiger werden (Siegel 2019). Auch wenn dies noch Zukunftsmusik ist, so zeigt es doch an, dass die sogenannten Reallabore mithilfe von Großindustrien, mutigen Partnern und begleitender Forschung vorangetrieben werden können.

Doch muss gleichzeitig davor gewarnt werden, den Begriff «Reallabore» nicht überzustrapazieren. Sie dürfen nicht als Feigenblatt für solche Initiativen gelten, bei denen es den Projektentwickler*innen vorrangig um das Abgreifen von Fördergeldern durch möglichst hochtrabende Ideen und nebulöse Formulierungen geht. Das Land Brandenburg hat mit solchen Investitionen schon Schiffbruch in Milliardenhöhe erlitten. Genannt sei hier nur exemplarisch das Unternehmen Cargolifter, dessen Insolvenz zur Errichtung der Freizeiteinrichtung «Tropical Islands» in der ehemaligen Luftschiffhalle, der größten freitragenden Halle Europas, diente (Budras 2015). Reallabore sollten immer die Ausnahme von der Regel sein und bleiben – Experimentierphasen für die lediglich eine Zeitlang Ausnahmeregelungen gelten. Sie dürfen nicht zur Norm werden und sollten jederzeit von der Zivilgesellschaft kontrolliert werden können.

Dabei ist zu beachten, dass «Just Transition» eben auch den Aspekt der gerechten und guten Bezahlung beinhaltet. Sonderwirtschaftszonen, wie sie in den Projektlisten der Braunkohleländer auftauchen (Kohlekommission 2019: 132), die Beschäftigtenrechte beschneiden und gute, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse unterminieren, darf es nicht geben. Genauso sind verringerte Umweltstandards sowie eingeschränkte Beteiligungsrechte oder Klagerechte für Bürger*innen abzulehnen.

Im Gegenteil: Die Vergabe von Leistungen an die vorwiegend regionalen Betriebe im Rahmen der neuen Investitionen sollten an Tarifverträge und eine umweltfreundliche Beschaffung (*green procurement*) geknüpft werden. Staatliche oder gesetzliche Vorgaben, die lokal durch die Regierung oder Privatwirtschaft vorgegeben werden (*local content rules*), sollten dahingehend verändert werden, dass nicht automatisch immer der billigste Anbieter gewählt wird, sondern – nach Abwägung von Kosten und gesellschaftlichem Nutzen – immer der günstigste und damit andere gesellschaftliche Zielstellungen gleichrangig verfolgt werden können.

Wie das Beispiel des Ortes Nebelschütz zeigt, lohnt es sich für Kommunen, neben einer guten Politik der Daseinsvorsorge auf ein gutes Miteinander der Einwohner*innen zu achten. Auch dies kann aktive Beschäftigungspolitik sein.

Jene Mehrkosten, die gegebenenfalls dadurch entstehen, dass das Braunkohlegeschäft absehbar endet und dadurch die Werthaltigkeit der vom Bergbauunternehmen gebildeten Rückstellungen abnimmt, dürfen nicht beim Landeshaushalt landen. Damit Kosten der Wiedernutzbarmachung nicht die Steuerzahler*innen zu tragen haben, müssen zunächst die bergbaulichen Rückstellungen durch die unverzügliche Bildung von Sondervermögen – in einer dem Ziel der Wiedernutzbarmachung angemessenen Höhe und durch dessen

Verpfändung an das Land – bzw. durch die entsprechende Bildung von Sicherheitsleistung werthaltig und insolvenzfest gemacht werden. Dabei sollte insbesondere die Möglichkeit geprüft werden, Sicherheitsleistungen in voller Höhe von der LEAG und dem vormaligen Eigentümer Vattenfall gemeinschaftlich einzufordern, was im Rahmen der Fünfjahresfrist nach Unternehmensumwandlungen möglich sein könnte.

Bei der Weiterentwicklung der betroffenen Reviere zu «zukunftsfähigen» Energieregionen (Kohlekommission 2019: 107) ist zu beachten, dass die Zukunft der Energieversorgung nicht nur von Großbetrieben für Großbetriebe im B2B-Geschäft besteht, sondern dass auch dezentrale, kleinteilige Strukturen förderungswert und -würdig sind. Der Begriff der Energieregion von heute ist geprägt von der Kohlewirtschaft. In Zukunft muss er mit anderen Inhalten gefüllt werden: dezentral, smart, erneuerbar.

Ein Festhalten an der althergebrachten Kohlenstoffwirtschaft scheint verführerisch, und im Kommissionsbericht tauchen etliche Vorschläge auf, die den weiteren Abbau der Braunkohle ermöglichen sollen. Eine solche «CO₂-Wirtschaft» kann nicht als nachhaltiger Beitrag zum Strukturwandel gelten. CCS (die Abscheidung und unterirdische Verpressung von CO₂) oder die stoffliche Nutzung der Braunkohle sind nicht in Einklang mit einer Vision von nachhaltiger Entwicklung zu bringen. Denn sie führen weiter zur Vernichtung von Lebensraum und zum Vergeuden wertvoller Energie. Zudem steht der finanzielle Aufwand in einem schlechten Verhältnis zum Nutzen. Lebenszyklusemissionen aus braunkohlebasierten Produkten sind stets höher als die vergleichbarer, auf Erdöl- oder Erdgasbasis hergestellter Produkte (ebd.: Anhang 5).

Die Besonderheiten der sorbischen und wendischen Kultur zu erhalten und zu fördern ist nicht nur ein Wert an sich, welcher der Verbesserung der lokalen Lebensbedingungen und der Bildung aller, die an der sorbischen Sprache interessiert sind und sie sprechen wollen, dient. Da Sorbisch als slawische Sprache mit dem Polnischen und Tschechischen verwandt ist und insbesondere von diesen Bevölkerungsgruppen einfach zu erlernen ist, können sich auch Menschen aus Tschechien und Polen heimischer fühlen. Es ist also nicht nur so, dass Maßnahmen zur Stärkung der sorbisch/wendischen Kultur den Tourismus ankurbeln und damit sinnvoll Infrastruktur- und Wirtschaftsförderungsmaßnahmen in dem Bereich ergänzen. Vielmehr wird mit der Stärkung dieser Minderheit und ihrer Bräuche eine Brücke zu den Nachbarstaaten und ihren Bevölkerungen geschlagen.

Insgesamt bleibt zum Schluss zu sagen, dass auch nach dem Ende der Kohlekommission und nach den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen eine Form des Dialoges zum Strukturwandel gefunden werden muss, etwa in einem integrativen, die Landesgrenzen übergreifenden Leitbildprozess. Sinnvolle infrastrukturelle Maßnahmen müssen schnell umgesetzt werden; die Wirtschaftsförderung muss effektiv und effizient gestaltet werden und schnell Früchte tragen. Nur so können die Lausitzer*innen motiviert werden, sich zu engagieren. Ein Verschleppen dieser Dynamik könnte wieder eine Negativspirale in Gang setzen und die antidemokratischen Kräfte stärken.

Es ist wichtig, dass die Menschen möglichst schnell sehen, dass sich etwas für ihre Zukunft tut und dass sie Teil einer positiven Entwicklung sein können, wenn sie sich engagieren.

9 ZUSAMMENFASSUNG

Die Erderwärmung schreitet voran und muss gestoppt werden. Aus diesem Grund besteht kein Zweifel daran, dass ein Ausstieg aus der besonders klimaschädlichen Braunkohleverstromung überfällig ist. Technisch, ökonomisch und politisch ist er auch machbar. So notwendig dieser Ausstieg ist, so klar ist auch, dass die möglichen negativen ökonomischen Folgen für die Kohleregionen diskutiert und bewältigt werden müssen. Aufgabe der Politik ist es, den in Teilen ihrer Wertschöpfung beraubten Regionen, den von Arbeitsplatzverlust direkt bedrohten Beschäftigten sowie den in vor- und nachgelagerten Bereichen Tätigen eine neue Perspektive zu bieten. Dies muss durch struktur- und beschäftigungspolitische Maßnahmen gesichert werden.

Die Lausitz wird als peripher und ländlich eingestuft und trotz stetigen Wirtschaftswachstums in einigen Kreisen weist sie gemessen am Bundesdurchschnitt immer noch eher schwache wirtschaftliche Strukturdaten auf. Dies zeigt sich unter anderem im bundesweiten Vergleich in einer unterdurchschnittlichen Wertschöpfung und überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten. Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung der sechs Landkreise und der kreisfreien Stadt Cottbus, die zur Lausitz gezählt werden, erreicht nur zwischen 60 und 87 Prozent des Bundesdurchschnitts. Die Arbeitsentgelte sind niedrig, der Landkreis Görlitz belegt sogar beim mittleren Bruttoentgelt bundesweit den letzten Platz von 401 Kreisen.

Die Bevölkerung der Lausitzkreise schrumpfte zwischen 1995 und 2016 um 18,6 Prozent, auch wenn sie in dem teilweise im Speckgürtel von Berlin liegenden Landkreis Dahme-Spreewald wuchs. Für die Zukunft ist in der Lausitz mit einem weiteren Rückgang und mit einer weiteren Verschiebung der demografischen Struktur zu rechnen. Bereits heute mangelt es in der Region an jungen Leuten. Die Arbeitsverwaltung hat bereits Fachkräfteengpässe – insbesondere in einigen Branchen des verarbeitenden Gewerbes und in nicht-medizinischen Heilberufen – und nicht mehr besetzbare offene Stellen in allen Branchen als problematisch beschrieben.

Der Anfang des Jahres vorgelegte Abschlussbericht der Kohlekommission sieht bis spätestens 2038 die unwiderrufliche Stilllegung der deutschen Stein- und Braunkohlekraftwerke vor. Dies betrifft in der Lausitz drei Kraftwerksstandorte und vier Tagebaue.

Derzeit arbeiten in den Lausitzer Braunkohletagebauen und -kraftwerken etwa 7.000 Menschen. Gegenüber 79.000 Beschäftigten im Jahr 1989 stellt dies bereits einen gewaltigen Rückgang dar. Zu den direkt in der Braunkohleindustrie Beschäftigten kommen noch Arbeitskräfte in Zulieferbetrieben und bei Dienstleistern. Nach Schätzung der Autor*innen dieser Studie hängen in der Lausitz insgesamt 10.000 bis 16.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Braunkohle

ab, also etwa 1,9 bis drei Prozent aller Erwerbstätigen. Dies scheint wenig, allerdings handelt es sich im Bergbau um gut bezahlte und mitbestimmte Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung, die in der Region Mangelware sind.

Die Kohlekommission hat keine konkreten Abschalttermine für Kraftwerkskapazitäten in der Lausitz genannt. Vereinbart wurde jedoch – im Lausitzer Revier über bereits feststehende Stilllegungen hinaus –, bis 2022 keine weiteren Abschaltungen vorzunehmen. Hierin unterscheidet sich die Lausitz vom Rheinland, wo bis zu diesem Zeitpunkt bereits Abschaltungen im Umfang von 3,1 Gigawatt erfolgen sollen. Geht man davon aus, dass die gesetzliche bzw. vertragliche Umsetzung der Empfehlungen so erfolgt, dass die Stilllegungen bundesweit stetig erfolgen und sich am Alter der Kraftwerksblöcke orientieren, lässt sich für die Braunkohlemeiler in erster Näherung ein bundesweiter Abschaltplan erstellen. Würde dieser wirksam werden, käme es in der Lausitz erst ab 2027 zu Abschaltungen, die auf die Kohlekommission zurückgehen. Nach Schätzung dieser Studie würde der Großteil der Lausitzer Braunkohlearbeitsplätze erst zwischen 2029 und 2035 verschwinden. Daher ist anzunehmen, dass betriebsbedingte Kündigungen bei der LEAG und ihren Tochterunternehmen voraussichtlich auszuschließen sind. Aufgrund des hohen Durchschnittsalters der Beschäftigten der LEAG wird der Rückgang der Braunkohle sehr häufig in Einklang mit dem regulären Ende der Berufstätigkeit der Mitarbeiter*innen stehen. Falls notwendig, kann ein weiterer Teil der Beschäftigten unter Inanspruchnahme von Sonderregelungen für Bergleute direkt in den Ruhestand wechseln. Drittens wird der Bereich der bergbaulichen Nachsorge dauerhaft Arbeitskräfte binden.

Auch unter Berücksichtigung des stark wachsenden Fachkräftemangels in der Region besteht die eigentliche Herausforderung für die Lausitz daher weniger in der zahlenmäßigen Beschäftigungssicherung, sondern darin, attraktive, gut bezahlte und tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsplätze für die nächste Generation in anderen Bereichen zu schaffen und die Wirkungen des Kohleausstiegs auf vor- und nachgelagerte Betriebe und Dienstleister abzufedern. Für Letztere sollte die Gründung einer regionalen Entwicklungsgesellschaft mit mehrheitlich öffentlichen Anteilseignern angedacht werden.

Strukturwandel kann nicht von außen verordnet werden. Damit er gelingt, müssen Unternehmen und Bevölkerung vor Ort aktiv an der Entwicklung von Konzepten beteiligt sein. Mit der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH und der als freiwilliges Bündnis aus kommunalen Vertreter*innen konzipierten Lausitzrunde gibt es bereits in der Lausitz verankerte kommunale Akteure zur Regionalentwicklung. Daneben haben sich auch Akteure aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft

unter anderem in der Innovationsregion Lausitz oder den Lausitzer Perspektiven organisiert, um den Strukturwandel in der Lausitz mitzugestalten. Weitere maßgebliche Akteure sind die Industrie- und Handelskammern Cottbus und Dresden, das Zentrum für Dialog und Wandel der Evangelischen Kirche, die Grüne Liga e. V., die Gewerkschaften sowie die Vertretungen der Sorb*innen und Wend*innen.

Für eine kohärente Strategie zur Regionalentwicklung und das effektive Regionalmarketing sind Leitbilder zentral. Diese müssen das industrielle Selbstverständnis der Region, aber auch ihre Ländlichkeit und periphere Lage widerspiegeln und ihre Stärken und Schwächen adressieren. Notwendig, aber durch die aktuellen Formate und den politisch erzeugten Zeitdruck im Gesetzgebungsprozess nicht gesichert, ist ein breiter gesellschaftlicher Dialog, an dem alle Lausitzer*innen mitwirken können. Gerade die zivilgesellschaftlichen Akteure kritisieren den Mangel an echter Beteiligung bei der derzeitigen Gestaltung des Strukturwandelprozesses durch die Landesregierungen und beauftragten Institutionen. Wesentliche Vorentscheidungen fallen selbst an den Landesparlamenten vorbei.

Ein bereits etabliertes Leitbild ist die Lausitz als Energieregion, mit langjähriger Erfahrung in Energieprojekten und zukünftig mit einem stärkeren Fokus auf erneuerbaren Energien, Systemdienstleistungen und Speichertechnologien. Das komplementäre Leitbild der Lausitz als grüne Region der Seen würde die besonderen Naturräume der Region inklusive rekultivierter Tagebaue für den Tourismus wie auch als «weichen Standortfaktor» weiterentwickeln und mit ökologisch ausgerichteter Land- und Forstwirtschaft verknüpfen. Zusätzlich sollten die Potenziale der Lausitz zum Beispiel auf dem Feld der Automatisierung, in Form einer Vision von einer freundlichen, weltoffenen, modernen innovativen Industrie- und Dienstleistungsregion aufgegriffen und geformt werden. Hierzu gehört zum Beispiel der Neuaufbau von Forschungseinrichtungen und Bundesbehörden, aber auch die Kultur- und Kreativwirtschaft. Identitätsstiftend und für die Entwicklung der Region förderlich dürften auch Bezüge auf die sorbisch-wendische Kultur sein. Umtriebe der radikalen Rechten stellen dabei allerdings ein Entwicklungshemmnis dar.

Zur Regionalentwicklung gehört ferner die Verbesserung der Infrastruktur. Dazu zählt eine bessere Verkehrsanbindung zu Ballungsräumen und industriellen und universitären Zentren nach Berlin und Dresden bis hin nach Polen und Tschechien sowie eine flächende-

ckende Versorgung mit schnellem Internet. Zur Infrastruktur im weiteren Sinne gehören auch kulturelle und Freizeitangebote, Schulen und Kitas mit hoher Qualität, Sportangebote und andere investive Maßnahmen. Bisher war schon der Erhalt der bestehenden kommunalen Infrastruktur aufgrund der schrumpfenden Bevölkerung eine Herausforderung. Die zukünftige Bereitstellung von Bundesmitteln eröffnet nun aber neue Chancen, die Attraktivität der Region zu steigern und damit zur Abfederung des demografischen Wandels auf die Ansiedlung neuer, gut ausgebildeter Fachkräfte hinzuwirken bzw. alles zu tun, um die in der Region ausgebildeten Fachkräfte zu halten.

Gemäß den Absprachen im Zuge der Kohlekommission sollen 18 der insgesamt 40 Milliarden Euro aus Bundesmitteln in die Lausitz fließen. Eine Investitionspauschale für Lausitzer Kommunen sollte diese in die Lage versetzen, Ideen zu generieren und Fördermittel zu beantragen. Derzeit fehlt es den vielfach in der Haushaltssicherung befindlichen Kommunen dazu an Personalstellen und Eigenmitteln. Aber auch die Zivilgesellschaft muss in die Lage versetzt werden, maßgeblich auf die grundsätzliche Orientierung und den Einsatz von Fördermitteln Einfluss zu nehmen sowie Zugang zu den Strukturfördermitteln zu erhalten. Wichtige Instrumente dazu wären durch die Landesregierungen zu unterstützende Multi-Stakeholder-Dialoge, die Integration aller regionalen Akteure in die von der Wirtschaftsregion Lausitz organisierte Zukunftswerkstatt Lausitz und die Einrichtung eines Fonds Zivilgesellschaft. Auch über bürgerpartizipative Formate wie «Erzählalons» kann eine Strukturentwicklung von unten angestoßen werden.

Für den weltweiten Klimaschutz hat der deutsche Ausstieg aus der Kohleverstromung eine wichtige Signalwirkung. Die zukünftig bereitgestellten Finanzmittel sind für die Lausitz eine gute Voraussetzung für einen erfolgreichen Wandel, obgleich sie gemessen an den reinen Beschäftigungswirkungen des Kohleausstiegs immens erscheinen. Werden die Mittel unter echter Beteiligung der Bevölkerung für zukunftsfähige Projekte eingesetzt, kann der Prozess dazu motivieren, den Kohleausstieg im Revier als Chance statt als Gefahr zu begreifen. Bürger*innen würden motiviert, sich aktiv an der Formung einer lebenswerten Lausitz zu engagieren, statt den Wandel als einen von außen auferlegten Zwang wahrzunehmen. So könnte der Kohleausstieg eine Leuchtturmwirkung für viele andere Regionen und Sektoren entwickeln, denen ein vergleichbarer Strukturwandel aus Klimaschutzgründen ebenfalls bevorsteht.

LITERATUR

A

Ackerbauer, Thorsten (2019): Vorsorge Tagebaue Zeitleiste, Diskussionspapier, Dresden.

Agora Energiewende (2017): Eine Zukunft für die Lausitz. Elemente eines Strukturwandelkonzepts für das Lausitzer Braunkohlerevier, Berlin, unter: www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2017/Strukturwandel_Lausitz/Agora_Impulse_Strukturwandel-Lausitz_WEB.pdf.

Arbeitskreis VGR der Länder (o. J.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder VGRdL, unter: www.statistik-bw.de/VGRdL/.

Arepo Consult (2017): Arbeitsplätze in Braunkohleregionen – Entwicklungen in der Lausitz, dem Mitteldeutschen und Rheinischen Revier. Kurzstudie für die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin, unter: www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/energie/PDF/APBK-Kurzstudie.pdf.

Arepo Consult (2019): Präsentation Arepo Consult beim Meeting in Cottbus am 11.2.2019.

B

BASF – Badische Anilin- & Soda-Fabrik (o. J.): Sportclub, unter: www.basf.com/de/de/company/about-us/sites/Schwarzheide/Sportclub.html.

Berger, Wolfram/Schnellenbach, Jan (2017): Strategien für die Forschungslandschaft Lausitz im Strukturwandel Gutachten im Auftrag des Lausitzer Perspektiven e. V., Cottbus.

Berkel, Manuel (2018): Forscher modellieren Speicherkraftwerk für die Lausitz, in: *energate messenger*, 16.7.2018, unter: www.energate-messenger.de/news/184630/forscher-modellieren-speicherkraftwerk-fuer-die-lausitz.

Berkner, Andreas (2014): Das Leipziger Neuseenland. Neue touristische Angebote zwischen Gewässerverbund, Wassersport und Industriekultur, Vortrag für die IHK Leipzig, unter: www.leipzig.ihk.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/SOP/Regional-_und_Stadtentwicklung/Leipziger_Neuseenland/In_die_Zukunft_se_h_en_-_Aktuelle_Stunde_zum_Leipziger_Neuseenland_21.02.2014/2014-02-21_TOP1_LNSL_Ueberblick_Prof__Berkner.pdf.

BMWi (2019): Antwort auf die kleine Anfrage der Grünen betreffend der «Umsetzung der Ergebnisse der Kohlekommission», Drucksache 19/8205 vom 27.3.2019, unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/089/1908916.pdf>.

Budras, Corinna (2015): Hochfliegende Träume, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.12.2015, unter: www.faz.net/aktuell/finanzen/aktien/hochfliegende-traeume-fuehrten-bei-cargolifter-in-die-insolvenz-13963312.html.

Bundesagentur für Arbeit (2018): Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte (Jahreszahlen), Stichtag 31.12.2017, unter: https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_300648/SiteGlobals/Forms/Rubriken-suche/Rubriken-suche_Form.html?view=processForm&pageLocale=de&topicId=746742.

Bundesagentur für Arbeit (o. J.): Arbeitslosenquoten (Monatszahlen und Jahresdurchschnitt). Deutschland und Regionen 2017.

Buttermann, Hans Georg/Baten, Tina (2011): Die Rolle der Braunkohlenindustrie für die Produktion und Beschäftigung in Deutschland. Untersuchung im Auftrag des DEBRIV, EEFA, Münster/Berlin.

C

Cebra (Hrsg.) (2014): Empfehlungen zur Verbesserung von Ansiedlungsbedingungen in Industrieparks der Energieregion Lausitz, Studie im Auftrag der Vattenfall Europe Generation AG und der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH, Cottbus.

D

Dehio, Jochen/Schmidt, Torsten (2019): Gesamt- und regionalwirtschaftliche Bedeutung des Braunkohlensektors und Perspektiven für die deutschen Braunkohleregionen, in: *Zeitschrift für Energiewirtschaft* 1/2019, S. 11–25.

Destatis (2018): Bruttostromerzeugung in Deutschland, unter: www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Energie/Erzeugung/Tabellen/bruttostromerzeugung.html.

DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund (2018): Klima, Energie, Mobilität – den Wandel gerecht gestalten, unter: www.dgb.de/++co++1b102946-582d-11e8-a4bc-52540088cada/Ae001-zu-C011-Klima-Energie-Mobilitaet-Den-Wandel-gerecht-gestalten.pdf.

DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund (2019): Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung: Echte Erfolge – echte Lasten, Blitzinformation zum Abschlussbericht, 28.1.2019, unter: www.dgb.de/themen/++co++e1803b3e-22df-11e9-8258-52540088cada.

DIE LINKE (2019): Protokoll des Treffens der LINKEN, 14.1.2019, Cottbus.

DIE LINKE Brandenburg (2019): Für eine l(i)ebenswerte Lausitz. 11 Thesen für den weiteren Strukturwandelprozess in der Lausitz, Diskussionspapier, unter: www.google.de/url?sa=t&rc=1&u=https%3A%2F%2Fwww.linksfraktion-brandenburg.de%2Ffileadmin%2Fdateien%2Fdownload%2Fpublikationen%2Fsonderformate%2F20190116_Lausitzpapier_LINKE.pdf&usq=AOvVaw2kDBP31_I5jh5EHFq4Fu08.

DOSB – Deutscher Olympischer Sportbund (2016): Bundesstützpunkte-Nachwuchs und Bundesstützpunkte, unter: https://cdn.dosb.de/user_upload/Leistungssport/Dokumente/Bundesstuetzpunkte_Laender_01.pdf.

DOSB – Deutscher Olympischer Sportbund (o. J.): Olympiastützpunkte, unter: www.duale-karriere.de/karriere-partner/olympiastuetzpunkte.

dpa – Deutsche Press-Agentur (2002): Cottbus freut sich auf neue Bundesbehörde, in: Lausitzer Rundschau, 19.12.2002, unter: www.lr-online.de/nachrichten/wirtschaft/cottbus-freut-sich-auf-neue-bundesbehoerde_aid-3418178.

DUH/E3G (2016): Endbericht Lausitz Scoping Studie, November 2016.

E

EKBO – Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (o. J.): ZDW – Zentrum für Dialog und Wandel, unter: <https://zdw.ekbo.de/startseite.html>.

Energate Messenger (2015): Vattenfall fordert Gewerbesteuer zurück, 12.8.2015, unter: www.energatemessenger.de/news/156971/vattenfall-fordert-gewerbesteuer-zurueck.

Energie und Management (2017): Power-to-Gas für die Lausitz, 2.11.2017, unter: www.energie-und-management.de/nachrichten/detail/power-to-gas-fuer-die-lausitz-122009.

F

Farhauer, Oliver/Kröll, Alexandra (2009): Die Shift-Share-Analyse als Instrument der Regional- und Clusterforschung, Passauer Diskussionspapiere, Nr. V-59-09, unter: www.wiwi.uni-passau.de/fileadmin/dokumente/lehrstuehle/wilhelm/pdf/Shift-Share_neu.pdf.

Foerderdata (2018): Förderstopp im Brandenburger 1.000-Speicher-Programm, 20.9.2018, unter: www.foerderdata.de/foerderstopp-im-brandenburger-1000-speicher-programm.

Fonds Zivilgesellschaft Lausitz (2018): Lausitzer Perspektiven und Zentrum für Dialog und Wandel 12/2018, unter: https://zdw.ekbo.de/fileadmin/ekbo/mandant/zdw.ekbo.de/2019_01_17_Fonds_Zivilgesellschaft_Lausitz_01_2019_LP_EKBO_V00.pdf.

Forbio (2018): Fostering sustainable feedstock production for advanced biofuels on underutilised land in Europe, 15.5.2018, unter: http://seemla.eu/wp-content/uploads/2018/06/6-FORBIO_SEEMLA-Symposium.pdf.

Fornefeld, Martin/Windolph, Andreas (2012): Entwicklungskonzept Brandenburg – Glasfaser 2020, MICUS Management Consulting GmbH, Düsseldorf, unter: https://mwe.brandenburg.de/media/bb1.a.3482.de/Abschlussbericht_Entwicklungskonzept_Glasfaser_2020_kompl.pdf.

Forum Zivilgesellschaft (2019): Protokoll der Diskussion im Forum Zivilgesellschaft, 1.3.2019, Weißwasser.

G

Gemeinde Schipkau (o. J.): Innovativer Energieort, unter: www.gemeinde-schipkau.de/seite/95699/innovativer_energieort.html.

GL – Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg (o. J.): Regionale Energiekonzepte, unter: <https://gl.berlin-brandenburg.de/landesplanung/themen/energie/regionale-energiekonzepte-398077.php>.

Göldner, Igor (2018): Autobahn-Amt: Sitze in Stolpe und Cottbus, in: Märkische Allgemeine, 20.4.2018, unter: www.maz-online.de/Nachrichten/Wirtschaft/Autobahn-Amt-Sitze-in-Stolpe-und-Cottbus.

GTAI – Germany Trade and Invest (o. J. a): Entwicklungsprojekte, unter: www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Projekte-Ausschreibungen/entwicklungsprojekte.

GTAI – Germany Trade and Invest (o. J. b): Internationale Märkte, unter: www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte.html.

H

Heinbach, Katharina/Rupp, Johannes/Hirschl, Bernd/Knoefel, Jan (2017): Mehrwert einer regionalen Energiewende im Lausitzer und im Rheinischen Revier. Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale durch den Ausbau von Photovoltaik und Windenergie, Berlin.

Heitmann, Clemens/Fiedler, Matthias/Müller, Sebastian (2010): Entstehung, Entwicklung und Bedeutung der Lausitzer und mitteldeutschen Braunkohlenindustrie im Spiegel ihrer Überlieferung im Bergarchiv Freiberg, in: Archiv und Wirtschaft 1/2010, unter: www.wirtschaftsarchive.de/veroeffentlichungen/zeitschrift/aufsatz_heitmann.pdf.

Hillebrand, Elmar (2016): Branchenanalyse Rohstoffindustrie, hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Study Nr. 315, Berlin, unter: www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_315.pdf.

Hilscher, Andrea (2018): Lausitzer Zukunft auf dem Wasser, in: Lausitzer Rundschau, 15.2.2018.

Hobohm, Jens/Berewinkel, Jan/Borchardt, Andreas/Mellahn, Stefan/Peter, Frank/Sakowski, Fabian (2012): Untersuchung der energiestrategischen und regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der im Rahmen der systematischen Weiterentwicklung der Energiestrategie des Landes Brandenburg untersuchten Szenarien in zwei Leistungspaketen, Prognos, Berlin, unter: www.prognos.com/uploads/tx_atwpubdb/120130_Prognos_Energiestrategie_Brandenburg.pdf.

Hobohm, Jens/Koepp, Marcus/Krampe, Leonard/Mellahn, Stefan/Peter, Frank/Sakowski, Fabian (2011): Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland, Prognos, Berlin, unter: www.prognos.com/uploads/tx_atwpubdb/110900_Prognos_Vattenfall_Studie_Braunkohle_Ostdeutschland_lang.pdf.

I

IHK Cottbus (o. J.): Mitarbeiter-Organigramm, unter: www.cottbus.ihk.de/blob/cbihk24/servicemarken/ueber_uns/mitarbeiter/4110242/68bc192a896cba712e27eaa457a9bbce/Organigramm-als-PDF-data.pdf.

IHK Dresden (o. J.): Ihre IHK, unter: www.dresden.ihk.de/servlet/portal?knoten_id=2840.

Interview Bork (2019): Interview mit Torsten Bork, Geschäftsführer der WRL, über die zukünftige Ausrichtung der Wirtschaftsregion Lausitz, 14.1.2019.

Interview Eisele/Hahn/Rothe (2019): Interview mit Willi Eisele, Christoph Hahn und Paul Rothe von der IG Metall, 30.1.2019.

Interview Freytag (2019a): Interview mit Klaus Freytag, Lausitz-Beauftragter des Ministerpräsidenten Brandenburgs Dietmar Woidke, 1.1.2019.

Interview Freytag (2019b): Interview mit Klaus Freytag, Lausitz-Beauftragter des Ministerpräsidenten Brandenburgs Dietmar Woidke, 30.1.2019.

Interview Hahn (2019): Diskussion mit Christoph Hahn, Gewerkschaftssekretär für Wirtschafts- und Strukturpolitik in der Bezirksleitung der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen, 27.2.2019.

Interview Lange (2019): Interview mit Hans Rüdiger Lange, Geschäftsführer der Innovationsregion Lausitz, 29.1.2019.

Interview Pagel (2019): Interview mit Diethelm Pagel, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Kreistag Spree-Neiße, Weißwasser, 1.3.2019.

Interview Schmidt (2019): Interview mit Dagmar Schmidt, Vorstands- und Gründungsmitglied der Lausitzer Perspektiven, 21.1.2019.

Investitionsbank des Landes Brandenburg (o. J.): 1000-Speicher-Programm, unter: www.ilb.de/de/wirtschaft/zuschuesse/1000-speicher-programm/.

IÖR – Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (2018): «Stadt auf Probe» – Kreative und Selbstständige können vier Wochen lang das Wohnen und Arbeiten in Görlitz testen, Pressemitteilung, 19.9.2018, unter: www.ioer.de/presse/einzel-2018/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=401&cHash=211d30e0d2d1e7c80a312e2055424db2.

iRL – Innovationsregion Lausitz (o. J. a): Wer wir sind, unter: www.innovationsregionlausitz.de/.

iRL – Innovationsregion Lausitz (o. J. b): Neue Kooperationsnetzwerke entwickeln, unter: www.innovationsregionlausitz.de/.

ISW/IHU – Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung/Gesellschaft für Ingenieur-, Hydro- und Umweltgeologie (2015): Regionalwirtschaftliche Effekte der Nutzung von Braunkohle unter Berücksichtigung als Chemierohstoff. Studie, Halle.

J

Jensen, Oliver (2018): 1860, Uerdingen und Cottbus: Drittliga-Aufsteiger auf der Überholspur, in: ran, 28.5.2018, unter: www.ran.de/fussball/dritte-liga/news/1860-uerdingen-und-cottbus-drittliga-aufsteiger-auf-der-ueberholspur-101473.

K

Kagelmann, Kathrin/Mertsching, Antonia/Schultze, Mirko (2018): Erneuerbar ist nicht genug. 15 Thesen für einen Strukturwandelprozess in der Lausitz, hrsg. von der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, unter: www.kathrin-kagelmann.de/wp-content/uploads/2018/11/201811_Brosch_LausitzThesen.pdf.

Kelch, Holger (2018): Bericht des Oberbürgermeisters Holger Kelch vor der 44. Stadtverordnetenversammlung Cottbus, 28.11.2018, unter: www.cottbus.de/verwaltung/ob/berichte_ob/2018/bericht_des_oberbuergermeisters_holger_kelch_vor_der_44_stadtverordnetenversammlung_cottbus_am_28_november_2018.html.

Klima-Allianz Deutschland (2018): Braunkohle-Reserve: Kohlekraftwerk Jänschwalde komplett abschalten – Strukturwandel jetzt zügig organisieren, Pressemitteilung, 28.9.2018, unter: www.klima-allianz.de/publikationen/publikation/braunkohle-reserve-kohlekraftwerk-jaenschwalde-komplett-abschalten-strukturwandel-jetzt-zuegig-organisieren/.

Kluge, Jan/Lehmann, Robert/Ragnitz, Joachim/Rösel, Felix (2014): Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz: Bestandsaufnahme und Perspektiven, ifo-Institut, Dresden, unter: www.cesifo-group.de/DocDL/ifo_Dresden_Studien_71.pdf.

Köhdtitz, Kerstin (2019): Drehen Sie, wenn möglich um! Von Leuchttürmen und der Pampa, blühenden Landschaften und Wolfserwartungsgebieten, in: Lu-Xemburg 2/2019, (im Erscheinen).

Kohlekommission – Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (2019): Abschlussbericht, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4.

Kohlenwirtschaft e. V. (o. J.): Statistik der Kohlenwirtschaft e. V., unter: www.kohlenstatistik.de.

Köhler, Christian (2019): Kohlepauschale für die Lausitz?, in: Lausitzer Rundschau, 19.3.2019, unter: www.lr-online.de/lausitz/weisswasser/wirtschaft/kohlepauschale-fuer-die-lausitz_aid-37562985.

Kompalla, Peggy (2019): Der Countdown für den Ostsee läuft, in: Lausitzer Rundschau, 5.3.2019, unter: www.lr-online.de/lausitz/cottbus/der-countdown-fuer-die-flutung-des-cottbuser-ostsees-laeuft_aid-37168691.

Kreatives Sachsen (o. J.): Aktuelles, unter: www.kreatives-sachsen.de.

Kreis Görlitz (2017): Neue Power für die Lausitz, 14.11.2017, unter: www.cottbus.de/files/storage/file/a34b621e-40af-4ec4-8d05-1592664cb5bc/Positionspapier_der_Wirtschaftsregion_Lausitz_.pdf.

L

Landesregierung Brandenburg (2019): Bericht zur Wirtschaftslage der Lausitz – gemäß Beschluss des Landtages vom 29.9.2016, Drucksache 6/5168-B, unter: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_10200/10238.pdf.

Lausitzer Perspektiven e. V. (o. J. a): Perspektiven, unter: www.lausitzer-perspektiven.de.

Lausitzer Perspektiven e. V. (o. J. b): Was wir wollen, unter: www.lausitzer-perspektiven.de/de/verein/ueber-uns.

Lausitzer Seenland (2017): Marketingkonzept für das Lausitzer Seenland, unter: www.lausitzerseenland.de/visioncontent/mediendatenbank/marketingkonzept_lausitzer_seenland_2017_.pdf.

Lausitzrunde (o. J. a): Das Bündnis, unter: www.lausitzrunde.de/lausitzrunde-3/.

Lausitzrunde (o. J. b): Die Themen, unter: www.lausitzrunde.de/themen.

LEAG – Lausitz Energie Kraftwerke AG/Lausitz Energie Bergbau AG (o. J.): Seitenblick Blog, unter: www.leag.de/de/blog/kategorien/kunst/.

Lenders, Wolfgang (2017): Schnell zu bauen, IG BCE, 2.5.2017, unter: <https://muenchen.igbce.de/schnell-zu-bauen/146542>.

LMBV – Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (o. J.): Solarpark Senftenberg/Schipkau, unter: <https://web.archive.org/web/20150925092517/https://www.lmbv.de/index.php/solarpark-senftenberg.html>.

Loos, Michael/Rechner, Jana/Christou, Nikolaos/Durchholz, Rüdiger (2017): Potenzialanalyse der Bergbau- und Kraftwerkskompetenzen in Berlin und Brandenburg, Berlin, unter: https://mwe.brandenburg.de/media/bb1.a.3814.de/Potenzialanalyse_Bergbau_und_Kraftwerkskompetenzen_Berlin_und_Brandenburg.pdf.

LR – Lausitzer Rundschau (2019): Windhund-Rennen um die Zukunft der Lausitz, unter: www.lr-online.de/nachrichten/wirtschaft/das-rennen-um-strukturwandel-milliarden-in-der-lausitz-ist-eroeffnet_aid-37813181.

LSB – Landessportbund Brandenburg (2014): Sportland Brandenburg (2020). Gemeinsam Perspektiven entwickeln, 12/2014, Potsdam, unter: https://lsb-brandenburg.de/lsb/wp-content/uploads/strategiepapier_sportland_2020_final_web1.pdf.

M

Markwardt, Gunther/Zudel, Stefan (2017): Strukturwandel in der Lausitz – eine wissenschaftliche Zwischenbilanz, ifo-Institut, 3/2017, Dresden, unter: www.cesifo-group.de/DocDL/ifoDD_17-03_17-22_Markwardt.pdf.

May, Philipp (2018): Raus aus der Braunkohle! Aber wann?, in: Deutschlandfunk, 3.12.2018, unter: www.deutschlandfunk.de/der-tag-raus-aus-der-braunkohle-aber-wann.3415.de.html?dram:article_id=434922.

MWFK – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Land Brandenburg (2019): 70 Jahre offizielles Wirken der Domowina im Land Brandenburg, Pressemitteilung, 18.1.2019, unter: <https://mwfk.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.619687.de>.

N

Niederlausitz aktuell (2017): LEAG entscheidet über neue Tagebaue in der Lausitz, 30.3.2017, unter: www.niederlausitz-aktuell.de/cottbus/66160/leag-entscheidet-ueber-neue-tagebaue-in-.

Niederlausitz aktuell (2018a): Lausitz soll Modellregion für Energiespeicher werden, 29.3.2018, unter: www.niederlausitz-aktuell.de/niederlausitz/71519/lausitz-soll-modellregion-fuer-energiespeicher-werden.html.

Niederlausitz aktuell (2018b): Lausitzer Strukturwandel: Millionen für Forschungsinstitute und Elektrifizierung, 12.11.2018, unter: www.niederlausitz-aktuell.de/niederlausitz/74909/lausitzer-strukturwandel-millionen-fuer-forschungsinstitute-und-elektrifizierung.html.

O

Oberlausitz (o. J.): Umgebendehäuser, unter: www.oberlausitz.de/die-oberlausitz/umgebendehaeuser.

Öko-Institut, Fraunhofer ISI, Prognos, M-Five, IREES, FIBL (2018): Folgenabschätzung zu den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgewirkungen der Sektorziele für 2030 des Klimaschutzplans 2050 der Bundesregierung, Berlin.

P

Pro Lausitzer Braunkohle (2018): Brandenburger Staatskanzlei schafft eine Stabsstelle für die Lausitz, unter: www.pro-lausitz.de/index.php/News-leser_o/items/brandenburger-staatskanzlei-schafft-eine-stabsstelle-fuer-die-lausitz.html.

R

rbb – Rundfunk Berlin Brandenburg (2016): Lausitz muss erneut Millionen-Verluste verkraften, 27.1.2016, unter: www.rbb24.de/wirtschaft/thema/braunkohle/beitrag/brandenburg-lausitz-braunkohle-vattenfall-gewerbesteuer-rueckforderung.html.

rbb – Rundfunk Berlin-Brandenburg (2019): Um den Kohleausstieg wird bis spät gerungen, 25.1.2019, unter: www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2019/01/kohle-kommission-sitzung-abschlussbericht.html.

Rohnstock-Biografien (2019): Der Erzählsalon als Format zur Selbstermächtigung der Bürger, Papier zum Veranstaltungsformat zur Selbstermächtigung der Bürger, Identitätsstiftung und Regionalentwicklung.

RWI (2018): Strukturdaten für die Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung». Projektbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), 21/18, Endbericht, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/strukturdaten-der-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4.

S

Sächsische Staatskanzlei (2019): Antwort auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Jana Pinka zum «Stand und Beteiligung Staatsverträge Strukturwandel», Drucksache 6/16931 vom 28.3.2019, unter: <https://kleineanfragen.de/sachsen/6/16931-stand-und-beteiligung-staatsvertraege-strukturwandel>.

Sächsische Zeitung (2019): Sachsen will Struktur in den Strukturwandel bringen, 29.1.2019, unter: www.saechsische.de/freistaat-bringt-struktur-in-den-strukturwandel-5029224.html.

Scharfe, Sabine (2017): Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure für die Entwicklung der Region, in: IÖR-Schriften, Nr. 72, unter: www.ioer.de/publikationen/ioer-schriften/ioer-schriften-72/?key=1-2.

Schlütter, Bernd (2016): Strategische Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut für Angewandte Polymerforschung im Zukunftsfeld «Leichtbau», TH Wildau, 27.7.2016, unter: www.th-wildau.de/hochschule/aktuelles/neuigkeiten/news/strategische-kooperation-mit-dem-fraunhofer-institut-fuer-angewandte-polymerforschung-im-zukunftsfeld/.

Schulze, Klaus-Peter (2018): Besuch in der Bundesbehörde «Minijob-Zentrale» in Cottbus, 12.1.2018, unter: www.klaus-peter-schulze.de/lokal_1_1_588_Besuch-in-der-Bundesbehoerde-Minijob-Zentrale-in-Cottbus-.html.

Seibert, Holger/Weyh, Antje/Jost, Oskar/Sujata, Uwe/Wiethölter, Doris/Carstensen, Jeanette (2018): Die Lausitz. Eine Region im Wandel, IAB Regional, 3/2018, Nürnberg.

Senftenberg (o. J.): Lausitzer Seenland, unter: www.senftenberg.de/Tourismus/Lausitzer-Seenland.

Siegel, Jan (2019): Einmaliger Großversuch: In der Lausitz wird die Stromversorgung der Zukunft getestet, in: Lausitzer Rundschau, 26.3.2019, unter: www.lr-online.de/nachrichten/wirtschaft/die-stromversorgung-der-zukunft-wird-in-der-lausitz-ausprobiert_aid-37673935.

SMWA – Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (2018): Zwischenbericht zum Zweiten Kulturwirtschaftsbericht, unter: <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/30214>.

Sport für Sachsen (2018): Landesstützpunkte in Sachsen, unter: www.sport-fuer-sachsen.de/files/user_upload/03_Dokumentenarchiv_LSB/Leistungssport/Stuetzpunkte/LSP_2022internet.pdf.

Spreewald (o. J.): Erste Qualitätsregion Deutschlands, unter: www.spreewald.de/tourismusverband-spreewald-e-v/qualitaetsregion-spreewald-2030/.

Staatskanzlei Brandenburg (2018): Lausitz-Beauftragter jetzt mit Sitz in Cottbus, Pressemitteilung, 2.7.2018, unter: www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.601616.de.

Staatskanzlei Sachsen (2019): Organigramm, unter: www.sk.sachsen.de/download/sk_Organigramm_18032019_Voip_29032019.pdf.

Stade, Jörg (2019): Woidkes Kampf um Jänschwalde, in: Klimareporter, 31.3.2019, unter: www.klimareporter.de/deutschland/woidkes-kampf-um-jaenschwalde.

Stiftung Sorben (o. J.): Geschichte, Satzung und Finanzierung der Stiftung, unter: <https://stiftung.sorben.com/deutsch/stiftung/geschichte-und-finanzierung/>.

T

Traufetter, Gerald (2019): So will der Bund die Milliarden für den Kohleausstieg verteilen, in: Der Spiegel, 5.4.2019, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kohleausstieg-wie-der-bund-die-milliarden-verteilen-will-a-1261524.html.

U

UBA – Umweltbundesamt (2017): Daten und Fakten zu Braun- und Steinkohlen, unter: www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/171207_uba_hg_braunsteinkohle_bf.pdf.

UBA – Umweltbundesamt (2018): Entwicklung der spezifischen Kohlendioxid-Emissionen des deutschen Strommix in den Jahren 1990–2017, Climate Change 11/2018, unter: www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-05-04_climate-change_11-2018_strommix-2018_0.pdf.

V

Vallero, Carmen (2017): Blühende Landschaften, unter: www.kfw.de/stories/umwelt/naturschutz/renaturierung-mit-nagola-re/.

W

Wendler, Simone (2017): Lausitz als innovatives Energie-Drehkreuz, in: Lausitzer Rundschau, 8.6.2017, unter: www.lr-online.de/nachrichten/lausitz-als-innovatives-energie-drehkreuz_aid-3613603.

Wiedemann, Karsten (2019): Ostminister mahnen Strukturhilfen des Bundes an, in: energate messenger, 3.4.2019, unter: www.energate-messenger.de/news/190740/ostminister-mahnen-strukturhilfen-des-bundes-an.

WirtschaftsWoche (2019): Bund und Braunkohleregionen verständigen sich auf 260-Millionen-Euro-Programm, 4.4.2019, unter: www.wiwo.de/politik/deutschland/kohleausstieg-bund-und-braunkohleregionen-verstaendigen-sich-auf-260-millionen-euro-programm/24180036.html.

Wissenschaftsrat (2016): Stellungnahme zum Neuordnungskonzept der Hochschulregion Lausitz, Potsdam, unter: www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/5257-16.pdf.

WRL – Wirtschaftsregion Lausitz (2014): Ansiedlungsbedingungen in Industrieparks der Energieregion Lausitz.

WRL – Wirtschaftsregion Lausitz (2018): Newsletter IV/2018, unter: www.wirtschaftsregion-lausitz.de/de/news/_news/newsletter.html#letter_331.

WRL – Wirtschaftsregion Lausitz (o. J. a): Gesellschaft, unter: <https://wirtschaftsregion-lausitz.de/de/ueber-uns/gesellschaft.html>.

WRL – Wirtschaftsregion Lausitz (o. J. b): 2. Projektauftrag zur Umsetzung des RIK Lausitz, unter: <https://wirtschaftsregion-lausitz.de/de/kompetenzfelder/zukunftsdialoq/regionales-investitionskonzept.html>.

WRL – Wirtschaftsregion Lausitz (o. J. c): WR.Lausitz setzt Mitmach-Fonds für die sächsische Lausitz um, unter: <https://wirtschaftsregion-lausitz.de/de/kompetenzfelder/zukunftsdialoq/mitmachfonds-sachsen.html>.

WRL – Wirtschaftsregion Lausitz (o. J. d): Auftakt «Zukunftswerkstatt Lausitz», unter: https://wirtschaftsregion-lausitz.de/de/news_/news/artikel-auftakt-zukunftswerkstatt-lausitz.html.

WRL – Wirtschaftsregion Lausitz (o. J. e): Vestas Blades Deutschland GmbH, unter: <https://wirtschaftsregion-lausitz.de/de/wirtschaft/partner-der-region/vestas-blades-deutschland-gmbh.html>.

Z

Zaremba, Nora Marie/Schlandt, Jakob (2019): Was kostet der Kohleausstieg?, in: Der Tagesspiegel, 29.1.2019, unter: www.tagesspiegel.de/wirtschaft/energie/wende-was-kostet-der-kohleausstieg/23920412.html.

ZDW – Zentrum für Dialog und Wandel (2019): Zivilgesellschaft ruft Kohlekommission auf: In den Braunkohleregionen müssen jetzt die Bürgerinnen und Bürger ran, Pressemitteilung, 16.1.2019, unter: https://zdw.ekbo.de/fileadmin/ekbo/mandant/zdw.ekbo.de/2019_01_17_PM_FZGL_ZDW_LP.pdf.

ZUG – Zukunft, Umwelt, Gesellschaft gGmbH (2019): Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI), unter: www.z-u-g.org/aufgaben/kompetenzzentrum-klimaschutz-in-energieintensiven-industrien-kei/.

Zukunft Oberlausitz (o. J.): Einladung zum nächsten Kiwi-Event, unter: www.zukunft-oberlausitz.com/kreative-ol-kiwi-lab/.

Zukunftswerkstatt Lausitz (2018a): Die Lausitz: Zahlen & Fakten, ein Überblick, unter: https://zw-lausitz.de/fileadmin/user_upload/01-content/03-zukunftswerkstatt/02-downloads/lausitzbroschuere-zwl-0818.pdf.

Zukunftswerkstatt Lausitz (2018b): Die Lausitz: Zukunftsatlas. Potenziale, Perspektiven, unter: https://zw-lausitz.de/fileadmin/user_upload/01-content/03-zukunftswerkstatt/02-downloads/zukunftsatlas_zwl.pdf.

TEIL 2

MATTHIAS KNUTH

**ARBEITSMARKTPOLITISCHE
FLANKIERUNG DES BRAUN-
KOHLEAUSSTIEGS**

INHALT

1 Rahmenszenario	75
2 Akteursstruktur der regionalen Konversion	77
3 Berufliche Weiterbildung im bestehenden Arbeitsverhältnis für nachbergbauliche und Konversionstätigkeiten	78
4 Förderung der individuellen beruflichen und gegebenenfalls der räumlichen Mobilität.	80
5 Beschäftigtertransfer	82
6 Organisationsformen des Beschäftigtertransfers	84
7 Das Mobilitäts- und Anreizdilemma	85
8 Brücken in die Rente	86
Literatur	87

1 RAHMENSZENARIO

Mit dem Abschlussbericht der sogenannten Kohlekommission (Kohlekommission 2019) dürfte der Kohleausstieg als solcher unumstößlich geworden sein. In der kurzen Frist – Ausstieg bis 2022 – und mittleren Frist – Ausstieg bis 2030 – sind die ins Auge gefassten Kapazitätsreduktionen jedoch eher mäßig; das «dicke Ende» wird auf die 2030er Jahre verschoben. Und selbst der Ausstiegstermin 2038 wurde kurz nach der Veröffentlichung des Berichts unter anderem aus Kreisen der CDU infrage gestellt. Das zeitliche Szenario des Ausstiegs wird also umkämpft bleiben. Das ist für die Gestaltung des Strukturwandels und die arbeitsmarktpolitische Flankierung des Ausstiegs schädlich. Ohne zeitliche Festlegungen lassen sich Maßnahmen nicht konkret planen und solange Belegschaften womöglich noch um eine Verlängerung ihrer Beschäftigungszeiten kämpfen, werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nicht als hilfreiche Angebote, sondern eher als ein In-den-Rücken-Fallen wahrgenommen werden.

Da die finanziellen Konditionen der Beschäftigung in der Energiewirtschaft vergleichsweise günstig sind, werden Anschluss- und Überleitungslösungen bestenfalls den Status quo erhalten, aber keine anreizstarke Steigerung bieten können. Folglich kann von den Betroffenen eine Umorientierung und eine ernsthafte Beschäftigung mit neuen beruflichen Plänen nur unter der Voraussetzung erwartet werden, dass der Verbleib in der bisherigen Tätigkeit keine Alternative mehr darstellt. Ein kürzerer und mit konkreteren Terminen unterlegter Ausstiegspfad wäre folglich nicht nur für die Erreichung der Klimaziele und die Konversion der Reviere, sondern auch für eine Arbeitsmarktstrategie, die sozialverträglich ist und das Fachkräftepotenzial erhält, günstiger als die jetzt zu konstatierende Ausgangslage.

Soweit der Bericht der Kohlekommission Zahlen über einzelne Reviere oder Betriebe nennt, handelt es sich um bereits bestehende Planungen. Zur Verteilung der zusätzlichen Förderreduktionen auf die Reviere und Betriebe und die jeweilige zeitliche Gestaltung werden keine Vorgaben gemacht. Dem Vernehmen nach könnte sich die Betroffenheit in der kurzen Frist auf das Rheinische Braunkohlenrevier beschränken. Für die Lausitz ist daher mit einer Perspektivplanung frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2020 zu rechnen: Bis dahin wird allen Betreibern Zeit für Verhandlungen mit der Bundesregierung gegeben, und auch erst 2020 will die LEAG¹ entscheiden, ob der Tagebau Welzow Süd II noch in Angriff genommen werden soll. Dieses Erweiterungsgebiet wird wohl ebenso wie Nochten II (Mühlrose) zur Verhandlungsmasse werden.

Anders als im Rheinischen Revier, wo ranghohe Vertreter*innen des Betreibers sofort nach Vorliegen des Abschlussberichts damit begannen, ihre ohnehin bestehenden Planungen für Reduktionen von Produktion und Personal als Ergebnis der Kohlekommission darzustellen, steht in der Lausitz also aktuell kein Per-

sonalabbau zur Debatte. Es ist gut möglich, dass sich dort die Abnahme des Personalbedarfs so weit in die 2030er Jahre erstreckt, dass er rein rechnerisch mit dem altersbedingten Ausscheiden der derzeit Beschäftigten (unter Inanspruchnahme von Sonderregelungen für Bergleute und evtl. zu vereinbarenden Ergänzungsleistungen – siehe Abschnitt 8) zu bewältigen wäre.

Eine derartige rein quantitative Betrachtung greift jedoch sowohl in regionalwirtschaftlicher als auch in betrieblicher Perspektive zu kurz:

- Nach den überschlägigen Berechnungen der Kommission (Kohlekommission 2019: 61) machen die direkt im Braunkohlesektor Beschäftigten zwei Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Lausitzer Revier aus. Unter Hinzunahme der in der Region von der Braunkohle indirekt abhängigen Arbeitsplätze verdoppelt sich dieser Anteil auf vier Prozent; bei Berücksichtigung von Wechselwirkungen mit dem benachbarten Mitteldeutschen Revier bei den indirekt betroffenen Arbeitsplätzen außerhalb der unmittelbaren Region ist wohl eher von einem Effekt von fünf Prozent auszugehen. In einer ohnehin strukturschwachen, von Abwanderung und demografischer Alterung betroffenen Region kann ein ersatzloser Abbau von Arbeitsplätzen in dieser Größenordnung keine gangbare Option sein, egal wie «sozialverträglich» er sich für die unmittelbar Betroffenen gestalten lässt.
- Gerade wegen des zeitlich eher gestreckten Ausstiegsszenarios im Lausitzer Revier lässt sich der Betrieb bis zu den noch festzulegenden Stilllegungszeitpunkten nur aufrechterhalten, wenn hoch qualifizierte Arbeitskräfte in Schlüsselpositionen, die altersbedingt ausscheiden, durch neu eingestellte Arbeitskräfte ersetzt werden (ebd.). Der Betreiber steht hier also vermutlich stärker als RWE Power vor der Herausforderung, Arbeitskräfte auszubilden oder anzuwerben, ohne ihnen die Perspektive einer Beschäftigung bis zum Ruhestand bieten zu können – dieses gilt jedenfalls für die konkreten Tätigkeiten, für die diese Arbeitskräfte zunächst benötigt werden. Dieses Problem potenziert sich noch, falls diese Arbeitskräfte nicht in der Region selbst zu finden sein sollten, sondern überregional gewonnen werden müssten. Eine solche Herausforderung wird nur zu bewältigen sein, wenn Anschlussverwendungen in einer Nach-Bergbau-Ära plausibel und glaubwürdig absehbar sind und wenn Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Übergang in derartige Anschlussverwendungen absichern (siehe Abschnitt 2).

¹ LEAG ist die gemeinsame Marke der Lausitz Energie Verwaltungs GmbH, Lausitz Energie Bergbau AG (kurz LE-B) und der Lausitz Energie Kraftwerke AG (kurz LE-K). Die Unternehmen mit Sitz in Cottbus bilden gemeinsam den zweitgrößten deutschen Stromerzeuger.

- Die «Weichheit» des Kohlekompromisses könnte sich somit zumindest für die Lausitz als ein Pyrrhussieg der Ausstiegsbremsen*innen erweisen. Analogien zum Brexit drängen sich auf, denn am Ende könnte ein ungeordneter Ausstieg stehen: Die vom Bund zugesagten Finanzhilfen können wegen Planungsunsicherheit nicht zielgerichtet eingesetzt werden, der Betrieb wird wegen fehlender oder teurer werdender Personalersatzoptionen und steigender Preise für CO₂-Zertifikate allmählich unwirtschaftlich, und am Ende steht dann eine rein betriebswirtschaftliche Stilllegung, die sich nicht darauf berufen kann, unmittelbare Folge einer politischen Entscheidung zu sein.

2 AKTEURSSTRUKTUR DER REGIONALEN KONVERSION

Der Ausstieg aus der Förderung und Verstromung von Braunkohle markiert keineswegs das Ende jeglicher Beschäftigung rund um die Braunkohle und ihre Abbau- und Kraftwerksstandorte. Renaturierung, Beseitigung von Altlasten, Herrichtung von bisherigen Verkehrs- und Kraftwerksflächen für gewerbliche Neuansiedlungen, für Logistik-Drehscheiben, für neuartige energiewirtschaftliche Anlagen oder als Depo-nieflächen sowie die Vorbereitung dieser Flächen für touristische Nutzungen werden Arbeitskräfte auf ab-sehbare Zeit weiter binden. Die an den Abschlussbe-richt der Kohlekommission angehängten Projektlisten der Reviere lassen einige Ideen dieser Art erahnen, oh-ne dass bisher ein zusammenhängendes Konzept er-kenubar wäre.

Zu welchen Anteilen solche Arbeiten unmittelbar durch die derzeitigen Braunkohleunternehmen, durch von ihnen zu gründende Tochtergesellschaften, durch regionale Entwicklungsgesellschaften mit mehrheit-lich öffentlichen Anteilseignern oder durch Auftrags-vergabe an existierende spezialisierte Anbieter erledigt werden können, ist abhängig von den gesetzlichen Ge-währleistungspflichten der Braunkohleunternehmen, von der regionalen Entwicklungsplanung und von den Initiativen der betroffenen Gebietskörperschaften. Aufgrund der ausgedehnten räumlichen Struktur der Braunkohlewirtschaft sollte man die Gestaltung des Ausstiegs viel stärker als jede andere Restrukturierung als ein regionales, flächengreifendes Projekt konzipie-ren und nicht als ein allein betriebliches. Das wird stel-lenweise zu Reibungen mit Strukturen der Arbeitsför-derung führen, die – soweit sie überhaupt Beschäftigte und von Arbeitslosigkeit Bedrohte in den Blick nimmt – auf Betriebe orientiert ist (siehe Abschnitt 3 und 5).

Aufgabe der tariflichen und betrieblichen Verhand-lungspartner*innen wird es sein, die Rahmenbedin-gungen des Ausstiegs so zu gestalten, dass bei Be-darf ein Wechsel des Arbeitgebers innerhalb eines zu schaffenden «Konversionsverbunds» unter Wahrung erworbener Ansprüche ermöglicht wird. Nur auf die-

se Weise kann es gelingen, Zielvorstellungen einer Be-schäftigungs- und Einkommensgarantie zu verwirkli-chen. Ohne Zweifel ist dieses Ziel eher zu erreichen, wenn Gesellschaften gegründet werden, die Teil eines verhandelten regionalen Gesamtkonzepts sind und für die die öffentlichen Hände und Braunkohleunterne-hmen gemeinsam Verantwortung tragen, dagegen wohl kaum dann, wenn eine rein marktvermittelte Auftrags-vergabe erfolgt. Zu beachten ist, dass bei der Förde-rung des Übergangs von Beschäftigten in den Betrieb eines anderen Arbeitgebers Restriktionen bestehen, wenn dieser Betrieb zum gleichen Unternehmen oder zu einem Unternehmen des gleichen Konzerns gehört (§ 110 Abs. 3 und § 111 Abs. 8 SGB III). Folglich ist es sinnvoll, den benötigten «Konversionsverbund» so zu gestalten, dass seine Elemente einerseits durch die re-gionalen, betrieblichen und tariflichen Akteure steuer-bar sind, dass sie aber andererseits nicht als Betriebe oder Konzernunternehmen (§ 18 AktG) des Braunkoh-leunternehmens gelten.

Die regionale Konversionsplanung sollte indirekt betroffene Betriebe und ihre Beschäftigten, also Zu-lieferer und Dienstleister, deren Zukunft durch den Ausstieg infrage steht, einbeziehen. Hierbei ist zu be-rücksichtigen, dass es sich dabei auch um Betriebe oh-ne Betriebsrat bzw. um Betriebe handeln kann, die auf-grund ihrer Größe nicht sozialplanpflichtig sind. Die in diesen Betrieben vom Ausstieg mittelbar Betroffenen sollten ungeachtet ihrer Rechtsansprüche (z. B. Be-triebsverfassungsgesetz und SGB III) Zugang erhalten zu den regionalen Unterstützungsstrukturen, die für die Braunkohlebeschäftigten zu schaffen sind.

Fragen des konkreteren regionalen Entwicklungs-konzepts, der Beteiligungs- und Akteursstrukturen so-wie der Gestaltung durch Tarifvertrag und Sozialplan sind nicht Gegenstand der vorliegenden Expertise und konnten deshalb vorstehend nur angedeutet werden. Es wird jedoch an verschiedenen Stellen auf zu berück-sichtigende Wechselwirkungen und zu schaffende Vo-raussetzungen zu verweisen sein.

3 BERUFLICHE WEITERBILDUNG IM BESTEHENDEN ARBEITSVERHÄLTNIS FÜR NACHBERGBAULICHE UND KONVERSIONSTÄTIGKEITEN

Alle Anstrengungen zur Sicherung von Anschluss-Beschäftigungsmöglichkeiten werden letztlich nur in dem Maße Wirkung zeigen, in dem die betroffenen Arbeitnehmer*innen fachlich in der Lage und von ihrer Motivation her auch bereit sind, diese Arbeiten zu übernehmen. Die infrage kommenden Tätigkeiten werden zu einem erheblichen Teil mit den derzeit ausgeübten verwandt, aber nur in seltenen Fällen identisch sein. Dieses macht Ergänzungs- und Umqualifizierungen erforderlich, die über das rein Fachliche hinaus auch dazu beitragen können, die Motivation, diese neuen Aufgaben zu bewältigen und sich mit ihnen zu identifizieren, zu steigern.

Die zum 1. Januar 2019 in Kraft getretene Novellierung des SGB III («Qualifizierungschancengesetz») hat die Möglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit, die berufliche Weiterbildung in bestehenden Arbeitsverhältnissen zu fördern, erheblich ausgeweitet:

Die Förderung soll darauf gerichtet sein, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die berufliche Tätigkeiten ausüben, die durch Technologien ersetzt werden können oder in sonstiger Weise vom Strukturwandel betroffen sind, eine Anpassung und Fortentwicklung ihrer beruflichen Kompetenzen zu ermöglichen, um den genannten Herausforderungen besser begegnen zu können. (§ 82 SGB III)

Die Voraussetzung «Betroffenheit vom Strukturwandel» sollte im Falle der Braunkohle gegeben sein, ebenso wie die weiteren Voraussetzungen der Förderung:

- «Es [werden] Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt [...], die über ausschließlich arbeitsplatzbezogene kurzfristige Anpassungsfortbildungen hinausgehen»: Es geht um die Vorbereitung auf künftige Tätigkeiten, nicht um Anpassung an Veränderungen am derzeitigen Arbeitsplatz.
- Der Berufsabschluss der Teilnehmenden liegt «in der Regel» mindestens vier Jahre zurück: Bei entsprechend zurückhaltender Einstellungspolitik der Braunkohleunternehmen angesichts begrenzter Perspektiven dürfte sich das quasi von selbst ergeben.

- Die Teilnehmenden haben «in den letzten vier Jahren vor Antragsstellung nicht an einer nach dieser Vorschrift geförderten beruflichen Weiterbildung teilgenommen»: Das ergibt sich ebenfalls von selbst, da die Vorschrift neu ist.
- Die Maßnahme wird von einem zugelassenen Träger durchgeführt und dauert mehr als 160 Stunden (≈ ca. vier Wochen Vollzeit): Je nach Maßnahmeziel sind auch erheblich umfangreichere Maßnahmen denkbar.

Es können zwei Elemente der Förderung kombiniert werden: 1. Übernahme eines Anteils der Weiterbildungskosten und 2. Zuschüsse zum Arbeitsentgelt während der weiterbildungsbedingten Zeiten ohne Arbeitsleistung.

Trotz erheblicher Erweiterung der Fördermöglichkeiten ist es für beide Förderungselemente bei einer starken Staffelung der Fördersätze nach der Betriebsgröße geblieben. Für Betriebe mit 2.500 Beschäftigten und mehr ist eine «angemessene» Beteiligung des Arbeitgebers an den Lehrgangskosten von 85 Prozent Voraussetzung; ist die Weiterbildung im Rahmen eines Tarifvertrags oder einer Betriebsvereinbarung vorgesehen, genügt auch eine Beteiligung des Arbeitgebers von 80 Prozent. Der Zuschuss zum Arbeitsentgelt ist für Betriebe mit 250 oder mehr Beschäftigten auf 25 Prozent limitiert.

Sofern ohnehin geplant ist, die in Abschnitt 2 skizzierten «Übergangsarbeiten» nicht im Braunkohleunternehmen selbst, sondern in hierfür zu gründenden Spezialgesellschaften mit im Einzelfall nicht mehr als 250 Beschäftigten durchzuführen, könnte es sinnvoll sein, den durch Tarifvertrag und Sozialplan abgesicherten Personalübergang vor Durchführung der Weiterbildung zu vollziehen, um die höheren Fördersätze in Anspruch nehmen zu können. Dieses würde den Betroffenen auch helfen, den Blick nach vorn statt rückwärts zu richten. Da das Gesetz keine Voraussetzungen hinsichtlich der bereits zurückgelegten Dauer eines Ar-

Tabelle 1: Fördersätze bei der Weiterbildung von Beschäftigten

Anzahl Beschäftigte	Zuschuss zu den Lehrgangskosten bis zu ...		Zuschuss zum Arbeitsentgelt während der Weiterbildung ohne Arbeitsleistung	
< 10	100 %		75 %	bei fehlendem Berufsabschluss oder mindestens 4-jähriger berufsfremder Tätigkeit: 100 %
10 – <250	50 %	für Teilnehmende, die das 45. Lebensjahr vollendet haben oder schwerbehindert sind: 100 %	50 %	
250 – 2.500	25 %		25 %	
2.500 u. m.	15 %			
bei betrieblicher oder tariflicher Regelung der Weiterbildung	20 %			

Quelle: § 82 SGB III in der seit 1.1.2019 geltenden Fassung

beitsverhältnisses macht, wäre es förderungsrechtlich durchaus möglich, das Arbeitsverhältnis mit dem neuen Arbeitgeber mit der Weiterbildung beginnen zu lassen (siehe die geltenden Fördersätze in Tabelle 1).

Zu bedenken ist immer, dass es sich bei den Grenzen der Fördersätze um Angebote der Förderung aus den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit handelt, nicht etwa um Einschränkungen, wer sich überhaupt weiterbilden darf. Mit der Inanspruchnahme von Mitteln der Arbeitsförderung sind Restriktionen verbunden, zum Beispiel, dass Träger und Maßnahme zertifiziert sein müssen und dass die Kosten den von der Bundesagentur akzeptierten Kostensätzen entsprechen müssen (§ 178 ff. SGB III). Diese Kostensätze «rechnen» sich für einen Bildungsträger nur, wenn bestimmte Besetzungszahlen der Maßnahmen erreicht werden, was sehr individuelle und spezielle Angebote ausschließt. Nach jahrelanger Ausdünnung des Angebots im Bereich der geförderten beruflichen Weiterbildung könnte es schwierig sein, die benötigten Angebote a) überhaupt zu finden, b) als zertifizierte Angebote zu finden und c) einen Träger zu finden, der bereit ist, gegebenenfalls auch mit kleinen Gruppen zu arbeiten. Ein Verzicht auf die – jedenfalls bei Inanspruchnahme durch einen Großbetrieb und wenn es sich um Teilnehmende mit Berufsabschluss handelt – doch eher bescheidene Förderung von bestenfalls 20 Prozent der Lehrgangskosten und 25 Prozent des Arbeitsentgelts hilft, die Schranken b) und c) zu überwinden. Erforderlich sind dann eben mehr betriebliche Mittel. Bei der Verwendungsplanung der von der Bundesregierung für die Braunkohlereviere zugesagten Mittel ist deshalb dafür Sorge zu tragen, dass Mittel der Bundesagentur für Arbeit flexibel ergänzt oder im Einzelfall sogar ersetzt werden können, wenn die Vorgaben des SGB III aufgrund der Situation in den Braunkohlerevieren nicht eingehalten werden können.

ÜBERLEGUNGEN ZU WEITERGEHENDEM REFORMBEDARF:

Die Zurückhaltung des Gesetzgebers bei der finanziellen Förderung beruflicher Weiterbildung in Großbetrieben ist grundsätzlich nachvollziehbar. Nicht berücksichtigt wurde jedoch der Fall, dass sich der Strukturwandel disruptiv vollzieht und dass betroffene Unternehmen von der Weiterbildung ihrer Beschäftigten selbst gar nicht unmittelbar profitieren, weil das Unternehmen zumindest in der bisherigen Form längerfristig gar nicht existieren wird.

Für diese Fälle bleibt dann nach derzeitiger Gesetzeslage nur die Weiterbildung während des Bezugs von Transferkurzarbeitergeld (siehe Abschnitt 5). Dafür müssen aber die Arbeitsplätze bereits faktisch weggefallen sein («dauerhafter nicht vermeidbarer Arbeitsausfall mit Entgeltausfall»). Es stellt sich daher die Frage, ob nicht eine vorausschauendere Begleitung von Strukturwandel ermöglicht werden sollte.

Bei konkret absehbarem und unabwendbarem, aber noch nicht eingetretenem Wegfall von Arbeitsplätzen sollten die Bedingungen der Weiterbildungsförderung im bestehenden Arbeitsverhältnis auch für Betriebe mit mehr als 250 Beschäftigten nicht ungünstiger sein als beim Einsatz von Transferkurzarbeitergeld (Transfer-KuG). Das bedeutet konkret:

- Zuschuss zu den Lehrgangskosten von bis zu 50 Prozent unabhängig von der Betriebsgröße (analog § 111a Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB III);
- Anteil des Arbeitgebers am Arbeitsentgelt während der Teilnahme an Weiterbildung ohne Arbeitsleistung nicht wesentlich höher als die «Restkosten», mit denen beim Bezug von Transfer-KuG zu rechnen wäre: Arbeitsentgeltzuschuss von 50 Prozent unabhängig von der Betriebsgröße (zur Erläuterung der hier angelegten Vergleichsmaßstäbe siehe Abschnitt 5).

4 FÖRDERUNG DER INDIVIDUELLEN BERUFLICHEN UND GEGEBENENFALLS DER RÄUMLICHEN MOBILITÄT

Allgemeine Ziele der Arbeitsförderung sind unter anderem die Unterstützung des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sowie der beruflichen und regionalen Mobilität (§ 1 SGB III). Das Qualifizierungschancengesetz trägt dem dadurch Rechnung, dass auch unabhängig von technologischem und strukturellem Wandel die «Weiterbildung in einem Engpassberuf» (unter den in Abschnitt 3 aufgeführten Bedingungen) gefördert wird. Die Liste der Berufe, die als «Engpassberufe» gelten, wird von der Bundesagentur für Arbeit alle sechs Monate veröffentlicht.

Als Berufsfelder, die mit Tätigkeiten im Braunkohlebergbau und in den zugehörigen Kraftwerken verwandt sein könnten, sind zum Beispiel folgende zu nennen:

- Automatisierungstechnik,
- Bauelektrik,
- Elektromaschinenteknik,
- Leitungsinstallation und -wartung,
- Informations- und Telekommunikationsinstallation,
- Tiefbau,
- Ver- und Entsorgung,
- Triebfahrzeugführer*in im Eisenbahnverkehr,
- Überwachung und Wartung von Eisenbahninfrastruktur und
- IT-Anwendungsberatung.

Es ist also keineswegs so, dass beispielsweise Braunkohlebaggerführer*innen unbedingt Altenpfleger*innen werden müssen, um ihren individuellen «Ausstieg aus der Braunkohle» zu sichern. Vielmehr besteht eine rege Nachfrage auch in Tätigkeitsfeldern, die für die Beschäftigten der Braunkohleunternehmen fachlich näher liegen dürften und ihren beruflichen Interessen eher entsprechen.

Neben der in Abschnitt 3 dargestellten Qualifizierung für nachbergbauliche Tätigkeiten in einem regionalen Konversionsverbund, der aufgrund regionaler Entwicklungspläne aus den Braunkohleunternehmen und mit öffentlicher Beteiligung hervorgehen könnte, könnte es also auch ganz individuelle berufliche Neuorientierungen geben. Hierfür empfiehlt es sich, individuelle Beratungen anzubieten. Ob die mit dem Qualifizierungschancengesetz eingeführte Aufgabenerweiterung der Bundesagentur für Arbeit um «Weiterbildungsberatung» und «Entwicklung individueller beruflicher Perspektiven» wirklich dazu führt, dass bei den örtlich zuständigen Arbeitsagenturen qualitativ hochwertige und vom Tagesgeschäft der Maßnahmenförderung unabhängige Beratungsprozesse verfügbar werden, auf die die zu Beratenden Vertrauen können, bleibt abzuwarten. Derzeit ist eher davon auszugehen, dass gegenüber einem «Gang zum Arbeitsamt» Hemmschwellen bestehen, die die gewünschte frühzeitige Orientierung zusätzlich behindern. Deshalb wird es sinnvoll sein, durch tarifliche bzw. betriebliche

Vereinbarungen zur Begleitung des Braunkohleausstiegs derartige Beratungsangebote speziell für die Betroffenen und unmittelbar vor Ort zu schaffen und dafür Mittel aus den Förderzusagen des Bundes zu nutzen. Generell ist es notwendig, dass in derartigen Rahmenregelungen der «individuelle Ausstieg aus der Braunkohle» mitgedacht wird und dass Beschäftigte, die sich beruflich grundsätzlich anders orientieren wollen, die gleiche Förderung erhalten wie diejenigen, die sich für nachbergbauliche Tätigkeiten qualifizieren wollen. Sofern der Wunschberuf nicht zu den «Engpassberufen» zählt (oder die Interessent*innen auch nicht das 45. Lebensjahr vollendet haben oder schwerbehindert sind – § 82 Abs. 1 Satz 4 SGB III) und eine Förderung der Bundesagentur im bestehenden Arbeitsverhältnis daher nicht gewährt wird, sollten die Regelungen vorsehen, dass der Arbeitgeber die Lehrgangskosten voll übernimmt oder dass diese aus den vom Bund zugesagten Strukturhilfen finanziert werden können.

Allerdings dürfte die Nachfrage nach Arbeitnehmer*innen mit den genannten «Engpassberufen» häufig nicht unmittelbar am Standort der Braunkohleunternehmen gegeben sein, was nicht zuletzt auch damit zusammenhängt, dass der Braunkohleabbau Flächen und Verkehrswege blockiert und unbenutzbar gemacht hat. Folglich müsste auch die Förderung eines Umzugs oder der Kosten verlängerter Pendelentfernungen Teil des Pakets sein. Die «Förderung aus dem Vermittlungsbudget» (§ 44 SGB III) lässt grundsätzlich auch die Förderung der räumlichen Mobilität zu (Führerschein, Erwerb eines Kraftfahrzeugs, Umzug; vgl. Bundesagentur für Arbeit 2017). Jedoch ist der förderungsfähige Personenkreis eingeschränkt auf arbeitslose, Ausbildungssuchende und «von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitssuchende»:

§ 17 SGB III:

DROHENDE ARBEITSLOSIGKEIT

Von Arbeitslosigkeit bedroht sind Personen, die

1. versicherungspflichtig beschäftigt sind,
2. alsbald mit der Beendigung der Beschäftigung rechnen müssen und
3. voraussichtlich nach Beendigung der Beschäftigung arbeitslos werden.

Man sollte eigentlich davon ausgehen, dass Beschäftigte von Braunkohleunternehmen als «von Arbeitslosigkeit bedroht» zu betrachten sind, sobald es ein konkretes Stilllegungsdatum gibt, das nicht nach dem Datum für einen möglichen abschlagsfreien Renteneintritt des oder der Beschäftigten liegt. Aber der Gesetzgeber hat es für nötig befunden, den Betrachtungszeitraum durch das Wörtchen «alsbald» in unbe-

stimmter Weise einzuschränken. Die Bundesagentur für Arbeit hat in ihren Fachlichen Weisungen zu Transfermaßnahmen diesen Zeitraum auf 24 Monate konkretisiert (Bundesagentur für Arbeit 2018: 7), verlangt aber in diesem Kontext unter Hinweis auf einschlägige Entscheidungen des Bundessozialgerichts nur die ernsthafte Entlassungsabsicht des Arbeitgebers, aber nicht notwendigerweise eine bereits ausgesprochene oder gar wirksame Kündigung. Die gleiche Vorschrift wird jedoch im Kontext des Vermittlungsbudgets noch restriktiver interpretiert:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in einem ungekündigten bzw. unbefristeten Beschäftigungsverhältnis stehen bzw. aus persönlichen Gründen einen neuen Arbeitsplatz suchen (z. B. höherer Verdienst/Wohnortwechsel) sind nicht von Arbeitslosigkeit bedroht und gehören nicht zum förderfähigen Personenkreis. (Bundesagentur für Arbeit 2017)

Es genügt hiernach also nicht, dass die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer auf die öffentlich bekannte Stilllegungsabsicht des Arbeitgebers vorausschauend mit beruflicher Mobilität reagiert; Aussicht auf Förderung haben nur Personen, die in einem befristeten oder bereits gekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

REFORMBEDARF:

Diese Interpretation verhindert eine präventive Arbeitsförderung, die darauf gerichtet sein müsste, neue berufliche Perspektiven nach Möglichkeit bereits aus dem noch nicht gekündigten Beschäftigungsverhältnis heraus zu entwickeln. Entweder durch Anpassung der Fachlichen Weisung an die präventiven Intentionen des Qualifizierungschancengesetzes oder durch gesetzgeberische Präzisierung des § 17 SGB III müsste klargestellt werden, dass bei Vorliegen einer gesetzlichen Vorgabe, die die Beendigung bestimmter wirtschaftlicher Tätigkeiten zur Folge haben wird, eine «Bedrohung von Arbeitslosigkeit» auch bei noch nicht gekündigtem Arbeitsverhältnis gegeben sein kann.

Analog wären die Voraussetzungen für die Förderung von Transfermaßnahmen nach § 110 SGB III (siehe Abschnitt 5) sowie die darauf bezogenen Fachlichen Weisungen so anzupassen, dass bei Vorliegen eines definitiven Stilllegungsbeschlusses die individuelle Konkretisierung der «Bedrohung von Arbeitslosigkeit» (etwa in Form einer Kündigungsliste) nicht notwendig ist.

Solange eine derartige präventive Ausrichtung der Arbeitsförderung nicht realisiert ist, wird es Aufgabe von tariflichen und betrieblichen Rahmenregelungen sein, vom Ausstieg Betroffene bei der Verwirklichung beruflicher Pläne außerhalb der Braunkohle zu unterstützen und diese Unterstützung nicht davon abhängig zu machen, ob sie von der Bundesagentur für Arbeit finanziert wird. Derartige Regelungen werden ohnehin Bestandteil von Transfersozialplänen oder Transferbetriebsvereinbarungen sein müssen (siehe Abschnitt 5); für eine möglichst präventive Ausrichtung ist es jedoch erforderlich, die Inanspruchnahme solcher Regelungen nicht davon abhängig zu machen, dass jemand bereits auf einer Auswahlliste steht, die Kündigung erhalten hat oder in eine Transfergesellschaft übergegangen ist. Je früher die berufliche Neuorientierung beginnt, desto größer sind die Chancen auf eine «zweite Karriere», die auch in einer Existenzgründung bestehen kann. Hierbei ist hinzunehmen, dass gerade auch solche Beschäftigte das Unternehmen verlassen, die man eigentlich noch eine Weile gebraucht hätte. Es gehört zur sozialen Verantwortung der Braunkohleunternehmen und der regionalen Akteure, alle individuellen Konversionswünsche und -potenziale zu fördern und nicht wegen betrieblicher Belange, die ja nur noch zeitlich begrenzter Natur sein können, zu blockieren.

5 BESCHÄFTIGTENTRANSFER

Maßnahmen des Beschäftigtentransfers kommen erst in einem fortgeschrittenen Stadium eines Ausstiegs-szenarios infrage. Sie werden nämlich erst dann gefördert, wenn die Arbeitsplätze der betroffenen Personen infolge einer Betriebsänderung tatsächlich wegfallen («Bedrohung von Arbeitslosigkeit»). Diese Maßnahmen sind nicht kombinierbar mit einer Förderung der Weiterbildung der Beschäftigten nach § 82 SGB III (siehe Abschnitt 3 und 4); die Phase eines evtl. Beschäftigtentransfers stellt also ein eigenständiges Stadium der Förderung dar. Die Betriebsänderung definiert sich nach § 111 BetrVG; erforderlich ist somit keineswegs die Stilllegung des ganzen Betriebes, aber es müssen mindestens «wesentliche Betriebsteile» eingeschränkt werden und diese Einschränkungen müssen wesentliche Nachteile für «erhebliche Teile» der Belegschaft haben.² Verschiedene Betriebe oder Betriebsteile können sich folglich in unterschiedlichen Phasen des Ausstiegs befinden, sodass in einen Betrieb (oder Betriebsteil) Förderungen für Beschäftigte, in einem anderen Förderungen für von Arbeitslosigkeit Bedrohte (und gleichwohl noch Beschäftigte) in Anspruch genommen werden können. Entsprechende Unterscheidungen und Staffelungen sind auch deshalb wichtig, weil sich die maximale Bezugsdauer des Transferkurzarbeitergeldes nicht individuell, sondern kollektiv bezogen auf die jeweilige Betriebsänderung bemisst. Wenn also die Möglichkeiten des Transferkurzarbeitergeldes voll ausgeschöpft werden sollen, dann müssen Betriebs- und Personalplanung so koordiniert werden, dass die Arbeit in jeweils kompletten Betriebsteilen für möglichst alle gleichzeitig endet.

Der Beschäftigtentransfer in seiner heutigen Form geht letztlich zurück auf den Beginn der wirtschaftlichen Transformation in Ostdeutschland nach der Vereinigung (Knuth 2017). Damals allerdings gab es kaum wirtschaftliche Perspektiven, also neue Beschäftigungsverhältnisse, in die hätte «transferiert» werden können; im Vordergrund stand die friedliche und «sozialverträgliche» Personalausgliederung aus Treuhandunternehmen unter Rückgriff auf Maßnahmen der geförderten Beschäftigung – zunächst Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, dann speziell für die Transformationssituation eingeführte Anschlussinstrumente. Dieser Ausstiegspfad hat sich für viele Betroffene als «Einstieg in den Abstieg» entpuppt, als die öffentlich geförderte Beschäftigung, in der manche gelandet waren, nach der Jahrtausendwende massiv abgebaut wurde (vgl. Knuth 2018a; 2018b). Es ist insofern nicht überraschend, wenn der Einsatz von Transfergesellschaften zur Flankierung des Braunkohleausstiegs in den neuen Bundesländern auf Vorbehalte stößt. Umso wichtiger ist es, einerseits mit der arbeitsmarktpolitischen Flankierung in einem weit früheren Stadium zu beginnen (siehe Abschnitte 3 und 4) und andererseits Maßnahmen zum Beschäftigtentransfer konsequent

«vom guten Ende her» zu konzipieren, also bezogen auf die neuen Arbeitsplätze, auf die die Betroffenen vorbereitet werden sollen, und nicht primär aus der Perspektive der Personalabteilung des jeweils abgehenden Unternehmens.

Instrumentell gesehen besteht Beschäftigtentransfer aus dem Bezug von Transferkurzarbeitergeld – einer Sonderform des Kurzarbeitergeldes – in Kombination mit beruflicher Neuorientierung (siehe Abschnitt 4), Vermittlung und gegebenenfalls beruflicher Weiterbildung. Das Kurzarbeitergeld beträgt 60 bzw. 67 Prozent der durch Arbeitsausfall eintretenden Nettoentgelt-differenz; die Voraussetzungen für den erhöhten Leistungssatz sind die gleichen wie beim Arbeitslosengeld (vgl. § 149 Nr. 1 SGB III). Die Bezugsdauer beträgt derzeit maximal zwölf Monate; in der Geschichte des Instrumentes gab es Bezugsdauern von zwei Jahren und mehr. Üblich ist eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes durch Zahlungen des Arbeitgebers. Weder bei diesen Aufstockungszahlungen noch beim Kurzarbeitergeld handelt es sich um Arbeitslohn; Arbeitslohn muss jedoch weitergezahlt werden für Feier- und Urlaubstage, also immer dann, wenn Anspruch auf Lohn ohne Arbeitsleistung besteht und folglich ein Arbeitsausfall nicht zu Lohnausfall führen kann. Faktisch wirkt das Kurzarbeitergeld für den Arbeitgeber als Entlastung von Anteilen der Lohnkosten und kann hinsichtlich dieser Wirkung mit Arbeitsentgeltzuschüssen verglichen werden, wie sie zum Beispiel bei der Weiterbildung im laufenden Arbeitsverhältnis gewährt werden können (siehe Abschnitt 3 und 4). Beim Arbeitgeber verbleiben die Sozialversicherungsbeiträge insgesamt (für die Tage des Bezugs von Kurzarbeitergeld mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung), die vollen Lohnkosten für Feier- und Urlaubstage sowie gegebenenfalls die Aufstockungszahlungen (zusammengenommen die sogenannten Remanenzkosten).

Durch die SGB III-Novelle von 2016, das «Arbeitslosenversicherungs- und Weiterbildungsstärkungsgesetz» (AWStG), wurden die Möglichkeiten der Weiterbildungsförderung im Beschäftigtentransfer erheblich ausgebaut (Einfügung von § 111a SGB III). Davor war eine Förderung immer nur mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) möglich gewesen, was zu zu-

² Zur Konkretisierung werden nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) die Schwellenwerte für anzeigepflichtige Entlassungen nach § 17 Abs. 1 herangezogen, obwohl dieses mangels eines entsprechenden Verweises im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) nicht zwingend ist. Keine konkreten Größenordnungen gibt es dafür, ob ein Betriebsteil als «wesentlich» anzusehen ist. Letztlich wird die Arbeitsagentur das Vorliegen einer Betriebsänderung wohl kaum bestreiten, wenn die Betriebsparteien bei der Vereinbarung von Interessenausgleich und Sozialplan einvernehmlich davon ausgegangen sind, dass es sich um eine solche handelt. Da eine weitere Voraussetzung der Förderung darin besteht, dass «sich die Betriebsparteien im Vorfeld der Entscheidung über die Einführung von Transfermaßnahmen, insbesondere im Rahmen ihrer Verhandlungen über einen die Integration der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fördernden Interessenausgleich oder Sozialplan nach § 112 des Betriebsverfassungsgesetzes, von der Agentur für Arbeit beraten lassen haben» (§ 111 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB III), können und müssen diese Fragen im Vorfeld geklärt werden.

sätzlichen bürokratischen Hürden und zu Störungen beim Übergang zwischen den Förderperioden führte (vgl. Knuth u. a. 2012). Mit den neuen, seit August 2016 geltenden Förderungsmöglichkeiten liegen bisher nur wenige Erfahrungen vor, weil sich die Anzahl derjenigen, die Transferkurzarbeitergeld bezogen haben, bisher auf sehr niedrigem Niveau von stets unter 10.000 bewegte. Eine statistische Quantifizierung ist nicht möglich, da dieses Instrument nicht getrennt von anderen Formen der Weiterbildungsförderung ausgewiesen wird.

Gefördert wird die Weiterbildung von Transfer-KuG-Beziehenden, die

- keinen Berufsabschluss haben *oder*
- aufgrund einer mehr als vier Jahre ausgeübten Beschäftigung in an- oder ungelernter Tätigkeit eine dem Berufsabschluss entsprechende Beschäftigung voraussichtlich nicht mehr ausüben können *oder*
- bei Beginn der Teilnahme das 45. Lebensjahr vollendet haben.

Der Arbeitgeber muss mindestens 50 Prozent der Maßnahmekosten tragen, was in der Regel Bestandteil eines Sozialplans sein wird. Abgesehen von dem gleich zu erörternden Fall darf die Maßnahme nicht länger dauern als der Bezug von Transferkurzarbeitergeld. Das kann sich in der Praxis sehr hemmend auswirken, weil die Transferphase – abhängig von den verfügbaren betrieblichen Mitteln – nicht immer auf die maximal mögliche Dauer von zwölf Monaten geplant wird und weil Weiterbildungsmaßnahmen einen Vorlauf brauchen und nicht am ersten Tag beginnen können.

Bei fehlendem oder aus den oben genannten Gründen nicht mehr verwertbarem Berufsabschluss kann die Weiterbildung auf den Erwerb eines Abschlusses in einem Ausbildungsberuf gerichtet sein. Sie wird dann in der Regel erst recht länger dauern, als Transferkurzarbeitergeld bezogen werden kann. Für diese im alten System der Förderung aus dem ESF kaum realisierbaren Fälle gilt jetzt die Regelung, dass die Weiterbildung nach dem Ende des Bezugs von Transferkurzarbeitergeld mit dem Bezug von «Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung» fortgesetzt wird. Ab diesem Zeitpunkt übernimmt die Bundesagentur die vollen Lehrgangskosten; im Sozialplan müssen folglich nur die anteiligen Lehrgangskosten für die Zeit wäh-

rend des Bezugs von Kurzarbeitergeld berücksichtigt werden. In der Zeit, in der die Weiterbildung nach Auslaufen des Kurzarbeitergeldes fortgesetzt wird, wird die Anspruchsdauer des Arbeitslosengeldes nur mit «halber Geschwindigkeit» verbraucht, sodass sich die Anspruchsdauer für diesen Zeitraum verdoppelt (§ 148 Abs. 1 Nr. 7 SGB III).

Wenn man davon ausgeht, dass der Sozialplan die Ausschöpfung der maximalen Dauer des Bezugs von Kurzarbeitergeld (zwölf Monate) vorsieht und dass alle Betroffenen einen Anspruch auf Arbeitslosengeld von mindestens zwölf weiteren Monaten haben (der sich, wie gesagt, während der Weiterbildung nur mit «halber Geschwindigkeit» verbraucht), dann dürfte der Zeitraum des Bezugs von Leistungen der Arbeitslosenversicherung für anspruchsvolle, länger dauernde Weiterbildungen mit Abschluss selbst dann ausreichen, wenn die Weiterbildung nicht sofort mit dem Bezug von Kurzarbeitergeld beginnt.

Zwar bemisst sich das Arbeitslosengeld wie das Kurzarbeitergeld; da jedoch während des Bezugs von Kurzarbeitergeld für Urlaubs- und Feiertage das volle Entgelt gezahlt wird, führt der Übergang aus Kurzarbeit in den Bezug von Arbeitslosengeld bei Weiterbildung zu einer Einkommensminderung. Umso wichtiger ist es, dass Vereinbarungen zur Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf einen garantierten Nettobetrag derartige Anschlusszeiträume einer fortgesetzten Weiterbildung mit umfassen. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass das Arbeitslosengeld als Versicherungsleistung – im Unterschied zum «Arbeitslosengeld II» («Hartz IV») – nicht bedarfsgeprüft ist; das heißt, Leistungen des ehemaligen Arbeitgebers werden nicht angerechnet. Auch die Sanktion des § 158 SGB III («Ruhe des Anspruchs bei Entlassungsschädigung») greift nicht, weil Kündigungsfristen nicht «abgekauft» wurden.

Im Rahmen der Gesamtkonstruktion eines sozial verträglichen Ausstiegs ist dafür Sorge zu tragen, dass auch diejenigen, die aus dem Bezug von Transferkurzarbeitergeld bereits ausgeschieden sind, weiterhin Beratung, Unterstützung bei der Arbeitssuche und gegebenenfalls Mobilitätshilfen in Anspruch nehmen können. Hier ist noch einmal auf die zu schaffende Beratungsinfrastruktur zu verweisen (siehe Abschnitt 4).

6 ORGANISATIONSFORMEN DES BESCHÄFTIGTENTRANSFERS

Für die Gewährung eines Kurzarbeitergeldes bei nicht nur vorübergehendem Arbeitsausfall galt immer die Voraussetzung, dass die von einem solchen Arbeitsausfall betroffenen Arbeitnehmer*innen in einer «betriebsorganisatorisch eigenständigen Einheit» zusammengefasst werden und dass dieses nicht mit dem Ziel der späteren Rückkehr auf einen Arbeitsplatz des gleichen Unternehmens oder Konzerns erfolgt. Nachdem Anfang der 1990er Jahre zunächst noch umstritten war, ob die «betriebsorganisatorisch eigenständige Einheit» auch außerhalb des Herkunftsbetriebs und -unternehmens angesiedelt sein kann, ist dieses inzwischen zur gängigen Praxis geworden und im Gesetzestext ausdrücklich als Möglichkeit vorgesehen (§ 111 Abs. 3 Satz 2 SGB III). Zwingend ist diese Konstruktion aber nicht. Der Sinn der «externen» betriebsorganisatorisch eigenständigen Einheit, heute als «Transfergesellschaft» bezeichnet, besteht in erster Linie darin, einen möglichen Erwerber des zu verkleinernden oder insolventen Unternehmens davon zu entlasten, in die Arbeitsverhältnisse von überzähligen Beschäftigten (und damit in erworbene Besitzstände) eintreten zu müssen. Wenn ein solcher Erwerber aber gar nicht gesucht wird, weil die Aktivitäten eines Unternehmens komplett eingestellt werden sollen, dann könnte auch die alte Form der betriebsinternen «eigenständigen Einheit» eine Option sein.

Andererseits würde eine externe Lösung die Beteiligung der betroffenen Bundesländer in einer regionalen Transfergesellschaft nach dem Vorbild der österreichischen «Regionalstiftungen» (vgl. Atzmüller/Krischek 2010; Kühnert 2011) ermöglichen. In Österreich dient diese Konstruktion primär dazu, den Be-

schäftigten von Kleinbetrieben entsprechende Angebote zu machen (Knuth u. a. 2011). Aber in Fortführung der in Abschnitt 2 angerissenen Fragen könnte man eine regionale Trägerschaft einer Transfergesellschaft unter Beteiligung von Gebietskörperschaften dazu nutzen, den Beschäftigtertransfer mit anderen Aktivitäten der Regional- und Strukturentwicklung zu verzahnen. Die erst auf der Grundlage einer regionalen Entwicklungsplanung zu beantwortenden Fragen lauten: Welche korporativen Akteure werden für die Realisierung eines regionalen Ausstiegs- und Konversionsszenarios benötigt bzw. sollen gegebenenfalls geschaffen werden? Und welche Akteure übernehmen dabei welche Aufgabe?

In diesem Zusammenhang ist zum Beispiel auch daran zu denken, Ausbildungskapazitäten der Braunkohleunternehmen auszugliedern, um ihre Existenz für die Nach-Bergbau-Zeit zu sichern. Verselbstständigt und nach Durchlaufen der entsprechenden Zertifizierungen kommen diese Einrichtungen auch dafür infrage, einen Teil der in Abschnitt 3 angesprochenen Weiterbildungen durchzuführen. Entsprechende Stichworte in den Projektlisten der Reviere, die an den Bericht der Kohlekommission angehängt sind, deuten darauf hin, dass derartige Überlegungen in den betroffenen Regionen geteilt werden. Das Beispiel der Steinkohle ist hier vielleicht aufschlussreich: Die 1990 gegründete RAG Bildung GmbH bündelte die Ausbildungskapazitäten der Ruhrkohle AG und war ein wichtiger Player auch in der arbeitsmarktpolitisch geförderten Aus- und Weiterbildung im Ruhrgebiet. Sie wurde 2010 von der TÜV Nord AG übernommen und führt ihre Aktivitäten seitdem unter dem Namen TÜV NORD Bildung GmbH und Co. KG fort.

7 DAS MOBILITÄTS- UND ANREIZDILEMMA

Der Beschäftigtertransfer (siehe Abschnitt 5) ebenso wie eine frühzeitiger einsetzende und zu fördernde individuelle Mobilität (siehe Abschnitt 4) unterliegen einem grundlegenden Anreizdilemma: Entsprechende Lösungen werden bevorzugt in Branchen und Betrieben mit durchsetzungsstarken Belegschaften realisiert und deshalb sind die Entgelte auf den bisherigen Arbeitsplätzen in vielen Fällen eher höher als die Entgelte auf vergleichbaren Arbeitsplätzen im regionalen Umfeld. In der Öffentlichkeit kursierende Zahlen über eine geringe Erfolgswirksamkeit mancher Transferprojekte haben wesentlich mit diesem Dilemma zu tun, oft aber auch damit, dass es durch die Ausgestaltung des Sozialplans noch verschärft wurde. Wenn nämlich die finanziellen Rahmenbedingungen nach dem «Kompensationsprinzip» gestaltet werden – wer am Ende der Laufzeit des Transferkurzarbeitergeldes keinen Arbeitsplatz hat, hat offenbar den größten Nachteil erlitten und verdient daher die höchste Abfindung – dann kann es eigentlich nicht überraschen, wenn am Ende viele tatsächlich keinen Arbeitsplatz haben. Stattdessen muss das Prinzip gelten: Wer sich schneller bewegt oder sich stärker um Weiterbildung bemüht, muss finanziell bessergestellt werden als diejenigen, die nur

abwarten. Eine solche «Sprinterprämie» kann auch helfen, eine anfänglich niedrigere Entlohnung bei einem neuen Arbeitgeber zu verkraften. Laufende monatliche Aufstockungszahlungen auf das Entgelt bei einem neuen Arbeitgeber sind dagegen nicht zu empfehlen, weil sie dort als Lohnungerechtigkeit wahrgenommen werden oder dazu führen können, dass die Betroffenen als potenzielle Störfaktoren für das Betriebsklima wahrgenommen und daher gar nicht erst eingestellt werden.

Wegen des Mobilitätsanreizes ist es auch nicht sinnvoll, während des Bezugs von Transferkurzarbeitergeld das Nettoeinkommen auf 100 Prozent des bisherigen Nettoeinkommens aufzustocken, selbst wenn das finanzierbar und durchsetzbar wäre. Durch Perpetuierung der Einkommensdifferenziale wird die Chance auf eine Anpassung an das wirtschaftliche Umfeld vertan.

Diese Überlegungen gelten unter der Voraussetzung, dass es nicht oder nicht für alle Betroffenen gelingt, eine Beschäftigung bis zum Ruhestand unter Wahrung der bisherigen Ansprüche in einem «Konversionsverbund» von Unternehmen (siehe Abschnitt 2) zu realisieren.

8 BRÜCKEN IN DIE RENTE

Es ist zu begrüßen, dass die Erwerbstätigenquoten in Deutschland stark angestiegen sind, dass die einst verbreitete «Vorruhestandskultur» weitgehend überwunden wurde und dass der Bezug von Kurzarbeitergeld nach dem Wegfall des Arbeitsplatzes schrittweise von einem Instrument zur sozialverträglichen Stilllegung von Arbeitskräftepotenzial zu einem Instrument der Qualifizierung, beruflichen Neuorientierung und unterstützten Arbeitsvermittlung weiterentwickelt worden ist. Das ändert aber nichts daran, dass gesetzliche Altersgrenzen immer einen «Schatten zurück» werfen. Selbst unter Ausklammerung jeglicher Überlegungen zu den altersbedingten Einstellungschancen ist es offensichtlich, dass niemand eine Weiterbildung beginnen wird, die mit dem Rentenbeginn endet, und dass Arbeitgeber qualifizierte Positionen normalerweise nicht mit Personen besetzen werden, deren altersbedingtes Ausscheiden innerhalb weniger Jahre zu erwarten ist. Folglich wird es immer auch Personen geben, die die vorhandenen Instrumente als Brücke in die Rente nutzen wollen oder müssen.

Wegen der vielfältigen Sonderregelungen der knappschaftlichen Rentenversicherung überschreitet die Darstellung der für die Beschäftigten in der Braunkohle relevanten Altersgrenzen den Rahmen dieser Expertise. Die relevanten Grunddaten der Arbeitsförderung wurden überwiegend bereits genannt und sind in der folgenden Tabelle noch einmal zusammengestellt (siehe Tabelle 2).

Für Betroffene, die das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, stehen also Leistungszeiten zwischen 24 und 36 Monaten zur Verfügung; wer trotz Erreichen des 50. Lebensjahres keinen Anspruch auf die Rente für Bergleute nach § 45 Abs. 3 SGB VI hat, kann je nachdem, ob eine Weiterbildung gemacht wird und welcher Zeitanteil davon in die Weiterbildung fällt, zwischen 27 und 42 Monaten Leistungen der Arbeitslosenversicherung in Anspruch nehmen.

Zwar ist die früher ab Vollendung des 58. Lebensjahres vorgesehene Möglichkeit des Arbeitslosengeldbezugs «unter erleichterten Voraussetzungen» – keine Verpflichtung zur Beschäftigungssuche oder Verfügbarkeit – ab 2008 ausgelaufen. Dem Vernehmen nach

lebt aber die Praxis von Arbeitsagenturen fort, sogenannte Sozialplanarbeitslose nicht gegen ihren Willen zu vermitteln.

ACHTUNG:

Wer auf die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren zielt, muss berücksichtigen, dass Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld bei der Ermittlung der Beitragsjahre nicht mitzählen, wenn sie in die letzten zwei Jahre vor Rentenbeginn fallen.

Sofern Leistungen der Arbeitslosenversicherung die Zeit bis zu einer Rente überbrücken, die nur mit Abschlägen in Anspruch genommen werden kann, sollte der Sozialplan entsprechende Ausgleichszahlungen vorsehen.

AKTUELLE REFORMVORSCHLÄGE

Ein Kernpunkt von Diskussionen über eine Stärkung der Arbeitslosenversicherung besteht in der Verlängerung der Anspruchsdauern für langfristig Beschäftigte. So hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kürzlich vorgeschlagen, für jeweils zwei Beschäftigungsjahre, die über zehn Beschäftigungsjahre hinausgehen, einen zusätzlichen Monat zu gewähren (DGB Geschäftsführender Bundesvorstand 2018). Danach hätten beispielsweise unter 50-Jährige nach 25 Versicherungsjahren auch ohne Weiterbildungsteilnahme einen Arbeitslosengeldanspruch von maximal 24 Monaten. 58-Jährige kämen nach 40 Versicherungsjahren auf einen Anspruch von 44 Monaten oder 3,6 Jahren. Das ist nicht weit entfernt vom jüngsten Vorschlag des SPD-Vorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Älteren einen Anspruch von bis zu vier Jahren einzuräumen. Letzter Stand der Debatte (6.2.2019) ist eine Bezugsdauer von maximal 33 Monaten nach den Vorstellungen der Vorsitzenden der Gesamtpartei Andrea Nahles.

Tabelle 2: Bezugsdauern von Lohnersatzleistungen der Arbeitslosenversicherung

Leistungsart	Alter	Vorbeschäftigungszeit in Monaten	maximale Dauer in Monaten	
			ohne Weiterbildungsteilnahme	während Weiterbildungsteilnahme
Transfer-KuG	altersunabhängig	--	12	12
+ Arbeitslosengeld			24	12
	50	30	15	30
	55	36	18	theoretisch auch hier Verdoppelung, praktisch wohl eher nicht relevant
	58	48	24	

LITERATUR

A

Atzmüller, Roland/Krischek, Caroline (2010): Nationales Hintergrundpapier Österreich. 27 Nationale Seminare. Antizipation und Bewältigung von Restrukturierung in Österreich, ILO International Training Centre, Turin.

B

Bundesagentur für Arbeit (2017): Förderung aus dem Vermittlungsbudget gemäß § 44 SGB III. Fachliche Weisungen, Stand: 20.10.2017, unter: https://con.arbeitsagentur.de/prod/apok/ct/dam/download/documents/dok_ba014859.pdf.

Bundesagentur für Arbeit (2018): Transfermaßnahmen – § 110 Transferkurzarbeitergeld – § 111 Drittes Buch Sozialgesetzbuch – SGB III. Gültig ab: 20.12.2018 (Fachliche Weisungen).

D

DGB Geschäftsführender Bundesvorstand (2018): Soziale Sicherheit statt Hartz IV. Diskussionspapier des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, Dezember 2018.

K

Kohlekommission – Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» (2019): Abschlussbericht, 26.1.2019, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4.

Knuth, Matthias (2017): Institutionen und Instrumente der Arbeitsmarktpolitik im Transformationsprozess und im gesamtdeutschen Kontext, in: Heydemann, Günther/Paqué, Karl-Heinz (Hrsg.): Planwirtschaft – Privatisierung – Marktwirtschaft. Wirtschaftsordnung und -entwicklung in der SBZ/DDR und den Neuen Bundesländern 1945–1994, Göttingen, S. 243–264.

Knuth, Matthias (2018a): Arbeitsförderung für Langzeitarbeitslose. Rückschlüsse aus bisherigen Programmen und Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik, in: Soziale Sicherheit 7/2018, S. 275–280.

Knuth, Matthias (2018b): Arbeitsmarktpolitik als Inklusionsprojekt?, in: WSI-Mitteilungen 71, S. 456–467.

Knuth, Matthias/Kirsch, Johannes/Mühge, Gernot (2011): Restructuring and occupational mobility. Support for job transitions in European comparison, in: UNIKATE 40, S. 108–118.

Knuth, Matthias/Kirsch, Johannes/Schwarzkopf, Manuela (2012): Beschäftigtertransfer Plus in NRW. Abschlussbericht, Duisburg, unter: www.iaq.uni-due.de/aktuell/veroeff/2012/knuth_kirsch_schwarzkopf.pdf.

Kühnert, Uwe (2011): Impulse für den Strukturwandel. Die Arbeitsstiftungen in Österreich, in: BRANDaktuell 4/2011, S. 28–29.

TEIL 3

SOPHIE BOSE, KLAUS DÖRRE, JAKOB KÖSTER,
JOHN LÜTTEN, NELSON DÖRRE, ARMIN SZAUER (FSU JENA)

BRAUNKOHLEAUSSTIEG IM LAUSITZER REVIER

SICHTWEISEN VON BESCHÄFTIGTEN

INHALT

1	Einleitung: Soziologische Tiefenbohrung im Braunkohlerevier	91
2	«Wir sind das Rückgrat der Lausitz»: Regionale Bedeutung von Braunkohle und LEAG	93
3	«Man will gar keine Lösung präsentieren»: Zweifel an der Machbarkeit des Ausstiegs	95
4	«Wir haben ja schon vieles erlebt»: Wendeerfahrung und regionale Entwicklung	98
5	Individuelle Bewältigungsstrategien: Wie umgehen mit dem Kohleausstieg?	100
6	«Buhmänner der Nation»: Abwertungserfahrungen und Medienkritik	102
7	Zwischen erlaubtem Protest und «Ökoterrorismus»: Sichten auf die Kohlegegner*innen	104
8	Mit wem für die Lausitz? Kohleausstieg, politische Akteure, rechter Populismus	106
9	Entwicklung, nicht Strukturwandel – ein vorläufiges Resümee	108
10	Nachtrag: Unternehmen, Betriebsräte und Gewerkschaften in regionalen Netzwerken	111
	Literatur	112

1 EINLEITUNG: SOZIOLOGISCHE TIEFENBOHRUNG IM BRAUNKOHLEREVIER

«An die Politik: ENERGIEWENDE? Erst erklären, wie es geht, dann beweisen, dass es geht, erst dann weitere Eingriffe!» heißt es auf einem Transparent, das über dem Haupteingang zum Braunkohlekraftwerk Jänschwalde ins Auge sticht. Ob sie wollen oder nicht, die Insass*innen eines jeden Fahrzeugs, das den Haupteingang zum Kraftwerk passiert, müssen das Transparent zur Kenntnis nehmen. Die demonstrativ platzierte Botschaft bringt eine unter den Beschäftigten verbreitete Stimmung recht gut auf den Punkt: Dem geplanten Kohleausstieg gegenüber herrscht große Skepsis. Bezweifelt wird, dass das im Abschlussbericht der Kommission «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» entworfene Ausstiegszenario, das ein Ende des Braunkohleabbaus bis 2038 vorsieht, technisch überhaupt umsetzbar ist. Teilweise werden auch Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit eines Ausstiegs in Abrede gestellt. Was verbirgt sich hinter solchen Haltungen? Wie denken die im Braunkohletagebau und in der Energieversorgung Beschäftigten über das absehbare Ende ihres Industriezweigs? Was bedeuten die Veränderungen für ihre Lebensplanung? Welche Auswirkungen haben sie auf ihre Sicht auf Gesellschaft und Politik?

Wir sind diesen Fragen im Rahmen einer Fallstudie nachgegangen, die uns zu einem politisch brisanten Zeitpunkt ermöglicht wurde. Wenige Tage vor unserer Erhebung hatte die Kohlekommission das Ergebnis ihrer Arbeit vorgelegt. Für die Lausitz bedeutet der dort anvisierte Ausstieg bis 2038, dass das Ende des Braunkohleabbaus mindestens sieben Jahre früher erfolgt, als es das Revierkonzept des regionalen Bergbauunternehmens und Energieversorgers LEAG plante.¹ Dass der – wirtschaftlich noch immer profitable – Braunkohletagebau zu Ende gehen würde, stand bereits vor der Einigung in der Kohlekommission fest. Aus der Sicht von Unternehmensleitung und Betriebsrat, die uns in einem Vorgespräch vermittelt wurde, habe die LEAG mit ihrem Revierkonzept bereits einen angemessenen Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Das Unternehmen verzichtete auf die Erschließung neuer Tagebaue. Zudem gehen zusätzlich zwei Blöcke des Braunkohlekraftwerks Jänschwalde in die «nationale Reserve», das heißt, sie werden nur hochgefahren, wenn ihre Kapazität benötigt wird, um die Grundlast der Energieversorgung sicherzustellen. Braunkohleförderung und Braunkohleverstromung wären in der Lausitz nach dem Revierkonzept bis weit in die 2040er Jahre betrieben worden. Damit ist es nun vorbei.

Hintergrund der politischen Entscheidung, das Ende des Braunkohlebergbaus vorzuziehen, ist die Tatsache, dass die Bundesrepublik 2020 voraussichtlich alle selbst gesteckten Klimaziele verfehlen wird. Trotz Energiewende steigen die klimaschädlichen Emissionen. Hauptverursacher sind, neben dem Beheizen von Gebäuden, die Landwirtschaft, der Verkehrs- und der

Energiesektor. Das Ziel einer vollständigen Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft bis 2050 und einer Reduktion der klimaschädlichen Emissionen um 37,5 Prozent bis 2030 erfordern eine Transformation, die nicht allein die Braunkohlereviere betrifft, sondern absehbar den gesamten Energie- und Verkehrssektor, das Wertschöpfungssystem Automobil und damit das industrielle Herzstück des bundesdeutschen Wirtschaftsmodells erfassen wird. Insofern, so können wir ohne Übertreibung feststellen, lassen die Auseinandersetzungen um die Braunkohle erahnen, wie gesellschaftliche Konflikte verlaufen könnten, die eine bereits im Gange befindliche sozial-ökologische Transformation unweigerlich begleiten werden.

Vor diesem Hintergrund verfolgen wir mit unserer soziologischen Tiefenbohrung² in der Lausitz eine begrenzte Zielsetzung. Es geht uns in erster Linie darum, die Sichtweisen von Beschäftigten der LEAG zu rekonstruieren und zu dokumentieren. Das war und ist alles andere als einfach. Bereits im Vorgespräch, das wir mit Expert*innen aus Unternehmensleitung, Betriebsrat und Politik geführt haben, wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass die Sichtweisen der Beschäftigten in den öffentlichen Debatten zur Braunkohle zu kurz kommen. Zugleich würden Befragungen aber mit Skepsis betrachtet, weil es in der Vergangenheit zwar zahlreiche Zeitungsinterviews gegeben habe, in denen sei aber das, was den Beschäftigten wirklich wichtig ist, in der Regel kaum vorgekommen oder sogar selektiv und verzerrt wiedergegeben worden. Unsere Tiefenbohrung ist mit dem Versprechen verbunden, daran etwas zu ändern.

Im Folgenden versuchen wir, die Befragten selbst möglichst umfassend zu Wort kommen zu lassen. Wir dokumentieren Sichtweisen von Beschäftigten zum Kohleausstieg und dem damit verbundenen Strukturwandel im Lausitzer Revier. Herausgearbeitet werden soll, welche Wahrnehmungen, Einschätzungen und Bewertungen die Beschäftigtenperspektive prägen. Wir bemühen uns – zumal im nachfolgend dokumentierten ersten Auswertungsschritt – darum, Erfahrungen, Wahrnehmungen und subjektive Deutungshorizonte der Befragten zu verstehen.³

Empirische Basis unserer Darstellung sind 20 problemzentrierte Interviews, die wir im Februar 2019 an-

¹ LEAG ist die gemeinsame Marke der Lausitz Energie-Verwaltungs-GmbH, Lausitz Energie Bergbau AG (kurz LE-B) und der Lausitz Energie Kraftwerke AG (kurz LE-K). Die Unternehmen mit Sitz in Cottbus bilden gemeinsam einen der größten deutschen Stromerzeuger. Die LEAG entstand 2016 durch den Verkauf der Lausitzer Braunkohletagebaue und der -kraftwerke des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall AB an die tschechische EPH-Gruppe und deren Finanzpartner PPF Investments. Zur EPH gehört auch das in Sachsen und Sachsen-Anhalt beheimatete Stromerzeugungs- und Bergbauunternehmen MIBRAG. ² Zur Methode der soziologischen Tiefenbohrung vgl. Dörre u. a. 2018: 59–61. ³ Im nächsten Erhebungsschritt werden wir uns bemühen, Stimmen aus dem Lager der Braunkohlegegner*innen zu erheben und zu dokumentieren. Während der zeitlich sehr knapp bemessenen ersten Erhebungsphase war das leider nicht möglich.

hand von Leitfäden mit Beschäftigten der LEAG aus dem Tagebau Jänschwalde, dem Kraftwerk Jänschwalde sowie der Hauptverwaltung der LEAG im Lausitzer Braunkohlrevier geführt haben (siehe Übersicht 1). Die Interviews dauerten bis zu zwei Stunden. Das umfangreiche empirische Material umfasst nahezu 30 Stunden Original-Ton, die wir zunächst in Protokollen auf Kernaussagen hin verdichtet haben.⁴ Die Interviews wurden durch eine Dokumentenanalyse ergänzt (Quellen werden jeweils angegeben). Auch das protokollierte mehrstündige Vorgespräch, ein Besuch des Informationszentrums der LEAG und eine Besichtigung des Tagebaus Jänschwalde sind Bestandteil des ausgewerteten Materials.

Übersicht 1: Interviews nach Standorten

Tagebau	Kraftwerk	Hauptverwaltung
Interview 1	Interview 5	Interview 11
Interview 2	Interview 6	Interview 12
Interview 3	Interview 7	Interview 13
Interview 4	Interview 8	Interview 14
Interview 17	Interview 9	Interview 15
Interview 18	Interview 10	Interview 16
	Interview 20	Interview 19
gesamt: 6	gesamt: 7	gesamt: 7

Unsere Interview- und Gesprächspartner*innen stammen aus allen Hierarchieebenen des Unternehmens. Neben der Bewertung des «Kohlekompromisses» und der an ihm beteiligten politischen Akteure waren die Berufsbiografie, die aktuelle Tätigkeit, die Sicht auf das Unternehmen und die Region, die persönliche und gesellschaftliche Zukunft sowie der Blick auf die Gesellschaft Themen der Gespräche. Ein Großteil der Befragten, insgesamt 18 Männer und zwei Frauen, ist bereits im Beruf tätig, zwei befinden sich noch in der Ausbildung. Die übrigen Befragten verfügen zumindest über eine Berufsausbildung, manche haben die Hochschulreife oder ein Hochschulstudium abgeschlossen. Die Altersspanne der Befragten reicht von 24 bis 60 Jahren. In der Zusammensetzung entspricht unser Sample der Qualifikationsstruktur im Unterneh-

men. Lange Zeit konnte sich die LEAG in Ausbildung und Beschäftigung bei den Bestqualifizierten der Region bedienen. Insgesamt weist die Belegschaft einen relativ hohen Altersdurchschnitt von über 50 Jahren auf. Rund 20 Prozent der Beschäftigten sind Frauen.

Nachfolgende Ausführungen sind das Ergebnis einer ersten inhaltsanalytischen Auswertung des empirischen Materials. Wir hoffen, trotz der notwendigen Verdichtungen dokumentieren zu können, was der Belegschaft in Sachen Braunkohleausstieg wichtig ist. Für den Feldzugang bedanken wir uns bei der Unternehmensleitung und den Betriebsräten der LEAG. Die Studie war nur möglich, weil sie von der Rosa-Luxemburg-Stiftung angeregt, gefördert und unterstützt wurde. Für ihre Gesprächsbereitschaft sind wir unseren Interviewpartner*innen zu größtem Dank verpflichtet. Ohne ihre Bereitschaft, Zeit aufzuwenden und in den Interviews Klartext zu reden, wäre unsere Recherche eine oberflächliche Betrachtung geblieben. Wir selbst haben in den Interviews viel gelernt. Dazu gehört an erster Stelle die Einsicht, dass Schwarz-Weiß-Malerei der Komplexität von Transformationskonflikten nicht gerecht wird.

Unsere Auswertung beginnt mit einem Blick auf die Bedeutung des Braunkohleabbaus und der LEAG für die Region (2). Es folgen die Bewertung des «Kohlekompromisses» (3), die subjektive Relevanz von (Nach-)Wendenerfahrungen (4), typische individuelle Bewältigungsstrategien des absehbaren Kohleausstiegs (5), Abwertungserfahrungen und Bewertung der Medienberichterstattung (6), die Wahrnehmung von Protestaktionen gegen den Braunkohleabbau (7) sowie die Haltung zu politischen Parteien und Rechtspopulismus (8). In einem ersten Resümee werden die Befunde zusammengefasst und eingeordnet; in diesen Teil gehen eigene analytische Überlegungen ein (9). Abschließend folgt ein Nachtrag zu Ansätzen regionaler Strukturpolitik, die – auf die im Gange befindliche sozial-ökologische Transformation bezogen und entsprechend erneuert – einer Entwicklungskoalition gesellschaftlicher Kräfte helfen könnten, der Lausitz eine Zukunft jenseits der Braunkohle zu ermöglichen. Zwecks Anregungen dokumentieren wir Teilergebnisse einer Untersuchung, die wir zwischen 2003 und 2006 in alten Industrieregionen (Chemnitz, Dortmund, Nürnberg) durchführen konnten.

⁴ Im nächsten Auswertungsschritt werden die Interviews transkribiert, um sie so einer Tiefenanalyse zugänglich zu machen.

2 «WIR SIND DAS RÜCKGRAT DER LAUSITZ»: REGIONALE BEDEUTUNG VON BRAUNKOHLE UND LEAG

In der Lausitz kommt der Braunkohleförderung und damit den Betrieben der LEAG eine herausragende Bedeutung zu. Die Region blickt auf eine lange Tradition des Braunkohleabbaus zurück. Viele der in der Lausitz ansässigen Familien haben Angehörige, die seit Generationen im Bergbau arbeiten. Mit der Braunkohle ist eine hohe Identifikation verbunden: «Ich war immer stolzer Bergmann und das werde ich immer bis zum Schluss bleiben», erklärt ein über 50-jähriger Beschäftigter im Interview (Interview 3). Arbeiter- und Produzentenstolz prägen die Kultur des Unternehmens. Während wir in anderen Untersuchungen darauf gestoßen sind, dass sich auf den Arbeiterstatus kein positives Selbstbewusstsein gründet (vgl. Dörre/Happ/Matuschek 2013), bezeichnen sich in der LEAG selbst Techniker*innen und angehende Ingenieur*innen als «Arbeiter». Die Anerkennungspyramide in den Betrieben wird gewissermaßen vom *shop floor*,⁵ von den unmittelbaren Produzent*innen her bestimmt. Strittig ist unternehmensintern nur, ob die Bergleute, die Besatzungen von Baggern und Förderbrücken oder die «Braunkohleveredler» in nachgelagerten Arbeitsschritten wichtiger für den Gesamtprozess sind. Dementsprechend herrscht im Unternehmen ein rauer, aber dennoch solidarischer Grundton, der von den Arbeiter*innen bestimmt wird und an den sich die produktionsnahen Ingenieur*innen anzupassen haben. Zu dieser besonderen Unternehmenskultur trägt bei, dass die Aufstiegskanäle im Unternehmen höchst durchlässig sind. Die berufliche Karriereleiter kann durchaus vom Elektriker bzw. von der Elektrikerin zur Führungsebene führen. Zwei Vorstandmitglieder der LEAG haben ihr Geschäft gewissermaßen von der Pike auf gelernt.

Mit 8.000 Beschäftigten, unter ihnen 700 Auszubildende, ist die LEAG der größte Arbeitgeber der Region. Hinzu kommen zahlreiche Zulieferbetriebe und deren Belegschaften, die direkt oder indirekt von der Braunkohle abhängig sind. Von uns befragte LEAG-Beschäftigte sehen in ihrem Unternehmen durchweg nicht nur den größten, sondern auch den besten regionalen Arbeitgeber. Unbefristete Vollzeitstellen sind die Regel, prekäre Beschäftigung gibt es bei Zulieferern und ausgegründeten Unternehmensteilen, in den LEAG-Betrieben aber nicht. Die tarifliche Entlohnung liegt im regionalen Vergleich weit über dem Durchschnitt. Dagegen beträgt die tarifliche Wochenarbeitszeit – für den Osten höchst ungewöhnlich – 37,5 Stunden. Der Betriebsrat hat im Unternehmen eine starke Position. Mitglied des Betriebsrats oder der Jugendvertretung zu sein gilt in der Belegschaft als attraktiv. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad bewegt sich deutlich oberhalb der 80-Prozent-Marke.⁶ Auch die Ausbildungsbedingungen und -vergütungen werden als «vom Feinsten» beschrieben (Interview 3).

Ausnahmslos alle Befragten zeigen sich sowohl mit Verdienst, Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalten als auch mit den Sozialbeziehungen in der Belegschaft sehr zufrieden. Obwohl im Mehrschichtsystem gearbeitet wird und die Tätigkeiten «in der Grube», die bei Wind und Wetter stattfinden, alles andere als leicht sind, gibt es in den Interviews keine Klagen über die Arbeitsbedingungen. Bemängelt wird allenfalls, dass Stellen nicht nachbesetzt werden und deshalb eine schleichende Tendenz zur Leistungsverdichtung zu verzeichnen ist. Doch diese Erfahrung bleibt in den Interviews eine Marginalie. Das wahrscheinlich auch, weil, wie die meisten Interviewpartner*innen betonen, in der Belegschaft ein guter Zusammenhalt und ein ausgeprägtes «Wirgefühl» herrschen (Interview 1). Die Befragten sind sich der Besonderheit des Unternehmens sehr bewusst: «Nach Gehalt ist man, wenn man hier arbeitet, hier in der Region oben. [...] Das sind Gehälter, die man mit einem Hochschulstudium in Westdeutschland verdient» (Interview 10).

Bedeutsam ist zudem, dass die LEAG eine wichtige Funktion für das kulturelle und zivilgesellschaftliche Leben in der Region ausübt. Das Unternehmen betätigt sich als Sponsor von Sportvereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Es unterstützt Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und für kulturelle Vielfalt und fördert so in der Wahrnehmung vieler Befragter den sozialen Zusammenhalt in der Lausitz. Nicht zuletzt deshalb gilt die LEAG den Beschäftigten als «Leuchtturm» (Interview 19) und als «Rückgrat der Lausitz» (Interview 3): «Die Braunkohle gibt uns viele Möglichkeiten. Seien wir ehrlich, wenn wir nicht die hätten, [...] dann wäre hier der Ofen aus» (Interview 5).

Angesichts der guten Arbeitsbedingungen und Gehälter, der kulturellen Bedeutung des Unternehmens und der hohen Identifikation mit ihren beruflichen Tätigkeiten blicken zahlreiche Beschäftigte mit großer Sorge auf den bevorstehenden Braunkohleausstieg:

Ich bin auf jeden Fall stolz, was ich bis jetzt in meinem Leben so erreicht habe, ich gehe gern arbeiten, bin auch stolz, dass ich hier mitmachen darf bei der LEAG, ich mache das auch gerne, ganz ehrlich. Und ich betrachte es auch mit Wehmut, wenn das hier alles den Bach runtergeht. (Interview 15)

Die Unternehmensleitung und ihr Handeln während des Ringens um den Kohleausstieg werden von den Befragten überwiegend positiv bewertet. Immer wieder äußern Beschäftigte die Einschätzung, dass Belegschaft und Management vom Strukturwandel glei-

⁵ *Shop floor* ist eine arbeitssoziologische Bezeichnung für die Produktionsebene in Industriebetrieben. ⁶ Die Aussagen in den Interviews waren dazu nicht eindeutig; klar ist aber, dass es im Unternehmen relativ selbstverständlich ist, der Gewerkschaft beizutreten.

chermaßen betroffen seien, weshalb Gewerkschaft, Betriebsräte und Unternehmensleitung gemeinsam handeln müssten: «Unsere Betriebsleitung, [...] denen geht es genauso an den Kragen wie dem kleinen Mann. [...] Da geht es eigentlich ums Überleben» (Interview 3).

Vereinzelt begegnete uns jedoch auch Kritik am Unternehmen, das sich aus Sicht einiger Befragter deutlich früher hätte umorientieren müssen und bis heute keinen «Plan B» zu haben scheine (Interview 14). Die Zeiten, in denen sich Tausende auf Ausbildungsstellen bewarben und die LEAG die Besten der Besten auswählen

konnte, sind jedenfalls vorbei. «Für mich war's damals der Sechser im Lotto», sagt einer der Befragten über die Zusage für eine Ausbildung bei der LEAG, die im Grunde gleichbedeutend mit einer sicheren Zukunftsperspektive gewesen sei (Interview 5). Dies gilt heute nicht mehr in gleicher Weise. Inzwischen kann das Unternehmen eine Bestenauslese nicht mehr betreiben: «Es wollten alle zu uns. Jetzt will keiner mehr zu uns» (Interview 14). Das Unternehmen müsse lernen, sich auch mit den zweit- oder drittbesten Bewerber*innen zu begnügen, andernfalls werde es schwer, auch nur den Ersatzbedarf an Arbeitskräften zu decken.

3 «MAN WILL GAR KEINE LÖSUNG PRÄSENTIEREN»: ZWEIFEL AN DER MACHBARKEIT DES AUSSTIEGS

Das Votum der Kohlekommission für einen Ausstieg 2038 stößt innerhalb der Belegschaft auf ein geteiltes Echo. Während Betriebsräte den Kompromisscharakter der Vorschläge betonen, betrachten andere Befragte die Vereinbarung als Verschlechterung. Die Bewertungen fallen umso kritischer aus, je größer die Nähe der Befragten zur *shop floor*-Ebene ist. Von einigen Beschäftigten wird der «Kohlekompromiss» prinzipiell begrüßt. Ein Befragter hält ihn sogar für eine besonders clevere Lösung, weil die Region nun staatliche Zuwendungen bekomme, die bei einem ohnehin bevorstehenden Ausstieg in der in Aussicht gestellten Höhe keineswegs sicher gewesen wären. Andere Belegschaftsmitglieder akzeptieren den Kompromiss zumindest als konkrete Diskussionsgrundlage für die weitere Auseinandersetzung. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass die Vereinbarungen noch in gesetzliche Regelungen überführt und in den zuständigen Parlamenten beschlossen werden müssen. Entscheidend für die Bewertung sei, wie das genau geschehe.

Viele Befragte äußern sich jedoch überwiegend kritisch. Skeptische bis ablehnende Haltungen gegenüber dem Kommissionsbericht sowie dem Kohleausstieg insgesamt speisen sich nicht nur aus Sorge um die individuelle berufliche Zukunft oder die Zukunft der Region. Auch die technische Machbarkeit eines Umstiegs auf regenerative Energien wird von ausnahmslos allen Befragten des Samples bezweifelt. Das anvisierte Ziel eines Braunkohleausstiegs bis zum Jahr 2038, so der Tenor der Interviews, sei politisch motiviert, ohne dass Klarheit bestünde, wie der Energiebedarf danach gedeckt werden könne. «Ich reiße das alte Haus ab, aber das neue steht noch nicht und es funktioniert noch nicht, aber es muss jetzt unbedingt abgerissen werden, das alte Haus» (Interview 15), bringt ein Befragter diese Sicht auf den Punkt. Derartige Entscheidungen seien den Menschen in der Lausitz nur schwer zu vermitteln.

Die Besorgnis, der Ausstieg könne sich als technisch nicht machbar erweisen, teilen auch jene Befragten, die das Ende der Braunkohleförderung prinzipiell und mit ökologischen Argumenten befürworten:

Ich bin natürlich auch der Meinung, dass das so nicht weitergehen kann mit der Braunkohle. Dennoch sind mir alle Alternativen, die im Moment auf den Tisch gelegt werden, nicht ausgereift genug. Das fängt an, dass eine Frau Baerbock sagt in einem Interview: «Wir haben ja genug Stromspeicher» – die ich in Deutschland noch nirgends gefunden habe. Und dass man sagt, das ist alles kein Problem. Das ist mir alles zu kurz gesprungen. Und wenn man weiß, dass im vorigen Jahr 150 Mal großen Unternehmen der Strom abgeschaltet wurde, um das Netz stabil zu halten, dann läuft irgendetwas falsch! (Interview 14)

Die zentralen Argumente, die zur Kritik vorgetragen werden, zielen auf den Energiemix und die Sicherstel-

lung der Grundversorgung mit Strom. Der Energiemix beruht zu einem erheblichen Prozentsatz auf Strom aus Kernkraftwerken, der beständig ins Netz eingespeist wird. Es folgt die Energie aus Wind und Sonne, die – allerdings wetterabhängig – in jedem Fall Vorrang genießt. Strom aus Kohle und Gas sowie aus ebenfalls zu den Erneuerbaren zählendem Wasser deckt den großen Restbedarf, gleicht wetterbedingte Schwankungen bei Wind- und Sonnenenergie aus und sichert so die Grundversorgung. Dieser Mix und mit ihm die Grundversorgung, so der Tenor in zahlreichen Interviews, seien in Zukunft nicht mehr gesichert. Es fehle ein überzeugendes Konzept, das nachvollziehbar mache, wie der Energiebedarf nach dem Wegfall der Kohleverstromung und dem Abschalten der Kernkraftwerke von den regenerativen Energien aufgefangen werden könne. Unklar bleibe auch, wie der Strompreis gehalten werden könne, wenn die vergleichsweise preiswerte Atomenergie wegfalle. Energie aus Erdgas sei nur dann eine Alternative, wenn man die Emissionen unbeachtet lasse, die bei Förderung und Transport anfielen. Rechne man diese ein, seien fossile Gase schmutziger als die Braunkohle.

Spätestens bis 2023 soll das letzte Atomkraftwerk stillgelegt sein.⁷ Dieses Datum vor Augen zweifeln viele Befragte an der Machbarkeit eines raschen Ausstiegs aus der Braunkohle. Wind- und Solarenergie seien erstens gegenwärtig nicht in der Lage, den gesamten Bedarf zu befriedigen, zweitens gebe es nicht genügend Speicherkapazitäten, um wetterbedingte Schwankungen in der Stromversorgung überbrücken zu können. So werde mit Blick auf Wind- und Solarenergie meist nur über deren potenzielle Kapazitäten geredet, nicht aber über die tatsächliche Auslastung und Stromproduktion, die teilweise deutlich unterhalb der Potenziale liege. Unabhängig von der Befürwortung oder Ablehnung ökologischer Motive machen nahezu alle Befragten darauf aufmerksam, dass der Braunkohleausstieg technisch nicht funktionieren könne. Einige Beschäftigte prognostizieren deshalb den Import fossiler Energie aus dem Ausland:

Wir steigen aus der Steinkohle aus, Atom und Braunkohle, das sind 75 Prozent der Stromproduktion in Deutschland. Und wo soll das herkommen? Das muss mal einer den Leuten erklären. Das kann ja nur aus dem Ausland kommen. Und was nützt uns das dann, wenn dann ein altes Kohlekraftwerk in Rumänien weiterläuft, und wir machen unser neuestes hier zu? Na, das kann es doch auch nicht sein, das ist für mich alles scheinheilig und verlogen, [...] das erzeugt doch Frust bei den Leuten. (Interview 15)

⁷ Im Jahr 2018 entfiel rund ein Viertel der öffentlichen Stromversorgung auf die Braunkohle. Auf die Kernenergie entfielen im selben Jahr 13 Prozent der öffentlichen Stromversorgung (vgl. das Onlineportal der Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE unter: www.energy-charts.de).

Als Folge von Importen könne es zu geopolitischen Abhängigkeiten von osteuropäischen Ländern und hier vor allem vom Erdgaslieferanten Russland kommen: «Viele sagen jetzt ja, wir setzen auf Gas. Machen wir uns ja komplett von Putin abhängig, auf gut Deutsch gesagt» (Interview 8). Noch greifbarer ist für manche die Gefahr eines sogenannten Blackouts, also mehr oder minder weiträumiger Stromausfälle durch Versorgungsengpässe. Kaum ein Befragter, der nicht mehr oder minder dramatische Geschichten eines «Blackouts» zu erzählen weiß. Beflügelt wird die Fantasie von LEAG-Beschäftigten durch einen Roman, den ein ehemals im Unternehmen angestellter Ingenieur verfasst hat. Einige Befragte empfehlen das Buch als eine Art Pflichtlektüre. Andere schildern Katastrophenszenarien, die ein Zusammenbruch des Stromnetzes mit sich bringen würde. Mit einem gewissen Zynismus wünscht man der verantwortungslosen Politik geradezu einen «Blackout», weil das die Verantwortlichen zum Aufwachen bewegen könne:

Da sind wir hier viele Kollegen, wir unterhalten uns ja sehr oft über diese Thematik, der Meinung: Lieber gestern als morgen den Blackout, damit die begreifen, was auf dem Spiel steht. Und ich weiß auch, das sage ich jetzt ganz bewusst: Da sterben sicherlich Leute! [...] Da müssen wir davon ausgehen, dass Leute sterben. Das ist einfach so. Ob's durch einen Verkehrsunfall ist, weil Ampeln ausgefallen sind, oder das Notstromaggregat im Krankenhaus nicht anspringt und so weiter ... Das sind dann alles so Sachen, die dann eintreten können. [...] Da gibt's Fachleute, die sagen: Das mit dem Blackout ist nicht die Frage, OB, das ist eine Frage, WANN – wenn das so weitergeht, wie wir das jetzt anrudern. (Interview 18)

Bei den meisten der Befragten verbinden sich Zweifel an der technischen Umsetzbarkeit des Braunkohleausstiegs mit großer Skepsis hinsichtlich der Verlässlichkeit politischer Entscheidungen und Aushandlungsprozesse. Die Mehrzahl der Interviewpartner*innen gibt an, nicht zu wissen, ob man sich bei der Ausgestaltung des Kohlekompromisses auf die Politik wirklich verlassen könne: «Es wurde schon viel versprochen und nicht gehalten», äußert ein Ingenieur seine Skepsis gegenüber den verantwortlichen Entscheidenden (Interview 17). Ein anderer beschreibt die Auseinandersetzung um die Kohlefrage als politischen «Eiertanz», der «von Kommission zu Kommission» getragen worden sei (Interview 20). Während viele dabei der Landespolitik und hier vor allem den Ministerpräsidenten von Brandenburg und Sachsen attestieren, über die Lage im Braunkohlerevier informiert zu sein und sich zumindest für die Belange der Region einzusetzen, bewertet man die Bundespolitik äußerst kritisch. In «Berlin», so die Sicht vieler, werde nach politischer Konjunktur, bei fehlender Sachkenntnis und ohne verbindlichen Kurs über die Zukunft der Braunkohlereviere entschieden.

Begründet wird die kritische Bewertung des vorgezogenen Ausstiegs auch mit dem Hinweis, dass der LEAG damit das Geld aus sieben Jahren Produktion fehlen werde, das vom Unternehmen für Rekultivie-

rung und Wiederaufforstung ausgegeben werden könne. Das Unternehmen handle nach der Devise Zerwühlen und Verschönern, erklärt ein Verantwortlicher während der Besichtigung des Tagebaus schmunzelnd. Ein Teil des ehemaligen Tagebaus Jänschwalde wird mittlerweile wieder landwirtschaftlich genutzt; es existiert ein grünes Herz des Abbaugebiets. Die Befürchtung ist, dass der vorgezogene Ausstieg solche Rekultivierungen erschweren oder gar verunmöglichen wird.

Kaum ein*e Befragte*r rechnet damit, dass die Kommissionsvorschläge den Beschäftigten Planungssicherheit bringen werden. Da Möglichkeiten eines früheren Ausstiegs immer wieder geprüft werden sollen, rechnen die meisten Beschäftigten damit, dass schon in naher Zukunft (Zweijahresfrist) neue Grundsatzdebatten um den Termin des Braunkohleausstiegs geführt werden müssen.

Signalisieren die meisten Befragten grundsätzlich Verständnis für einen – wenn auch später gewollten – Ausstieg aus der Braunkohleförderung, äußert sich eine Minderheit grundsätzlich «klimaskeptisch» und sieht bei der Braunkohleförderung keinen akuten Handlungsbedarf. Der Zusammenhang von anthropogenem Klimawandel und CO₂-Emissionen sei, so die Behauptung, bislang nicht bewiesen. Außerdem müsse man sehen, dass der Anteil von nicht natürlich emittiertem CO₂ verschwindend gering bleibe:

Wissen Sie, wie viel CO₂ in der Luft ist? [Interviewer: Ich weiß es nicht.] Es sind 0,038 Prozent. [...] 0,04, so! Davon sind mindestens 95 Prozent natürlichen Ursprungs. Und von diesen fünf Prozent, die menschengemacht sind, macht Deutschland zwei bis fünf Prozent, die Angaben schwanken so ein bisschen, da sind wir bei fünf oder sechs Stellen hinterm Komma. Da sind wir bei Deutschland. Und Deutschland ist ja nicht nur Kraftwerk Jänschwalde oder Braunkohle ... Emissionen, CO₂ ist ja deutschlandweit zu sehen [...]. Das sind Beträge – das grenzt an Homöopathie! (Interview 18)

Jener Teil der Befragten, der so argumentiert, empfindet die öffentliche Debatte um den Klimawandel als hysterisch. Die Aufregung wird als Ergebnis einer ideologischen Kampagne von Grünen und Umweltverbänden betrachtet und in Gänze zurückgewiesen – mit entsprechend starker Ablehnung von Klima-Aktivist*innen:

Es ist bis heute nicht ein wissenschaftlicher Beweis dafür da, dass die CO₂-gemachte Hysterie, so will ich's mal –, also dieses anthropogene CO₂, was angeblich Einfluss auf das Wetter hat, gibt's nicht einen Beweis für, nicht einen – ich guck immer im Internet, ich suche immer, nee ... Finden Sie nicht! Dann wird den Leuten Angst gemacht: Wenn wir DAS nicht in den Griff kriegen, werden wir nächstes Jahr! Und der Meeresspiegel wird steigen! [...] Es ist so krank! Und die Leute, die vom «Klimaretten» sprechen, und jetzt, ganz neu, diese komische schwedische junge Frau, oder dieses junge Mädels [Interviewer: die Greta Thunberg.] Die weiß doch nicht mal, was Klima und was Wetter ist. Das bringen viele durcheinander. (Interview 18)

Für jene Minderheit, die einen anthropogenen Klimawandel generell bestreitet, liegt auf der Hand, was diese Position politisch impliziert: Die Braunkohleförderung soll weiterlaufen, der geplante Ausstieg wird als ideologisch motivierter Angriff einer verblendeten und nicht auf Fakten basierenden (Bundes-)Politik zurückgewiesen. Dieser Politik wird jegliche Legitimität abgesprochen.

Andere Stimmen aus der Belegschaft und vor allem die befragten Betriebsräte weisen «klimaskeptische» Positionen ausdrücklich zurück: «Nur, weil ich in der

Kohle arbeite, muss ich ja jetzt nicht den Klimawandel leugnen. Ich kann mir der Tatsache ja auch bewusst sein» (Interview 1), findet zum Beispiel ein technischer Angestellter. Doch auch jene Beschäftigten, die den anthropogen verursachten Klimawandel anerkennen, betonen, dass die politischen Reaktionen angemessen ausfallen müssen: «Ich bin natürlich dafür [für den Ausstieg, d. A.], ich will auch, dass meine Kinder noch eine tolle Zukunft haben und dass nicht Naturkatastrophen ihr Leben zerstören, das möchte ich auch nicht. Aber das muss vernünftig vonstattengehen» (Interview 14).

4 «WIR HABEN JA SCHON VIELES ERLEBT»: WENDEERFAHRUNG UND REGIONALE ENTWICKLUNG

Neben Zweifeln an der technischen Machbarkeit der Energiewende und dem Eindruck, diese gehe überstürzt und ungeplant vonstatten, glaubt ein Großteil der Beschäftigten nicht daran, dass der Strukturwandel in der Lausitz erfolgreich bewältigt werden kann. «Wir brauchen keinen Strukturwandel, wir wollen Entwicklung!», hatten die beteiligten Betriebsräte schon im Vorgespräch verlauten lassen. Damit wollten sie deutlich machen, dass die Zeit leerer Versprechungen endgültig vorbei sei. Dem Strukturwandel als solchem können sie nichts abgewinnen, er sei zu einer Dauererfahrung geworden. Der nunmehr um sieben Jahre vorgezogene Ausstieg aus der Braunkohle erreicht die Lausitz ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem es für junge Leute wieder attraktiv geworden ist, in die Region zurückzukehren. Selbiges scheint nun wieder gefährdet, weil erneut drohe, was man nach der Wende schon einmal erlebt hatte – Arbeitsplatzverluste in großem Ausmaß, unsichere Perspektive für die Region und fehlende Chancen für die nachwachsende Generation.

Tatsächlich ist die pessimistische Haltung gegenüber den Zukunftsprojekten, wie sie die Kohlekommission vorschlägt, untrennbar mit den einschneidenden Erfahrungen während und nach der sogenannten Wende von 1989/90 verbunden. Ein großer Teil der Belegschaft, deren Altersdurchschnitt bei über 50 Jahren liegt, hat diese Zeit des Umbruchs noch selbst miterlebt. Selbstverständlich ist diese Zeit in ihren Ergebnissen auch mit positiven Erfahrungen besetzt. So weisen uns Beschäftigte während einer Besichtigung des Tagebaus darauf hin, dass sich Arbeitsbedingungen und technische Ausrüstung erheblich verbessert haben. Die Arbeitssituation zu DDR-Zeiten halte keinem Vergleich stand. Vieles sei deutlich besser geworden.

Es gibt aber auch gegenläufige Erfahrungen. Zu Beginn der 1990er Jahre sind zahlreiche Betriebe geschlossen und sogar ganze Industriezweige, wie beispielsweise die Lausitzer Textilindustrie, fast vollständig abgewickelt worden. Aber auch die Braunkohlebetriebe, zu DDR-Zeiten das Herzstück der Energieversorgung, haben die Wende nicht unbeschadet überstanden. Tagebaue mussten geschlossen und mehrere Tausend Mitarbeiter*innen entlassen werden. Die Wende erlebten viele Befragte als radikalen Strukturbruch. Zahlreiche Beschäftigte verloren schlagartig ihre Arbeitsplätze. Für noch vorhandene Beschäftigungsmöglichkeiten galten sie als «überqualifiziert». Teilweise wurden aber auch ihre in der DDR erworbenen Abschlüsse nicht mehr anerkannt. Letztlich seien die Leute «zum Teil mörderisch hinter Licht geführt» worden, als ihnen vonseiten der Regierung berufliche Sicherheit und blühende Landschaften versprochen worden seien, erklärt ein Befragter rück-

blickend (Interview 18). Wegen des Strukturbruchs verließen vor allem junge Leute die Region Richtung Westdeutschland, um dort Arbeit zu finden. Nicht nur einer der älteren Beschäftigten berichtet uns, dass er unter dem Wegzug seiner erwachsenen Kinder nach Westdeutschland bis heute zu leiden habe. Viele Lausitzer*innen und – hier lässt sich verallgemeinern – viele Ostdeutsche gehören in gewisser Weise «Migrantenfamilien» an: Die Kinder sind seit Langem aus dem Haus und überwiegend in einer räumlichen Entfernung berufstätig, die wechselseitige Besuche zum Ausnahmefall werden lässt. Zahlreiche Befragte empfinden dies als «Heimatverlust» und Einschränkung von Lebensqualität.

Aber auch für kurz vor oder kurz nach der Wende Geborene sind die Folgen des Umbruchs präsent. Jüngere Befragte beschreiben die Lausitz als «strukturellschwache» Region, die sich bis heute nicht von den Betriebsschließungen und der Abwanderung erholt habe. So schildert ein Mitte 30-jähriger Beschäftigter, dass er auf seiner täglichen 40 Kilometer langen Autofahrt zur Arbeit nicht einmal eine einzige Tankstelle oder einen Supermarkt sieht: «Ich will nicht sagen Niemandsland, aber nah dran» (Interview 10). Ein anderer, kommunalpolitisch engagierter Mitarbeiter berichtet von den leeren Kassen der Städte und Gemeinden, die jede größere öffentliche Ausgabe zum Problem werden ließen (Interview 8). Seit fast 30 Jahren erleben die Bewohner*innen der Lausitz, dass seit der Wende geplante und versprochene Strukturprojekte – genannt werden zum Beispiel eine Chipfabrik und das Cargo-lifterwerk – entweder nie realisiert worden oder aber innerhalb weniger Jahren gescheitert seien: «Wir haben ja schon vieles erlebt, was alles versprochen wurde ...» (Interview 15). Ein Befragter bringt eine offenbar in der Belegschaft verbreitete Ansicht wie folgt auf den Punkt:

Wir sind der Osten. Was ist hier passiert seit der Wende? Rückbau, Zumachen. [...] Die Leute, die jetzt noch da sind, die haben den zehnten Personal- und Pseudostrukturwandel hinter sich, wo man gesagt hat, wie sagen sie so schön? Blühende Landschaften nach der Wende. Nüchtern ist. (Interview 10)

Angesichts solcher Erfahrungen ist es wenig überraschend, dass die Beschäftigten der LEAG den im Kommissariat der Strukturkommission und in der politischen und medialen Öffentlichkeit diskutierten Vorschlägen für Alternativen zur Braunkohle – darunter eine Batteriefabrik für Elektroautos, der Ausbau von Tourismus und Forschung, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur – skeptisch gegenüberstehen. Sie äußern Bedenken, eine Batteriefabrik werde der Konkurrenz aus billiger produzierenden Ländern wie etwa China auf Dauer kaum standhalten können. Nur einer unserer Interviewpartner blickt optimistisch auf den bevorste-

henden Strukturwandel, den er als Chance für die Entwicklung der Region begreift (Interview 16).

Die Braunkohleförderung und -verstromung ist die einzige Industrie in der Lausitz, die seit der Wende erfolgreich ist und viele gut bezahlte, unbefristete Arbeitsplätze bietet. Deshalb, so die vorherrschende Meinung, sei die Region von der Braunkohle abhängig, und – in den Worten eines Befragten – «ungesund aufgestellt»: «Die LEAG ist hier ein Leuchtturm, und dann kommt ringsherum gar nichts» (Interview 19). Verbreitet ist die Überzeugung, dass nicht der Ausbau von Forschung und Tourismus, sondern nur Industriearbeitsplätze die Region retten können:

75 Prozent von unseren Mitarbeitern, die haben eine Schippe in der Hand. [...] Da wird es zwar Studierende geben, die irgendwo unterkommen, das ist keine Frage, aber die Masse der Menschen, die arbeitet mit den Händen. Und da muss richtige Industrie her. (Interview 3)

Viele Beschäftigte hegen die Sorge, dass sich mit dem Braunkohleausstieg einiges von dem wiederholt, was nach der Wende geschehen ist. Die über 50 Jahre alten Befragten gehören zu den wenigen «Wendegebern» (Interview 3), die es nach den harten 1990er Jahren beruflich geschafft haben und ihre gut bezahlten, unbefristeten Arbeitsplätze behalten konnten. Sie alle kennen jedoch Verwandte und Bekannte, denen es deutlich schlechter ergangen ist. Die wiedergewonnene Stabilität und Sicherheit in der Region sehen die-

se Befragten nun durch den erneuten Strukturwandel abermals bedroht. Häufig gilt die Sorge nicht der eigenen Person, sondern der Zukunft der nachwachsenden Generation und der Region insgesamt. Eine «zweite Wende» drohe, die das Erreichte wieder infrage stelle:

Das ist damals genauso ungeordnet abgelaufen, wie es jetzt anscheinend wieder ablaufen soll. Natürlich muss man daraus was lernen. Man kann nicht so viele Menschen ins Bodenlose fallen lassen. Ansonsten gehen die wieder alle in den Westen und damit ist uns nicht geholfen. Wir brauchen hier keine leeren Landschaften. (Interview 14)

Einige Beschäftigte befürchten, dass der Braunkohleausstieg zum Niedergang der gesamten Lausitz führen werde. Am Ende, so ein Befragter mit drastischen Worten und einem imaginierten Negativszenario, bleiben der Region «nur noch Rentner und Wölfe» (Interview 15). Andere Prognosen fallen weniger drastisch aus. Doch ein harter Kern der Negativszenarien bleibt. Wer seine Arbeit in der Braunkohle und bei der LEAG verliere, werde, so die realistische Wahrnehmung, in der Lausitz Vergleichbares nicht finden. Sicher würden neue Jobs entstehen, doch das Einkommen eines Bootsverleihers am Cottbusser Ostsee, einem gefluteten Tagebau, dürfte – das jedenfalls legen Erfahrungen aus anderen von Strukturbrüchen betroffenen Regionen nahe – deutlich niedriger ausfallen als Löhne und Gehälter, die gegenwärtig in der Braunkohle bezahlt werden.

5 INDIVIDUELLE BEWÄLTIGUNGSSTRATEGIEN: WIE UMGEHEN MIT DEM KOHLEAUSSTIEG?

Wie gehen Beschäftigte mit diesem absehbaren Dilemma um? Nahezu alle Befragten fühlen sich der Region in besonderem Maße verbunden und möchten ihr weiteres Leben in der Lausitz verbringen. Abgesehen von den jüngeren Beschäftigten, die erst am Anfang ihrer beruflichen Karriere stehen und noch relativ ungebunden sind, haben fast alle Befragten eine Familie und Wohneigentum in der Region erworben. Alle stehen vor der Herausforderung, ihre individuelle und familiäre Planung an das – zumindest nach dem Ergebnis der Strukturkommission – nunmehr vorgezogenen Ende der Braunkohle anzupassen. Unter den Befragten zeichnen sich drei typische Varianten individueller Bewältigungsstrategien ab, mit denen auf die antizipierten Veränderungen reagiert wird. Entsprechende Kalküle hängen mit der jeweiligen erwerbsbiografischen und familiären Situation, dem Lebensalter und dem Qualifikationsniveau zusammen. Mit unterschiedlichen Gewichtungen finden sie sich jeweils in verschiedenen Altersgruppen. Wir charakterisieren diese Bewältigungsstrategien mit den Begriffen «Entscheiden», «Durchhalten» und «Aufschieben».

(1) Entscheiden: «Entweder jetzt abspringen oder sitzenbleiben»

Die erste Variante betrifft vor allem Beschäftigte in der Mitte ihres Berufslebens, die 2038 noch zehn oder 15 Jahre bis zur Rente haben. Die Betroffenen stehen vor der Frage, ob sie bereits jetzt das Risiko einer beruflichen Umorientierung eingehen sollen oder ob sie stattdessen die sichere Beschäftigung bis 2038 voll ausschöpfen – dies jedoch mit dem Risiko, nach dem Braunkohleausstieg voraussichtlich nur noch schwer in einem anderen Beruf Fuß fassen zu können:

Auch ich werde die Rente hier nicht erleben. Und da ist immer die Frage, will man's jetzt riskieren oder will man lieber auf Nummer sicher gehen und versuchen, rechtzeitig zu gehen. (Interview 1)

[...] In meinem Alter sagen viele: Was mach ich nun? Entweder schnell abspringen, ist jetzt das Alter, entweder jetzt abspringen oder sitzenbleiben. (Interview 8)

Abgewogen werden muss zwischen dem gegenüber anderen Branchen nicht zu unterschätzenden Vorteil von 15 bis 20 Jahren Beschäftigungssicherheit und der Ungewissheit, wie die letzten fünf oder zehn Jahre des Berufslebens nach der Kohle gestaltet werden können:

Vielleicht geht es ja wirklich noch so 15 bis 20 Jahre, dann muss man halt sehen, die letzten fünf oder zehn Jahre. [...]

Man guckt sich ja doch mal um. Auch wenn man das dem Chef nicht sagen sollte. (Interview 8)

Die durch die Debatte um den Kohleausstieg entstandene Unsicherheit erschwert die Lebensplanung für die Beschäftigten auch im Hinblick auf Entscheidungen wie den Bau oder Kauf eines Hauses:

Gerade die jetzt so zwischen 30 und 40 sind, die jetzt auch sagen, will ich jetzt hier noch ein Haus bauen, will ich jetzt mich hier eigentlich festnageln, auf Deutsch gesagt. Das sind ja auch Sachen, wo man vielleicht Kredit braucht und Geld braucht, und natürlich wäre das wichtig für die. (Interview 9)

Befürchtet wird zudem, dass ein Teil der Auszubildenden die gute Ausbildung bei der LEAG «mitnimmt», aber anschließend das Unternehmen verlässt:

Also gucken wirklich viele, die jetzt so Anfang 20 sind, das werden sie jetzt nicht direkt vor dem Chef sagen, aber wenn man sich mit denen unterhält – dass sie, wenn sie mit der Ausbildung fertig sind, sich vielleicht doch überlegen, irgendwo anders hinzugehen. (Interview 8)

(2) Durchhalten: «Wir sitzen die Sache aus»

Für ältere Beschäftigte, die noch innerhalb des Zeitraums bis 2038 die Rente erreichen werden, stellt der Kohleausstieg individuell kein größeres Problem dar: «Rein persönlich für mich [...], wenn das alles so kommen sollte, wie es dort drin steht, oder ähnlich [...], ist in den Ruhestand zu gehen kein Problem» (Interview 17). Ähnlich beschreibt eine Befragte die Haltung ihrer Kolleg*innen: «Die kurz vor der Rente stehen, denen macht die Zahl 2038 keine Angst, weil die sagen, ist mir völlig egal, da bin ich in Rente» (Interview 14). Mitunter sorgenvoll blickt ein Teil der Befragten jedoch auf die Zukunft der Region und die Perspektive der jüngeren Generationen: «Ich würde meinen Kindern auch gerne empfehlen, hier guten Gewissens eine Ausbildung zu machen, weil das wird auch für unser Unternehmen sehr schwierig werden» (Interview 14). Auch ein Wegzug nach Erreichen des Rentenalters wird nicht ausgeschlossen:

Eine Variante wäre es, in die Nähe der Kinder zu ziehen, die im Westen wohnen. Wenn sich hier in 20 Jahren, oder sag ich mal zehn, 15 Jahren nichts abzeichnet, dann schließe ich mein Haus zu, verkaufe das und dann bin ich auch nicht mehr hier. Weil, was hält mich denn noch hier? (Interview 9)

Relativ entspannt hinsichtlich ihrer Beschäftigungs- und Karriereperspektiven zeigen sich zudem jüngere Beschäftigte, die davon ausgehen, dass sich der Kohleausstieg allein aus Gründen der technischen Machbarkeit länger als bis 2038 hinziehen wird: «Solange ich jetzt nicht eine technische Alternative sehe, wird das hier weitergehen» (Interview 5). Eine dauerhafte Perspektive sehen auch diejenigen, die es für realistisch halten, dass das Unternehmen sich neue Geschäftsfelder jenseits der Braunkohleförderung und -verstromung erschließen wird.

(3) Aufschieben: «So lange hierbleiben, wie es geht»

Gerade für Auszubildende und junge Berufseinsteiger*innen erscheint das Jahr 2038 noch relativ weit weg, sodass kein konkreter Handlungsdruck ge-

sehen wird. Diese Gruppe von Befragten hat daher größtenteils noch wenig konkrete Vorstellungen von dem, was der Kohleausstieg für sie individuell bedeuten wird. Eine Befragte bringt das wie folgt zum Ausdruck:

Ehrlich gesagt nicht, ich bin Mitte 20, wir sind jetzt im Jahr 2019 und bis 38 ist halt noch super weit. Ich glaube, die ganzen älteren Leute, die sehen das alle ein bisschen enger [...]. Für die ist 38 ein bisschen näher als für mich. (Interview 4)

Auch ein Teil der Beschäftigten in der Mitte des Berufslebens zeigt eine eher abwartende Haltung. Kurzfristig wird – auch angesichts der guten Verdienst- und Arbeitsbedingungen – kein Wechsel angestrebt («so lange hierbleiben, wie es geht», Interview 12), aber es ist relativ klar, dass die Zukunft ungewiss ist und mittelfristig Entscheidungen getroffen werden müssen:

Ich nehme das so zur Kenntnis und muss mein Leben dementsprechend umbauen, sagen wir mal so. Ich bin da bisschen optimistischer in der ganzen Sache, ich habe ja auch noch Zeit. (Interview 2)

Mittelfristig überlege ich jetzt, wann sage ich für mich: jetzt Schluss hier. Ich will meine Lebenssituation so halten, wie ich sie mir aufgebaut habe. Und wenn das in der Lausitz

nicht mehr möglich ist, dann muss ich hier weg. (Interview 10)

Ich sehe sie [die Zukunft, d. A.] schon erst einmal hier im Unternehmen noch. Aber es wird natürlich unsicher, weil man nicht weiß, was kommt, aber man kann sich auch auf nichts verlassen: Wird das schon wieder torpediert, was beschlossen wurde? Und jetzt weiß man auch nicht, was sie mit den Gesetzen aushandeln. Und selbst wenn das dann in Gesetzen ist, kann dann trotzdem der Unternehmer auch sagen, er hat die Schnauze voll, er hat keinen politischen Rahmen, um hier sinnvolle Gewinne zu erwirtschaften, [...] kann ja auch sein, dass er irgendwann mal die Segel streicht. [...] Jetzt hatte ich hier sehr gute Jahre und was kommt, wird jetzt immer unsicher, mit so einem bisschen Beigeschmack, wo man auch anfängt zu gucken ... (Interview 15)

Die skizzierten Bewältigungsstrategien in Rechnung gestellt, deutet sich an, dass die LEAG schon lange vor dem absehbaren Ende des Braunkohlebergbaus erhebliche Rekrutierungsprobleme bekommen wird. Ein Teil gerade der besonders qualifizierten Belegschaftsmitglieder könnte, passende Alternativen vorausgesetzt, vor dem Absprung stehen. Trotz hoher Löhne und guter Arbeitsbedingungen dürfte es keineswegs einfach sein, rasch geeigneten Ersatz zu finden.

6 «BUHMÄNNER DER NATION»: ABWERTUNGS-ERFAHRUNGEN UND MEDIENKRITIK

So unterschiedlich die individuellen Kalküle und Bewältigungsstrategien auch ausfallen mögen – die Befragten eint eine gemeinsame Grunderfahrung: Sie alle betrachten sich als Objekte einer dreifachen gesellschaftlichen Abwertung. Die erste Abwertungserfahrung findet sich in allen neuen Ländern. Befragte mit Wendeerfahrung sehen sich zu erheblichen Teilen nicht nur materiell benachteiligt, sondern auch kulturell stigmatisiert. Trotz der ansonsten äußerst heterogenen sozialen Positionen gilt: Abwertungserfahrungen machen all jene, die sie teilen, tendenziell gleich (vgl. Dörre 2019; Engler/Hensel 2018). Die zweite Erfahrung sozialer Missachtung verbindet sich mit der Lausitz. Man selbst sei bodenständig und möchte nicht wegziehen. Zugleich erlebe man, wie die soziale Infrastruktur bröckele und Zusammenhalt erodiere. Das schmerze, denn die Lausitz sei Heimat. Wer mit diesem Begriff fremdelt, dem sei ins Bewusstsein gerufen, was die Befragten mit ihm verbinden: Lausitz und Heimat sind für sie identisch mit Familie und Netzwerken, die befriedigende Sozialbeziehungen bieten. Beziehungen, die auf Vertrautheit beruhen und nicht von Ellenbogenmentalität oder Vorteilsstreben geprägt sind, sind zentraler Bestandteil gängiger Vorstellungen vom guten Leben. Wer die Lausitz missachtet, stelle für viele Befragte zugleich deren Entwurf vom guten Leben infrage. Dementsprechend gereizt reagieren LEAG-Beschäftigte, wenn die Lausitz, und sei es nur rhetorisch, abgewertet wird. Die dritte Negativerfahrung betrifft die Berufstätigkeit. Ein ausgeprägter Berufs- und Produzentenstolz trifft auf gesellschaftliche Öffentlichkeiten, die Arbeitstätigkeiten im Revier mit «schmutzigen Jobs» gleichsetzen.

Diese dreifache Abwertung wird, so die verbreitete Wahrnehmung unter den Befragten, durch die Medien zusätzlich verstärkt. Die Unzufriedenheit mit der Berichterstattung über die Braunkohle und den Strukturwandel in der Lausitz ist dementsprechend groß. Perspektiven und Interessen der LEAG-Beschäftigten kommen, das jedenfalls ist die Wahrnehmung, in der Öffentlichkeit kaum vor, während die Anti-Kohle-Proteste deutlich größere mediale Aufmerksamkeit genossen. Kohlestrom und Energiewende würden «nicht objektiv betrachtet» (Interview 12). Man selbst fühle sich durch die Medien «unfair behandelt» (Interview 2), es habe eine «typische Meinungsmache» (Interview 4) gegen die Braunkohle und die in der Branche Beschäftigten gegeben. Die Kohle sei «ja als der Bösewicht abgestempelt» worden (Interview 16), während «der angebliche Grünexperte [...] stundenlang reden» dürfe (Interview 15).

Besonders groß ist die Enttäuschung über die lokale und regionale Presse, die nicht «im Sinne der Region» berichte (Interview 10), sondern gewissermaßen die privilegierte Sicht der Metropolen übernommen

habe (Interview 14). Die Demonstrationen der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), an denen Tausende von Menschen teilgenommen hätten, hätten in Presse und Fernsehen nur kurze Erwähnung gefunden: «Wir spielten gar keine Rolle. [...] Es war gar nicht der Rede wert. Über den Hambacher Forst hat man, ich weiß gar nicht wie viele Monate, berichtet» (Interview 11). Da die Kohle einseitig als «dreckig», «böse» (Interview 3) und «schlecht» (Interview 4 und 3) dargestellt werde, «sagt [man] ja fast schon gar nicht mehr, dass man in der Kohle arbeitet» (Interview 10) und müsse sich dafür «ja fast schämen, was traurig ist» (Interview 1). Erst seitdem der Kompromiss der Strukturkommission vorliegt, sei die Berichterstattung etwas ausgewogener geworden und behandle auch zuvor nicht thematisierte Probleme wie etwa die Volatilität der erneuerbaren Energien oder die Schwierigkeit der Deckung des Energiebedarfs. In die Empörung über die wahrgenommene Einseitigkeit und Voreingenommenheit der Berichterstattung mischt sich in einzelnen Fällen eine generelle Medienkritik, die gezielte Falschmeldungen der «Lügenpresse» anprangert (Interview 15) oder Zweifel an der Pressefreiheit in Deutschland äußert (Interview 8).

Die Medienberichterstattung zur Braunkohle und zum Strukturwandel verstärkt bei einem Großteil der Befragten den Eindruck, dass die Kohlebeschäftigten und ihre Interessen in der Öffentlichkeit nicht nur zu wenig vorkommen, sondern sogar massiv abgewertet werden. Das geschehe, obwohl die LEAG-Beschäftigten mit dem Strom etwas produzieren, «was jeder Bürger braucht» (Interview 15). Aus dieser Erfahrung speist sich das grundlegende Gefühl, nicht mehr anerkannt, nicht mehr wertgeschätzt zu werden, wie ein älterer Beschäftigter erklärt:

In DDR-Zeiten, da waren wir die Helden der Nation, das wurde ja immer so gesagt ... Und jetzt sind wir die Deppen oder die Bösewichter der Nation, weil wir mussten uns ja schon beschimpfen lassen als Nazis, als Mörder, als Umweltverpester und ich weiß nicht was alles! [...] Und das schmerzt. (Interview 18)

Statt dafür wertgeschätzt zu werden, dass sie sich «Tag und Nacht, 365 Tage im Jahr, bei Wind und Wetter die Hände schmutzig machen» (Interview 18), damit Strom aus der Steckdose komme und es alle «warm und hell haben» (Interview 16), kämen sich die Kohlebeschäftigten wie die «Deppen», «Bösewichter» (Interview 18) oder «Buhmänner der Nation» (Interview 3) vor. Diese Abwertung ist für viele schwer zu ertragen und verletzt den in Bergbau und Energiewirtschaft traditionellen Produzentenstolz. Ihnen werde vermittelt, dass sie alles falsch machten, obwohl die Strombedarfsdeckung ohne sie schlicht noch nicht möglich sei: «Wir machen die Welt nicht mit Absicht böse oder kaputt, sondern wir machen die Energiever-

sorgung für die Bundesrepublik Deutschland» (Interview 19).

Einige der Befragten erkennen in dem, was ihnen selbst widerfährt, eine generelle Abwertung und Geringschätzung von manueller und Industriearbeit, die aber in ihren Augen den Wohlstand der Bundesbürger*innen überhaupt erst ermöglicht habe und bis heute seine Grundlage bilde: «Was bedeutet eigentlich wirklich noch Arbeit? Eigentlich wollen wir alle viel Geld haben und am besten im Büro sitzen, habe ich das Gefühl. Keiner will sich mehr schmutzig machen» (Interview 10). Insgesamt vermitteln die Befragten den

Eindruck, als befänden sie sich in einer Wagenburg, die gegen vielfältige Attacken von außen verteidigt werden müsse. Im Inneren der Wagenburg herrschten weitgehend Einverständnis und Solidarität. Außen grassierten Unverständnis, Inkompetenz und Ignoranz. Der schwere Dienst für die Gesellschaft, den die Braunkohlebeschäftigten tagtäglich leisten, finde keine gesellschaftliche Wertschätzung. Das Gegenteil sei der Fall. Für alles nützliche Tun müsse man zusätzlich mit gesellschaftlicher Missachtung zahlen. Dieses Missverhältnis ist für die von uns befragten Arbeiter*innen und Angestellten nur schwer zu ertragen.

7 ZWISCHEN ERLAUBTEM PROTEST UND «ÖKOTERRORISMUS»: SICHTEN AUF DIE KOHLEGEGER*INNEN

Erfahrungen gesellschaftlicher Abwertung prägen auch die Sicht von LEAG-Beschäftigten auf Aktionen der Braunkohlegegner*innen. Einige Befragte zollen den Aktivitäten der Protestbewegung unter sportiven Gesichtspunkten durchaus Respekt. Man räumt ein, dass die Aktionen ausgezeichnet geplant sind und professionell durchgeführt werden. Selbst das Transparent passe haargenau auf die Förderbrücke, das sei schon perfekt gemacht und benötige sehr gute Vorbereitung, ist von einem Befragten zu hören. Anderen nötigt die große öffentliche Wirksamkeit der Proteste fast schon Bewunderung ab. Wenig überraschend haben die meisten Befragten jedoch eine sehr kritische Haltung zur Klimabewegung und insbesondere zu jenen Formen von Protestaktionen, die, wie die Besetzung von Großgeräten oder massenhaften Blockadeaktionen im Rahmen von «Ende Gelände», auf gezielte Regelverletzungen ausgerichtet sind.

Während friedliche Demonstrationen von Kohlegegner*innen durchaus als legitim angesehen werden, lehnen die Beschäftigten weiter gehende Aktionen wie Blockaden, Besetzungen oder Sachbeschädigungen überwiegend strikt ab und kritisieren sie mit deutlichen Worten: «Wir leben in einem Rechtsstaat und es gibt Rechte und Pflichten für jeden Bürger. Und deswegen: Protest ja, aber nicht in der Form» (Interview 13). «Mit der Brechstange die grüne Ideologie durchzusetzen finde ich nicht in Ordnung», formuliert ein anderer Beschäftigter (Interview 15). Insbesondere die Aktionen im Rahmen der «Ende Gelände»-Proteste, wie die «Erstürmung» des Kraftwerks Schwarze Pumpe, werden als Beispiele für unangemessene Aktionen genannt und als eine «Art von Terrorismus» beschrieben:

Ich finde es ja gut, wenn man was bewirken will, dass man auch Extreme nutzt. Aber diese Extreme dürfen meiner Meinung nach nicht in eine Art von Terrorismus münden. Denn manche Sachen kann man nur als Terrorismus eigentlich bewerten. Wenn ich da an die Bilder denke, [...] wo irgendwelche Gegner, sage ich mal, gegen die Kohle, auf Schwarze Pumpe die Zäune eingerissen haben und auf das Gelände gegangen sind. (Interview 9)

Kritisiert wird außerdem, dass die Umweltaktivist*innen von außerhalb kämen und wenig Verständnis für die komplexen Zusammenhänge des Energiemix, der Strompreise und die Bedeutung der Braunkohle für die Region hätten.⁸ Durch das Betreten des Betriebsgeländes und das Besetzen von Großgeräten brächten die Aktivist*innen sich selbst und die Beschäftigten in Gefahr: «Sind die irre? Wie als ob ich in den OP rennen würde» (Interview 10). Für die Maschinenführer*innen bestehe bei Annett- oder Blockadeaktionen im schlimmsten Fall die Gefahr, für den Tod der Aktivist*innen verantwortlich zu sein. Dass Polizei und Justiz nur halbherzig gegen Protestformen

vorgingen, die sich jenseits des legalen Rahmens bewegten, sei unverständlich.

Einige Befragte sprechen sich in den Interviews für ein härteres Durchgreifen der Polizei gegen die Demonstrant*innen aus. Das auch, weil in ihren Augen doppelte Bewertungsmaßstäbe angelegt werden würden. Sie selbst müssten sich strikt an Recht und Ordnung halten, im Zweifelsfall auch noch die Demonstrant*innen vor Unfällen bewahren. Letztere könnten sich hingegen Gesetzesübertretungen erlauben, weil die Öffentlichkeit auf ihrer Seite stehe. In der Wahrnehmung vieler Befragter richte sich der Protest der Kohlegegner*innen unmittelbar gegen die Beschäftigten selbst und werte deren Arbeits- und Lebensleistung zusätzlich ab. Das führt zu sehr emotionalen Äußerungen über die Kohlegegner*innen:

Das kriegt man einem Mitarbeiter (nicht vermittelt), der hier 30 Jahre lang seine Gesundheit durch Schichtarbeit zugrunde oder zu Markte getragen hat, dafür gesorgt hat, dass, wenn ich nachts um drei aufstehe, meinen Kühlschrank aufmache, das Licht angeht und ich mache ihn wieder zu, ist auch gut, ja – und der muss sich jetzt von solchen Schnöseln, die noch nie in ihrem Leben eine Arbeit, eine Tätigkeit ausgeführt haben, einen Mehrwert geschaffen haben oder was weiß ich, aufgrund ihrer Ideologie der Meinung sind, sie müssen uns hier plattmachen. Also da dann ruhig zu bleiben, ist nicht ganz einfach. [Interviewer: Also der Unmut ist da schon groß?] Der ist riesengroß! Der ist ... unbeschreiblich. Und dass es da noch zu keinen, ja, wie soll ich sagen, Vorkommnissen [kam] ... grenzt an ein Wunder. (Interview 18)

Ähnlich formuliert es ein weiterer Befragter:

Das ist doch für den rechtschaffenen Bürger, der jeden Tag auf Arbeit geht, ist das doch wie ein Faustschlag ins Gesicht. Was soll denn das, wozu soll der Lust haben, auf Arbeit zu gehen, wenn der von solchen Leuten dann beschimpft wird. [...] Die Werte, was das Volk geschaffen hat, wird einfach mit dem Fuß getreten. (Interview 15)

Von der Abwertung der Arbeit der Beschäftigten werde letztlich die gesamte Region getroffen:

Und irgendwie haut das auch jedem in der Region hier, gibt das so einen Arschtritt einfach nur. Weil die halt einfach nicht anerkennen, dass das hier in der Region ein wichtiger Industriezweig ist und wenn man den sofort abschaltet, ist es hier nun mal dunkel. (Interview 16)

Großes Unverständnis herrscht hinsichtlich der Haltung von Umweltverbänden, die in den Augen eini-

⁸ Nicht thematisiert wird, dass zahlreiche Initiativen aus der Region, von Umweltgruppen bis hin zu Initiativen aus Dörfern, die vom Kohleabbau bedroht sind, ebenfalls und oft sehr differenziert für eine Zukunft der Lausitz jenseits der Kohle eintreten. Die Beschäftigten der LEAG repräsentieren natürlich nur einen (sehr wichtigen) Teilbereich der Bevölkerung in der Lausitz, setzen aber ihre Interessen und ihre Sicht tendenziell mit den Interessen der gesamten Bevölkerung in der Region gleich. Insgesamt gilt, dass die Sichten der Bevölkerung aus der Region wie der Beschäftigten des Kohleabbaus vor Ort in der Debatte um das Ende der Kohleverstromung in der Lausitz kaum gehört werden, weil die bundespolitische Debatte alles überlagert.

ger Befragter ein doppeltes Spiel spielen. So seien unmittelbar nach Vorstellung des Abschlussberichts der Kommission für «Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» weitere Protest- und Blockadeaktionen durchgeführt worden, obwohl doch die an der Kommission beteiligten Umweltverbände dem Abschlussbericht zugestimmt hätten:

Für mich ist jetzt der Punkt gekommen, wo ich sage, das kann jetzt nicht mehr euer Ernst sein, dass ihr auf Bagger klettert, eine Woche nachdem dieser Kompromiss da ist, wieder raufzuklettern und wieder zu fordern, wir müssen doch sofort aussteigen, obwohl Umweltverbände in Berlin mit am Tisch saßen. Das ist, ehrlich gesagt, einfach nur noch frech. (Interview 16)

Deutlich wird, dass die Umwelt- und Klimabewegungen von vielen Befragten als relativ einheitliches politisches Lager betrachtet werden. Das gesamte Spektrum der Bewegung – von der Partei Bündnis 90/ Die Grünen über Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace bis hin zu radikaleren Strömungen wie «Ende Gelände» und den Besetzer*innen des Hambacher Forstes – ist in der Wahrnehmung der LEAG-Beschäftigten ein homogener Block. Mit besonderem Un-

verständnis wird reagiert, wenn politische Akteure, die in der Kohlekommission repräsentiert gewesen seien und dem Abschlussbericht zugestimmt hätten, kurze Zeit später wieder öffentlichkeitswirksam ausscheren:

Dieser Kompromiss wurde ausgehandelt und einen Tag später kommt in der Presse, dass die Grünen sagen, sie geben sich damit nicht zufrieden und sie bekämpfen weiterhin die Kohle. Da frage ich mich: Das sind keine Verhandlungspartner auf Augenhöhe, wenn man einen Kompromiss schließt, dann muss man auch dazu stehen und kann nicht sofort einen Tag später wieder ankommen und sagen, dass das alles scheiße ist. (Interview 15)

Vertreter*innen der Umwelt- und Klimabewegung, die zunächst dem Abschlussbericht zugestimmt haben, um anschließend in ihrer Öffentlichkeitsarbeit für einen noch schnelleren Ausstieg zu plädieren und das Ergebnis der Kommission als nicht weitgehend genug zu kritisieren, bestärken die LEAG-Beschäftigten in ihrer Ansicht, dass gegenüber den in der Braunkohle Beschäftigten mit unseriösen Mitteln gearbeitet werde. Diese Einschätzung unterminiert das ohnehin wenig ausgeprägte Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Politik zusätzlich.

8 MIT WEM FÜR DIE LAUSITZ? KOHLEAUSSTIEG, POLITISCHE AKTEURE, RECHTER POPULISMUS

Könnte der von den Befragten geschilderte Unmut von rechts aufgegriffen werden und zu Mobilisierungserfolgen für die Partei Alternative für Deutschland (AfD) führen? Die Frage ist keineswegs aus der Luft gegriffen. Zum Zeitpunkt der Erhebung lag die AfD in Wahlumfragen für Brandenburg bei 19 Prozent (INSA 2019). Auf Bundesebene wie auch in der Lausitz präsentiert sich die radikal rechte Partei zudem als radikale Gegnerin des Kohleausstiegs und der gesamten Energiewende. Dass LEAG-Beschäftigte ihre Frustration über die Regierungsparteien auf Bundesebene zum Ausdruck bringen, indem sie Sympathie für die radikale Rechte äußern oder ihren Protest mit der Wahl der AfD zum Ausdruck bringen, scheint auf den ersten Blick naheliegend.

Die Wirklichkeit ist deutlich differenzierter. Unter den 20 Befragten findet sich das gesamte Spektrum politischer Orientierung – von der Partei DIE LINKE bis zur FDP. Nur die Grünen werden einhellig abgelehnt. Viele Befragte halten von der AfD wenig bis nichts. Die Partei gilt ihnen als zu radikal, politisch konzeptlos und populistisch. Diese Partei zu wählen scheint im Feld der untersuchten Braunkohlebetriebe weitgehend tabuisiert zu sein. Es gibt im Sample keine offenen bekennenden AfD-Wähler*innen, obwohl manche Befragte durchaus Sympathien für eine Politik rechts von der Christdemokratie bekunden. Ein Teil der Befragten lehnt die Politik der AfD prinzipiell ab und bringt die Sorge über das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsradikaler Kräfte deutlich zum Ausdruck: «Ich kann mit der AfD nichts anfangen. Das ist für mich schlimm genug, dass die so stark aufgekommen sind. Und die nächsten beiden Landtagswahlen hier in Sachsen und Brandenburg könnten schlimm enden. Das ist traurig», gibt etwa ein Ingenieur sein Unbehagen zu Protokoll (Interview 1). «Ich stehe für ein weltoffenes, freiheitliches, demokratisches und humanitäres Deutschland. Damit ist eigentlich alles gesagt» (Interview 13), führt ein anderer aus. Teilweise wird die Ablehnung der AfD gerade mit Verweis auf deren Energiepolitik begründet, die nur vordergründig die Interessen der im Kohlebergbau Tätigen vertrete, im Kern aber auf die Kernenergie setze – wie ein Angestellter erklärt:

Die AfD ist so oder so bescheuert aus meiner Sicht. Weil sie einfach verkappte Nazis sind. Da bin ich ziemlich *straight*. Aber auch energiepolitisch macht das nicht alles Sinn, also die haben auch nicht mehr Ahnung als andere. Die mögen zwar dem einen oder anderen Kohlekumpel aus der Seele sprechen, wenn sie sagen, wir brauchen doch Kohle unendlich lang. Das ist aber an allen Realitäten vorbei. Und nebenbei fordern sie halt auch, dass man die Kernenergie wieder ausbaut. Und das spricht halt für keinen energiepolitischen Sachverstand, weil die Kernenergie als Energieträger günstiger ist als die Kohle, das heißt auf kurz oder lang

würde die Kohle aus dem Markt gepresst werden. (Interview 16)

So sehen das jedoch nicht alle LEAG-Beschäftigten. Ein Befragter, zuvor nach eigenem Bekunden CDU-Stammwähler, bringt seine Enttäuschung über die politische Entwicklung, die die Partei seiner Meinung nach genommen habe, wie folgt zum Ausdruck:

Die CDU hat eine konservative Politik gemacht, da ging es um Arbeit und um Deutschland, dass Deutschland als Industriestandort erhalten wird. Das sehe ich nicht mehr. Entschuldigung, die sägen an allem, jeden Tag. Das ist absolut gruselig. (Interview 10)

Zugleich verweist der Befragte auf die Pro-Kohle-Positionen der AfD und gibt an, mit Blick auf die anstehenden Wahlen, zum ersten Mal nicht mehr zu wissen, ob und wen er wählen soll:

Ich bin zum ersten Mal fast vor der Entscheidung zu sagen: Ich gehe nicht wählen. Wen soll ich denn wählen? Aus Protest müsste ich AfD wählen. Das sehen viele so. Das haben sie geschafft, die haben die Mitte der Gesellschaft dahin gedrückt. Weil die Mitte der Gesellschaft denkt eben: Ich gehe auf Arbeit, um meine Familie durchzubringen, und hier weiß ich, dass dieses Kraftwerk jeden Tag gebraucht wird. (Interview 10)

Sofern Sympathien für die populistische Rechte vorhanden sind, beruhen diese jedoch nicht allein auf den Äußerungen der AfD-Politiker*innen zum Braunkohleausstieg. Die gesamte politische Entwicklung der vergangenen Jahre spielt eine Rolle. Ein Befragter erklärt rechtspopulistische Orientierungen innerhalb der LEAG-Belegschaft wie folgt:

Richtung AfD sind sie [die Kollegen, d. A.] nicht nur wegen dieser Kohle, die sind auch wirklich mit der ganzen politischen Lage oder mit dieser ganzen politischen Abstimmung, was hier gegangen ist die letzten Jahre, nicht mehr zufrieden. Die sagen einfach: «Wozu geh ich arbeiten? Hier kommen Millionen von Leuten rein, kriegen das Geld, ich geh für die, auf gut Deutsch gesagt, arbeiten, meine Steuergelder werden dort ausgegeben». Deswegen ist auch wirklich die Ansage, die wählen die AfD. Oder in die Richtung. (Interview 8)

Manches spricht dafür, dass Wut und Enttäuschung über die etablierten Parteien, verletztes Gerechtigkeitsempfinden, aber auch Ressentiments gegen Geflüchtete und Migrant*innen noch keine festen politischen Bindungen eingegangen sind. So gibt es auch unter den Befragten, die den Populismus der AfD klar ablehnen, dennoch analoge Äußerungen zum Thema Einwanderung. Wer die deutsche Sprache nicht lernen wolle und Arbeit ablehne, solle nicht bleiben dürfen:

Es gibt ja viel dieses: «Ja, die kommen hierher und können die Sprache nicht sprechen und dies und das», und ... da kann man ja von vornherein zum Beispiel mal sagen: Hier, die Leute ... gut, «in Lagern» hört sich immer doof an, in ... äh, einen ... *Bereich*, wo dann auch [...] unterrichtet wird,

die Sprache, wo dann auch abgefragt, also in Form von einem abschließenden Sprachtest, [...] das ist ja bei vielen die größte Barriere, einfach: Die sprechen unsere Sprache nicht, die wollen sie nicht lernen [...]. Und dann halt, das nächste wäre halt wieder: Arbeit. Das ist auch wieder ein Punkt, den viele aufgreifen: «Ja, die kommen hierher und die arbeiten nicht, lassen sich nur aushalten vom Staat» und so weiter. Dass man halt da auch ein Ultimatum setzt, dass man sagt: Hier, ihr habt so und so viel Zeit, ihr kriegt ..., habt die und die Möglichkeiten, ihr bekommt so viele Angebote, macht was draus! Ansonsten: [...] War schön, dass ihr da wart. Na ja, das klingt zwar erst mal bisschen hart gerade, aber wir müssen auch alle gucken, wo wir bleiben. Und, ich muss mich auch kümmern, wenn ich arbeiten will, dass ich einen Arbeitsplatz habe. (Interview 7)

Auch diejenigen, die mit politischen Positionen der AfD sympathisieren, sehen die rechten Populist*innen in der Schmutzlecke des politischen Systems. Eine Alternative zur Gauland-Partei ist für einige und keineswegs nur für rechtsaffine Befragte die FDP. Auch diese Partei polemisiert gegen «Klimahysterie» und gibt sich kohlefreundlich. Dem Parteichef Lindner wird attestiert, er habe vom Energiemix und dem Strompreis einiges verstanden. Dass die FDP sich vehement gegen die Finanzierung industriepolitischer Maßnahmen sperrt und den Strukturwandel dem Markt überlassen möchte, wird in entsprechenden Sympathiebekundungen ausgeklammert.

Insgesamt sind durchaus Szenarien denkbar, in denen das rechtsaffine Potenzial, das in der Belegschaft zweifellos existiert, von der AfD angesprochen und radikalisiert werden kann. Ob das geschieht oder nicht, so der Eindruck aus der empirischen Erhebung, hängt stark mit der Deutungshoheit im betrieblichen und sozialen Nahbereich zusammen. Dabei fällt dem Unternehmen, vor allem aber den Betriebsräten und der Gewerkschaft in gewisser Weise eine Schlüsselrolle zu. Nicht nur deren soziale, wertebasierte Bindekraft, sondern auch der konkrete Umgang mit Sympathisant*innen rechter Organisationen und Parteien dürfte mit darüber entscheiden, wie sich die Belegschaft im politischen Raum orientiert. Ein Angestellter, der auch aktives Gewerkschaftsmitglied ist, bemerkt dazu:

Von daher ist es ganz wichtig, finde ich, nicht Paragraphen auszuschreiben, wir schmeißen alle raus, die irgendwie AfD wählen, mal angenommen, sondern ich finde es halt wichtiger, mit den Leuten, wo man merkt, die sind irgend-

wie populistisch unterwegs, mit denen halt einfach mal zu sprechen und die mal zu fragen, was los ist und denen vielleicht halt einen anderen Weg aufzuzeigen und denen zu erklären, warum es vielleicht nicht so klug ist und dann halt auch mit gewerkschaftlichen Grundstrukturen zu überzeugen. Dass es halt doch mehr gibt, als einfach jemand anderen dafür schuldig zu machen. (Interview 16)

Zur sozialen Realität, wie sie uns in den Interviews berichtet wird, gehört allerdings auch, dass selbst aktive Betriebsräte eine inhaltliche Auseinandersetzung mit AfD-Positionen nicht (mehr) führen. Die AfD und Parteipolitik allgemein werden aus der betrieblichen Interessenvertretung ausgeklammert. In der Gesamtschau ergibt sich ein widersprüchliches Bild. In der Belegschaft, das jedenfalls legen unsere Interviews nahe, herrscht große Desillusionierung gegenüber der Berliner Politik und ihrem Spitzenpersonal. Dabei mischen sich Wut über die Energiepolitik, teilweise aber auch hinsichtlich der Migrations- und Asylpolitik mit dem Gefühl, politisch regelmäßig übergangen und von einem vermeintlich «grünen» Zeitgeist und dessen aktivistischen Akteur*innen aus ideologischen Motiven abgewertet zu werden. Man fühlt sich von der nationalen Politik verlassen und von großen Teilen der Gesellschaft regelrecht ausgestoßen. In der Braunkohle tätig und in der Lausitz verwurzelt, empfindet man sich als unverstanden und, ähnlich wie es die Soziologin und Feministin Arlie Hochschild für Teaparty-Anhänger*innen im tiefen Süden der USA beschreibt, «fremd im eigenen Land» (Hochschild 2018: 27).

Wahrscheinlich ist es den im Unternehmen verbreiteten, durch Betriebsräte und Gewerkschaften bestärkten solidarischen Grundorientierungen zu verdanken, dass sich dieses Fremdheitsgefühl nicht noch stärker in Richtung eines radikalen Rechtspopulismus bewegt hat. Die schwierige Gemengelage im Braunkohlerevier vor Augen, ist keineswegs ausgemacht, dass dies so bleibt. Jede Politik, die als zusätzliche Missachtung und Herabwürdigung der Arbeiter*innen und Angestellten erlebt wird, könnte die vielen, die um ihren beruflichen Status, die Perspektiven ihrer Kinder und die Zukunft der Region fürchten, in die Arme der radikalen Rechten treiben. So muss es aber nicht kommen. Gelänge es zu zeigen, dass eine positive Entwicklung in der Region trotz notwendigem Braunkohleausstieg möglich ist, ließe sich der AfD, die eine solche Perspektive blockiert, wahrscheinlich Schritt für Schritt das Wasser abgraben.

9 ENTWICKLUNG, NICHT STRUKTURWANDEL – EIN VORLÄUFIGES RESÜMEE

Fassen wir zusammen. Die Braunkohle und das Unternehmen LEAG haben für die Lausitz eine herausragende Bedeutung. Von den «leuchtturmartigen» Arbeitsbedingungen und dem vergleichsweise hohen Lohnniveau über die guten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und die ökonomische Abhängigkeit nicht nur der Zulieferbetriebe, sondern auch von Handwerk und Dienstleistungen, bis hin zur Förderung des kulturellen Lebens und der Bedeutung für die kommunalen Finanzen ist in der Lausitz wenn schon nicht alles, so doch sehr vieles mit der LEAG und der Braunkohle verbunden. Deshalb – ähnliche Phänomene sind aus vielen Industrieregionen bekannt – können sich die Beschäftigten, ihre Familien und die Personen in den regionalen Netzwerken eine positive Zukunft jenseits der Braunkohle kaum vorstellen. Der – ökologisch notwendige und politisch beschlossene – Ausstieg aus der Braunkohleförderung wird deshalb als Bedrohung der eigenen Zukunft und als Kontrollverlust über den eigenen Lebenszusammenhang wahrgenommen. Für die Analyse und Einordnung des empirischen Materials sind, so viel können wir nach den ersten Auswertungen sagen, fünf Überlegungen zentral.

(1) Ein exemplarischer Transformationskonflikt

In der Lausitz erleben wir gegenwärtig einen, in diesem Fall regional begrenzten, Transformationskonflikt, wie wir ihn in naher Zukunft und in noch deutlich größerem Ausmaß im Zentrum des deutschen Industriemodells erwarten können. Der alte industrielle Klassenkonflikt verwandelt sich zunehmend in einen sozial-ökologischen Transformationskonflikt. Anders als Ulrich Beck in seiner «Risikogesellschaft» vermutet hatte (Beck 1986), speist sich dieser Konflikt jedoch nicht aus zwei getrennten Logiken, denen die Tendenz innewohnt, dass die «Probleme der dicken Bäume» (Logik der Reichtumsverteilung) zunehmend von globalen ökologischen Gefahren überlagert und verdrängt werden (Logik der Risikoverteilung). Soziale Verteilungskonflikte und ökologischer Gesellschaftskonflikt lassen sich nicht aufeinander reduzieren; sie sind aber in hohem Maße miteinander verwoben und können gerade deshalb als sozial-ökologischer Transformationskonflikt beschrieben werden. Gleich ob Auseinandersetzungen primär auf der sozialen oder in erster Linie auf der ökologischen Konfliktachse angesiedelt sind, die jeweils andere Perspektive kann, oder besser: darf nicht mehr ausgeblendet werden. Anders gesagt, die Konflikte werden um soziale und ökologische Nachhaltigkeit geführt. In diesem Zusammenhang gilt es zu präzisieren, was Nachhaltigkeit meint. Es gibt durchaus einen Lackmuestest, mit dessen Hilfe sich «nachhaltig» und «nicht nachhaltig» unterscheiden lassen: «1. Reduziert sich der ökologische Fußabdruck? 2. Steigt – für jeden frei zugänglich – die Lebensqualität? Daran

muss sich «nachhaltig» messen lassen». (Grober 2013) Das bedeutet: Produktion, Arbeit und Beschäftigung, aber auch Klimaschutz sind nur dann nachhaltig, wenn sie den ökologischen Fußabdruck verringern und außerdem die Lebensqualität für alle verbessern.

Beide Nachhaltigkeitsziele stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander. Das heißt auch: Die ausschließliche Bearbeitung der ökologischen Konfliktachse ignoriert in der Tendenz soziale Nachhaltigkeitsziele. Umgekehrt bedeutet eine ausschließliche Fokussierung auf die soziale Konfliktachse, dass ökologische Zielsetzungen ins Hintertreffen geraten. In beiden Fällen verselbstständigen sich die Konflikte so, dass Akteure, die jeweils eine der Konfliktlinien bearbeiten, hauptsächlich gegeneinander agieren. Exakt dies ist offenbar in der Lausitz der Fall. Wir müssen mit einem Gesamturteil vorsichtig sein, weil wir das Lager der Braunkohlegegner*innen noch nicht befragen konnten.⁹ Bisher haben wir aber den Eindruck gewonnen, dass die Akteure auf beiden Seiten nicht oder nicht mehr miteinander sprechen. Die Entscheidungen werden von ganz anderen Akteuren getroffen, die Betroffenen – ob für oder gegen den Kohleabbau – werden kaum gehört. Im Ergebnis könnten alle demokratischen Konfliktparteien verlieren, während sich die radikale Rechte anschiebt, als eigentlicher Triumphator aus der Auseinandersetzung hervorzugehen.

(2) Wissensabhängigkeit ökologischer Gefahren und nachträgliche Rationalisierung

Daran, dass es einen von Menschen gemachten Klimawandel gibt, kann wissenschaftlich nicht mehr ernsthaft gezweifelt werden (Abram u. a. 2016). Allerdings, darauf hatte bereits Ulrich Beck hingewiesen, sind die Ursachen ökologischer Gefahren komplex und vielfach undurchschaubar. Hinsichtlich der Mensch-Natur-Interaktionen herrscht deshalb eine «unendliche Ungewissheit» (Foster u. a. 2014: 402) in den Vorhersagen. Normenwerte, ökologische Belastungsgrenzen und Kippunkte in den Gesellschafts-Natur-Beziehungen sind wissens- und definitionsabhängig; sie sind deshalb Gegenstand von Deutungskämpfen, politischen Aushandlungen und sozialen Konflikten.

Genau diese Auseinandersetzungen werden in der Lausitz und auch innerhalb der LEAG-Belegschaft geführt. Die Relativierung der Klimaproblematik, die in zahlreichen Interviews anklingt, wirkt häufig wie eine nachträgliche Rationalisierung der eigenen Position. Man sucht vor allem nach Argumenten, die der eigenen Interessenlage entsprechen. Das muss keineswegs zu Klimaleugnung führen. Aber es liegt na-

⁹ Das wird im Rahmen einer Folgerhebung geschehen, die darauf zielt, die Stimmen und Positionen von regionalen Initiativen, Umweltverbänden und Klimabewegungen einzufangen.

he, sich an einem Schwarze-Peter-Spiel zu beteiligen, wie es überall in der Gesellschaft gespielt wird. In der Braunkohle habe man, so eines der vorgetragenen Argumente, wieder einmal auszubaden, was im Verkehrssektor «verbockt» wurde, weil es eben politisch entlastender sei, symbolisch zwei Blöcke in Jänschwalde vom Netz zu nehmen, als tatsächlich mit Tempolimits und ähnlichen Maßnahmen den Verkehr ins Visier zu nehmen.

Ein Grundproblem wechselseitiger Schuldzuweisungen, wie sie mit umgekehrten Vorzeichen auch aus dem Automobilsektor zu hören sind, ist, dass auf diese Weise wichtige soziale Zusammenhänge beim Klimawandel völlig aus dem Blick geraten. So haben Chancel und Piketty trotz unzureichender Datenlage eindrucksvoll gezeigt, warum soziale und ökonomische Ungleichheit und die Zunahme klimaschädlicher Emissionen eng zusammenhängen. Demnach sind die einkommensstärksten zehn Prozent der Weltbevölkerung (700 Millionen von sieben Milliarden), die auf allen Kontinenten leben, für 45 Prozent der Emissionen verantwortlich, wohingegen die unteren 50 Prozent global lediglich 13 Prozent emittieren. Die Zunahme der CO₂-Emissionen wird in immer größerem Ausmaß durch die Einkommensungleichheit innerhalb der Staaten verursacht. 1998 erklärten diese Ungleichheiten etwa 30 Prozent der globalen Emission; 2013 waren es bereits 50 Prozent (Chancel/Piketty 2015). Auffällig ist, dass diese Dimension von Klimagerechtigkeit (nicht nur) im Lausitzkonflikt sowohl in der Wahrnehmung der Beschäftigten im Kohlebergbau als auch bei den verantwortlichen Politiker*innen offenkundig keine Rolle spielt.

(3) Zusammenhalt durch Abwertung – eine Tiefengeschichte

Selbiges trägt dazu bei, dass sich bei den Beschäftigten der LEAG eine Tiefengeschichte verfestigt, die durchaus Ähnlichkeiten mit jener *deep story* aufweist, welche Arlie Hochschild bei Anhänger*innen der Tea-Party-Bewegung in den USA gefunden hat. Als Tiefengeschichte bezeichnet die Soziologin alltägliche Weltansichten, die «sich für viele Menschen wie die eigentliche Wahrheit» anfühlen (Hochschild u. a. 2018: 27). Arlie Hochschild beschreibt das zentrale Motiv der von ihr rekonstruierten *deep story* als «Pilgerfahrt in einer langen Schlange am Fuße eines Berges», der den «amerikanischen Traum symbolisiert» (ebd.). In der Schlange geht es nicht vorwärts, der Aufstieg findet nicht statt, während andere, die neu dazukommen, an den Wartenden vorbeiziehen. Die Tiefengeschichte der Braunkohlebeschäftigten enthält ein etwas anderes Bild. Man selbst hat es durchaus und mit erheblichen Mühen ein Stück weit hinauf auf den Berg geschafft. Doch diese Leistung wird von der Gesellschaft nicht mehr anerkannt. Im Gegenteil, es werden verschiedenste Abwertungsmechanismen eingesetzt, um jene, die es geschafft haben, nun wieder zum Abstieg zu zwingen.

Diese Tiefengeschichte lässt sich nicht einfach entkräften, denn sie beruht sowohl auf realen Erfahrungen als auch auf antizipierten Fehlentwicklungen, die sich nicht einfach von der Hand weisen lassen. Während der Nachwendezeit haben viele Befragte einen dramatischen Strukturwandel in der Lausitz miterlebt. An die gebrochenen Versprechen der Wendejahre und die gescheiterten strukturpolitischen Projekte der letzten Jahrzehnte erinnert man sich in der Region noch genau, entsprechend skeptisch werden die Pläne zum erneuten Strukturwandel im Zuge des Kohleausstiegs betrachtet. Gleichzeitig sehen die Beschäftigten der Braunkohleindustrie ihre Arbeits- und Lebensleistung (die zuverlässige Versorgung des Landes mit Energie) missachtet und sich der gesellschaftlichen Abwertung ausgesetzt – nicht zuletzt im Rahmen der Klimaproteste, die als gegen die Beschäftigten selbst gerichtet wahrgenommen werden.

In der Öffentlichkeit kommen die Braunkohle und die im Braunkohlebereich Beschäftigten nicht gut weg. Braunkohle gilt als schmutziger Energieträger der Vergangenheit und in den Auseinandersetzungen um Klimaschutz und Kohleausstieg wird bisweilen wenig zimperlich mit den Betroffenen umgegangen. Die auf einem Transparent abgebildete und von einer grünen Politikerin verbreitete Botschaft «Ob Nazis oder Kohle – braun ist immer Scheiße» hat sich tief im kollektiven Gedächtnis der LEAG-Beschäftigten eingegraben.¹⁰ Zugespitzt formuliert: Anhänger*innen der ökologischen Bewegungen verstärken – teilweise sicherlich unbeabsichtigt, mitunter aber durchaus gewollt – das Empfinden sozialer Missachtung und Abwertung aufseiten der LEAG-Beschäftigten. Das Ergebnis ist Sprachlosigkeit und wechselseitiges Abschotten.

(4) Aufwertung durch Teilhabe

Es wäre falsch zu behaupten, dass sich solche Kommunikationsblockaden leicht außer Kraft setzen lassen. Ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele bringen reale Interessenkonflikte mit sich, die nicht ignoriert werden dürfen. Entscheidend ist jedoch, wie diese Konflikte ausgetragen werden. Zu demokratischer Konfliktregulation gehört, dass alle gesellschaftlichen Interessen eine angemessene Öffentlichkeit erhalten. Das ist – soweit können wir uns festlegen – aus Sicht der LEAG-Beschäftigten nicht der Fall. Ihre Stimme findet in der Öffentlichkeit – subjektiv – kaum Gehör, selbiges verstärkt das Empfinden gesellschaftlicher Abwertung.

Damit ist aber auch schon gesagt, wie gegengesteuert werden kann. Unternehmen und Belegschaft müssen mit ihren Interessen und Befürchtungen ernst genommen werden. Das auch, weil sie auf eine Konfliktodynamik verweisen, die in naher Zukunft mehr und mehr an Bedeutung gewinnen wird. Gesellschaften wie die der Bundesrepublik werden, weil ihre Produk-

¹⁰ Die betreffende Politikerin hat sich öffentlich entschuldigt.

tions- und Lebensformen von einer grundlegenden Transformation erfasst werden, in gewisser Weise zu Entwicklungsgesellschaften. Diese Entwicklungsproblematik resultiert nicht aus ökonomischer Rückständigkeit, sondern im Gegenteil aus Überproduktivität, Übernutzung von Ressourcen und Luxuskonsum. Die im Gange befindlichen und neuen Transformationskonflikte lassen sich demokratisch nur bewältigen, wenn auch diejenigen, deren Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, sich mit ihren Interessenlagen ausreichend Gehör verschaffen können. Eben dies ist, so jedenfalls das uns vermittelte Bild, im Lausitzkonflikt nicht gewährleistet. Deshalb fürchten viele Beschäftigte eine «zweite Wende». Die Anstrengungen, die sie ein kleines oder auch ein größeres Stück hinauf auf den Berg der Gerechtigkeit geführt haben, erscheinen ihnen plötzlich als nicht nachhaltig, ja als vergeblich. Das macht sie unzufrieden und wütend.

(5) Eine regionale Entwicklungscoalition für die Lausitz

Die LEAG-Beschäftigten und nicht nur sie, das dürfte deutlich geworden sein, hängen an ihrer Region und die Region hängt an der Braunkohleförderung. Dass es mit der Braunkohle zu Ende geht, ist nicht mehr umkehrbar. Zweifeln an der technischen Machbarkeit des Ausstiegs stehen wissenschaftlich gestützte Szenarien gegenüber, nach denen 90 bis 100 Prozent der Energie bereits 2030 aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden könnten.¹¹ Doch unabhängig davon, ob solche Szenarien zutreffen oder nicht: Den Beschäftigten könnten Zukunftssorgen genommen werden, wenn sie daran beteiligt würden, ernsthafte Alternativen für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung der Region mit zu kreieren und zu prüfen. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass das gesamte Instrumentarium regionaler Strukturpolitik, wie es etwa im Ruhrgebiet und in anderen altindustriellen Regionen eingesetzt wurde, bei wichtigen Akteuren in der Lausitz nahezu unbekannt ist. Das muss sich ändern, wenn der anstehende Strukturbruch sozial und ökologisch bewältigt werden soll.

¹¹ In einem Zeitungsbericht, der sich auf Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) beruft, heißt es: «Die DIW-Forscher halten es sogar für denkbar [...] bereits in elf Jahren, 85 bis 100 Prozent Erneuerbare zu erreichen – also fast die Vollversorgung» (Wille 2019: 16).

10 NACHTRAG: UNTERNEHMEN, BETRIEBSRÄTE UND GEWERKSCHAFTEN IN REGIONALEN NETZWERKEN

Lässt sich radikaler Strukturwandel regional abfedern? Zwischen 1994 und 2006 sind wir dieser Frage in drei exemplarisch ausgewählten Mikroregionen (Dortmund, Nürnberg, Chemnitz) nachgegangen. Wir dokumentieren abschließend einige Ergebnisse unserer Studie «Im Schatten der Globalisierung», weil wir glauben, dass das dort beleuchtete Instrumentarium regionaler Strukturpolitik mit Blick auf die vor uns liegende Transformation wieder bedeutsam werden könnte (Dörre u. a. 2006) (siehe die folgende Dokumentation). Denn es liegt auf der Hand, dass eine solche Transformation regionalwirtschaftlichen Ansätzen eine neue

Attraktivität verleihen könnte. Eine wirkliche Energie- wende wird zum Beispiel mit einer Kommunalisierung und Demokratisierung der Energieerzeugung und -nutzung einhergehen. Faktisch sind solche Veränderungen – siehe die Renaissance des Genossenschafts- wesens im Energiebereich – längst in vollem Gange. Unternehmen, Betriebsräte und Gewerkschaften täten gut daran, solche Veränderungen mit eigenen regionalwirtschaftlichen Stimmen zu begleiten. Zwecks Anregung dokumentieren wir exemplarisch, was in manchen traditionsreichen Industrieregionen zu Beginn des Jahrtausends schon einmal Standard war.

LITERATUR

A

Abram, Nerilie J./McGregor, Helen V./Tierney, Jessica E./Evans, Michael N./McKay, Nicholas P./Kaufmann, Darrel S./PAGES 2k Consortium (2016): Early Onset of Industrial-Era Warming Across the Oceans and Continents, in: *Nature* 7617, S. 411–418.

B

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M.

C

Chancel, Lucas/Piketty, Thomas (2015): Carbon and Inequality: From Kyoto to Paris. Trends in the Global Inequality of Carbon Emissions (1998–2013) & Prospects for an Equitable Adaptation Fund, hrsg. v. Paris School of Economics, Paris.

D

Dörre, Klaus (2019): «Take back control». Arbeiter, Abwertung, AfD, in: *WSI-Mitteilungen* 2/2019; erscheint im Juni 2019.

Dörre, Klaus/Bose, Sophie/Lütten, John/Köster, Jakob (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, in: *Berliner Journal für Soziologie* 1–2/2018, S. 55–90, unter: <https://doi.org/10.1007/s11609-018-0352-z>.

Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hrsg.) (2013): *Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben*, Hamburg.

Dörre, Klaus/Röttger, Bernd (unter Mitarbeit von Birgit Beese) (2006): *Im Schatten der Globalisierung. Strukturpolitik, Netzwerke und Gewerkschaften in altindustriellen Regionen*, Wiesbaden.

E

Engler, Wolfgang/Hensel, Jana (2018): *Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein*, Berlin.

F

Foster, John B./Clark, Brett/York, Richard (2014): *Der ökologische Bruch*, Hamburg.

G

Grober, Ulrich (2013): *Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs*, München.

H

Hochschild, Arlie R. (2016): *Strangers in their own land. A journey to the heart of our political divide*, New York.

Hochschild, Arlie R. (2018): *Warum Trump? Fremd in ihrem Land. Interview mit Arlie Russel Hochschild*, in: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte*, Frankfurt a. M./New York, S. 25–33.

I

INSA – Institut für neue soziale Antworten (2019): *Wahlumfrage zur Landtagswahl in Brandenburg von INSA vom 7. Februar 2019*, unter: <https://dawum.de/Brandenburg/INSA/2019-02-07/>.

W

Wille, Joachim (2019): 100 Prozent Ökostrom, in: *Frankfurter Rundschau*, 13.3.2019, S. 16.

DOKUMENTATION

BIRGIT BEESE, KLAUS DÖRRE, BERND RÖTTGER

VON SEILSCHAFTEN ZU INNOVATIVEN NETZWERKEN?

STRUKTURWANDEL, REGIONALE INDUSTRIEPOLITIK
UND DIE GEWERKSCHAFTEN¹

¹ Zuerst veröffentlicht in: Beese, Birgit/Dörre, Klaus/Röttger, Bernd (2004): Von Seilschaften zu innovativen Netzwerken? Strukturwandel, regionale Industriepolitik und die Gewerkschaften, in: FIAB (Hrsg.): Jahrbuch Arbeit, Bildung, Kultur 21/22, Recklinghausen, S. 9–37.

INHALT

1 Eine Minimaldefinition regionaler Netzwerke	116
2 Die Entstehung regionaler Kooperationsstrukturen: Prozesse, Akteure, Ziele	118
2.1 Dortmund: ein mikroregionaler Konsens	120
2.2 Nürnberg: ein regionalpolitischer Kompromiss ohne inhaltlichen Konsens	121
2.3 Chemnitz: Netzwerkkonkurrenz statt Kompromiss und Konsens	123
3 Struktur, Leistungen und Funktionen regionaler Netze im Vergleich	124
3.1 Neue kollektive Akteure	124
3.2 Scharnierpersonen und Zugehörigkeiten	125
3.3 Strukturierung der Binnenbeziehungen	126
3.4 Verknüpfungstechnologie, Personen- und Systemvertrauen	127
3.5 Gestaltung der Außenbeziehungen, Regime der Akzeptabilitätsbedingungen.	128
3.6 Phasen der Netzwerkevolution.	129
4 Schlussfolgerungen: Wer zu spät kommt	130
Literatur	132

Über die Steuerbarkeit ökonomischer und sozialer Entwicklungsprozesse wird in Sozialwissenschaften und Politik seit geraumer Zeit intensiv diskutiert. Dabei lässt sich mittlerweile so etwas wie ein «spatial turn» beobachten (Giddens 1995). Die Region wird als Entwicklungspotenzial und Regulierungsressource wiederentdeckt. Dabei fällt auf, dass jene Hoffnungen, die mit der Gestaltung kleiner Sozialräume verbunden werden, nicht selten in dem Maße wachsen, wie eine makroökonomische Steuerung, die über eine selektive Angebotspolitik hinausgeht, als aussichtsloses Unterfangen erscheint. Angestoßen durch die stilbildende Arbeit von Piore/Sabel (1985) gibt es mittlerweile eine Fülle von Untersuchungen, die sich mit der ökonomischen Entwicklung und den Steuerungsleistungen regionaler Räume befassen.² Autoren wie Amin/Thrift (1994) haben Wachstumserfolge frühzeitig auf die «institutionelle Dichte» regionalpolitischer Arrangements zurückgeführt. Daran konnte eine partizipatorische Regionalpolitik anknüpfen, welche inzwischen in vielen europäischen Staaten netzwerkartige Strukturen ausgebildet hat (Ennals/Gustavsven 1999; Fricke/Totterdill 2004). Hier berührt der Regionalisierungstrend die Netzwerkdebatte. Netzwerke gelten heute vielfach als *die* organisatorische Form, in der sich der Übergang politischer Regulierung vom staatszentrierten Government zur akteursbezogenen Governance vollzieht. Sie erscheinen als «angemessene Instrumente für eine kapitalistische Wirtschaft, die auf Innovation, Globalisierung und dezentralisierter Konzentration beruht» (Castells 2001: 528).

Im gleichen Kontext muss die – freilich ungleich schwächer entwickelte – Debatte um eine gewerkschaftliche Beteiligung an Regionalisierungsprozessen und -projekten (Iwer u. a. 2002; Kock 1997) verortet werden. Wenngleich noch keineswegs Allgemeingut, gibt es inzwischen doch eine Reihe lokaler Gewerkschaftsgliederungen, die die Region als Raum für «intelligente Regulierung» (Kern 1994) und innovative Clusterpolitik (Rehfeld 1999; Kremer u. a. 2000) nutzen wollen. Im Falle alter Industrieräume existiert allerdings ein deutungsmächtiger Gegendiskurs. Spricht man im Kontext altindustrieller Regionen von Netzwerken, so löst man damit noch immer Assoziationen zu klebrigen Seilschaften aus. In diesem Bedeutungszusammenhang steht der Netzwerkbegriff vornehmlich für eine «Kultur der Defensive» (Cooke 1995), für innovationshemmende «old-boys-networks» (Granovetter 1985). Auch die gewerkschaftliche Beteiligung an solchen Netzen erscheint in diesem Fall in einem schlechten Licht, denn die Arbeitnehmerorganisationen alter Industrieregionen werden nicht nur wissenschaftlichen Beobachtern häufig als bloße Repräsentanten strukturkonservativer Interessen betrachtet (Jones/Trevor 1991).

Dass es in ehemaligen industriellen Zentren ein Maß an sozialer Kohäsion geben kann, welches Misstrauen gegenüber jeder Art von Wandel erzeugt, ist nicht zu bestreiten (Boyer/Durand 1997). Doch wie lassen

sich solch innovationshemmende Strukturen aufbrechen? Und welche Rolle können Gewerkschaften dabei spielen? Wir sind diesen Fragen im Rahmen einer empirischen Untersuchung in den alten Industrieregionen Chemnitz, Dortmund und Nürnberg nachgegangen.³ In diesen Regionen hatten sich bereits während der 1990er Jahre industriepolitische Allianzen herausgebildet, die versuchten, regionale Entwicklungsprobleme kooperativ zu bewältigen. Ein Charakteristikum dieser Allianzen ist bis heute, dass Repräsentanten lokaler Gewerkschaften in den regionalen Kooperationsstrukturen aus Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Kammern, Beschäftigungsgesellschaften, Arbeitsämtern, Weiterbildungseinrichtungen, Hochschulen, Unternehmensberatungen und lokaler Politik eine hervorgehobene Rolle spielen. Gewerkschafter wirken gewissermaßen als «Scharnierpersonen», von denen in allen Fällen wichtige Impulse zur Gründung und Entwicklung der regionalen Netze ausgingen.

Wir haben diese Netzwerkstrukturen mit ihren zahlreichen Facetten vergleichend untersucht. Materialbasis unserer Studie sind 140 Experteninterviews mit Netzwerkakteuren, Managern, Betriebsräten, Gewerkschaften und Lokalpolitikern. Hinzu kommen zahlreiche teilnehmende Beobachtungen, Feedback-Diskussionen mit Netzwerkakteuren, Transfer-Workshops sowie umfangreiche sekundärstatistische Analysen zu Beschäftigungsentwicklung und regionalen Arbeitsmärkten. Nachfolgend stellen wir jenen Teil der Studie vor, der sich mit Genese und Wirkung der regionalen Netze befasst. Ein wichtiger Befund unserer Untersuchung lautet, dass sich in allen Untersuchungsregionen eine *Doppelstruktur* herausgebildet hat. Die gewerkschaftlichen Akteure organisieren eigenständige Kooperationsstrukturen, die in – mitunter spannungsreichen – Austauschbeziehungen zu den offiziellen regionalwirtschaftlichen Organisationsformen stehen. Gemeinsam ist den erforschten Netzwerken, dass sie tatsächlich Steuerungsleistungen erbringen, die nicht auf eine Blockierung, sondern auf die Forcierung *und* die soziale Abfederung des Strukturwandels zielen. Die Qualität der Steuerungsleistungen unterscheidet sich in den Regionen jedoch erheblich. In welchem Maße die Netze innovativ wirken, hängt wesentlich von der Art und Weise ab, in der sie ihre Austauschbeziehungen gestalten. Zur Begründung dieser These wollen wir die regionalen Netze vorstellen (2), ihre Leistungen vergleichend analysieren (3), um sodann einige arbeitspolitische Schlussfolgerungen zu präsentieren (4). Zuvor jedoch einige Anmerkungen zum theoretischen Gehalt unseres Netzwerkbegriffs (1).

² Überblicke bieten z. B. Cox 1997, Gerlach/Ziegler 2004, Fuchs u. a. 1999 und Veltz 1996. ³ Das Vorhaben ist von der Hans-Böckler-Stiftung und aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert worden. Die Studie ist inzwischen abgeschlossen.

1 EINE MINIMALDEFINITION REGIONALER NETZWERKE

Hinter dem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der «Netzwerkgesellschaft» als der «neuen sozialen Morphologie unserer Gesellschaft» (Castells 2001: 527) verbergen sich sehr heterogene Reorganisationsprozesse «jenseits von Markt und Staat» (Boltanski/Chiappello 2003: 188 ff.). Im Unterschied zu marktförmigen Tauschbeziehungen, die im Wesentlichen anonym ablaufen, oder zu staatsförmigen, hierarchischen Koordinierungsmustern spielen in Netzwerken gemeinsame Ziele, Werte und Erfahrungen sowie darauf beruhende Vertrauensbeziehungen der Akteure eine entscheidende Rolle. In der Wirtschaft reicht die Bandbreite der Kooperationsformen, die mit der Netzwerkkategorie erfasst werden, «von eher strategisch motivierten Varianten der Ressourcenbündelung bis hin zu kulturell bzw. «gemeinschaftlich» eingebetteten Produktionszusammenhängen zwischen kleinen und mittleren Unternehmen, deren Beziehungen eher durch historisch gewachsene Solidarität gekennzeichnet sind» (Lütz 2003: 8). Ökonomische Netzwerke bezeichnen den Austausch zwischen Unternehmen, deren lose Kooperationen sich durchaus im Einklang mit einer deregulierten Marktwirtschaft befinden können. «Network governance» (Jones/Hesterley/Borgatti 1997) hingegen thematisiert eine breite Palette von Koordinierungsmustern, die von freiwilligen Kooperationen zivilgesellschaftlicher Organisationen (NGOs) bis hin zu Arrangements etablierter Akteure im «kooperativen Staat» (Esser 1998) reichen. Auf eine einfache Formel gebracht sind Unternehmensnetzwerke *auch* eine Anpassung an eine durch strukturelle Unsicherheiten geprägte Marktökonomie. Politische Netzwerke zielen hingegen stärker auf eine bewusste Steuerung ökonomischer Entwicklungen.

Realiter muss allerdings davon ausgegangen werden, dass beide Netzwerkformen einander ergänzen und überlagern. Gerade in ihren hybriden Formen, ihren Verknüpfungen und Überschneidungen tragen sie maßgeblich zur Strukturierung der regionalen Entwicklungen in nachfordistischen Arbeitsgesellschaften bei. Wenn wir im Folgenden von regionalen Netzwerken sprechen, so knüpfen wir an eine Definition an, wie sie Picchierri (2002) in einer jüngeren Arbeit formuliert hat. Unter regionalen Netzwerken verstehen wir Organisationsformen zur Erzeugung zielgerichteter wirtschaftlicher und politischer Strategien, die auf der Erfahrung basieren, dass die lokale oder regionale Kooperation das beste und geeignetste Muster des Verhaltens ist, um eigene Ziele zu erreichen. Der Vorteil einer Netzwerkorganisation besteht darin, dass sie in der Lage ist, Ressourcen der Mitglieder «besser zu verwerten», als isoliert handelnde Mitglieder dies könnten. Knappe Ressourcen sind das «grundlegende Motiv für die Bildung von Netzwerken». Das ist auch der Grund, «weshalb sich die Eingliederung in ein Netzwerk oft als besonders nützlich

für relativ schwache Akteure erweisen kann» (Picchierri 2002: 116 ff.).

Wir nutzen diese Minimaldefinition, weil sich sowohl die «Ressourcen-» als auch die «Schwache-Akteure-Hypothese» auf unseren Untersuchungsgegenstand anwenden lässt. Denn *erstens* fungiert die regionale Ebene als ein politischer Handlungsraum, dessen Entscheidungskorridore gegenüber den Instrumenten der internationalisierten, nationalstaatlich regulierten Makroökonomie strukturell begrenzt sind. Mikroregionen können nur in dem Maße eine Aufwertung im «System der Mehrebenenregulation» (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 1996) erfahren, wie definitionsmächtige Akteure über einen politisch hergestellten Konsens regionale Bindungen von Unternehmen erzeugen und kollektive Verhandlungsmacht entfalten können, um auf diese Weise den übergreifenden makroökonomischen Tendenzen einen eigenständigen Restrukturierungspfad abzurufen. Auf Konsens basierende Netzwerke können und müssen Voice-Optionen zur Lösung von Konflikten leichter zugänglich machen (Mahnkopf 1994: 78). Dabei kann nur wechselseitige Verlässlichkeit und Verbindlichkeit vorhandene Interessengegensätze abschwächen. Die Netzwerkorganisation fungiert somit als Koordinationsmechanismus, der qua Definition Kooperationen zwischen Akteuren mit unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Interessen impliziert. Kooperations- und daraus hervorgehende Konsensfähigkeit erweisen sich als jene knappen Ressourcen, deren Nutzungsgrad über die Qualität regionalpolitischer Strategien entscheidet.

Zweitens sind es – zumindest politisch-strategisch – vergleichsweise schwache Akteure, die ihre Aktivitäten zu koordinieren suchen. Ohne ein Minimum an regionalpolitischer Übereinstimmung etwa bei der Definition industriepolitischer Projekte haben diese Akteure kaum eine Chance, übergeordnete Entscheidungsebenen zu beeinflussen, um z. B. Finanzmittel für die regionale Entwicklung zu akquirieren. Der Befund, dass regionale Akteure aus einer Position relativer Schwäche handeln und über Netzwerkbeziehungen versuchen, diese Schwäche zumindest partiell zu korrigieren, trifft auch und gerade auf die beteiligten Gewerkschaften zu. Sie alle haben die Erfahrung machen müssen, dass die Ressource «Kampf- und Konfliktfähigkeit durch Solidarisierung von Lohnabhängigen» unter den Bedingungen eines beschleunigten Strukturwandels nur begrenzt nutzbar ist. In der Herausforderung einer dezentralen «Arena des politischen Tauschs» (Dörre 1999) sehen sie eine Möglichkeit, sich in Entscheidungsprozessen, die regionale Entwicklungen betreffen, überhaupt eine Voice-Option zu verschaffen.

Ein Netzwerk unterscheidet sich dadurch von gewöhnlichen Kooperationsstrukturen, dass es zumindest gelegentlich als *eigenständig handelndes Subjekt* auftritt. Um dies zu gewährleisten, ist die Fähigkeit der

einzelnen Netzwerkakteure zur Integration durch Konsensbildung entscheidend. Konsensbildung meint hier vor allem eine gemeinsame Analyse der Implikationen des Wandels im Produktionssystem und die Formierung gemeinsamer Präferenzen für zukünftige Entwicklungen (Pochet/Fayertag 2000: 18). Bis die Akteure in den Regionen eine gemeinsame Sicht der Dinge entwickeln, ist es jedoch in aller Regel ein langer, von Konflikten und Rückschlägen begleiteter Prozess. Und selbst wenn ein vorläufiger Konsens über Leitvorstellungen regionaler Entwicklung erreicht ist, bedeutet dies nicht zwangsläufig, dass ein entsprechendes Niveau inhaltlicher Übereinstimmung zwischen den Akteuren auf Dauer gestellt werden kann.

In diesem Zusammenhang unterscheiden wir zwischen interessenpolitischem *Kompromiss* und normativ gestütztem inhaltlichem *Konsens*. Interessenpolitische Kompromisse sind die Geschäftsgrundlage halbwegs stabiler Austauschbeziehungen. Kompromissgleichgewichte können auch existieren, wenn es nicht zu einem regionalpolitischen Konsens kommt. Sofern beide Ebenen existieren, bewegen sie sich in einem ständigen Spannungsverhältnis, das von einem Regime der «Akzeptabilitätsbedingungen»⁴ kontrolliert wird. Zustimmung und Einverständnis in der modernen Gouvernamentalität bedeuten jedoch nicht per se die Abwesenheit von Macht und Herrschaft (Lemke u. a. 2000). Auf Dauer blamiert sich jeder inhaltliche Konsens, wenn die Austauschbeziehungen in korporativen Arrangements allzu asymmetrisch ausfallen.

Normativ gefestigte Konsens-Arrangements lassen sich verstetigen, sofern ein einigermaßen stabiles interessenpolitisches Kompromissgleichgewicht gefunden, gegebenenfalls auch erstritten wird. Umgekehrt bilden Kompromissstrukturen nur so lange ein instabiles Gleichgewicht, wie sie in konsensuale Arrangements unterschiedlichster Reichweite (andere «zivilgesellschaftliche» Akteure vor Ort, Betriebe etc.) eingebettet werden. Lassen sich die in Netzwerken transportierten Ziele innerhalb einmal festgezurrtter Kompromissgleichgewichte nicht erreichen, schwindet deren regionale Verallgemeinerbarkeit, Kompromisse werden aufgekündigt, und damit wird auch ein normativ abgesicherter inhaltlicher Konsens unmöglich.

Damit ist bereits angedeutet, dass eine Verstetigung von Netzwerkstrukturen *evolutionäre* Entwicklungen und selbst *Brüche* nicht ausschließt. Die Netzwerkevolution kann auf gemeinsamen Lernprozessen der beteiligten Akteure beruhen. Sie kann durch Ausschluss oder Einschluss von Akteuren bewirkt werden, sie kann aufgrund von Selbstveränderung zustande kommen. Sie kann aber auch durch externe Effekte provoziert werden, die gelegentlich regressive Entwicklungen einleiten. Insofern ist Netzwerkbildung in den Regionen ein mehr oder minder dynamischer, nie völlig abgeschlossener Prozess, der die regionalen Akteure immer wieder zur Überprüfung, Aktivierung und Erneuerung von Austauschbeziehungen und damit von Kompromiss- und Konsensbildungen zwingt.

⁴ Vgl. van Dyk 2003; Boltanski/Chiapello (2003) sprechen von einer *Cité*, einem Rechtfertigungsregime.

2 DIE ENTSTEHUNG REGIONALER KOOPERATIONSSTRUKTUREN: PROZESSE, AKTEURE, ZIELE

Für die von den Gewerkschaften zum Teil selbst geschaffenen Netzwerkstrukturen in unseren Untersuchungsregionen gilt: In Konfrontation mit den Auswirkungen eines radikalen Strukturwandels gelangt die gewerkschaftliche Routineorganisation an ihre Grenzen. Um die Problemfelder angemessen bearbeiten zu können, nehmen die involvierten Gewerkschaftsgliederungen nicht nur neue Funktionen wahr, sie lagern auch Funktionen aus und gründen selbst neue Akteure, zu denen sie im Laufe der Zeit kooperative Beziehungen aufbauen müssen. Die gewerkschaftsnahen Netze sind wiederum Voraussetzung dafür, dass die Gewerkschaften auf die Wirtschaftsförderung und die offizielle Regional- und Strukturpolitik einwirken können. Auf diese Weise entsteht eine *Doppelstruktur* von gewerkschaftsnahen Kooperationen auf der einen und übergreifenden regionalwirtschaftlichen und regionalpolitischen Netzen auf der anderen Seite, die in ihrem Zusammenwirken eine spezifische Form regionaler Governance bilden. In diesem Kontext wird *networking* zur Voraussetzung wie auch zur Restriktion gewerkschaftlichen Handelns. *Networking* bezeichnet jene Prozesse, in denen Partizipation und Emanzipation, Erfolg und Misserfolg, aber auch die Ausübung von Macht und die Unterwerfung unter Herrschaftsstrukturen wirksam werden können. Wie sich zeigen wird, sind diese Prozesse für die Gewerkschaften selbst folgenreich. Neben die gewerkschaftliche Routine tritt eine Projektorganisation, die im Selbstverständnis ihrer gewerkschaftlichen Schöpfer zu einem neuen Kollektivakteur werden soll. Wie dieser Kollektivakteur aussieht, unterscheidet sich von Region zu Region.

2.1 DORTMUND: EIN MIKROREGIONALER KONSENS

In Dortmund schaltete sich der DGB Mitte der 1990er Jahre mit einem neuen Ansatz in die vom Land Nordrhein-Westfalen angestoßene Regionalisierung der Strukturpolitik ein und meldete einen «strukturpolitischen Gestaltungsanspruch an» (D/Pol03)^[5]. Die ersten gewerkschaftlichen Aktivitäten entstanden im Kontext von Initiativen des Landes. Angesichts des krisenhaften Niedergangs altindustrieller Strukturen im Montanbereich ging es den gewerkschaftlichen Akteuren zum einen um die strategische Orientierung regionaler Wirtschaftspolitik auf die gezielte Förderung vorhandener und neuer Branchenstrukturen, zum anderen um eine Bündelung wirtschaftlicher Aktivitäten im östlichen Ruhrgebiet. Den Branchenansatz betrachtete man explizit als einen alternativen Entwurf zu den Konzepten von Städten und Gemeinden, die immer noch stark auf Infrastrukturmaßnahmen klassischen Zuschnitts als Investitionsanreiz zielten. Die Profilierung einer eigenständigen gewerkschaftlichen Strukturpolitik sollte durch eine besondere regionalwirtschaftliche

Ausrichtung erreicht werden, die sich von der traditionellen Großbetriebsfixierung löst.

Im Zuge einer Konzeptentwicklungsphase entstanden erste Kooperationsstrukturen zwischen dem Dortmunder DGB-Vorsitzenden Eberhard Weber und einigen arbeitsorientierten Forschungs- bzw. Beratungseinrichtungen, die sich in der Folgezeit für die gewerkschaftlichen Interventionen in die regionale Industrie- und Strukturpolitik als stilbildend erwies. Die jeweils gemeinsam von DGB und arbeitsorientierten Wissenschaftlern verfassten Veröffentlichungen «Branchenreport Östliches Ruhrgebiet» (1996) und «Ruhr-Memorandums» (1997) wurden zu «Meilensteinen» (Do/TNB02) der Konzeptentwicklung. Die darin enthaltenen Ideen fanden in den Regionalkonferenzen wie auch in dem übergreifenden landespolitischen Regionalisierungsprozess ihren Niederschlag. Die Konzeptentwicklung erfolgte arbeitsteilig. Von ISA-Consult, einem gewerkschaftsnahen Beratungsunternehmen, wurden Analysen erstellt und industriepolitische Inhalte vorgegeben. Der DGB-Vorsitzende speiste die konzeptiven Ideen dann in die politischen Gremien ein. Mit den Ergebnissen der eigens erstellten Studien konnte der DGB recht früh qualifiziert in die kommunale Debatte um Innovationsschwerpunkte und Clusterbildungen eingreifen.

Für die Umsetzung und regionale Verbreiterung dieser konzeptionellen Überlegungen erwies sich jedoch eine andere Struktur als entscheidend. Sie sollte das prozessierende Zusammenspiel der «heterogenen Akteurskonstellation» in Dortmund erst ermöglichen und gleichzeitig «Strukturpolitik als Mannschaftsspiel» auf den Weg bringen. Der Arbeitskreis Strukturpolitik, der 1995 im Rahmen der Kooperationsstelle Wissenschaft – Arbeitswelt im Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund entstand, stellte ein Forum zur Verfügung, in welchem die Inhalte und Impulse gewerkschaftlicher Strukturpolitik mit Vertretern der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Wissenschaftlern, kommunalen Einrichtungen, Weiterbildungs- und Beratungsagenturen, Beschäftigungs- und Arbeitsloseninitiativen oder anderen arbeitsorientierten Akteuren diskutiert werden konnten: «Ohne ISA-Consult hätte es die inhaltliche Fokussierung so nicht gegeben, ohne den strukturpolitischen Arbeitskreis hätte ich das nicht so in die politische Debatte bringen können», erläutert der DGB-Regionalvorsitzende rückblickend. Die Kooperationsstelle Wissenschaft – Arbeitswelt als Organisator des Arbeitskreises versteht sich als «Mittlerin», die versucht, Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Akteuren herzustellen. Zugleich agiert sie mit dem Anspruch, gewerkschaftli-

[5] Wenn nicht anders angegeben beziehen sich die Quellenangaben auf die im Rahmen dieser Untersuchung geführten Interviews.]

chen Funktionsträgern die Möglichkeit zu geben, sich in Fragen regionaler Strukturpolitik zu qualifizieren. Im Diskurs mit Wissenschaftlern und Mitarbeitern der Wirtschaftsförderung sollen Gewerkschafter lernen, die Anforderungen besser abzuschätzen, die neue Formen regionaler Wirtschaftspolitik an ihre Organisation stellen. Inzwischen hat sich der Arbeitskreis zu einer festen Institution der regionalen Strukturpolitik in Dortmund und dem östlichen Ruhrgebiet entwickelt.

Als definitionsmächtiger Akteur im regionalen Netz erweist sich der regionale *DGB-Vorsitzende*. Ihm sei es gelungen, den Ansatz einer clusterorientierten regionalen Strukturpolitik in einem politischen Diskussions- und Austauschprozess in der Region «souverän zu verallgemeinern» (Do/Pol03), lautet das anerkennende Urteil vieler Netzwerkakteure. DGB-Region, Kooperationsstelle und Arbeitskreis Strukturpolitik bilden bis heute das Zentrum einer Kooperationskultur, die mittlerweile von zahlreichen weiteren Akteuren getragen wird. An dieser Stelle konzentrieren wir uns auf die kurze Darstellung der wichtigsten Einrichtungen und Organisationen. Um Krisenprozesse abfedern zu können, entstanden in Dortmund im Kontext der industriellen Strukturprobleme zunächst eine Reihe von betriebsnahen *Beschäftigungs-* und *Auffanggesellschaften*. Allerdings konnten sich nur einige dieser Transfergesellschaften «dauerhaft am Markt» behaupten. Im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit NRW und dessen Aufruf, in den Regionen regionale Kompetenznetzwerke aus Transfergesellschaften zur Beschäftigungssicherung ins Leben zu rufen, wurden die wichtigsten Beschäftigungsgesellschaften zu einem Lokalen Kompetenznetzwerk Dortmund (LOKon) gebündelt. Die ursprünglich von den Gewerkschaften initiierten Gesellschaften gingen in offizielle Strukturen der regionalisierten Strukturpolitik über. Heute gilt die Landschaft der tätigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften in Dortmund als weitgehend professionalisiert; ihre Träger sind oft bundesweit tätig.

Im Bereich der offiziellen städtischen *Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung* sind bis heute die Aktivitäten rund um den Niedergang der lokalen Stahlindustrie entscheidend. Während die Übernahme des Dortmunder Konzerns Hoesch durch Krupp im Jahre 1993 regionalökonomisch noch unter Kontrolle gehalten werden konnte, machte der Beschluss zur Unternehmensfusion von Thyssen und Krupp 1997 die Standortgarantien des lokal ansässigen Hoesch-Konzerns zunichte. Der Beschluss zur Aufgabe des Stahlstandortes Dortmund wurde zum Auslöser einer Bewegung, mit deren Hilfe es der IG Metall in einem einwöchigen Streik gelang, dem strukturprägenden Konzern regionale Arbeitsplatzgarantien abzurufen. Der Konzern verpflichtete sich, bis 2001 zur Schaffung von 3.600 Ersatzarbeitsplätzen in der Stadt beizutragen. Entscheidend für die gewerkschaftliche Beteiligung an der offiziellen Wirtschaftsförderung wurde das öffentliche Controlling dieser Vereinbarung. Aus

diesem politischen Controlling des geplanten Beschäftigungsaufbaus entwickelte sich allmählich ein lokales Bündnis, dessen gestalterische Ambitionen weit über die Konzernstrukturen hinauswiesen. In diese Kooperationsstruktur konnte der regionale DGB seine konzeptionellen Überlegungen zu einer arbeitsorientierten Strukturpolitik einbringen.

Das lokale Bündnis kann seither als eigentliches Zentrum der regionalisierten Strukturpolitik in der Mikroregion verstanden werden. Einmal erprobt, hat sich die beschäftigungspolitisch ausgerichtete Kooperationskultur bis in die Gegenwart gehalten. Die aktive Beteiligung der Gewerkschaften an offiziellen regionalwirtschaftlichen Aktivitäten der Stadt setzt sich mit der Initiierung und Durchführung des dortmund-projects bis heute fort. Das dortmund-project zielt auf die Schaffung von 70.000 neuen Arbeitsplätzen bis 2010, die vornehmlich in wissensintensiven Branchen (Informationstechnologie, Mikrosystem-Technologie, Biotechnologie) sowie in der Logistik entstehen sollen. Das Gesamtprojekt wird durch einen *Steuerkreis* gelenkt, dem 21 Mitglieder angehören. Projektausschüsse für die Teilprojekte tagten in der Anfangszeit alle zwei Wochen, heute einmal im Monat. Der DGB-Regionalvorsitzende ist in den wichtigsten Steuerkreisen präsent; diverse Arbeitsgruppen stehen den Gewerkschaften offen. Reale Mitwirkung ist wegen knapper personeller Ressourcen aber nur begrenzt möglich. Dem DGB-Vorsitzenden und seinen Mitarbeitern steht ein Apparat gegenüber, der sich aus ca. 70 Mitarbeitern der Wirtschaftsförderung und weiteren 20 Personen zusammensetzt, die unmittelbar für das dortmund-project arbeiten. Doch das ist nicht alles. Über die städtische Wirtschaftsförderung und das dortmund-project konstituiert sich ein regionalpolitisches Netzwerk, das IHK und Handwerkskammer, Universität und Fachhochschule, die im Stadtparlament vertretenen Parteien und das Landesinstitut Sozialforschungsstelle ebenso umfasst wie zahlreiche private oder halb öffentliche Initiativen und Gruppierungen. In diesem Zusammenhang sei hervorgehoben, dass sich das dortmund-project im Einklang mit der Landespolitik bewegt. Das Land hat zwölf Kompetenzfelder definiert, die zunächst im Ruhrgebiet, später aber im ganzen Land prioritär gefördert werden sollen. Mit IT, Logistik sowie Mikrosystemtechnik und Mikroelektronik stehen jene Bereiche an erster Stelle, auf die auch Dortmund seine Zukunft baut (Ziegler 2002: 17).

2.2 NÜRNBERG: EIN REGIONAL-POLITISCHER KOMPROMISS OHNE INHALTLICHEN KONSENS

Auch in Nürnberg besitzen Ansätze einer gewerkschaftlichen Industrie- und Strukturpolitik eine vergleichsweise lange Tradition. Diese reicht bis in die 1980er Jahre zurück. Damals war die IG Metall bemüht, mit dem Instrument eines Beschäftigungsplans gestalterisch auf die Krisenprozesse in regional ansässigen Konzernen der Metall- und Elektroindustrie ein-

zuwirken. Unter dem Druck anhaltender struktureller Krisenphänomene wurden frühe Ansätze während der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu einem umfassenderen regional- und strukturpolitischen Konzept erweitert. Der wesentlich von der IG Metall und gewerkschaftsnahen Beratern (IMU-Institut) entwickelte Ansatz stellte den Versuch dar, eine politische Antwort auf eine komplizierte Gemengelage zu finden, die aus dem Niedergang der regionalen Metall- und Elektroindustrie, dem Modernisierungsrückstand, der zunehmenden Konzernabhängigkeit vieler Traditionsbetriebe und dem damit verbundenen Beschäftigungsabbau entstanden war.

Die Folgen des dramatischen Strukturwandels bedeuteten für die lokale IG Metall eine doppelte Herausforderung. Zum einen musste die Gewerkschaft erkennen, dass die Ressourcen, den wirtschaftlichen Strukturwandel durch gewerkschaftliche Mobilisierungen zu beeinflussen, begrenzt waren. Zum anderen hatte sie sich mit einer Landespolitik auseinanderzusetzen, die beträchtliche Mittel zur Förderung neuer wissensintensiver Leitbranchen bereitstellte, während der inkrementelle Wandel gewachsener Industriestrukturen eher defensiv angegangen wurde. Ein wichtiger Meilenstein für den Aufstieg der lokalen IG Metall zu einem regionalen Akteur war der Arbeitskonflikt in der bayerischen Metallindustrie im Februar 1995. Damals waren erste Keime kooperativer Arbeitsbeziehungen in Industriebetrieben sichtbar geworden (Dörre 1999), die Ansätze für eine partizipative Modernisierung des Produktionsapparates zu bieten schienen. Einige Geschäftsleitungen von Streikbetrieben waren demonstrativ bemüht, kooperative Beziehungen mit Betriebsräten und Gewerkschaften auch während des Arbeitskampfes nicht zu beschädigen. Daher setzten sie sich kritisch mit der Politik ihres Verbandes auseinander. Diese Erfahrungen vor Augen, erklärte auch der örtliche IG Metall-Bevollmächtigte, er habe es satt, ständig nur Sozialpläne zu verabschieden. Der nötige regionale Strukturwandel lasse sich am besten präventiv und kooperativ angehen. Deshalb müsse sich auch die Gewerkschaft «von alten Positionen lösen».

Seither hat sich im Nürnberger Raum eine Kooperationsstruktur gebildet, in der ein gewerkschaftsnahes Netz eine eigene Rolle spielt. Zu den wichtigen «playern» gehört die Stabstelle für regionale Strukturpolitik innerhalb der Verwaltungsstelle, die insofern eine Besonderheit darstellt, als sie der IG Metall, aber auch betrieblichen Akteuren faktisch alternatives Ingenieurwissen zur Verfügung stellt. Eine wesentliche Funktion dieser Regionalstelle ist, dass sie über die Mobilisierung von alternativem Fachwissen den vermeintlichen Sachzwangcharakter von Betriebsschließungen und Stellenabbau zu attackieren vermag. Ebenfalls zu den gewerkschaftsnahen Akteuren zählt das regionale Büro des IMU-Instituts, einer gewerkschaftsnahen Beratungseinrichtung, die sowohl operativ als auch konzeptionell tätig wird. Zu den eigens gegründeten externen Netzwerkakteuren gehört der Firmen-

verbund zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (ffw). Ursprünglich als Regiestelle für überbetriebliche Ausbildungsverbände und als Konzeptionalist für berufliche Weiterbildung geplant, befasst sich das Beratungsunternehmen nun schwerpunktmäßig mit Reorganisation und Qualitätsmanagement in kleinen und mittleren Unternehmen. Der ffw agiert bewusst «zwischen präventiver unternehmerischer und gewerkschaftlicher Betriebspolitik» (N/NWA1). Im Beirat des ffw sitzen unter anderem die IG Metall und der lokale Unternehmerverband. Die ffw-Mitglieder sind dem Konsensprinzip verpflichtet; das Unternehmen wird nur tätig, wenn alle Betriebsparteien zustimmen. Alle Berater arbeiten strikt beteiligungsorientiert. Die Funktion der Dortmunder Transfergesellschaften nimmt die Gesellschaft für Personalentwicklung und Qualifizierung (GPQ) wahr. Gegründet wurde die GPQ während der Grundig-Krise 1995. Seither hat sie sich zu einem professionellen Unternehmen entwickelt, das Kunden in der gesamten Bundesrepublik betreut. Ein weiterer wichtiger Akteur war zumindest während des Untersuchungszeitraums das sogenannte Brückenprojekt, das mit wechselnden Aufgaben im Netzwerk agiert. Hinzu kommt eine Vielzahl von Einrichtungen und Akteuren (Wiso-Akademie, Bildungskooperation), die gelegentlich in die Netzwerkaktivitäten einbezogen wird.

Für eine Verbindung zwischen der gewerkschaftsnahen Struktur und der Nürnberger Wirtschaftsförderung hat über einen längeren Zeitraum das Netzwerk für Arbeit und Qualifizierung gesorgt. Wo sich im Kontext von Fusionen, Ausgründungen und Personalabbau Schwierigkeiten andeuteten, war das Netzwerk mit einer Art Task Force zur Stelle («Krisenfeuerwehr»). Zu den Aufgaben der Organisation gehören zusätzlich die Koordination des Wirtschaftsforums, die Bündelung regionaler Innovationspotenziale sowie die Lobbyarbeit gegenüber den Entscheidungszentren und Finanziers auf Landesebene. So sind in Nürnberg auch Kooperationsstrukturen aus Verbänden, Gewerkschaften, Beratungsagenturen, Wissenschaftseinrichtungen und lokaler Politik entstanden, in denen die lokale IG Metall und allen voran der Bevollmächtigte Gerd Lobodda eine anerkannte Rolle spielen. Das offizielle Dach dieser Kooperationsstruktur ist das Wirtschaftsforum (Reif), dem die Repräsentanten und Wirtschaftsförderungen der mittelfränkischen Städte (Nürnberg, Erlangen, Fürth, Schwabach), Manager regionaler Unternehmen, aber auch die IG Metall und der DGB angehören. Es handelt sich um ein informelles Bündnis, das in seiner Gründungsphase bewusst nicht nach Porzorgeschichtspunkten zusammengesetzt wurde.

Das Wirtschaftsforum agiert als interkommunales Bündnis, in welchem sich bis heute die divergierenden Interessen der Städte bemerkbar machen. Dennoch trat es bei der Definition *regionaler Kompetenzfelder* als kollektiver Akteur in Erscheinung. In einem «beispiellosen Kraftakt» (Nürnberger Nachrichten vom 19.3.1996) hatten sich Kommunen, Kammern, Gewerkschaften und Arbeitsämter der Region zunächst

auf vier Initiativen in den Bereichen Telekommunikation, Verkehr, Umwelt/Energie und Gesundheit/Medizin geeignet. Inzwischen ist die Initiative «neue Materialien» hinzugekommen. Die Kompetenzinitiativen sind in Vereinsform organisiert. Zu den Mitgliedern gehören unter anderem regionale Unternehmen, Hochschul- und Forschungseinrichtungen, Repräsentanten der lokalen Politik sowie nicht zuletzt die örtliche IG Metall. Letztere war mit ihren Akteuren maßgeblich an der Definition von Projekten und Kompetenzfeldern beteiligt. Dabei agierte sie Mitte der 1990er Jahre auf der Grundlage einer Konzeption, die ein systemisches Zusammenspiel von Regional- und Beschäftigungspolitik implizierte. In den Kompetenzfeldern der Region sollten jene Innovationen entstehen, von denen man erwartete, dass sie später die Produktionen in regionalen Unternehmen ankurbeln und neue Arbeitsplätze schaffen würden. Es ging um «eine Vernetzung, um zu einer Art Systemmodell in der Region zu kommen» (N/GW1), das qualitatives Wachstum ermöglichen soll. Beschäftigungspolitisch bestand die Erwartung, dass die öffentlich geförderte Innovationstätigkeit den Verlierern des Strukturwandels zugute kommen würde.

Die IG Metall engagiert sich bis heute vor allem in den Feldern Verkehr und Energie. Damit bewegt sie sich allerdings im Widerspruch zur Technologiepolitik der bayerischen Staatsregierung, die sich – ebenso wie die IHK – gegenüber altindustriellen Strukturen eher «defensiv» (N/Pol3) verhält. Infolge ihrer Schwerpunktsetzung agiert die IG Metall aber durchaus auch im Interesse jenes Teils der regionalen Wirtschaft, der sich von der bayerischen High-Tech-Offensive nicht oder nur unzureichend bedient sieht. Diese Interessenkonstellation markiert eine deutliche Differenz zum Dortmunder Fall. Sicher haben die zahlreichen Gespräche und Klärungen im Vorfeld der Gründung von Kompetenzinitiativen so etwas wie einen inhaltlichen Minimalkonsens über die Entwicklung der «Innovationsregion Nürnberg» ermöglicht. Die Einigung über Kompetenzfelder und Leitprojekte unterstützte die Forderung nach «sinnvoller», weil auch endogene Potenziale berücksichtigender Wirtschaftsförderung durch die Landesregierung. Der regionalpolitische *Kompromiss*, den das Wirtschaftsforum definiert hat, wird aber durch mindestens drei Konfliktlinien beständig infrage gestellt. Die erste ergibt sich aus der Konkurrenz zwischen den mittelfränkischen Städten. Nürnberg ist, gemessen an der Einwohnerzahl und dem wirtschaftlichen Potenzial (200.000 Erwerbstätige) das regionale Oberzentrum, zu dem sich Fürth und Erlangen aus unterschiedlichen Gründen immer wieder in Konkurrenz definieren. In Fürth fürchtet man Bevormundung; Erlangen ist hingegen aufgrund der strukturprägenden Universität und dem hier schwerpunktmäßig ansässigen Kompetenzfeld Medizintechnik im Strukturwandel einige Schritte voraus und sieht daher die Gefahr von «Bremseffekten» des Oberzentrums. Interessendivergenzen existieren jedoch auch bei anderen regionalpolitisch aktiven Akteuren. Während die IHK mit ihrer Vi-

sion der «Innovationsregion Nürnberg» in erster Linie auf Sprunginnovationen in neuen, wissensintensiven Branchen setzt, operieren die Gewerkschaften mit einer umgekehrten Prioritätensetzung. Der seitens der IG Metall geprägte Begriff «Krisenregion Nürnberg» thematisiert die anhaltenden Strukturprobleme einer sich in manchen Bereichen durchaus dynamisch entwickelnden Region. Das offizielle regionalpolitische Leitbild entspringt faktisch einer Kompromissbildung zwischen unterschiedlichen Interessen, die letztlich jedoch *nicht* in einen tragfähigen regionalpolitischen Konsens einmünden. Die Akteure «benutzen die gleichen Begriffe, dahinter verbergen sich aber höchst unterschiedliche Vorstellungen» (N/feed-back). Folgerichtig hat es über die beschäftigungspolitischen Ziele, die die IG Metall verfolgt, niemals eine wirkliche Einigung gegeben. Infolgedessen bleibt das «Regime der Akzeptabilitätsbedingungen», das über die Verwandlung von Interessenkompromissen einen inhaltlichen Konsens entscheidet, jederzeit brüchig und labil.

2.3 CHEMNITZ: NETZWERKKONKURRENZ STATT KOMPROMISS UND KONSENS

In Chemnitz konstituierte sich eine gewerkschaftsnahe Kooperationsstruktur im Zusammenspiel mit einer großen Protestmobilisierung gegen die vorherrschenden Privatisierungsstrategien der Treuhandgesellschaft. Als organisatorische Hauptkraft dieser Bewegung wurde die IG Metall in der Region zu einem wichtigen «Spieler». Nach der Devise «Wir bauen unsere Zukunft selbst» setzte die IG Metall auf ein «Vier-Säulen-vier-Felder-Modell» zur Beeinflussung der offiziellen Strukturpolitik. Die Kooperationsstruktur umfasst – bis heute – die Aktionsfelder «Aktivierung und Ausbildung Jugendlicher», «Sicherung und Sanierung wirtschaftlicher Kernbereiche», «Aktivierung und Qualifizierung der Arbeitslosen» sowie «Forschung und Innovation zur Verbesserung der Regionalstruktur». Mit ihrem Ansatz zielt die IG Metall auf eine Etablierung arbeitsorientierter Kooperationsstrukturen in den jeweiligen Feldern. Neben den engen Beziehungen zu zwischenzeitlich zwölf Beschäftigungsgesellschaften und dem Arbeitslosenverein Neue Arbeit markierte die von der IG Metall lancierte Gründung des Interessenverbandes Maschinenbau Chemnitz (ICM) 1992 den wohl einmaligen regionalpolitischen Fall eines von Gewerkschaftsseite gegründeten Unternehmensnetzwerks. Die Schaffung dieser Struktur resultierte aus der Erkenntnis, dass die Unternehmen des regionalen Maschinenbaus zu Kooperationen verdammt sind, «sonst stirbt jeder für sich» (C/GW03). Konstitutiv für die gewerkschaftsnahe Kooperationsstruktur war aber das Bestreben der IG Metall, den Privatisierungskonzepten der Treuhand etwas entgegenzusetzen.

In den Auseinandersetzungen mit der Treuhand verschaffte sich die örtliche IG Metall mit ihrer Forderung nach dem Erhalt industrieller Kerne eine unüberhörbare Stimme in der regionalen Arena. Seit dem Abschluss der Privatisierungen ist die ursprüngliche

Kooperation im Interessenverband Maschinenbau Chemnitz jedoch zerfallen. Aufgrund der Auflösung des «gemeinsamen Feinds Treuhand» (C/GW03) differenzierte sich die Interessenlage aus. Gewerkschaftliche Forderungen nach Tarifverträgen führten zur Aufkündigung der ursprünglichen Kooperationsstruktur. Der nachfolgende Vorstoß, einen Regionalbeirat Maschinenbau unter Beteiligung des Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaften zu gründen, scheiterte nach kurzer Zeit an der Förderpolitik des Landes. Der Versuch, in einem Netz unter Federführung der Sozialpartner Unternehmen, öffentliche Hand und Landesarbeitsamt zusammenzubringen, um industriepolitisch Krisenabfederung mit Modernisierung zu verknüpfen, kollidierte mit den neuen Handlungsansätzen regionalisierter Strukturpolitik. In Abhängigkeit von Landes-, Bundes- und EU-Fördermittelrichtlinien orientierte die offizielle Politik auf die Gründung einer Vielzahl von regionalen Unternehmensnetzwerken, die primär der Generierung von Produktinnovationen und gemeinsamen Marktauftritten dienen sollten. So entstand neben dem Interessenverband Maschinenbau mit dem Kompetenzzentrum Maschinenbau ein zweites Unternehmensnetz im Chemnitzer Kernsektor. Die IG Metall entschied sich gegen eine Beteiligung. Stattdessen forciert sie seit 1996 den Aufbau eines eigenen Netzes, das unter dem Namen Chemnitzer Konsensmodell bekannt geworden ist.

Unter dem Druck der Verhältnisse, in denen gescheiterte Privatisierungen und drohende Insolvenzen regionaler Unternehmen zu einem Dauerproblem wurden, gelang als praktisches Resultat langjähriger regionaler Kooperationen ein Zusammenschluss zwischen lokaler IG Metall, der Unternehmensberatung Price Waterhouse (PWC) und dem Arbeitsamt. Diese Akteure kooperieren bei der Sanierung angeschlagener Betriebe aus dem Bereich Produktion und produktionsnaher Dienstleistungen. Zentrale finanzielle Ressource war bis in die jüngere Vergangenheit die «freie Reserve» des Arbeitsamtes (§ 10 SGB III). Droht einem Betrieb die Insolvenz, kann er mit einer Förderung rechnen, die aus der sogenannten freien Spitze der Arbeitsamtsmittel finanziert wird. Finanzmittel werden allerdings nur unter der Bedingung gewährt, dass ein Sanierungskonzept erarbeitet und von einem Ausschuss überwacht wird, dem neben der IG Metall unter anderem die Gläubigerbanken und der Betriebsrat angehören. Außerdem müssen die Gläubigerbanken einen Betrag in gleicher Höhe zuschießen. Das Modell funktioniert zumindest dem Anspruch nach strikt beteiligungsorientiert. Wann immer möglich, soll das Erfahrungswissen der Beschäftigten für den Sanierungsprozess mobilisiert werden. Sanierungsfortschritte werden von den Beiräten überwacht. Politisch erhebt die IG Metall mit dieser Strategie den Anspruch, sich dem Trend zu einer Short-run-Ökonomie zu widersetzen. Gleichzeitig grenzt sich die Gewerkschaft damit explizit von einer bloßen Teilnahme an «Fördertöpfenetzwerken» und «keksfressenden Beiratssitzungen» (C/GW03) ab.

In der Konsequenz haben sich in der Region ausgeprägte Parallelstrukturen entfaltet. Einer durch offizielle Fördermittel angetriebenen punktuellen Unternehmenskooperation steht ein von den Fördertöpfen inzwischen weitgehend ausgeschlossener gewerkschaftsnaher Kooperationsverbund gegenüber: «Wir sind aus den ursprünglichen Beteiligungsangeboten mehr oder weniger raus» (C/GW04), bringt ein Gewerkschafter die Entwicklung auf den Punkt. Aufgrund dieses Politikansatzes der IG Metall sind die arbeitspolitischen Felder, auf denen das gewerkschaftliche Netzwerk agiert, begrenzt geblieben. «Das Feld, auf dem ich tätig bin, ist Krisenmanagement» erläutert der IG Metall-Bevollmächtigte Sieghard Bender. Mit dem Beiratsmodell stehen zwar durchaus Instrumente einer betrieblichen Modernisierungsstrategie zur Verfügung; das Konsensmodell kann jedoch erst greifen, wenn ein Unternehmen bereits insolvent angemeldet hat. Zwar bestehen in Chemnitz punktuell Kooperationen mit Wissenschaftlern, anders als in Dortmund oder Nürnberg konnte diese konzeptionelle Arbeit jedoch kaum in den offiziellen politischen Regionalisierungsprozess eingespeist werden.

Eine wichtige Besonderheit des Chemnitzer Netzes stellt indessen die starke Akzentuierung von Qualifizierungs- und sozialer Kohäsionspolitik dar. Von den ursprünglich zwölf Beschäftigungsgesellschaften ist nur noch die ABS Wetexbau geblieben. Auf die selbstständige GmbH greift mittlerweile auch die Gewerkschaft ver.di zurück. Die Arbeit der Beschäftigungsgesellschaft hat Symbolcharakter für gewerkschaftliche Positionen. So arbeiteten die Beschäftigten Maschinen für den Versand in die Dritte Welt auf. Da die Wetexbau selbst keine Qualifizierungsprogramme anbietet, ist von der IG Metall die Fusion mit einem großen Bildungsträger geplant. Bei der Bildungswerkstatt Chemnitz (BWC) handelt es sich um den größten überbetrieblichen Anbieter von Erstausbildungen in Ostdeutschland. Kurz vor der Insolvenz wurde das Unternehmen durch einen Sanierungsplan im Rahmen des Chemnitzer Konsensmodells gerettet und in eine Mitarbeitergesellschaft umgewandelt. Infolge der krisenhaften Transformation stand aber auch die Arbeit mit Arbeitslosen schon früh im Zentrum der gewerkschaftlichen Aktivitäten. Die Neue Arbeit Chemnitz fungiert heute als das einzige Arbeitslosenzentrum der Stadt; das Otto-Brenner-Haus, das in Eigeninitiative renoviert wurde, entwickelte sich zum zentralen Ort der Selbsthilfegruppen in der Stadt. Ihrem Selbstverständnis nach versteht sich die Neue Arbeit als eine «kämpferische Lobby für die Arbeitslosen» (C/NWA02). Einen neuen Schwerpunkt hat sich das Kompetenzzentrum regionale Strukturpolitik im Feld Jugend/Qualifizierung gesetzt. Dies aus mehreren Gründen. Die Jugendabwanderung zählt neben dem Fachkräftemangel zu den gravierenden Problemen der Region und trifft die Gewerkschaft mit ihrer alternden Mitgliederbasis selbst ins Mark. Zudem registriert die IG Metall deutlich, dass mit der Osterweiterung eine Zukunftsoption im Aus-

bau einer Bildungslandschaft besteht, die nach Tschechien ausstrahlt. In dem hart umkämpften Bildungsmarkt bemüht sich die Gewerkschaft daher, gezielt die Position der gewerkschaftsnahen Kooperationspartner zu stärken.

Im Unterschied zu den beiden Vergleichsregionen existieren zwischen den gewerkschaftsnahen Strukturen, der offiziellen Regional- und Strukturpolitik und den «Fördertopfnetzwerken» von Unternehmen nur geringe Schnittmengen. Von einem integrativen, akteursübergreifenden regionalpolitischen Kompromiss oder gar von einem inhaltlichen Konsens kann keine Rede sein. Die Ursachen hierfür sind in einem Prozess zu verorten, der im Grunde mit dem Zerfall der ursprünglichen Konsensstrukturen einsetzte. Damals hatten diverse Akteure «an unterschiedlichsten Leitbildern» einer regionalen Strukturpolitik gebastelt; einen breiten öffentlichen Diskussionsprozess über regionale Entwicklungsstrategien gab es jedoch nicht. Während die Chemnitzer Wirtschaftsförderung mit Flächensanierung und Infrastrukturausbau auf Neuansiedlungen setzte, die Kommunen der Region die Selbstvermarktung als Tourismusregion Erzgebirge planten und die IHK in Kooperation mit der Staatsregierung zur Vorreiterin neuer Hightechbranchen werden wollte, sah sich

die IG Metall genötigt, auf eigene Konzepte zu setzen. Anders als in Dortmund und Nürnberg wurde die gewerkschaftliche Konzeptentwicklung weder wissenschaftlich begleitet, noch mit der Wirtschaftsförderung abgestimmt. Die gewerkschaftlichen Akteure handelten «aus dem Bauch heraus» (C/GW03) und setzten auf «learning-by-doing».

Aufgrund der dabei gesammelten Erfahrungen betrachten sich die Gewerkschafter selbst als kompetente «Regionalmanager». Umgekehrt halten sich bei den Protagonisten paralleler Verbände die Ressentiments. Folgerichtig ist das Feld regionalisierter Strukturpolitik ein Terrain für Konkurrenzen und Konflikte zwischen unterschiedlichen Kooperationsverbänden. Überschneidungen zwischen dem gewerkschaftsnahen Netz und offiziellen Strukturen existieren vor allem in Gestalt persönlicher Beziehungen des IG Metall-Bevollmächtigten zu anderen – meist aus Westdeutschland stammenden – Repräsentanten wichtiger Organisationen und Institutionen (Arbeitsamt, Price Waterhouse). Ein «Regime der Akzeptabilitätsbedingungen», auf das sich alle Akteure beziehen können, existiert jedoch nicht. Versuche, dies zu ändern, werden durch die Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Verbänden immer wieder unterminiert.

3 STRUKTUR, LEISTUNGEN UND FUNKTIONEN REGIONALER NETZE IM VERGLEICH

Halten wir fest: In den Untersuchungsregionen sind einigermaßen stabile Kooperationsverbände entstanden, die zumindest punktuell als *neue Kollektivsubjekte* agieren. Allerdings lassen sich bei der Strukturierung der Binnenbeziehungen, beim Politikstil gewerkschaftlicher «Scharnierpersonen», bei der Verknüpfungstechnologie, dem Regime der Akzeptabilitätsbedingungen wie auch bei der Netzwerkevolution erhebliche Unterschiede feststellen.⁶

3.1 NEUE KOLLEKTIVE AKTEURE

Mit ihren Aktivitäten zielen die regionalen Akteure darauf, die Position der durch sie repräsentierten Räume in der internationalen Arbeitsteilung zu verbessern. Die neu entstandenen Austauschbeziehungen in den Regionen sind Resultat einer Doppelbewegung. «Von oben», also durch die staatlichen Instanzen auf EU-, nationaler und Landesebene wird ein «Wettbewerbsregionalismus» gefördert, der die Region wie ein Unternehmen betrachtet, das es im internationalen Wettbewerb zu positionieren gilt. Die Gewerkschaften bzw. die gewerkschaftsnahen Spieler, die sich in der regionalisierten Strukturpolitik engagieren, setzen hingegen auf einen Regionalismus «von unten», der die offizielle Regionalpolitik nutzen will, um den Strukturwandel nicht dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen. In einer Situation, in der sie selbst durch Mitgliederverluste und die Auswirkungen des globalen «Marktregimes» (Dörre/Röttger 2003) in ihrer Verhandlungsmacht geschwächt sind, sehen die beteiligten Gewerkschaftsgliederungen in regionalpolitischen Ansätzen eine Alternative zur Willkür reiner Marktsteuerung. Ihre eigenen Konzeptionen entwickeln sie aber in teilweise deutlicher Distanz zu den Vorgaben staatlicher Politik. Insofern handelt es sich bei den regionalen Kooperationsverbänden keineswegs um «Mikrokorporatismen», die auf regionaler Ebene lediglich nachvollziehen, was in nationalen Konsensrunden, Landesprogrammen oder vom «Sachzwang Weltmarkt» festgelegt wird. Dem Selbstverständnis der handelnden Akteure nach basiert an Arbeitsinteressen orientierte Regional- und Strukturpolitik auch auf gewerkschaftlicher Konfliktfähigkeit. Für alle untersuchten Regionen gilt, dass die regional- und strukturpolitischen Ansätze ursprünglich aus harten Auseinandersetzungen entstanden sind, die in der Regel am Niedergang altindustrieller Strukturen und den damit verbundenen Arbeitsplatzverlusten aufgebrochen waren.

Die Art und Weise, in der offene oder latente Konflikte zwischen «wettbewerbs-regionalistischen» und gewerkschaftsnahen Ansätzen ausgetragen werden, entscheidet über die soziale Kohärenz und die Handlungsfähigkeit neuer Kollektivakteure. In allen Regionen treten die gewerkschaftsnahen Subnetzwerke zumindest punktuell als eigenständige Akteure in Er-

scheinung. Das gilt für gemeinsame Projekte ebenso wie für gelegentliche Strategiedebatten. Für die übergreifende regionale Kooperationsstruktur muss diese Aussage indessen eingeschränkt werden. In der Ruhrmetropole kann sicherlich von einem um das dortmund-project herum gruppierten Kollektivakteur gesprochen werden, dessen integraler Bestandteil das gewerkschaftliche Subnetzwerk ist. In Nürnberg sind die im Wirtschaftsforum vereinigten Akteure nur vergleichsweise selten gemeinsam handlungsfähig. Die Einigung auf gemeinsame Regionalprojekte war einer Ausnahmesituation geschuldet. Eine ähnliche Kohärenz wurde seither nicht mehr erreicht. Der Platz des gewerkschaftsnahen Subnetzwerks in der übergreifenden Kooperationskultur ist nicht eindeutig fixiert. Perioden eher konfliktbelasteter Beziehungen wechseln sich mit Phasen größerer inhaltlicher Nähe ab. In Chemnitz stellt die gewerkschaftsnahe Kooperationsstruktur einen relativ kohärenten Kollektivakteur dar, der im optimalen Fall mit anderen Netzwerken interagiert und konkurriert.

Eine spezifische Leistung der regionalen Netze besteht darin, dass sie Organisations- und Mitgliederinteressen mit Raumdefinitionen verknüpfen, um auf diese Weise der eigenen Interessenrepräsentation ein größeres Gewicht in der politischen Arena zu verleihen. Die Verknüpfung geschieht in Deutungskämpfen, in denen eine Grundproblematik und ein darauf basierendes Grundinteresse «der» Region formuliert wird. Mit anderen Worten: Regionen werden von den Netzwerken «gemacht», sie werden über definitionsmächtige Interessen konstruiert. Die bewusste, politisch aktive Region ist daher keineswegs mit den über administrative Grenzen, kulturelle Traditionen oder geografische Besonderheiten konstituierten Räumen identisch. Was die (Mikro-)Region ist und was aus ihr werden soll, ist niemals vollständig geklärt. So suchte die Nürnberger IG Metall mit ihrem Begriff der Krisenregion die Aufmerksamkeit auf die mit dem Niedergang der regionalen Metall- und Elektroindustrie verbundenen Strukturprobleme zu lenken. Sie befand sich damit in inhaltlicher Nähe zur ursprünglichen Kompetenzfeldkonzeption der Wirtschaftsförderung, deren impulsgebender Kopf, Dr. Küpper, versuchte, Elemente sozialdemokratischer Strukturpolitik nach Mittelfranken zu transferieren. Beide Ansätze befanden sich im – teils latenten, teils offen ausgetragenen – Konflikt mit Konzeptionen, die vor allem der Koordinationskraft des Marktes vertrauten und für eine Konzentration der Fördermittel auf neue, wissensintensive Branchen plädierten. Die reale Regionalpolitik ist ein Substrat, das aus der Konkurrenz dieser Konzeption hervorgegangen ist.

⁶ Alle genannten Kriterien gehören nach Picchierri (2002) zu einer «reichen» Netzwerkdefinition.

Ähnliche Definitionskämpfe gibt es auch in Dortmund und Chemnitz. In der Ruhrmetropole favorisiert die politische Spitze der Stadt inzwischen das Leitbild vom «schnellen Dortmund». Damit soll die Dynamik des Wandels hin zu einer Stadt der neuen Leitbranchen betont werden. Dagegen zielt der DGB mit seiner Konzeption des «sozialen Dortmund» darauf, die Verlierer des Strukturwandels nicht aus dem Blick zu verlieren. In Chemnitz verhält es sich ähnlich, wenn die IG Metall mit ihrem Konzept zum Erhalt industrieller Kerne und zur Schließung regionaler Wertschöpfungsketten ein regionales Interesse definiert, das freilich eher ein Vakuum ausfüllt und nicht so sehr ernsthafte inhaltliche Konkurrenzen in der Region provoziert.

3.2 SCHARNIERPERSONEN UND ZUGEHÖRIGKEITEN

In den gewerkschaftsnahen Subnetzwerken liegt die Definitionsmacht für Zugehörigkeiten und politische Ziele in hohem Maße bei einzelnen Personen sowie bei den Organisationen, die sie repräsentieren. Die IG Metall-Bevollmächtigten von Chemnitz und Nürnberg sind, ebenso wie der Dortmunder DGB-Regionalvorsitzende, solche Scharnierpersonen. Mit ihren je besonderen Charakteren, Eigenarten, Vorlieben und persönlichen Auffassungen kreieren sie spezifische Politikstile. Sowohl gegenüber dem regionalpolitisch häufig abstinenten Gewerkschaftsumfeld als auch in der Arena des politischen Tauschs agieren sie gewissermaßen als Netzwerkbotschafter. Es handelt sich um charismatische, unverwechselbare Persönlichkeiten, die letztlich auch über den – nicht im Sinne einer formalen Mitgliedschaft zu verstehenden – Zugang zu den gewerkschaftsnahen Netzen entscheiden. Der Dortmunder Regionalvorsitzende gilt in seiner Stadt «als Institution». Dem Nürnberger Bevollmächtigten eilt der Ruf eines «lokalen Fürsten» voraus. Und auch im Chemnitzer Bevollmächtigten sieht das Umfeld eine «Persönlichkeit, die man beachten muss». Dennoch können die Genannten ihre Rolle nur spielen, weil sie ihre Organisation repräsentieren und über die Organisation das Wissen professioneller Berater nutzen. Insofern handelt es sich bei den gewerkschaftsnahen Kooperationsstrukturen um Netze von Personen *und* Organisationen. Die Verknüpfungen basieren oft auf persönlichen Kontakten. Das Charisma (im Anschluss an Webers Typus charismatischer Herrschaft: Kraemer 2002: 173 ff.) der Genannten strukturiert Interaktionen. Die Scharnierpersonen bestimmen in ihren Kooperationsstrukturen über Zentrum und Peripherie. Und sie kontrollieren die Außenbeziehungen ihrer Netzwerke, die Schnittstellen zur Wirtschaftsförderung und zur offiziellen Regionalpolitik. Sie können dies jedoch nur, weil sie sich in organisationalen Kontexten bewegen, die ihnen die Legitimation für ihre politischen Aktivitäten bieten. Dabei gilt, dass die von ihnen repräsentierten Organisation allenfalls formal, nie jedoch real in den Netzwerken präsent sind. In allen untersuchten Fällen handelt es sich um vergleichsweise kleine Grup-

pen von Interessierten und Spezialisten, die aktiv an der regionalisierten Strukturpolitik partizipieren.

Dass es ein von den Scharnierpersönlichkeiten unabhängiges Strukturierungsprinzip der regionalen Netzwerkstrukturen gibt, zeigt sich an den Funktionen, die die einzelnen Netzwerkakteure wahrnehmen. Alle gewerkschaftsnahen Netze erfüllen mehr oder minder vier Funktionen: Sie dienen der Krisenabfederung und Beschäftigungssicherung (Sanierung altindustrieller Betriebe, Auffanglösungen, Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt); sie nehmen eine Qualifizierungsfunktion (Abmilderung von Arbeitsmarktrisiken durch berufliche Aus- und Weiterbildung, Bewerbungstraining etc.) wahr; sie üben eine – meist an spezifische Vorstellungen von Arbeitnehmerpartizipation geknüpfte – Innovationsfunktion (Modernisierung von Arbeits- und Betriebsorganisation, Veränderungsmanagement, Produktinnovationen) aus und sie erfüllen über die Kooperation mit professionellen Beratern und Forschungseinrichtungen Reflexions- und Konzeptualisierungsaufgaben. So unterschiedlich die regionalen Strukturen und Akteure sein mögen; im Sinne funktionaler Äquivalenz (Ragini 1997: 11 ff.) sind die vier Funktionen in allen untersuchten Netzwerken präsent. Themen und Bearbeitungsformen variieren. Mitunter gibt es, wenn es um die Besetzung neuer Themen geht, ausgeprägte Konkurrenzen zwischen Netzwerkakteuren. Die Grundfunktionen werden jedoch durchgehalten, sie differenzieren sich allerdings aus und auch die Aktivitätsschwerpunkte verlagern sich. Mit den umfassenderen Strukturen der offiziellen Wirtschaftsförderung teilen die gewerkschaftsnahen Netze wirtschaftspolitische Ziele. Letztlich geht es in den Netzen um die Produktion öffentlicher Güter (Voelzkow 1999). Genauer, Leistungen, deren Herstellung zuvor ausschließlich in der Verantwortung privater Unternehmen (Innovationsfunktion, Beschäftigungssicherheit) oder (halb-) öffentlicher Institutionen (berufliche Aus- und Weiterbildung) auf anderen Regulierungsniveaus lag, sollen nun durch den Zusammenschluss «schwacher Akteure» auf regionaler Ebene sowohl aus staatlichen als auch aus privatwirtschaftlichen Zusammenhängen herausgelöst und eher informell produziert werden. In dem Maße, wie regionale Akteure diese Produktion professionell angehen, ändern sie jedoch häufig ihre räumlichen Bezüge. Sei es, wie z. T. in Dortmund, indem sie ihr Aktionsfeld auf die Kommune beschränken und das Umland tendenziell aus den Augen verlieren, oder, wie z. T. in Nürnberg, weil sie ihre Geschäftsfelder auf die nationale Ebene ausweiten. Fakt ist, dass die auf den regionalen Raum bezogenen Interessendimensionen, die in der Konstitutionsphase der Netzwerke von zentraler Bedeutung sind, für einen Teil der Akteure an Relevanz verlieren. Dies ist freilich kein spezifisches Problem der gewerkschaftsnahen Akteure. Kompetenzinitiativen oder Clusteransätze etwa in der IT-Industrie können gar nicht anders, als sich «von vorn herein international aufzustellen» (D/GF1). Die Realaktivitäten von Netzwerkakteuren haben daher mit

administrativ definierten Raumkonzeptionen häufig kaum noch etwas gemein.

3.3 STRUKTURIERUNG DER BINNENBEZIEHUNGEN

Die gewerkschaftsnahen Netze unterscheiden sich in der Strukturierung ihrer Binnenbeziehungen. Ein erster Unterschied zwischen den gewerkschaftsnahen Netzen ergibt sich aus dem *Verhältnis der zentralen Akteure zu arbeitsorientierter Wissenschaft*. Die Besonderheit der Interaktionsqualität im gewerkschaftsnahen Dortmunder Netzwerk wurzelt in dem engen Kooperationsverhältnis von DGB und unterstützenden Wissenschaftlern. Allein das Dortmunder Netzwerk weist hier einen kontinuierlichen und fest in die Strukturen eingebundenen Arbeitszusammenhang auf, der auch durch den offenen Umgang des DGB-Regionalvorsitzenden mit (Sozial-)Wissenschaftlern ermöglicht wird. Im Unterschied zu den anderen Regionen handelt es sich nicht nur um punktuelle Kooperationen mit verschiedenen Forschungs- und Beratungseinrichtungen. Die Kooperationsstelle Wissenschaft – Arbeitswelt ist selbst ein zentraler Knoten im Netz, der es ermöglicht, die Kooperation mit dem DGB auf Dauer zu stellen. In Nürnberg steht der IG Metall mit dem IMU Nürnberg ein beständiger Kooperationspartner zur Verfügung, der Konzeptarbeit leistet; aber diese Kooperationsbeziehung ist weniger prägend als der Austausch von Wissenschaft und Gewerkschaften im Dortmunder Netz. Am schwächsten entfaltet ist die Kooperation Wissenschaft-Gewerkschaft im Chemnitzer Netzwerk. Zwar ist z. B. in der Universität durchaus ein Angebot an arbeitsorientierten Wissenschaftlern vorhanden und es gibt ein Promotionskolleg der Böckler-Stiftung, doch ein wirklich kontinuierlicher Austausch, der sich konzeptionell auswirkt, lässt sich nicht feststellen.

Eine zweite Differenz resultiert aus dem differierenden *Institutionalisierungsgrad* der Netzwerke. Das Dortmunder Netz zeichnet einen vergleichsweise hohen Institutionalierungsgrad aus. Es gibt zahlreiche formalisierte Aufgaben und feste Termine. Die Akteure lassen sich durch ein hohes professionelles Niveau ihrer Aktivitäten charakterisieren. Symptomatisch für die Dortmunder Struktur ist, dass ein Teil des gewerkschaftlichen Netzwerkes in die übergreifende Kooperationsstruktur der Wirtschaftsförderung übernommen worden ist. LOKon ist institutionalisiert; aber die Institution besitzt nunmehr kein originär gewerkschaftliches Profil. Wer sich ihrer Leistungen bedient, verbindet damit nicht unbedingt ein gewerkschaftliches Angebot. Die Chemnitzer Netzwerkorganisation verkörpert hingegen einen Ansatz mit geringem Institutionalierungsgrad. Auch hier gibt es – etwa in Gestalt des Leiters der lokalen Niederlassung von Price Waterhouse Cooper oder der Spitze des Arbeitsamtes – hochgradig professionalisierte Akteure. Doch das Strukturierungsprinzip der Interaktionen ist informell, situativ ausgerichtet, thematisch flexibel, damit aber auch unstet und verletzlich. Das gewerkschaftliche Profil bleibt jederzeit

sichtbar, aber das Zentrum des Netzes, der definitionsmächtige Knotenakteur, wird von seinen Interaktionspartnern häufig als «erdrückend» wahrgenommen. Das Nürnberger Netzwerk lässt sich, an der Strukturierung seiner Binnenbeziehungen gemessen, zwischen Dortmund und Chemnitz einordnen. Auch hier gibt es hoch professionalisierte Akteure, deren Interaktionen jedoch eher informell geregelt werden. Wie in Chemnitz strukturiert eine Scharnierperson mit großer Kreativität und hoher situativer Intelligenz die Netzwerkaktivitäten. Und, ebenfalls wie in Chemnitz, führt dieses informelle Steuerungsprinzip immer wieder zur Überforderung der Interaktionspartner. Allerdings sind die Nürnberger Netzwerkakteure offenbar so stabil und selbstständig, dass sie derartige Reibungen meistern können. Die gewerkschaftliche Scharnierperson wird letztlich nur dann als «Spinne im Netz» akzeptiert, wenn sie über die Öffnung von Geschäftsfeldern hinaus auch als strategischer Kopf und Ideengeber fungiert. Diese Art der Strukturierung von Interaktionen bewirkt, dass die Beziehungen der gewerkschaftsorientierten Akteure beständig zwischen großer Nähe und wachsender Distanz changieren.

Der *Stellenwert sozialer Kohäsionspolitik* macht einen weiteren Unterschied zwischen den gewerkschaftsnahen Netzen aus. Gemeinsam ist den regionalen Gewerkschaftsgliederungen, dass sie die soziale Dimension des Strukturwandels betonen und sich dafür einsetzen, dass die Interessen der «Modernisierungsverlierer» nicht völlig aus den regionalpolitischen Aktivitäten ausgeklammert werden. Unterschiede lassen sich aber in der Konkretion dieses Anspruchs z. B. an der Integration «schwacher Interessen» festmachen. So besitzt die Aktivierung von Arbeitslosen nur in Chemnitz einen hohen organisationspolitischen Stellenwert. Dort hat der Zusammenbruch des regionalen Arbeitsmarktes die IG Metall frühzeitig veranlasst, Arbeitslosen, die so gut wie keine Chance zur Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt besitzen, ein Angebot zu bürgerschaftlich-gewerkschaftlichem Engagement zu unterbreiten. Dieser Politikansatz, der mit zahlreichen Aktivitäten und jährlichen Arbeitslosenkonferenzen verbunden ist, hat nicht zuletzt zu einer großen Bindekraft der Organisation im Erwerbslosenbereich beigetragen. In Nürnberg und Dortmund gibt es kein vergleichbares Niveau gewerkschaftlicher «Arbeitslosenarbeit». In Nürnberg erklärt sich dies aus der primären Zielsetzung, Arbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. In Dortmund haben Kirchen, Sozialverbände und Stadtteilinitiativen dieses Terrain besetzt.

Ein vierter Unterschied ergibt sich aus der *Verankerung der Netzwerkstrukturen in regionalen Unternehmen* sowie aus dem Stellenwert präventiver betrieblicher Modernisierung. In Chemnitz ist die betriebliche Verankerung über das Beiratsmodell vor allem in sanierten Betrieben gegeben. Im Nürnberger Fall sind die Betriebszugänge eine wichtige Ressource, die die IG Metall ihren Kooperationspartnern zur

Verfügung stellt. Hinzu kommt, dass mit IMU, ffw und der Stabsstelle für regionale Strukturpolitik wichtige Akteure schwerpunktmäßig mit der Modernisierung betrieblicher Strukturen befasst sind. In Dortmund verfügt die koordinierenden Gewerkschaftsgliederung (DGB) nicht über unmittelbare Betriebszugänge. Sie kann diese nur mittelbar, also über die Mitgliedsgewerkschaften herstellen. Der Dortmunder Regionalvorsitzende ist daher noch mehr als die Scharnierpersonen der anderen Regionen auf die Arena des politischen Tauschs angewiesen. Er verfügt weder über das Erfahrungswissen betrieblicher Entscheidungsträger noch über die Option der Mitgliedermobilisierung. Im direkten Vergleich zu Nürnberg und Chemnitz ist er daher besonders ressourcenschwach. Er sucht diese strukturelle Schwäche jedoch durch intelligente Gremienarbeit und kompetentes Auftreten in Steuerkreisen zu kompensieren. Als Einziger der drei Scharnierpersonen hat er diese Art politischer Intervention in hohem Maß professionalisiert. Er ist Projektarbeit gewohnt, er übernimmt z. T. selbst die Leitung von Arbeitsgruppen und Ausschüssen und erwirbt sich auf diese Weise Achtung, auch bei den Repräsentanten konkurrierender Interessen.

3.4 VERKNÜPFUNGSTECHNOLOGIE, PERSONEN- UND SYSTEMVERTRAUEN

Damit ist bereits gesagt, dass die «Verknüpfungstechnologie», die Art und Weise, in der die Maschen im Netz «gesponnen» werden, Wesentliches über die Bindekraft der regionalen Kooperationsverbände aussagt. Festhalten lässt sich zunächst, dass keines der regionalen Netze – weder die gewerkschaftsnahen noch die offiziellen Strukturen – primär auf kulturellen Traditionen gründet. Sofern Traditionen reklamiert werden, geschieht dies punktuell und selektiv in bewussten Akten der Rekonstruktion. Allenfalls in Dortmund kann man von einem Regionalbewusstsein sprechen, das sich aus einer politisch-kulturellen Traditionslinie speist. Die Kultur der Montanmitbestimmung hat die politischen Parteien der Stadt geprägt. Noch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gab es in allen Magistratsparteien Hoeschianer; das Bewusstsein eines Kollektivschicksals, das über seine Erzeugungsbedingungen hinaus weiter existiert (Hysteresis-Effekt) ist sicherlich eine wichtige Voraussetzung des vielgerühmten Dortmund-Konsenses. Die Bindekraft dieses Konsenses reicht weit über die Grenzen der Stadt hinaus. Bis in die Ministerien und selbst in die Landesregierung hinein gibt es Personen, die sich als «Dortmunder» verstehen. In Nürnberg existiert eine solche Gemeinsamkeit nicht; verbunden fühlt man sich allenfalls in der Abgrenzung von der übermächtigen Metropole München. Und in Chemnitz gab es schon zu DDR-Zeiten kaum positive Identifikationspunkte. Karl-Marx-Stadt galt als «Proletenort», in der es «nichts Schönes gab» (C/Diskussion Verdi/IGM). Lediglich Sport und Hochkultur boten sich als positive Identifikationsmöglichkeiten an. In der Gegenwart sind auch diese identitätsstiftenden Angebote

kaum mehr vorhanden. Von einem intersubjektiv geteilten Regionalbewusstsein, das soziale Bindungen stiftet, kann daher keine Rede sein.

Letztendlich gilt für alle untersuchten Netzwerke, dass Bindungen aktiv hergestellt werden müssen. Daran sind mehr oder minder alle «Knoten» beteiligt. Netzwerkbildung ist ein aktiver Prozess, an dem sich alle beteiligen müssen, die sich eine Zugehörigkeit erwerben wollen. In den Gewerkschaftsnetzen spielt dabei zweifellos die Verknüpfungstechnologie der Scharnierpersönlichkeiten eine wichtige Rolle. Dabei lassen sich zwei Grundmuster unterscheiden. Das Chemnitzer Netzwerk basiert in seinem organisatorischen Kern noch auf dem aus der Ära fordristischer Großorganisationen bekannten Prinzip von «Leadership und Loyalität»; das Dortmunder Netzwerk gründet sich hingegen auf eine «ausgehandelte Arbeitsteilung». Die gewerkschaftsnahe Struktur in Nürnberg stellt eine Mischform von beidem dar. Das Grundmuster «Gefolgschaft und Loyalität» funktioniert, indem die gewerkschaftliche «Scharnierperson» an die Adresse der anderen Akteure gerichtete Erwartungen formuliert, die diese dann aus Gründen der Organisationsloyalität so gut wie möglich erfüllen. Dieses Prinzip kann freilich nur gegenüber solchen Akteuren angewendet werden, die in irgend einer Form von der lokalen IG Metall abhängig sind. Je größer die interessenpolitische und organisatorische Eigenständigkeit ist, desto weniger wirkt dieses Strukturierungsprinzip. Die Beziehungen innerhalb des Chemnitzer Konsensmodells z. B. lassen sich schon nicht mehr nach dem Muster von «Leadership und Loyalität» strukturieren. Hier sind interessenpolitische Kompromisse, informelle Aushandlungen und eben auch Vertrauen in die Seriosität und den Kooperationswillen des jeweiligen Kooperationspartners von zentraler Bedeutung. Dort, wo das Prinzip «Leadership und Loyalität» wirkt, führt es häufig zu struktureller Überforderung der Kooperationspartner, weil dem Netzwerk ein internes Korrektiv fehlt, das gegensteuern könnte. In Dortmund liegt die Definitionsmacht über die Netzwerkaktivitäten zwar auch beim gewerkschaftlichen Protagonisten. Dieser weiß jedoch, dass er Wissenschaftler und Projekte in ihrer relativen Eigenständigkeit respektieren muss, weil sie ihm sonst keinen Nutzen bringen können. «Ausgehandelte Arbeitsteilung» bedeutet, dass die Projekte konzeptionell und z. T. auch operativ zuarbeiten. Sie tun dies mit den Wissenschaftlern zur Verfügung stehenden Mitteln, und sie arbeiten dabei im eigenen beruflichen Interesse. Für die eigentliche Politik ist jedoch die gewerkschaftliche Dachorganisation zuständig. «Die Projekte arbeiten zu, die Politik mache ich», erklärt der Regionalsekretär unumwunden. In Nürnberg ähnelt manches der Chemnitzer Situation; auch hier gibt es ausgeprägte Loyalitätserwartungen der gewerkschaftlichen «Scharnierperson». Die internen Kooperationspartner sind jedoch stark genug, um sich solchen Erwartungen gelegentlich zu entziehen.

Die Verknüpfungstechnologie der gewerkschaftlichen «Scharnierpersonen» ist *ein*, bei Weitem aber

nicht das einzige Medium, das die Austauschbeziehungen in den Netzwerken strukturiert. Zumindest in den gewerkschaftsnahen Substrukturen, in vielen Fällen aber auch darüber hinaus, lassen sich halbwegs stabile Kooperationsbeziehungen zwischen einzelnen Knoten in den Netzwerken identifizieren. Es gibt eine Reihe von Beispielen, die dafür sprechen, dass diese Kooperationen auf wechselseitigen Abhängigkeiten und Verpflichtungen, ja auf der Erfahrung von Verlässlichkeit der Interaktionspartner gegründet sind. Anders ließe sich sonst nicht erklären, dass z. B. die lokalen Gliederungen von IG Metall und Price Waterhouse Cooper über längere Zeiträume miteinander kooperieren. Faktisch könnte PWC Sanierungen auch ohne die IG Metall betreiben; an vielen Orten handelt sie dementsprechend. Mit der Gewerkschaft «im Boot» lässt sich aber der «Betriebsfrieden leichter bewahren». Umgekehrt könnte die IG Metall mit einem gewerkschaftsnahen Beratungsinstitut zusammenarbeiten. Um die Kreditwürdigkeit angeschlagener Betriebe bei den Banken sicherzustellen, ist eine Zusammenarbeit mit PWC aber von Vorteil. Beide Organisationen gehen also eigenen Interessen nach, die Kooperation erweist sich jedoch aus unterschiedlichen Gründen als effizient und dient dem beiderseitigen Vorteil. Bedeutsam ist, dass diese Kooperation in wichtigen Punkten nicht durch formalisierte Verträge geregelt wird. Die Akteure müssen wechselseitig darauf vertrauen, dass die anderen Partner sich auch an die ungeschriebenen Regeln der Kooperation halten.

Ob Vertrauensbeziehungen existieren und Personen- in Systemvertrauen umgeschlagen ist, lässt sich auf der Basis unseres empirischen Materials für viele Beziehungsmuster nur schwer beantworten. Wir konzentrieren uns daher auf die Frage nach Systemvertrauen bei den kollektiven Akteuren. In allen Untersuchungsregionen existieren Vertrauensbeziehungen vor allem innerhalb der verschiedenen Subnetzwerke. Wie am Beispiel Chemnitz gezeigt, reicht das Strukturierungsprinzip «Leadership-Loyalität» selbst im gewerkschaftsnahen Netz nicht aus, um die notwendigen Steuerungsleistungen zu erbringen. In Chemnitz ist eine übergreifende Vertrauensorganisation nicht vorhanden, in Nürnberg existiert lediglich der Anspruch. Dort hat sich gezeigt, dass das Wirtschaftsforum allenfalls eine schwache Vertrauensorganisation darstellt. Der Versuch, eine Charta zu verabschieden, die den pfleglichen Umgang mit Humanressourcen garantiert, scheiterte schon beim ersten Praxistest. In einer zugespitzten Krisensituation (Krise von vier «Frankenstraßen-Betrieben, die geschlossen werden sollten») «tauchte das Wirtschaftsforum ab». Der Kollektivakteur war und ist nicht in der Lage, die Handlungen einzelner Mitglieder nachhaltig zu beeinflussen. Wenn überhaupt, so kann wiederum nur in Dortmund von Systemvertrauen im übergreifenden regionalen Netzwerk gesprochen werden. Doch auch hier gibt es – wie sich zeigen wird – ernsthafte Erosionserscheinungen. Aus all dem folgt, dass man den Vertrauens-

begriff zumindest bei den von uns untersuchten Kooperationsverbänden nicht überstrapazieren sollte. Wenn wir dennoch von regionalen Netzwerken sprechen, dann sind nicht unbedingt Organisationsformen gemeint, die auf *high-trust relations* gegründet sind.

3.5 GESTALTUNG DER AUSSEN-BEZIEHUNGEN, REGIME DER AKZEPTABILITÄTSBEDINGUNGEN

Damit sind wir bereits bei einem weiteren Kriterium der Netzwerkanalyse, der Gestaltung der Außenbeziehungen gewerkschaftsnaher Kooperationsverbände. Die gewerkschaftsnahen Kooperationsstrukturen unterscheiden sich wesentlich durch die Qualität ihrer Beziehungen zur offiziellen Wirtschaftsförderung und der um sie gruppierten staatlichen Regionalpolitik. Wie schon gezeigt, existiert nur in Dortmund ein «Regime der Akzeptabilitätsbedingungen», das ein halbwegs ausgeglichenes Verhältnis von interessengeleiteten Kompromissen und einem normativ eingebetteten – regionalen Konsens gewährleistet. Zu diesem Regime der Akzeptabilitätsbedingungen gehören die Förderung von Innovationen und unternehmerischer Initiative ebenso wie das Ziel, Beschäftigungsmöglichkeiten von halbwegs akzeptabler Qualität zu schaffen. Beschäftigungspolitische Ziele sind eine Art Regulativ, auf das sich – noch – sämtliche relevanten Akteure beziehen: «Du kann hier nichts machen, wenn du nicht gleichzeitig sagst, wie viele Arbeitsplätze du schaffst. Egal welche. Und wenn du auf Qualität aus bist, dann ist das schon quer, dann ist das schon gar nicht mehr offizielle Politik. Du musst alles hier legitimieren mit der Quantität von Beschäftigung. Das ist ein großer öffentlicher Druck hier – auch über die Gewerkschaften hinaus» (Do/NWA06).

Dieser Fokus des «Akzeptabilitätsregimes» hat auch seine Schattenseiten, wenn er sich z. B. gegen qualitative Maßstäbe für «gute Arbeit» oder gegen neue Formen der Interessenvertretung richtet, die nicht unmittelbar der Arbeitsplatzbeschaffung dienen. Das Problem in den Vergleichsregionen ist jedoch, dass es ein allgemein geteiltes Legitimationsregime, das beschäftigungspolitische Ziele einschließt, gar nicht erst gibt. In Nürnberg fallen die von Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften gesetzten Ziele auseinander. Und in Chemnitz existiert zwar eine diffuse Übereinstimmung, dass neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen; eine wirkliche Verständigung über gemeinsame regionalpolitische Ziele hat im Grunde aber gar nicht stattgefunden. In einer von Konkurrenzen und Misstrauen geprägten Kultur bleibt die staatliche Wirtschaftsförderung schwach; selbst die lokale IG Metall mit ihren begrenzten Ressourcen erscheint dem städtischen Wirtschaftsförderer als vergleichsweise «starke Kraft».

Misst man entlang der Achse «Autonomie und Integration», so ist das Dortmunder Subnetzwerk sicher am stärksten in die öffentlich-staatliche Regionalpolitik integriert, während das Chemnitzer Netzwerk den höchsten Autonomiegrad aufweist. Misst man entlang

der Achse «Kompromiss und Konsens», so ist der Einfluss gewerkschaftlicher Forderungen auf die offizielle Regionalpolitik in Dortmund am größten, in Chemnitz am geringsten. Das gewerkschaftsnahe Nürnberger Subnetzwerk bewegt sich in seiner Ausrichtung zwischen den beiden vergleichbaren Kollektivakteuren. In Dortmund konnte man mit Blick auf das inhaltlich-normative Zentrum der regionalisierten Strukturpolitik zumindest bis in die jüngere Vergangenheit von einem «sozialdemokratischen Konsens» mit sozial kohäsiven Zügen sprechen. In Nürnberg handelt es sich hingegen bestenfalls um eine selektive, umkämpfte, pluralistische Kooperation, die aus dem Versuch resultiert, Elemente sozialdemokratischer Strukturpolitik in einem politischen Umfeld zu implementieren, das den Modernisierungsverlierern bewusst wenig Aufmerksamkeit widmet. In Chemnitz sind korporatistische und konsensuale Steuerungsformen auf der regionalen Ebene allenfalls rudimentär vorhanden. Das gewerkschaftliche Netzwerk agiert relativ autonom. Das jedoch um den Preis von Verletzlichkeit, Krisenanfälligkeit und einer – sieht man von punktuellen, dann aber erfolgreichen Ausnahmen ab – vergleichsweise schwachen Stimme im «politischen Tausch».

3.6 PHASEN DER NETZWERKEVOLUTION

So weit zur Statik der Netzwerke. In allen Untersuchungsregionen sind die Kooperationsverbünde jedoch in ständiger Bewegung. Sie entwickeln sich in je eigenen regionalen Pfaden. Trotz aller Besonderheiten ist ihnen gemeinsam, dass sie vier Phasen durchlaufen (Röttger u. a. 2003: 270 ff.). In der *Bewegungsphase* bilden sich im Kontext von Konflikten, die mit dem Niedergang strukturprägender Altindustrien verbunden sind, Ansätze einer eigenständigen gewerkschaftlichen Strukturpolitik heraus. Zeitgleich entstehen gewerkschaftsnahe Akteure, die – außerhalb der gewerkschaftlichen Routineorganisation – wichtige regulative Funktionen erfüllen. Während der *Professionalisierungsphase* differenzieren sich diese Akteure aus. Parallel dazu entstehen Verbindungslinien zu den sich ebenfalls ausdifferenzierenden Knoten der staatlich-privatwirtschaftlichen Regionalpolitik. Im Übergang zu dieser Phase ist die Ausstrahlung gewerkschaftlicher Ansätze auf die offizielle Regionalpolitik in der Regel am größten. Eine Erkenntnis, die freilich auf Chemnitz nicht zutrifft, weil diese Phase dort gar nicht erst vollendet wird. In Dortmund und Nürnberg sind die Gewerkschaften jedoch wesentlich an der Definition regionaler Schwerpunkte und Projekte beteiligt. In der dritten *Absorptionsphase* gehen Elemente des gewerkschaftlichen Politikansatzes in die offizielle

Regionalpolitik ein; gewerkschaftsnahe Akteure handeln faktisch wie (gemeinnützige) Unternehmen mit eigenen Geschäftsfeldern. Und den Protagonisten der staatlich-privatwirtschaftlichen Regionalpolitik scheint der gewerkschaftliche Beitrag zunehmend verzichtbar. Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Akteure geraten vom Zentrum zunehmend an den Rand der öffentlichen Regionalpolitik. In Chemnitz ist dies freilich auch das Resultat eines selbst verantworteten Autonomiestrebens. Das vierte Stadium hat in den Untersuchungsregionen erst begonnen. Es ist die *Phase kritischer Selbstevaluierung* und der Debatten über eine strategisch-politische Neuausrichtung – eine Diskussion, die sowohl die gewerkschaftlichen Netzwerke als auch die übergreifenden regionalen Organisationsformen erfasst.

Man kann diese Entwicklung bis zu einem gewissen Grad mit der erfolgreichen Inkorporation *einiger* gewerkschaftlicher Anliegen durch öffentlich-staatliche Politikansätze erklären. Zusätzlich macht sich in allen Untersuchungsregionen jedoch schon seit einiger Zeit eine veränderte politische Großwetterlage bemerkbar. Mit dem Scheitern des nationalen Bündnisses für Arbeit haben die Gewerkschaften auf der nationalen Ebene ihre Rolle als nahezu «natürliche Verbündete» der regierenden Sozialdemokratie eingebüßt. Die Folgen lassen sich in unseren Untersuchungsregionen studieren. So betont z. B. ein führender Nürnberger Sozialdemokrat, dass «diese Urbindung zwischen Gewerkschaft und Sozialdemokratie», wie sie in früheren Zeiten existiert habe, nicht wiederherstellbar sei. Stattdessen plädiert er für «kritische Solidarität» mit einem geschwächten Partner. Die Auswirkungen dieser hier noch milde umschriebenen strategischen Neuausrichtung der lokalen Sozialdemokratie lassen sich selbst in der Ruhrgebietsmetropole Dortmund nachzeichnen: «Da tut sich was – aber eher zum Negativen. Die vom dortmund-project sagen: wenn die Gewerkschaften nicht wollen, dann eben nicht. Sollen sie doch selber sehen, wie sie klarkommen. Die Kultur, glaube ich, ändert sich» (Do/NWA06), bringt ein Interviewpartner die politische Entwicklung auf den Punkt. Tatsächlich stehen die Gewerkschaften und die mit ihnen verbündeten Akteure neuerdings in allen Regionen vor dem Faktum, dass sie als Verhandlungspartner im «politischen Tausch» seitens der offiziellen Politik weniger geschätzt werden. Auch diese Entwicklung signalisiert, dass regionale Netzwerkorganisationen eben nicht jenseits von Marktzwängen und staatlicher Politik agieren können. Sie sind in hohem Maße von der strukturierenden Kraft makroökonomisch und -politisch bestimmter Kräftekonstellationen abhängig.

4 SCHLUSSFOLGERUNGEN: WER ZU SPÄT KOMMT ...

Was lässt sich aus dem Fallvergleich lernen? Drei Schlussfolgerungen scheinen uns zentral.

Erstens dürfte deutlich geworden sein, dass es sich bei den untersuchten Netzwerken keineswegs um klebrige Seilschaften handelt, wenngleich Lock-in-Effekte und Strukturkonservatismus in unseren Untersuchungsregionen keine unbekanntes Größen sind. Faktisch agieren die regionalen Netze jedoch mit der klaren Zielstellung, den ökonomischen Strukturwandel zu *forcieren*. Dabei orientieren sich die offiziellen Netzwerkstrukturen häufig an Leitbildern, die im Kern auf den Übergang zu einer wissensgestützten Informations- und Dienstleistungsgesellschaft zielen. Offenbar durch die Beratung professioneller Consultants (McKinsey) gefördert, schimmert die idealisierte Vorstellung eines kalifornischen Hightechkapitalismus unisono als Orientierungsgröße durch. Die gewerkschaftliche Partizipation an der regionalen Strukturpolitik wirkt hier häufig als Korrektiv und sorgt für eine größere Bodenhaftung ambitionierter Pläne. Dass die gewerkschaftlichen Spieler beschäftigungspolitische Ziele priorisieren, dass sie auf Bildungs- und Arbeitspaltangebote für Niedrigqualifizierte drängen und daher inkrementellen Wandel betonen, lässt sich, zumal in Gesellschaften mit «koordinierten Märkten» (Hall/Soskice 2001) nicht als Ausdruck von Strukturkonservatismus deuten. Im Gegenteil, häufig sind es die gewerkschaftlichen Aktivitäten bei der Abfederung von Entlassungen, bei Weiterbildung und betrieblicher Modernisierung, die maßgeblich zum Gelingen von Steuerungseffekten der regionalen Netze beitragen.

Von der Entstehung her handelt es sich bei den regionalen Kooperationsverbänden zunächst um bloße Notgemeinschaften. Mühsam versuchen sie, die Steuerungsdefizite übergeordneter Ebenen zu kompensieren. Dabei fällt auf, dass die politische Wirkung dort am größten ist, wo es regionalen Akteuren gelingt, zu wichtigen Themen mit einer Stimme zu sprechen. Der gewerkschaftliche Einfluss bemisst sich vor allem an dem Stellenwert, den beschäftigungspolitische Zielsetzungen auch in der offiziellen Regional- und Strukturpolitik besitzen. Hier ist Dortmund offenbar ein besonderer Fall. Als einige Akteure vor dem Hintergrund der akuten Stahlkrise die Vision eines hochmodernen Technologieparks mit neuen, wissensintensiven Leitbranchen formulierten, wurde dieser Plan von «Stahlbaronen wie DGB gleichermaßen attackiert» (D/GW03). Man hielt diese Zielsetzung in einer alten Industrieregion schlicht für nicht machbar. Die Erfahrung, dass man heute durch einen der größten Technologieparks Europas mit ca. 8.500 Beschäftigten in neuen Branchen fahren kann, hat das Bewusstsein der regionalen Akteure geprägt. Ohne diese Positiverfahrung wäre das dortmund-project kaum möglich gewesen. Bezeichnend ist, dass in den beiden Vergleichsregionen weder ähnliche Erfahrungen vorhanden sind

noch ähnliche Kräftebündelungen möglich scheinen.

Für alle beteiligten Akteure gilt indessen, dass sie sich auf einen Kurs begeben, bei dem unklar ist, ob das Schiff sein Ziel jemals erreichen wird. Auch das beste beschäftigungspolitische Controlling vermag im Zweifelsfalle keine Arbeitsplätze zu schaffen. Deutlich ist auch, dass die Kompetenzfeld- und Clusteransätze der «ersten Generation» sich inzwischen teilweise verbraucht haben. Unter dem Eindruck der Krise des «kalifornischen Kapitalismus» (Brenner 2003) wird in allen Regionen über eine Neuausrichtung dieser Ansätze nachgedacht. Für die gewerkschaftliche Beteiligung ist hier ein Punkt zentral. Die Zustimmung zu einem wirtschaftlichen Modernisierungskurs ist für die Arbeitnehmerorganisationen daran gebunden, dass es glaubwürdige Angebote an vermeintliche und reale «Modernisierungsverlierer» gibt. Eine Arbeitsmarktpolitik, die solche Angebote beschneidet, kann, das jedenfalls ist die Sorge der gewerkschaftlichen «Scharnierpersonen», leicht zur Modernisierungsbremse werden, weil die «Sicherheit im Wandel» für relevante Bevölkerungsgruppen nicht mehr gegeben ist.

Damit ist bereits die *zweite Schlussfolgerung* berührt. Gewerkschaftliche Beteiligung an moderner regionaler Governance muss offenkundig mit einer Selbstveränderung der Arbeitnehmerorganisation einhergehen. Dieser Prozess ist in allen Untersuchungsregionen in vollem Gange. Einer pessimistischen Lesart folgend, kann man ihn als «marktförmige Enteignung gewerkschaftlicher Funktionen» bezeichnen (Rossmann 2001: 394). Tatsächlich lässt sich in allen Regionen beobachten, dass gewerkschaftliche Funktionen externalisiert und Akteuren übertragen werden, die mit der Ausübung dieser Funktionen auch ein egoistisches Geschäftsinteresse verbinden. Nicht nur die Beratung regionaler Akteure, auch das Betriebsrats-Consulting oder die Bildungsarbeit sind zu expandierenden Märkten geworden, in denen sich neben den Gewerkschaften zahlreiche andere Anbieter tummeln. Die mit der Auslagerung von Funktionen verbundene *Entfachlichung* der Gewerkschaftsarbeit erzeugt zugleich neue Abhängigkeiten von externen Beratungsagenturen. In dieser Perspektive scheint es, als seien die gewerkschaftsnahen Netze eine bloße Entsprechung zur immer weiter voranschreitenden «Deregulierung» marktförmiger Austauschprozesse.

Aus einer organisationstheoretischen Perspektive bietet sich allerdings auch eine andere Lesart der geschilderten Phänomene an. So geht z. B. Charles Perrow davon aus, dass der fordistische Kapitalismus eine Einverleibung der Gesellschaft in bürokratische Großorganisationen geleistet habe. Infolge einer Verallgemeinerung von Lohnarbeit, der Externalisierung sozialer Kosten und einer fortschreitenden Subsumtion des sozialen Lebens unter bürokratische Kontrollmechanismen seien Großorganisationen zu einem «Ge-

sellschaftersatz» geworden (Perrow 1996: 77).⁷ Im Kontext dieses Theorieansatzes erscheint der Zerfall bürokratischer Großorganisationen auch als Emanzipationsprozess, der freilich nicht zwangsläufig das Ende von Gewerkschaften sondern deren allmählichen Übergang zu einem neuen Organisationsmodell impliziert. Perrow spricht dies im Kontext von Kleinfirmennetzen an: «Die Elemente eines solchen Modells eines Kleinfirmennetzes sind: kleine Organisationen, die autonom sind, weil sie viele verschiedene Kunden und viele Zulieferer haben; ein starkes Regulationssystem auf lokaler und nationaler Ebene, das die Ausbeutung der Arbeitnehmer, Umweltverschmutzung und sonstige Externalitäten einschließlich solcher, die erst zukünftige Generationen betreffen werden, verhindert; und Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, die die Löhne und die Preise in der Industrie und in der Region kontrollieren ...» (ebd.: 114).

Ein Blick auf die von uns eingefangene Netzwerkrealität provoziert unweigerlich dazu, die Relevanz der marktkritischen Betrachtungsweise zu betonen. In ihrer gegenwärtigen Gestalt sind die regionalen Netze eher defensive Reaktionen auf marktgesteuerte Entwicklungen, die auf lokaler Ebene nur sehr begrenzt zu beeinflussen sind. Dennoch enthalten sie offenbar *auch* Keime einer nachfordistischen Organisationsform. Ursprünglich eine verästelte Bewegung, die auch Genossenschaften und handwerklich geprägte Organisationsformen umfasste, setzte zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Inkorporation der Arbeitsbewegung in großbetriebliche und großbürokratische Strukturen ein. Dieser Prozess erfuhr im fordistischen Kapitalismus seinen vorläufigen Höhepunkt. Nun steht offenkundig auf einem anderen gesellschaftlichen Entwicklungsniveau eine gewisse Umkehrung dieser Entwicklung an. Denn unter den Bedingungen des «neuen Marktregimes» (Dörre/Röttger 2003: 312 ff.) kommt es zwar zu einer Machtkonzentration in den Entscheidungszentralen transnationaler Konzerne; organisatorisch ist dieser Prozess aber mit vertikaler Desintegration, mit Dezentralisierung mancher Entscheidungsprozesse und einer durchschnittlichen Verkleinerung operativer Organisationseinheiten verbunden. Eine wirkliche Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen muss daher keineswegs mit Deregulierung und marktzentrierter Flexibilisierung identisch sein. So gesehen, stellen die regionalen Gewerkschaftsnetze vielleicht eine Übergangsform dar, in der sich zaghaft andeutet, was künftig aus der Perspektive abhängiger Arbeit organisationspolitisch nötig sein wird.

Drittens zeigt sich, dass man die Steuerungsleistungen regionaler Netze weder über- noch unterschätzen sollte. Die untersuchten Fälle belegen exemplarisch, dass in kleinen Sozialräumen offenbar ein neues «Regulationsdispositiv» (Becker 2002: 165 f.) entsteht. Damit ist gemeint, dass die verschiedenen Regulationsebenen des ökonomischen Feldes (nationales Industriemodell, Region, Konzern, Betrieb) im Rahmen

einer nachfordistischen Governance in einen veränderten Wirkungszusammenhang gebracht werden. Die Art und Weise, in der das neue «Regulationsdispositiv» genutzt wird, unterscheidet sich jedoch von Region zu Region. Offenkundig ist, dass es den Akteuren kleiner Räume in keinem Fall gelingt, die Defizite makroökonomischer Steuerung auszugleichen. Das ökonomische Entwicklungsmuster bleibt insofern «altindustriell» als konjunkturelle Krisen besonders heftig ausfallen, während Prosperitätsphasen kaum für Aufholprozesse genutzt werden können (Bömer 2003: 289 ff.). Die Abhängigkeit von Konzernentscheidungen, die in der Regel außerhalb der Region getroffen werden, limitiert den Spielraum regionaler Strukturpolitik zusätzlich.

Die zahlreichen Zufälligkeiten und Unwägbarkeiten mit denen sich die regionalen Netze konfrontiert sehen, werden auch am Missverhältnis zwischen Beschäftigungsentwicklung und regionaler Repräsentation deutlich. Das größte regionale Beschäftigungswachstum verzeichnen mit personenbezogenen und sozialen Dienstleistungen, etwa der Gesundheitswirtschaft, Bereiche, die in den regionalen Netzen allenfalls schwach repräsentiert sind. Wenn überhaupt, so lässt sich hier ein strukturkonservatives Moment der Netzwerkstrukturen ausmachen. Dienstleistungsorganisation, etwa die Gewerkschaft ver.di, spielen in den regionalen Kooperationsverbänden keine oder allenfalls eine untergeordnete Rolle.

Ungeachtet dessen gilt jedoch, dass regionalpolitische Anstrengungen eine wichtige Voraussetzung sind, um unter den Bedingungen einer intensivierten Konkurrenz der Wirtschaftsräume überhaupt handlungsfähig zu bleiben. Regionen, die noch immer damit beschäftigt sind, sich überhaupt Voice-Optionen in der politischen Arena zu verschaffen, die von der Konkurrenz zwischen maßgeblichen regionalen Spielern geprägt werden; die es versäumen, Cluster und Kompetenzfelder zu definieren und unter veränderten Bedingung zu reorganisieren, die sich in Rechtfertigungsschleifen für konzeptionellen Stillstand ergeben und Schwarze-Peter-Spiele mit übergeordneten Politikinstanzen organisieren, um die eigene Konzeptionslosigkeit zu kaschieren, werden – zumal vor dem Hintergrund veränderter Förderkulissen – weiter zurückfallen.⁸ Für diese Regionen gilt der berühmte Satz, der zum Synonym einer ganzen Epoche geworden ist: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!»

⁷ Eine Fabrikbürokratie, die «direkte Kontrollen durch permanente unpersönliche Regeln und Verfahren» ersetzte, habe sich als ein Organisationsmodell in die Gesellschaft hinein verallgemeinert (Perrow 1996: 98). Davon seien auch die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften geprägt worden. Die Spitzen der Organisationen bedienten sich der Zentralisierung, Hierarchisierung und Standardisierung, um «soziale Bürger in Organisationsmitglieder zu verwandeln»; Arbeitnehmer würden «absorbiert», Lohnabhängige zu «bewussten Komplizen» von Organisationsinteressen gemacht (ebd.: 109 f.). ⁸ Es lässt sich unschwer erkennen, dass viele dieser Merkmale auf die Emscher-Lippe-Region zutreffen (Wissen 2000). Hier wird noch immer darum gerungen, die Wirtschaftsförderung der Städte zu koordinieren. Eine Bündelung der Kräfte nach dem Vorbild des dortmund-projects ist nicht in Sicht. Partikularistische Interessenkalküle verhindern offenbar eine Verständigung über sinnvolle regionalpolitische Zielsetzungen. Wo neue Strukturen entstehen, ist eine Beteiligung der Gewerkschaften offenbar nicht mehr selbstverständlich. Vor allem fehlt es jedoch an einem politischen «Ruck», der notwendig wäre, um die Lethargie und die Ideenlosigkeit vieler regionaler Akteure zu überwinden.

LITERATUR

A

Amin, Ash/Thrift, Nigel (Hrsg.) (1994): *Globalization, Institutions and Regional Development in Europe*, Oxford.

B

Becker, Joachim (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*, Marburg.

Beese, Birgit/Dörre, Klaus/Röttger, Bernd (2004): *Globalisierung, Industriepolitik und mikrosoziale Regulation*. Projektbericht, FIAB Recklinghausen.

Blöcker, Antje (2003): *ArbeitnehmerInnenbeteiligung an regionalisierter Strukturpolitik*. Erste Rückschlüsse aus laufenden Politikanalysen in Südniedersachsen und Südniedersachsen. Forschungsbericht aus dem Institut für Sozialwissenschaften der Technischen Universität Braunschweig.

Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz.

Bourdieu, Pierre (1998): *Das ökonomische Feld*, in: ders.: *Der Einzige und sein Eigenheim*. Schriften zu Politik und Kultur 3, Hamburg, S. 185–222.

C

Castells, Manuel (2001): *Bausteine einer Theorie der Netzwerkgesellschaft*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 4/2001, S. 423–439.

D

Dörre, Klaus (1999): *Local Heroes*. Globalisierung, Partizipation und mikrosoziale Regulation, in: Fuchs, Gerhard/Krauss, Gerhard/Wolf, Hans-Georg (Hrsg.): *Die Bindungen der Globalisierung*. Interorganisationsbeziehungen im regionalen und globalen Wirtschaftsraum, Marburg, S. 92–135.

Dörre, Klaus (2002): *Kampf um Beteiligung*. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus, Wiesbaden.

Dörre, Klaus/Röttger, Bernd (2003): *Das neue Marktregime – Zwischenbilanz einer Debatte*, in: dies. (Hrsg.): *Das neue Marktregime*. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells, Hamburg, S. 312–323.

Dyk, Silke van (2003): *Im Konsens aus der Krise? Die Rolle von Gewerkschaften in «Erfolgspartnerschaften» am Beispiel des niederländischen Poldermodells*, in: *Prokla* 130, S. 119–139.

E

Ennals, Richard/Gustavsen, Bjørn (1999): *Work Organisation and Europe as a Development Coalition*. Dialogues on Work and Innovation, Amsterdam.

Esser, Josef (1998): *Konzeption und Kritik des kooperativen Staates*, in: Görg, Christoph/Roth, Roland (Hrsg.): *Kein Staat zu machen*. Zur Kritik der Sozialwissenschaften, Münster, S. 38–48.

Esser, Josef/Hirsch, Joachim (1989): *The Crisis of Fordism and the Dimensions of a «Post-Fordist» Regional and Urban Structure*, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 3/1989, S. 417–436.

F

Fricke, Werner/Totterdill, Peter (Hrsg.) (2004): *Action Research in Workplace Innovation and Regional Development*, Amsterdam.

G

Granovetter, Mark (1985): *Economic Action and Social Structure*. The Problem of Embeddedness in High-Technology, in: *American Journal of Sociology* 91, S. 481–510.

H

Heinze, Rolf G. (1998): *Die blockierte Gesellschaft*. Sozioökonomischer Wandel und die Krise des «Modell Deutschland», Opladen.

I

Iwer, Frank/Dispan, Jürgen/Grammel, Ralf/Stieler, Sylvia (2002): *Strukturwandel und regionale Kooperation*. Arbeitsorientierte Strukturpolitik in der Region Stuttgart, Marburg.

J

Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (1996): *Regieren im dynamischen Mehrebenensystem*, in: dies. (Hrsg.): *Europäische Integration*, Opladen, S. 15–44.

Jones, Candace/Hesterley, William S./Borgatti, Stephen P. (1997): *A General Theory of Network Governance*. Exchange Conditions and Social Mechanisms, in: *Academy of Management Review* 4/1997, S. 911–945.

K

Kern, Horst (1994): *Intelligente Regulierung*. Gewerkschaftliche Beiträge in Ost und West zur Erneuerung des deutschen Produktionsmodells, in: *Soziale Welt* 1/1994, S. 33–59.

Kilper, Heiderose (1998): *Regionalisierung*. Prinzipielle Überlegungen und Denkanstöße aus der Internationalen Bauausstellung Emscher Park, in: *Institut Arbeit und Technik*, Jahrbuch 1997/98, Gelsenkirchen, S. 114–128.

Kock, Klaus (1997) (Hrsg.): Bausteine für eine gewerkschaftliche Regionalpolitik. Erfahrungen und Beispiele aus dem östlichen Ruhrgebiet, Münster.

Kreibich, Rolf (1994): Strukturwandel durch harte oder weiche Standortfaktoren, in: ders. u. a. (Hrsg.): *Bauplatz Zukunft. Dispute über die Entwicklung von Industrieregionen*, Essen, S. 79–96.

Kremer, Uwe/Harmes-Liedke, Ulrich/Korflür, Inger (2000): Regionalwirtschaftliche Kooperation und arbeitsorientierte Strukturpolitik, Marburg.

Krücken, Georg/Meier, Frank (2003): «Wir sind alle überzeugte Netzwerktäter». Netzwerke als Formalstruktur und Mythos der Innovationsgesellschaft, in: *Soziale Welt* 54, S. 71–92.

L

Leborgne, Danièle (1997): Von der Reorganisation der Arbeit zur regionalen Partnerschaft: Die europäischen Modelle, in: Becker, Steffen/Sablowski, Thomas/Schumm, Wilhelm (Hrsg.): *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung*, Hamburg, S. 123–151.

Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling Ulrich (2000): Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung, in: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.): *Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a. M., S. 7–40.

Lüthje, Boy (2003): Vom Post-Fordismus zum «Post-Korporatismus»? Vernetzte Massenproduktion und Regulation des Lohnverhältnisses in Silicon Valley, in: Buckel, Sonja/Dackweiler, Regina-Maria/Noppe, Ronald (Hrsg.): *Formen und Felder politischer Intervention*, Münster, S. 126–145.

Lütz, Susanne (2003): Governance in der politischen Ökonomie, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Discussion Paper 5/2003.

M

MacLeod, Gordon (2001): New Regionalism Reconsidered: Globalization and the Remaking of Political Economic Space, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 4/2001, S. 804–829.

Mahnkopf, Birgit (1994): Markt, Hierarchie und soziale Beziehungen. Zur Bedeutung reziproker Beziehungsnetze in Marktgesellschaften, in: Beckenbach, Nils/Treack, Werner van (Hrsg.): *Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit*. Soziale Welt. Sonderband 9, Göttingen, S. 65–84.

P

Picchiari, Angelo (2002): Concertation and Local Development, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 4/2002, S. 689–706.

Piore, Michael J./Sabel, Charles (1985): Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft, Berlin.

Pochet, Phillippe/Fajertag, Giuseppe (2000): A New Era for Social Pacts in Europe, unveröffentlichtes Manuskript.

R

Rehfeld, Dieter (1999): Produktionscluster. Konzeption, Analysen und Strategien für eine Neuorientierung der regionalen Strukturpolitik, Berlin.

Rehfeld, Dieter/Wompel, Margarete (1997): Globalisierungsdebatte als Lernvermeidungsstrategie, in: *Institut Arbeit und Technik, Jahrbuch 1996/97*, Gelsenkirchen, S. 38–47.

Roßmann, Witich (2001): Gewerkschaften im marktwirtschaftlichen Auflösungsprozeß? Perspektiven der industriellen Beziehungen, in: Bieling, Hans-Jürgen u. a. (Hrsg.): *Flexibler Kapitalismus. Analyse, Kritik und politische Praxis*, Hamburg, S. 375–395.

Röttger, Bernd (2001): Jenseits des Staates. Der Positivismus der Geschäftsführer, in: Berndt, Michael/Sack, Detlef (Hrsg.): *Glocal Governance? Voraussetzungen und Formen demokratischer Beteiligung im Zeichen der Globalisierung*, Wiesbaden, S. 147–161.

Röttger, Bernd/Beese, Birgit/Dörre, Klaus (2003): Regionale Regulationsprozesse im neuen Marktregime. Chancen und Restriktionen gewerkschaftlicher Regional- und Strukturpolitik, in: Dörre, Klaus/Röttger, Bernd (Hrsg.): *Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells*, Hamburg, S. 270–288.

S

Scott, Allen J. (1998): Regions and the World Economy. The Coming Shape of Global Production, Competition and Political Order, Oxford.

VERZEICHNIS DER AUTOR*INNEN

VERZEICHNIS DER AUTOR*INNEN

Sophie Bose ist seit 2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin am DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Rechtspopulismus, Gewerkschaften, politische Orientierungen und Geschlechterverhältnisse.

Mario Candeias ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Unter anderem befasst er sich mit Fragen sozial-ökologischer Transformation und industrieller Konversion.

Klaus Dörre ist seit 2005 Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, einer der Direktoren des DFG-Kollegs Postwachstumsgesellschaften und Mitherausgeber des *Berliner Journal für Soziologie* und des *Global Dialogue*. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Kapitalismustheorie, Prekarisierung von Arbeit und Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen, soziale Folgen der Digitalisierung sowie Rechtspopulismus.

Nelson Dörre studiert seit 2017 Medienwissenschaften und Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er begleitete die Studie als Praktikant.

Martina Greib ist Agrarökonomin und Sozialwissenschaftlerin am unabhängigen Forschungs- und Beratungsinstitut Arepo Consult. Sie hat viele Jahre in der Lausitz gearbeitet und den dort existierenden Strukturwandel begleitet. Ihre Schwerpunktthemen sind Energiepolitik und Klimaanpassung.

John Lütten ist Doktorand am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und promoviert über Gesellschaftsbilder der Arbeiterschaft. Das Promotionsprojekt wird mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.

Matthias Knuth ist seit seinem altersbedingten Ausscheiden aus dem Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen im Juli 2016 diesem weiterhin als Research Fellow verbunden. Von 2011 bis 2017 war er Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF). Von 2003 bis 2011 leitete er im Institut Arbeit und Technik (IAT) und IAQ die Forschungsabteilung Entwicklungstrends des Erwerbssystems.

Jakob Köster ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind Arbeitssoziologie, Prekarisierung und Prekarität.

Rainald Ötsch ist Ökonometriker, hat an der Universität Potsdam im Bereich der Risikoquantifizierung promoviert, beschäftigt sich seitdem schwerpunktmäßig mit Finanz- und Wirtschaftspolitik und arbeitet derzeit für eine Gemeinschaft von Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE.

Fabian Richter ist Politikwissenschaftler und Volkswirt. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Mikroökonomie der Technische Universität Chemnitz. Seine Arbeitsschwerpunkte sind klassische politische Ökonomie und internationale Wirtschaftsbeziehungen.

Axel Troost ist Volkswirt und seit 2017 Senior Fellow für Wirtschafts- und Europapolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der Vizevorsitzende der LINKEN und Mitgründer der WASG war von 2005 bis 2017 finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Zuvor arbeitete er von 1991 bis 2002 unter anderem als Institutsleiter und auf dem Ticket der IG Metall als Berater des Anker-Projektes des Wirtschaftsministeriums in Mecklenburg-Vorpommern an der Begleitung von Privatisierungsprozessen und der Organisation von Standortarbeitskreisen und Unternehmensnetzwerken. Er ist Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und des Progress-Institut für Wirtschaftsforschung (PIW).

Uwe Witt ist Volkswirt und arbeitet seit Mitte der 1990er Jahre im Bereich Klima- und Energiepolitik. In diesem Feld ist er auch journalistisch und publizistisch tätig.

Christine Wörten ist Geoökologin sowie Gründerin und Inhaberin von Arepo Consult, einem unabhängigen Forschungs- und Beratungsinstitut für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich Energiepolitik und Energieeffizientechnologien.

